



17. Juni 1929

## CARL SEVERING · DIE POLITISCHE BEDEUTUNG DES MAGDEBURGER PARTEITAGS

**M**AN hat den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Magdeburg den Parteitag der "Unzufriedenen" genannt, und es ist sicherlich richtig, daß viele der Parteitagsdelegierten nach Magdeburg gekommen sind, um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben. Nicht über die Entwicklung und die innere Festigung der Partei; denn was darüber im Vorstandsbericht mitgeteilt werden konnte, gab zu einer Unzufriedenheit keinen Anlaß. Die Mitgliederzahl ist in den letzten beiden Jahren nicht unbeträchtlich gestiegen, die Parteipresse hat einen weitem Aufschwung erfahren, und, was bei politischen Parteien nicht ganz unerheblich ist, auch die Finanzen sind bei dieser Aufwärtsentwicklung nicht unbeteiligt geblieben. Unzufrieden war man vielmehr mit der reichspolitischen Ausbeute insbesondere des letzten Jahres, mit dem magern Ergebnis der Koalitionspolitik im Reich. Wenn man diese Stimmung richtig verstehen will, muß man von dem Geist und den Erwartungen ausgehen, die dem vorletzten Parteitag in Kiel das Gepräge gaben.

Der Kieler Parteitag war eine Art Mobilmachung für die in Aussicht stehenden Reichstagswahlen. Der Termin der Neuwahlen war noch nicht bekannt. Aber der politische Anschauungsunterricht, den die Deutschnationalen in den 4 Monaten ihrer Regierungstätigkeit erteilt hatten, ließ mit Sicherheit ein weiteres Abbröckeln dieser Partei und damit eine Schwächung der Rechten des Reichstags überhaupt erwarten. Die Wahlen zu den einzelnen Landtagen und zu den kommunalen Vertretungskörperschaften, die inzwischen stattgefunden hatten, versprachen dagegen ein starkes Anwachsen der sozialdemokratischen Wählerzahlen auch zu den Reichstagswahlen. Zu diesen offenkundigen Erscheinungen, die auch der nüchternste Realpolitiker zugunsten einer Prognose für die Sozialdemokratie zugrunde legen konnte, kam dann noch die suggestive Wirkung der wichtigsten Beschlüsse des Kieler Parteitags, die sich unverblümt für die Beteiligung an der Regierungsmacht und damit zunächst für eigene Machtgewinnung aussprachen. "Heran an die Steuerruder des Staates!" war denn auch die Parole und schließlich das Ergebnis des Wahlkampfes.

Nun hat sich die Fahrt des an den Kommandostellen neubemannten Staatsschiffs aber nicht so glatt und schnell vollzogen wie weite Kreise der Partei es erwartet und gehofft hatten. Das Schiff lag lange im Hafen, ehe es flott wurde, und auch dann stand es noch immer im Zeichen stürmischer Fahrt. Daß das nicht gerade Gefühle ungetrübter Freude auslösen konnte, ist klar. Es ist auch weiter gar nicht verwunderlich und nicht einmal erwünscht, daß für diese unerfreulichen Erscheinungen die eigene Partei, Fraktion und Minister in erster Linie, verantwortlich gemacht wurden. Denn es ist keine seltene Erscheinung im politischen Leben Deutschlands, daß man für unangenehme Dinge und Zustände in Wirtschaft und Politik immer die "anderen" verantwortlich macht und sich hocherhaben über das angebliche Unvermögen dieser anderen dünkt. Soweit man darum die Unzufriedenheit in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei über das letzte Koalitionsjahr als eine Abkehr von diesen Wegen ansehen könnte, wäre sie zweifellos als ein großer Gewinn zu deuten. Aber die Selbstkritik, die die Partei an sich, an ihren Ministern und ihren Vertreterkörpern übte, schoß doch manchmal über das Ziel hinaus und ließ besonders um deswillen eine objektive Würdigung vermissen, weil eine andere Entwicklung in der Zeit von Kiel bis Magdeburg unberücksichtigt blieb. Es ist nicht überflüssig diese Entwicklung anzudeuten.

Um die Mitte des Jahres 1927 standen wir noch im Zeichen einer aufsteigenden Konjunktur, die ihren Ausdruck nicht zuletzt in der günstigen Finanzlage des Reichs fand. Dann aber begann allmählich die Schwächung des Reichssäckels: durch Aufwendungen für die Beamtenbesoldung, durch die höheren Reparationsleistungen und durch einige finanztechnische Maßnahmen, die den Grundsätzen eines sorgsam Kaufmanns nicht gerade entsprachen. Den Kundigen war diese Verschlechterung der Reichsfinanzen keine Überraschung, aber auch keine Sache, die durch bloße Aufdeckung und Kritik hätte geändert werden können. So kam es, wie es kommen mußte: Zu Beginn des Etatsjahrs stand das Gespenst des Defizits vor aller Augen, und als die Sozialdemokratie im Juni 1928 nach 5jähriger Abwesenheit wieder mit in die Regierung trat, da konnte sie die traurigste Strophe aus dem traurigen Rückertlied auf sich anwenden: »Als ich wiederkam, war alles leer.« Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß seit Ende 1923 keine Regierung mit so großen Finanzschwierigkeiten zu kämpfen hatte wie die jetzige. Die Finanzen sind für das Reich aber das, um im Bild vom Steueruder zu bleiben, was der Betriebsstoff für ein Schiffsfahrzeug bedeutet.

Schnell fertig mit dem Wort waren angesichts dieser unerfreulichen Gesamtsituation diejenigen Gruppen der Partei, die zwar betonen, daß sie keineswegs grundsätzliche Gegner einer Koalition seien, deren praktische Politik aber doch auf die Negierung jeder Koalitionspolitik hinausläuft. Der Panzerschiffbau, die Erledigung des Ruhrkonflikts und die Reform der Arbeitslosenversicherung gaben ihnen den Vorwand für das Verlangen die sozialdemokratischen Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen. So weit ist erfreulicherweise der Parteitag der Unzufriedenen nicht gegangen. Alle Anträge, die auf die Sprengung der Koalition abzielten, wurden mit einer ansehnlichen Mehrheit abgelehnt, und damit hat sich der Parteitag unzweideutig für eine Fortsetzung der Koalitionspolitik entschieden.

Diese Stellungnahme des Parteitags ist nicht nur im Interesse der Partei und der Arbeiterklasse schlechthin sondern auch im Hinblick auf eine ruhige Fort-

entwicklung der deutschen Innen- und Außenpolitik lebhaft zu begrüßen. Die Bedeutung des Beschlusses erschöpft sich nicht in der Entscheidung über die Panzerschiffangelegenheit, die bei aller Leidenschaftlichkeit und Intensität der Debatten auf dem Parteitag eine Sache mindern Ranges blieb. Es gibt in der Partei wohl nur ganz wenige, die nicht von der Unzweckmäßigkeit des Panzerschiffbaus in unserer gegenwärtigen Situation überzeugt wären. Wenn der Reichswehrminister Groener am 15. Juni in der Sitzung des Reichstags mit der ihm eigenen Offenheit zugab, daß man in der Lage Deutschlands über die Zweckmäßigkeit von Panzerschiffen geteilter Meinung sein könnte, so war und ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eben einer Meinung, die der der unbedingten Befürworter des Panzerschiffbaus diametral entgegensteht. Aber für den Politiker, der sich durch leidenschaftlich umstrittene Teilerscheinungen den Blick für die Gesamtentwicklung und die Gesamtaufgaben der Politik nicht trüben läßt, behielt die Panzerschifffrage immer nur symptomatische Bedeutung. Die Beschlüsse des Parteitags sind darum von erheblich größerer, von grundsätzlicher Tragweite, weil sie auf eine Billigung der Fortführung der Koalitionspolitik hinauslaufen. Sie zeugen von einem starken Verantwortungsbewußtsein und von einer großen Verantwortungsbereitschaft, die um so höher bewertet werden muß, als dem Parteitag die Schwierigkeiten der nächsten Zeit keineswegs verborgen blieben. Aber ein Austritt der Sozialdemokratischen Partei aus der Regierung hätte ein neues Durcheinander heraufbeschworen, ein Chaos, das in seinen Folgen irreparabel geblieben wäre. Bei der Verabschiedung des Reichshaushalts wären neue Hindernisse entstanden. Und selbst wenn man diese Dinge als rein formale Angelegenheiten abtun wollte, wäre die Frage nach einer Neubildung der Regierung erheblich schwerer zu beantworten gewesen. Die Deutschnationalen sind bei dem Kurs, den sie zurzeit unter der Leitung des Abgeordneten Hugenberg steuern, kaum geneigt in die Regierung einzutreten und im Frühherbst die Verantwortung für den Schluß der Reparationsverhandlungen mit zu übernehmen. Was aber eine Regierung der Mitte, die "Patentlösung" einiger Jahre, bedeutet, eine Regierung, die politisch von der Hand in den Mund zu leben gezwungen ist, die sich auf wechselnde Mehrheiten stützen muß, das haben wir schon zu oft erlebt, um in einer Wiederholung derartiger Experimente gerade in diesen schweren Zeiten einen auch nur halbwegs annehmbaren Notbehelf zu erblicken. Die Hoffnung der Extreme Deutschland für die Errichtung einer Diktatur sturmreif zu machen gründet sich nicht zuletzt auf eine schwache, aktionsunfähige Regierung, als die immer die Regierung einer verhältnismäßig schmalen Mitte gelten muß. Und wie außenpolitisch die Dinge sich entwickeln würden, wenn nicht die Sozialdemokratie sie entscheidend mitbeeinflussen könnte, ist ebenfalls unschwer vorauszusagen. Eine neue Isolierung Deutschlands in der Welt mit all den Schädigungen auf wirtschaftlichem Gebiet, gefährlichen Zuckungen im Innern mit Ansätzen zum Bürgerkrieg; das wären die trüben, aber nicht übertriebenen Ausblicke einer neuen Regierungskrise.

In diesem Artikel sollen nicht aufs neue die Vorteile einer stabilen Regierungsmehrheit und einer stabilen Regierung im einzelnen auseinandergesetzt werden. Ein Vergleich zwischen Preußen und dem Reich zeigt in plastischer Anschaulichkeit, was stabile und wechselnde Regierungen für die Festigung des republikanischen Gedankens und die Anbahnung einer wirksamen Produktionspolitik bedeuten. Wie gelangen wir leichter zu einer Lösung der

wichtigen agrarpolitischen Fragen: durch einen alljährlichen Ministerwechsel oder durch eine Politik, deren verantwortungsvolle Träger die Gewähr haben ihr auf lange Sicht eingerichtetes Programm auch durchführen zu können? Gibt es einen Menschen, der daran zweifelt, daß in der Personalpolitik nur dann Sünden des frühern Regimes wettgemacht werden können, wenn in die Umstellung System kommt, wenn sie nicht das Werk einiger Monate bleibt? Liegt es nicht auf der Hand, daß der Einfluß der überzeugten Republikaner im Ressort sowohl wie im Kabinett um so größer ist, je länger sie die Kenntnisse und Erfahrungen ihres Amtes geltend machen können?

Es läßt sich gewiß nicht ohne weiteres behaupten, daß eine Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung schon vor dem Wahlausfall vom Mai 1928 uns vor allen unerfreulichen Erscheinungen bewahrt hätte. Dazu sind die finanziellen Vorbelastungen auf innen- und außenpolitischem Gebiet zu groß. Selbst eine rein sozialistische Regierung hätte bei deren Fortbestehen aus Deutschland kein Paradies zaubern können. Aber das darf man wohl getrost behaupten, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und das gesamte deutsche Volk mit hoher Wahrscheinlichkeit von dem Mißvergnügen über Panzerschiffbau und manche Dinge auf finanzpolitischem Gebiet verschont geblieben wären, wenn Sozialdemokraten schon im Jahr 1926 in der Regierung gesessen hätten. Durch die teils freiwillige teils erzwungene Ausschaltung der Sozialdemokratie sind aber auch auf anderen Gebieten Maßnahmen in einem Sinn durchgeführt oder unterlassen, der den Forderungen der Sozialdemokratie und einer wahrhaft republikanischen Staatsauffassung nicht entspricht. In diesen Tagen ging eine Notiz durch die Zeitungen, in der Klage über eine Dienstalterseinteilung der Polizei-offiziere in Preußen geführt wurde, die dem Geist der Republik völlig widerstrebe und auf einem Erlaß beruhe, den das Preußische Ministerium des Innern im Jahr 1921 erlassen habe. Das ist an sich keine weltbewegende Angelegenheit. Die durch diesen Erlaß bevorzugten früheren aktiven Offiziere der Wehrmacht haben inzwischen den Weg zur Republik gefunden, und was an dem Erlaß grundsätzlich abänderungsbedürftig ist, kann jetzt abgeändert werden. Aber diese scheinbar unbedeutende Angelegenheit ist äußerst lehrreich: Der Erlaß stammt aus der Zeit, in der Sozialdemokraten nicht in der preußischen Regierung saßen, und in der versucht wurde der Betätigung der Schutzpolizei eine mehr militärische Richtung zu geben. Es wäre außerordentlich lehrreich die Maßnahmen der Reichsregierungen in den letzten Jahren daraufhin zu prüfen, wie sie sich bei einer Beteiligung der Sozialdemokratie voraussichtlich gestaltet hätten.

Wichtiger aber als ein Rückblick in eine verlorene Vergangenheit ist Schaffen an der Zukunft. Der Magdeburger Parteitag, das ist sein historischer Sinn, hat zu diesem Schaffen aufs neue den Weg gewiesen. Auch die nächste Zukunft wird uns vor die Lösung schwerer Aufgaben stellen. Aber wenn die Lösung überhaupt gefunden werden soll, und zwar eine Lösung, die den Bedürfnissen der Schaffenden am ehesten entspricht, dann ist sie nicht durch Ausschaltung sondern nur durch Mitarbeit zu erreichen. Gewiß, die "anderen" machen uns das oft nicht leicht. Doch für eine Partei, die sich die Zukunft erobern will, kann und darf das kein Grund sein auch nur einen Augenblick zu wanken. Beharrlichkeit wird schließlich uns auch in der Tagespolitik zum Ziel führen.



# KARL HILDENBRAND · ZUR VEREINHEITLICHUNG DEUTSCHLANDS

**E**S scheint, als ob das Streben zum deutschen Einheitsstaat, seit Jahrhunderten immer nur ein frommer Wunsch der geistig Hervorragenden, der wirtschaftlich Bedrängten, endlich greifbare Gestalt zu gewinnen anfängt. Obgleich die Weimarer Verfassung einen Weg zu einer Vereinigung der deutschen Länder angelegt hat, gelang es in den 10 Jahren nach dem Krieg, trotz der Umwälzung, nicht die gegebenen Möglichkeiten auszunutzen und der Zersplitterung Deutschlands ein Ende zu bereiten. Die Nationalversammlung in Weimar verlangte am 23. Juli 1919 einen Plan über die Neugliederung des Reichs, setzte eine Kommission ein mit der Aufgabe Vorarbeiten für diese Neugliederung mit dem Ziel einer Vereinheitlichung zu machen und Vorschläge zu formulieren. Die ungeheure Not, in der sich das deutsche Volk befand, die trostlose finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reichs wie der Länder und Gemeinden, die ständig wachsenden Schwierigkeiten und Hemmnisse, die das Nebeneinander von Reichsregierung und zahlreichen Landesregierungen zur Folge haben muß, erzeugten den Wunsch so bald wie möglich alle Volkskräfte Deutschlands in einem Einheitsstaat zusammenzufassen. In allen Schichten unseres Volkes, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, schlägt dieser Gedanke immer tiefer Wurzel, offenbart sich immer stärker die Sehnsucht nach einer Vereinigung aller deutschen Stämme in einem einzigen deutschen Volksstaat, in dem den einzelnen Stämmen durch Regionalisierung weitestgehende Selbstverwaltung gesichert wird, wie sie in den Sozialistischen Monatsheften von Anfang an und immer wieder verlangt wurde<sup>1</sup>. Wiederholt hat Preußen durch seine Landesregierung und seine Volksvertretung bekundet, daß es bereit sei in einem deutschen Einheitsstaat aufzugehen, sobald die selbe Bereitwilligkeit auch bei den anderen Ländern bestehe. Als das größte der deutschen Länder erblickte Preußen schon 1919 seine Pflicht darin zunächst den Versuch zu machen, ob sich nicht die Schaffung des deutschen Einheitsstaats erreichen ließe. Aus diesen Erwägungen heraus ersuchte die Landesversammlung die preußische Regierung sofort die Reichsregierung zu veranlassen mit den Regierungen aller deutschen Länder in Verhandlungen über die Errichtung des neuen Einheitsstaats einzutreten. An diesem Beschluß wirkten auch alle Mitglieder des Zentrums mit.

Im Jahr 1919 waren sowohl die maßgebenden Parteien der Deutschen Nationalversammlung wie die der Preußischen Landesversammlung bereit die Umwandlung des Reichs in einen Einheitsstaat recht bald herbeizuführen. Man konnte damals hoffen, daß sich auch die nach dem Umsturz neugebildete Deutschnationale Volkspartei diesen Bestrebungen nicht hinderlich in den Weg stellen würde. Hatte doch schon am 3. April 1919 der spätere Führer dieser Partei Hugenberg, der damals noch als ein starker Exponent der Schwerindustrie galt, in einer Ansprache vor der Handelskammer in Essen ausgeführt: »Eine mächtige unitarische Strömung, getragen unter anderen von der Sozialdemokratie, wird Deutschland durchziehen. Der Geldbedarf des Reichs wird aufs schwerste die Steuerhoheit der Einzelstaaten bedrohen. Sollte die Macht fehlen dieser Entwicklung entgegenzutreten, so wird die

<sup>1</sup> Siehe zuletzt *Peus* Für einen deutschen Regionalismus, *Kaliski* Der Neubau des Reichs, in den Sozialistischen Monatsheften 1927 II Seite 635, 1928 I Seite 3 und folgende.

Frage auftauchen, ob es sich lohnt angesichts des Drucks der Steuerschraube dennoch den ganzen kostspieligen Apparat der Einzelstaaten aufrechtzuhalten.« Außer der Vereinigung mehrerer kleiner deutscher Mittelstaaten zu einem neuen Volksstaat Thüringen<sup>2</sup> und dem Anschluß Koburgs an Bayern und Waldecks an Preußen hat sich im deutschen Staatengebilde seit dieser Zeit aber nicht viel geändert. Ja, man kann sagen: Nachdem in der Länderkonferenz im November 1918 die Bemühungen der Volksbeauftragten auf Beseitigung der Ländersouveränität und die Bildung eines einheitlichen Reichs vereitelt worden waren, und nachdem es auch der Nationalversammlung nicht gelungen war diesen Einheitsstaat gesetzlich zu formen, wurde es in dieser Sache ganz still. Die Nöte der Arbeits- und Nahrungsbeschaffung, der Mangel an Kapital, die stetige Verschlechterung des Geldes und der Lebenshaltung des Volkes, die ungeheure Unsicherheit der außenpolitischen Lage: alles das drängte die staatliche Gestaltung in den Hintergrund.

Als am 25. und 26. September 1926 im Rathaus zu Berlin der Deutsche Republikanische Reichsbund seine Tagung abhielt, die sich nur mit der Frage beschäftigte, welche Wege zum deutschen Einheitsstaat führten, da zeigte sich zum erstenmal wieder ein großes Interesse in den verschiedensten politischen Kreisen an dieser Materie. Auch hier, wo sich in verschiedenen Referaten und in einer sehr lebhaften Diskussion die ungeheure Vielseitigkeit des Problems und der zum Ziel führenden Wege zeigte, wurde es klar, daß zwar die schnelle Umgestaltung der neuen Deutschen Republik zu einem wirklichen Einheitsstaat aus politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen eine dringende Forderung der Selbsterhaltung, des innenpolitischen und auch des sozialen Fortschritts sei, daß die (nur geschichtlich zu erklärende) Überorganisation in Reich, Ländern und Gemeinden auf die Dauer finanziell unerträglich werde, daß aber trotzdem die Entwicklung zum Einheitsstaat sich nur organisch und von den verschiedensten Ansatzpunkten her vollziehen werde. Jener Konferenz kommt zweifellos das Verdienst zu die Frage wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gebracht zu haben.

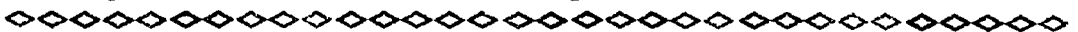
Die Sozialdemokratische Partei, die schon in ihrem Heidelberger Programm die Forderung aufgestellt hatte das Reich in eine Einheitsrepublik auf der Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln, dergestalt, daß sich auf dem organisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder eine starke Reichsgewalt erhebe, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung des Reichs, für seinen Zusammenhalt notwendigen Befugnisse besitzen solle, nahm auf ihrem Kieler Parteitag im Jahr 1927 erneut zu diesem Problem Stellung. Sie beauftragte den Parteivorstand eine Kommission einzusetzen, die prüfen sollte, auf welchem Weg der Einheitsstaat am besten herbeigeführt werden könne. Diese Kommission hat das ganze Problem in 8 verschiedene Einzelfragen gegliedert und jede durch besondere Referenten und Korreferenten bearbeiten lassen. Diese 8 sehr eingehenden Referate wurden in einer Schrift zusammengefaßt und dem vor einem Monat in Magdeburg abgehaltenen Parteitag vorgelegt. Auch die Demokratische Partei nahm sich nun mit großem Eifer der Sache an. Auch sie berief eine Kommission, die dann mit einem Vorschlag zur Neugliederung des Reichs auf den Plan trat, der 13 Punkte umfaßt. Mit der von ihr aufgestellten Forderung des dezentralisierten Einheitsstaats, heißt es da von

2) Siehe *Baudert* Ein Anfang deutscher Einheit, in den Sozialistischen Monatsheften 1923 Seite 201 und folgende.

vornherein, erstrebe die Deutsche Demokratische Partei Stärkung und Vereinheitlichung der Reichsgewalt, soweit es sich um die entscheidenden Grundlinien der Gesetzgebung, Regierung und Verwaltung handle; die lebendige und fortschreitend zu erweiternde Eigenverwaltung solle den Ländern und Gemeinden überlassen bleiben. Auch im Zentrum gibt es zweifellos sehr weite Kreise, und nicht nur bei den Arbeitern, die das Unvernünftige und finanziell außerordentlich Nachteilige der staatlichen Zersplitterung erkennen und einer organischen Vorbereitung des Einheitsstaats ihre Mitwirkung nicht versagen werden. Zunächst muß man dabei allerdings von der Bayrischen Volkspartei unter ihrer heutigen Führung absehen. Dort kann das Fördernde nur vom bayrischen Volk in seiner Gesamtheit geleistet werden.

Die Vertreter der Länder, die auf Anregung der Reichsregierung zu einer Länderkonferenz in Berlin zusammengetreten waren, produzierten eine Resolution, in der sie als ihre Überzeugung kundgaben, daß der Wiederaufstieg unseres Volkes nur auf der Grundlage einer einmütigen und verständnisvollen Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern erfolgen könne. Sie erklärten aber ebenso, daß eine starke Reichsgewalt absolut notwendig sei. Der von dieser Konferenz eingesetzte Verfassungsausschuß tagte vom 22. bis 24. Oktober 1928 in Berlin und nahm eine von der Reichsregierung ihm vorgelegte Resolution an, die besagte, daß 1. die Reichsreform von der Erkenntnis der Notwendigkeit einer starken Reichsgewalt und den Erfordernissen sparsamster Finanzgebarung getragen sein müsse, 2. eine territoriale Neugliederung erforderlich sei. Es wurden 2 Ausschüsse eingesetzt, die zur Vorbereitung einer weitem Konferenz eingehende Arbeiten fertiggestellt hat, die der Öffentlichkeit bereits zugänglich gemacht worden sind.

Es ist also nicht übertrieben zu sagen, daß die Frage des Einheitsstaats jetzt Gegenstand allgemeiner Diskussion geworden ist. Und es erwächst daraus für jeden, der ein sozial gerichtetes Deutsches Reich wünscht, die Aufgabe diese Bewegung zu unterstützen und zu fördern. Ganz besonders müssen aber die Anhänger des Einheitsstaats ihre ganze Kraft darein setzen die Bevölkerung jedes einzelnen deutschen Landes von der Widersinnigkeit der Aufrechterhaltung der deutschen Zersplitterung zu überzeugen und sie zu einer einheitlichen Front für das große Deutsche Reich zusammenzuschließen. Man kann nicht annehmen, daß durch einen Beschluß des Reichstags, wie er freilich durch die Verfassung möglich geworden ist, die Vereinheitlichung Deutschlands herbeigeführt werden wird. Die Gelegenheit dazu, die sich beim ersten Elan nach Kriegsende bot, ist verpaßt. Nun muß die Arbeit in den einzelnen Ländern beginnen, von den Ländern aus muß man zum Reich kommen. Die Vertretung der Länder in der Reichsorganisation ist zurzeit der Reichsrat. In diesem Organ muß der Wille der Länder zu dem gemeinsamen Wunsch der Vereinheitlichung zusammenklingen. Also müssen die Vertreter im Reichsrat von Regierungen gestellt werden, die für den Einheitsstaat wirken. Es müssen also die Bürger der Länder durch ihr Wahlrecht solche Regierungen schaffen. Das ist heute der Weg zur Durchführung des regionalisierten Einheitsstaats. Also nütze das Volk das ihm gegebene Wahlrecht aus, um durch die Länder die Souveränität des Deutschen Reichs so zu stärken, daß das einige Deutschland stark genug ist den Weg zu einem Vereinigten Europäischen Kontinent zu gehen.



# MAX COHEN · WEGE NACH KONTINENTAL-EUROPA



YOUNGPLAN lautet die neue Vokabel, die Dawesplan ersetzt hat, und in der die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands beschlossen liegt. Der Dawesplan ist verschwunden, noch bevor man begonnen hatte ihn recht eigentlich auszuführen, nämlich vor der ersten Normalleistung. Der Youngplan soll aber ein dauerhaftes Gebilde sein. Denn er entspringt und entspricht dem Willen des vereinigten Angelsachsentums. Die deutschen Delegierten haben ihn in Paris unterzeichnet, und es ist kaum daran zu zweifeln, daß er im September vom Reichstag ratifiziert werden wird. Diese Entscheidung ist die an sich konsequente Fortsetzung einer Nachkriegspolitik, die alles Heil von England und Amerika erwartete und für die grundlegende, für die Entfaltung der deutschen Schaffenskraft schlechthin entscheidende Forderung kontinentaleuropäischer Zusammenfassung anscheinend kein Organ besitzt. Wie die deutsche Politik während des Weltkriegs die vielfach, bis zur bolschewistischen Umwälzung, vorhandenen Möglichkeiten einer Annäherung an den russischen Nachbarn versäumte, so hat sie nach dem Weltkrieg die noch zahlreicheren Möglichkeiten sich mit dem französischen Nachbarn direkt zu verständigen ebenso ungenutzt vorübergehen lassen. Solche Politik, die sich nur von Monat zu Monat über Wasser halten will, kennt keine großen europäischen Ziele, ihre Erkenntnis der imperialen Weltentwicklung ist sehr gering, und sie vermag kaum zwischen den Dingen zu unterscheiden, die in der Flucht der politischen Ereignisse als schnell vorübergehende Tageserscheinungen auf- und untertauchen, und jenen, die von Dauer sind und die Interessen der Nationen grundlegend bestimmen. Sonst wäre es nicht möglich gewesen, daß man sich bei der auf der Pariser Reparationskonferenz gestellten Alternative "Paris oder New York?" wiederum für New York entschieden hätte. Schon mit der Wahl des Hauptdelegierten, des Reichsbankpräsidenten Hjalmar Schacht, hatte man die Richtung festgelegt, und es war wenig Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die deutschen Sachverständigen bei ihrer Stellungnahme gesamt-europäische Gesichtspunkte berücksichtigen würden. So ist es denn dazu gekommen, daß zwar die zu leistenden Jahreszahlungen fürs erste um rund 500 Millionen jährlich niedriger sind als die im Dawesabkommen vorgesehenen, daß wir jedoch dafür die drückende Verpflichtung übernommen haben 58, mindestens aber 37 Jahre lang die sogenannten Schulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten zu zahlen. Die deutschen Reparationsleistungen gehen fortan zu rund  $\frac{2}{3}$  als Kriegsschuldzahlung nach New York, während nur ein Drittel als wirkliche Wiedergutmachung der Kriegszerstörung bestehen bleibt. Gegen diese auch in weiten amerikanischen Kreisen als unmoralisch empfundene Eintreibung von Kriegsgewinnen hätte sich Deutschland sehr wohl zur Wehr setzen können; die Ablehnung dieser echt amerikanischen Forderung wäre sicherlich möglich gewesen, wenn man in Deutschland etwas mehr Verständnis für die Solidarität der europäischen Interessen gehabt und sich über diese Frage vorher mit Frankreich verständigt hätte. Wir haben die nur in unserer Einbildung bestehende amerikanische Freundschaft wieder einmal recht teuer bezahlt, wie wir vor mehr als 10 Jahren auch die erstrebte, nie vorhandene Verständigungsmöglichkeit mit Großbritannien mit dem Verlust des Kriegs bezahlen mußten. Alle doch so zahl-



reichen Enttäuschungen an England haben uns in diesen 10 Nachkriegsjahren nicht vom englischen Schlepptau zu lösen vermocht, und so wird es, muß man nach dieser Pariser Leistung befürchten, auch noch eine Weile dauern, bis Deutschland erkennt, daß die europäischen Nationen, wollen sie nicht ihre Abhängigkeit von Amerika verewigen, sich selber helfen müssen und können.

So wenigverheißend wir daher auch, unter den hier dargelegten Gesichtspunkten, den Abschluß der Reparationskonferenz empfinden müssen, so dürfen wir doch die Hoffnung nicht aufgeben, daß Deutschland, wenn nicht seine Politik, dann doch seine Wirtschaft, den Weg nach Paris beschreitet: einfach, weil die Lebensinteressen schließlich dazu zwingen. Wir hoffen, daß die kürzlich eingeleitete Verflechtung der deutschen Automobilindustrie mit der amerikanischen (Opel mit General Motors) kein Zeichen dafür ist, daß man in industriellen Kreisen auf die Weiterführung einer Industrieentwicklung verzichtet, die mit dem Abschluß des Kali- und des Montanpakts begann und durch die Chemieverständigung weitergeführt wurde. Zweifellos wäre die Automobilindustrie an sich ein ausgezeichnetes Objekt für die Fortsetzung der deutsch-französischen Wirtschaftsverständigung gewesen, und es ist schwer verständlich, weshalb diese außergewöhnlich günstige Gelegenheit europäischer Zusammenarbeit nicht ergriffen wurde. Wie es scheint, hat man in den Kreisen der Filmindustrie mehr Verständnis für ein solches Zusammengehen. Es wäre aber auch wirklich unbegreiflich, wenn die europäische Filmproduktion, die, wie man auch über unsere Filme denken mag, der amerikanischen jedenfalls geistig stark überlegen ist, es nicht fertig bringen sollte sich gemeinsam gegen das Überhandnehmen der standardisierten amerikanischen Süßlichkeit in Europa zu wehren. Alle Voraussetzungen dafür sind vorhanden, und man kann auch bestimmt das Kapital aufbringen, das nötig ist, damit die Filmproduktion, die doch in Europa ihren Ursprung hat, sich nun auch in Europa gegen die amerikanische Invasion durchsetzt.

Es kann nicht stark genug hervorgehoben werden, daß jede deutsch-französische Interessengemeinschaft auf wirtschaftlichem Gebiet, gleichviel, in welcher äußern Form sie sich vollzieht, von der allergrößten Bedeutung für die friedliche Weiterentwicklung des Kontinents, für seine Wiederherstellung und Selbstbehauptung ist. Es ist sehr wohl möglich, daß auf diese Weise auch der zu erstrebenden Zollunion die Wege geebnet werden, wenn man durch immer weiter umfassende Gegenseitigkeitsverträge eine Arbeitsteilung auf einer Reihe von Produktionsgebieten herbeiführt. Die neuerlich bekanntgewordenen Tatsachen auf zollpolitischem Gebiet zeigen immer deutlicher, daß nur Verträge auf Gegenseitigkeit, die auf Grund bestehender Zolltarife abgeschlossen werden, und nicht allgemeine Freihandelsideen das Mittel sind die Abriegelung unter den europäischen Staaten zu beseitigen. Mag man auf diesem Gebiet, da historisch Gewordenes mit neuen Entwicklungen ausgeglichen werden muß, scheinbar nicht so schnell vorwärts kommen wie das vom europäischen Standpunkt aus notwendig wäre, so darf das Ziel: die Schaffung eines großen europäischen Binnenmarkts, nie aus dem Auge verloren werden. Wenn dann einmal in Europa auch "freier Handel" herrschen wird, so hätte das mit dem Laissez-faire-Prinzip des Freihandels nichts zu tun sondern wäre nur die einfache Konsequenz dessen, daß der europäische Kontinent durch immer größere Gebiete umfassende Verträge eine Wirtschaftseinheit geworden ist. Auf dieses große kontinentaleuropäische Wirt-

schaftsgebiet der Zukunft kommt es an. Weil wir es heute noch nicht haben, deshalb, *nur* deshalb sind wir Amerika unterlegen. Es ist keineswegs der (von den Europäern selber erfundene) "Amerikanismus", der den Amerikanern die wirtschaftliche Stärkung gibt. Wenn man von den unmittelbar durch den Weltkrieg herbeigeführten Kriegsgewinnen absieht, ist es einzig und allein das große geschlossene Wirtschaftsgebiet mit seinem riesigen Bedarf, der durch wenig differenzierte Gewohnheiten beim Massenkonsum noch ökonomischer gestaltet wird, der den Amerikanern auch die starke wirtschaftliche Stoßkraft auf dem Weltmarkt gibt und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Völker so sehr vermindert hat. Schafft durch eine klare, auf weite Sicht eingestellte Politik diesen europäischen Markt, und kein Amerika, keine seiner "unbegrenzten Möglichkeiten" kann es mit europäischer Leistung aufnehmen. Die auf der Basis einer starken und differenzierten Kultur sich entfaltende europäische Erfindungs- und Schöpferkraft ist, wie immer auch heute beengt, nach wie vor noch da, nur erfolgt die Auswertung dieser Leistungen europäischen Geistes sehr viel stärker in den Vereinigten Staaten von Amerika als bei uns, die wir noch keine Vereinigten Staaten von Europa haben. Wir können diesen Zustand der Fremdexploitation beseitigen, wenn wir all das, was in politischer und wirtschaftlicher Beziehung in Europa geschieht, aus der Grundgesinnung europäischer Zusammengehörigkeit heraus durchführen. Immer wieder muß man dabei feststellen, daß diese Forderungen besonders für Deutschland und Frankreich gelten. Nur durch diese beiden Länder kann eine wahrhaft europäische, in ihrer Folge alle europäischen Nationen umfassende Politik begonnen und fortgeführt werden. Keine "mittel-europäische" Idee kann, mag sie auch noch so gut gemeint sein, Ersatz für diese unbedingte Notwendigkeit werden. Deshalb muß man sein Hauptaugenmerk darauf richten nichts zu versäumen, was Europa hier vorwärts bringt. Das hat man in Frankreich wie in den romanischen Ländern überhaupt und in Osteuropa klar erkannt. Spanien und Italien führen zurzeit Wirtschaftsverhandlungen, die eine Zollunion bringen sollen. Und die Kleine Entente will ihr politisches Bündnis zu einer Wirtschaftsvereinigung ausgestalten. Die Journée Industrielle schlug gerade jetzt, am 15. Juni, vor, Frankreich solle sich an den Verhandlungen zwischen Spanien und Italien beteiligen, um eine lateinische Wirtschaftsunion vorzubereiten. Und einen Tag vorher sprach der frühere französische Minister für die öffentlichen Arbeiten Le Trocquer über die Möglichkeiten einer den europäischen Kontinent umfassenden Zollunion. Also außerhalb Deutschlands wird die Entwicklungslinie deutlich gesehen. Und in Deutschland will man sie übersehen, weil man immer wieder hypnotisiert auf die Angelsachsen starrt?

Die Zusammenfassung des europäischen Kontinents wird, je größer der wirtschaftliche Rahmen gefaßt ist, um so leichter eine wirkliche nationale Differenzierung und nationale Kultur auch den kleineren Völkern ermöglichen. Das Ganze wird seinen Teil, auch wenn er klein ist, stets vor Vergewaltigung schützen müssen, da seine eigene Entwicklungsmöglichkeit von der jedes seiner Teile abhängt. So wenig sicher ein kleiner isolierter Staat vor dem einzelnen großen auch ist: in der europäischen Gemeinschaft besitzt er solche Sicherheit. Ein einheitliches Minderheitenrecht vermöchte im gesamteuropäischen Komplex all die Nationalitätengegensätze aus der Welt zu schaffen, die heute das Leben der europäischen Staaten vergiften. Auf dem Gebiet der Innenpolitik würde, obwohl der Grundsatz der staatlichen Souveränität

bestehen bliebe, eine weitgehende gegenseitige Beeinflussung infolge der gemeinsamen Interessen stattfinden. Aus Formalparlamentarismus und Formaldemokratie auf der einen und dem Korporativprinzip, der eigentlichen Räteidee, auf der andern Seite entstünde eine substantielle Demokratie, die in einem Zweikammersystem ihren Ausdruck fände. Die Notwendigkeit in dem einen Staat zentralistische Tendenzen aufzulockern verbände sich mit der andern: partikularistische Eigenstaatlichkeit zu beseitigen, und könnte so einen regionalistischen Unitarismus schaffen, der, gegründet auf die Erfahrungen bisheriger europäischer Herrschafts- und Regierungsmethoden, als neues Verwaltungsprinzip Zentralismus wie Partikularismus beseitigte. Ausgezeichnete Dienste würde ein einiger Kontinent der Sozialpolitik leisten und, durch Beseitigung von Rückständigkeiten wie von Verkehrtheiten, die Grundlinie festlegen können, die zum gegenseitigen Ausgleich unentbehrlich ist.

Eine ganz besondere Bedeutung hätte der Zusammenschluß Europas für die europäische Außenpolitik. Nur der zusammengeschlossene Kontinent wird noch jene starke selbständige Außenpolitik treiben können, zu der die europäischen Staaten einzeln nicht mehr fähig sind. Sie wird eine wirkliche Friedenssicherung sein können, da die Stärke eines geeinten Europas jeden Krieg schon dadurch verhinderte, daß jeder Einbruch in seinen Bereich aussichtslos wäre. Der Versuch Krieg zu führen würde im übrigen dadurch auch vollkommen sinnlos, da die übrigen Imperien, genau so wie das europäische, all das wirtschaftlich besäßen, dessen sie als Lebensnotwendigkeit bedürfen, relativ autark wären, so daß der Hauptgrund zum Kriegführen von vornherein fortfiel. Wie aber auch die "Skeptiker" über die Möglichkeit späterer Kriege zwischen großen Imperien denken mögen; es kommt vor allem darauf an die naheliegenden europäischen Kriegsmöglichkeiten durch Schaffung kontinentaleuropäischer Einigung zu beseitigen. Man kann nicht darauf verzichten unmittelbar drohenden Gefahren zu begegnen, weil die entfernte Möglichkeit besteht, daß auch später einmal wieder ähnliche Gefahren auftauchen könnten. Jedenfalls ist die von einem Vereinigten Europäischen Kontinent ausgehende Friedenssicherung unendlich viel größer als alle Friedenspakete, Schiedsgerichtsverträge, Antikriegsabmachungen usw., die auf Grund der jetzigen Verträge abgeschlossen werden. All diese Vereinbarungen nützen wenig, so sehr man sie als Beweis geistiger Wandlung begrüßen mag, solange nicht wirtschaftlich und politisch ungefähr gleich starke Staatenverbände vorhanden sind, die als Träger dieser Abmachungen in Betracht kommen. Wer diesen an sich gut gemeinten vielfachen Friedensvorschlägen und ähnlichen Pakten daher einen lebendigen Inhalt geben will, der muß mit dazu beitragen helfen, daß Kontinentaleuropa zu den übrigen bereits vorhandenen oder in der Entwicklung begriffenen Imperien hinzutritt, und auf diese Weise ein Weltgleichgewicht entsteht, das den Weltfrieden ebenso sichert, wie das europäische Gleichgewicht britischer Prägung ihn ständig bedroht.

Ein direkter Weg nach Kontinentaleuropa, der sich bei den Reparationsverhandlungen in Paris bot, ist nicht beschritten worden. Um so entschiedener müssen numehr aber alle die Wege gesucht und gegangen werden, die uns von den ökonomischen Notwendigkeiten gewiesen werden, und die auf ein enges wirtschaftliches Zusammenarbeiten Deutschlands und Frankreichs hinführen. Als in der schweren Krise des Ruhrkriegs die Idee der europäischen Zusammenfassung, beginnend mit der deutsch-französischen Kooperation, endgültig zerbrochen schien: da gerade schufen unmittelbar

darauf die ökonomischen Notwendigkeiten den Eisenpakt. Wir werden auch für die Folge ein wenig darauf bauen dürfen, daß wirtschaftlicher Zwang stärker ist als politische Unzulänglichkeit, und daß, trotz ihr, das Gebot wirtschaftlicher Selbstbehauptung Deutschland und Frankreich, und damit Europa, zusammenführen wird. Vielleicht darf die letzte Zeppelifahrt als ein Symbol dessen gewertet werden. Hugo Eckener wollte mit seinem Luftschiff direkt nach New York fahren, und er glaubte dieses Amerikaziel noch durch Äußerungen über Frankreich, die ihm den Beifall amerikanischer Journalisten eintrugen, besonders bezeichnen zu sollen. Er brach nach Amerika auf — aber er landete in Frankreich. Und da zeigte sich die spontane menschliche Solidarität, es entstand eine solche Einheit der Gesinnung zwischen Deutschen und Franzosen, daß Eckener seine früheren Worte über Frankreich selber ungeschehen machte. Das Ergebnis war so, daß Eckener nun diese mißglückte Amerikafahrt als die wirklich geglückte Fahrt des Luftschiffs empfinden kann. So soll es auch, und dazu muß alles geschehen, der deutschen Politik ergehen. Sie mag alle ihre Hoffnungen auf Amerika setzen, sie wird doch, wenn freilich auch erst nach weiteren schlimmen Enttäuschungen, auf dem europäischen Mutterboden, bei ihrem nächsten Nachbarn landen müssen. Und erst mit diesem vereint wird sie einen neuen Aufstieg in die Welt unternehmen können: keinem ein Gegner, aber auch von keinem in der Betätigung der eigenen Schaffenskraft gehindert.



## LUDWIG QUESSEL · YOUNGPLAN UND REICHS-SCHULD



UNTER dramatischen Erscheinungen ist am 7. Juni 1929 die Unterzeichnung des Youngplans vor sich gegangen. Ehe die am grünen Tisch vereinigten Delegationen die Feder zur Unterzeichnung des neuen Zahlungsplans für die Reparationen ergreifen konnten, gingen die schweren Seidenvorhänge vor ihnen, hinter denen die Filmoperateure verborgen waren, in Flammen auf. In gewissem Sinn hat das Schicksal damit Hjalmar Schacht korrigiert. Er hatte dem zugestimmt, daß man den Akt, der Deutschland vorwiegend zugunsten der Angelsachsen als Endsumme 113,9 Milliarden Goldmark in 58 Jahreszahlungen auferlegt, als Film drehte. Der Zwischenfall verhinderte, daß dieses deutsche und europäische Drama zu einem Kinostück wurde.

Bei einer kritischen Stellungnahme zum Youngplan muß zunächst dessen allgemeiner Charakter betont werden. Er ist ein Werk, das durch und für die Angelsachsen geschaffen wurde, gegen Deutschland und gegen Europa. Die Sachleistungen, mit denen Deutschland bisher einen großen Teil der Dawesleistungen begleichen konnte, sollen sukzessive abgebaut und nach 12 Jahren eingestellt werden. 58 Jahreszahlungen, deren Endsumme mehr als 113 Milliarden beträgt, hat Deutschland zu zahlen. Aber nur 12 davon sind durch Sachleistungen geschützt. Kein Zweifel kann daran bestehen, daß diese Seite des Youngplans unter englischem Einfluß zustande gekommen ist. Man weiß, daß die britische Arbeiterpartei die deutschen Sachleistungen immer als einen Dorn im Fleisch empfunden hat. Auch die britische Industrie hat sie stets bekämpft, weil sie wie ein kontinentaler Schutzzoll für Kohle, Eisen und chemische Produkte zugunsten Deutschlands wirkten. Die kontinentalen Gläubigerstaaten, die sie in Empfang nahmen, haben sie zu

einem wesentlich niedrigeren Preis verkauft als ihnen dafür auf Reparationskonto angerechnet wurde. Zugunsten Englands sind im Youngplan die deutschen Reparationssachleistungen, die den deutschen Arbeitsmarkt überaus günstig beeinflussten, eingeschränkt worden. Nach 12 Jahren sollen sie ganz aufhören und durch eine deutsche Ausfuhr ersetzt werden, die unter dem vollen Druck der englischen und amerikanischen Konkurrenz steht. Mag das leicht nehmen, wer will. Wer aber weiß, daß England überall da, wo es die kontinentalen Märkte auf dem Wasserweg erreichen kann, mit niedrigeren Kosten (Produktions- plus Transportkosten) als Deutschland arbeitet, wird den Abbau der Sachleistungen und ihren Ersatz durch eine vom englischen Preisdruck ungeschützte Ausfuhr als ein Faktum ansehen, das nicht nur eine kontinentale Zusammenarbeit auf lange Zeit erschwert sondern auch die Zahlungserleichterungen des Youngplans gegenüber dem Dawesplan zu einem erheblichen Teil illusorisch macht. Daß mit dem Abbau der Sachleistungen der uns im Youngplan gewährte Währungsschutz fast völlig dahinschwindet, ist für jeden klar, der darüber unterrichtet ist, daß Deutschland sich seine Devisen zur Bezahlung seiner Zufuhren aus den angelsächsischen Kolonialgebieten in der Hauptsache nur durch Warenabsatz auf den kontinentaleuropäischen Märkten beschaffen muß, weil sich die angelsächsischen Siedlungsgebiete den deutschen Waren verschließen. Wie vor dem Krieg so ist auch nach ihm Kontinentaleuropa der große Devisenlieferant Deutschlands. An dem Tag, da es diese Funktion einschränkt, zieht die Armut in Deutschland ein. Hjalmar Schacht gegenüber muß betont werden, daß er bei dem Kapitel Sachleistungen, bei dem er mit ein wenig mehr Geschick alle kontinentalen Gläubigerstaaten auf Deutschlands Seite hätte ziehen können, das deutsche Interesse, das immer, ob man es will oder nicht, zu gut 90 % zugleich ein kontinentaleuropäisches Interesse ist, nicht richtig vertreten hat. Die Preisgabe der Sachleistungen für 46 Jahreszahlungen ist ein Fehler, unter dem das deutsche Volk fast ein halbes Jahrhundert leiden wird.

Angesichts der Mängel des Youngplans, der Deutschland 37 Jahreszahlungen von durchschnittlich 2148,2 Millionen Goldmark auferlegt, ansteigend von 1707,9 Millionen Mark im Jahr 1930-1931 bis auf die 2428,8 Millionen Mark betragende Höchstzahlung im Jahr 1965-1966, und dann allmählich absteigend weitere 21 Zahlungen, die sich von 1607,7 Millionen Mark im Jahr 1966-1967 auf 897,8 Millionen Mark im Jahr 1987-1988 vermindern, drängt sich die Frage auf, wer auf deutscher Seite die Verantwortung für ihn trägt. Amtlich wird streng an der Auffassung festgehalten, daß die einzig Verantwortlichen für den Youngplan auf deutscher Seite die Führer der deutschen Delegation seien. Da einer von ihnen, Albert Vögler, die Verantwortung im letzten Augenblick abgelehnt hat, bleiben von dem Dreimännerkollegium, das die deutsche Delegation führte, als verantwortlich übrig Hjalmar Schacht und Ludwig Kastl. Man weiß jedoch, daß die Presse der Rechtsparteien nicht diese beiden Führer der deutschen Delegation sondern das Reichskabinett Müller, insbesondere Hermann Müller, Rudolf Hilferding und Gustav Stresemann, für den Youngplan verantwortlich macht. Sehr nahe an diese Auffassung heran kommt Moritz Julius Bonn, der am 9. Juni im Berliner Tageblatt die Verantwortlichkeit des Reichskabinetts für den Youngplan wie folgt begründete:

»Die deutsche Regierung hatte die Bedingung gestellt, die Revision des Dawesplans müsse von unparteiischen Sachverständigen auf Grund der deutschen Leistungs-

fähigkeit erfolgen. Die deutsche Öffentlichkeit hat sich daher eingebildet, es handle sich um eine Aktion technischer Sachverständiger. In Wirklichkeit fand eine politische Konferenz statt, bei der ängstliche, von der Gunst der öffentlichen Meinung abhängige Regierungen sich hinter dem Rücken unabhängiger Privatpersonen versteckten.« Zu diesen Bemerkungen von demokratischer Seite ist zu sagen, daß von den an der Pariser Konferenz beteiligten Regierungen nur 2 an der Version festgehalten haben, sie wären dort überhaupt nicht vertreten gewesen. Es sind dies die deutsche und die amerikanische Regierung. Nur auf diese kann sich daher auch Bonns Bemerkung von den »ängstlichen, von der Gunst der öffentlichen Meinung abhängigen Regierungen« beziehen, die »sich hinter dem Rücken unabhängiger Privatpersonen versteckten«. Die entschiedene Art, mit der von demokratischer Seite die Verantwortlichkeit für den Youngplan, was Deutschland betrifft, dem Reichskabinet Müller zugeschoben wird, zeigt in der Tat, daß nunmehr eigentlich nur noch die Regierung der Vereinigten Staaten von sich behaupten kann, sie wäre auf der Pariser Konferenz nicht vertreten gewesen, ohne von der Presse Lügen gestraft zu werden. Im übrigen hat die Fiktion, daß in Paris nur unabhängige Sachverständige versammelt gewesen seien, Amerika und Deutschland nichts genützt. Die Trennung der alliierten Verschuldung von den deutschen Reparationsleistungen scheiterte an der Einheitsfront der kontinentalen Gläubigermächte, obwohl Amerika hierbei von deutscher Seite unterstützt wurde. Erreicht hat Deutschland nur, daß Amerika, sich auf Deutschland stützend, seine Forderung von etwa 75 Milliarden Mark (als Endsumme) bequem in den Plan hineinbauen konnte.

Es gibt nun freilich Demokraten und Sozialdemokraten, die in dem Umstand, daß Deutschland jetzt Amerika direkt als Endsumme 75 Milliarden Mark schuldet, deren Verzinsungs- und Tilgungsbeträge es an die Reparationsbank abzuführen hat, einen Vorteil für Deutschland sehen. Auf Grund des Sondermemorandums über die alliierten Schulden, das für Washington ganz unverbindlich ist, hoffen sie auf einen baldigen Schuldenerlaß von seiten Amerikas, ja sie rechnen auf ihn wie auf etwas bestimmt Eintretendes. In der Vossischen Zeitung gab Leo Stahl dieser Illusion am 8. Juni wie folgt Ausdruck: »Die Revision wird von einer andern Seite herkommen müssen. Die Vorstellung ist absurd, daß ein Volk 2 Generationen lang den anderen Völkern Kriegsentschädigung zahlen soll. Auch im Lager der alliierten Mächte und vor allem in den Vereinigten Staaten, die als die Hauptgläubiger auf mehr als  $\frac{2}{3}$  des gesamten Zahlungsplans Anspruch haben, wird eines Tages die wirtschaftliche Vernunft siegen und, wenn nicht zu einer völligen Annullierung, so doch zu einer vernünftigen Herabsetzung der internationalen Kriegverschuldung führen müssen. Bis dahin gilt es Vertrauen in die Zukunft zu haben und mit ungebrochener Kraft an dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu arbeiten.«

Richtig ist Leo Stahls Angabe, daß von der Endsumme des Youngplans (über 113 Milliarden Mark) über  $\frac{2}{3}$  (also 75 Milliarden) den Amerikanern zufließen. Dagegen ist es falsch, wenn er die Dinge so hinstellt, als ob in der Weltgeschichte bisher immer Kriegsentschädigungen von einer Generation getilgt worden seien. Richtig ist vielmehr, daß zur Tilgung fast aller großen Kriegsentschädigungen der Neuzeit im Weg der Staatsverschuldung die 2., auch die 3. Generation herangezogen wurden. Im übrigen aber wird man guttun sich daran zu erinnern, daß Parker Gilberts Berichte scharf und klar die These herausgearbeitet haben, die finanzielle Not Deutschlands sei keineswegs auf die Reparationszahlungen zurückzuführen sondern auf die unverantwortliche Ausgabensteigerung von Reich, Ländern und Gemeinden. Erwähnung verdient ferner auch die Tatsache, daß Belgien, obwohl es jahrelang in Amerika

als "Märtyrer des Weltkriegs" und als "Amerikas Liebling unter den Nationen" gefeiert und gehätschelt wurde, aus dieser stürmischen Zuneigung Washingtons nicht den Erlaß eines einzigen Dollars seiner Kriegsschuld gewinnen konnte. Schuldenerlasse sind in Amerika nicht beliebt. (Wenigstens nicht, wenn Amerika der Gläubiger ist. Anders liegt die Sache, wenn Amerika selbst Schuldner ist: Von der Bezahlung dessen, was die Vereinigten Staaten, als sie sich von England losrissen, zur Führung ihres Unabhängigkeitskriegs von Frankreich erhielten, spricht man in Washington nicht.) Schulden anderer läßt Washington allenfalls dann nach, wenn es dafür das nationale Selbstbestimmungsrecht eines fremden Volkes eintauschen kann.

Es wäre ein Verhängnis für Deutschland, wenn es die Youngverschuldung wegen der angeblich großen Liebe Amerikas zu Deutschland als nicht existierend oder als nur vorübergehend ansehen würde. Sie ist vorhanden, auch wenn wir von ihr einstweilen nur die zu leistenden Jahreszahlungen und die Endsumme kennen. Ihr Kapitalwert, der unter die Schulden des Reichs einzusetzen ist, wird von verschiedenen Seiten verschieden hoch berechnet. Den Zahlen von Paris, das heißt den von Deutschland vom 1. September 1929 bis zum 31. März 1987 zu leistenden Zahlungen, sind weit von einander liegende Gegenwartswerte beigelegt worden. Der Ullsteinnachrichtendienst gab am 30. Mai den Zahlen von Paris, deren Endsumme über 113 Milliarden hinausgeht, einen Gegenwartswert von 36 Milliarden Mark. Zu einer wesentlich höhern Zahl gelangt das Magazin der Wirtschaft, das den ersten 37 Jahreszahlungen einen Kapitalwert von 39,2 Milliarden und den letzten 21 einen solchen von 5,2 Milliarden zuschreibt. Man wird guttun die deutsche Verschuldung aus dem Youngplan auf 44,4 Milliarden Mark zu berechnen, wie es das genannte linksstehende Organ am 6. Juni tat. Hinzu kommt dann noch die 7prozentige Aufwertung der in Belgien zurückgelassenen Markbeträge (6000 Millionen), deren Kapitalwert sich auf 400 Millionen beläuft. Im ganzen hätte Deutschland dann also eine in 58 Jahren zu tilgende Reparationsschuld von rund 45 Milliarden Mark. Die Gesamtverschuldung des Reichs bietet nach dem denkwürdigen 7. Juni 1929 also folgendes Bild:

Art der Schuld	Betrag (in Millionen Mark)
Reparationsschuld	45 000
Aufwertungsschuld	5 247
Reinholdanleihe von 1927	500
Hilferdinganleihe von 1929	200
Schatzanweisungen	20
Bankschulden (Rentenbank und Reichsbank)	981
Sonstige Zahlungsverpflichtungen	238
Reichskassendefizit	1 635
<b>Gesamtverschuldung</b>	<b>53 821</b>

Zu diesem Tableau der Reichsschuld ist zu bemerken, daß die 37 Jahreszahlungen des Zeitraums von 1930 bis 1966, deren Kapitalwert das Magazin der Wirtschaft auf 39 200 Millionen Mark errechnet hat, nur zu einem sehr kleinen Teil durch Sachleistungen abgegolten werden können. Die Hauptmasse muß durch Devisen bezahlt werden, die wir uns durch einen forcierten Export zu Preisen unter unseren Produktionskosten voraussichtlich werden beschaffen müssen. Man weiß, daß die Kartelle die inländischen Verkaufspreise vielfach hochhalten, um im Ausland unter den deutschen Produktionskosten verkaufen zu können. Gewiß nicht aus Übermut, sondern um über-

haupt Absatzmöglichkeit für deutsche Waren im Ausland zu finden. Der von den deutschen Delegierten unter dem Druck der Angelsachsen zugestandene Abbau der Sachleistungen wird zur Folge haben, daß nach Ablauf der Atempause, den uns der Youngplan bis etwa 1940 gewährt, die Summe des stofflichen Reichtums und der Dienstleistungen, die Deutschland aufbringen muß, ungefähr ebenso groß werden wird wie die Leistungen des Dawesplans, obwohl ihr Wert, in Mark ausgedrückt, geringer erscheint.

Ein eigenes Kapitel stellen die 21 zusätzlichen Jahreszahlungen von 1966 bis 1987 dar. Von ihnen, deren Kapitalwert vom Magazin der Wirtschaft auf 5,2 Milliarden berechnet wird, wurde berichtet, sie könnten aus dem Reingewinn der Reparationsbank bezahlt werden. Übermäßig wahrscheinlich ist das nicht. Sieht man sich nämlich die Gewinnverteilung der Reparationsbank an, so kann man leicht zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die Ausfallbürgschaft Deutschlands für die letzten 21 Jahreszahlungen des Youngplans sehr realer Natur ist. Aber nicht nur die Gewinnverteilung der Reparationsbank scheint gegen Deutschland gerichtet zu sein. Man weiß auch, daß überall da, wo die Amerikaner bei der Verwaltung nichtamerikanischer Vermögen mitwirken, gewaltige Verwaltungskosten und Spesen entstehen. Was Deutschland hier bevorsteht, könnte das Kabinett Müller sehr gut illustrieren, wenn es die Summe der Kosten und Spesen, die sich die Amerikaner für die Verwaltung des beschlagnahmten deutschen Eigentums berechnet haben, auch einmal der deutschen Öffentlichkeit mitteilen würde.

Recht schmackhaft und lieblich anzusehen sind die Bestimmungen des Sondermemorandums des Youngplans, die Auskunft darüber geben, was geschehen soll, wenn Amerika nachläßt. Gewiß, wenn Amerika in den nächsten Jahren auf die 75 Milliarden Goldmark verzichtet, die ihm aus dem Youngplan zustehen, ist das Reparationsproblem gelöst. Aber dieses Wenn des Youngplans ist lediglich ein Wunsch. Amerika hat keinerlei Verpflichtungen nach dieser Richtung übernommen. Im Gegenteil. Seine Sachverständigen haben alles getan Amerikas Forderungsrechte gegenüber Europa im Youngplan, der nur Deutschland Lasten auferlegt, so fest wie möglich zu untermauern. Von amtlicher amerikanischer Seite ist bisher auch nicht im geringsten angedeutet worden, daß man sich mit den Wennbestimmungen des Youngplans in Washington irgendwie ernstlich zu befassen gedenkt. Die Nachrichten, die aus Amerika kommen, machen es wahrscheinlich, daß Washington seinem deutschen Schuldner durchaus nicht weiter entgegenkommen wird als bisher seinen lateinamerikanischen Schuldnern.

Aus allen diesen Gründen hat Deutschland kein Recht die 75 Milliarden, die es an Amerika in 58 Jahresraten zahlen soll, als eine fiktive Schuld anzusehen. Sie ist ebenso real wie die eigentliche Reparationsschuld von 38 Milliarden. Daß die anderen Teile der deutschen Reichsschuld ebenfalls durchaus realer Natur sind, kann jeder nachprüfen, der das Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich 1928 zu Rate zieht. Was das in dem vorstehenden Tableau der deutschen Reichsschuld ausgewiesene Kassendefizit von 1635 Millionen Mark betrifft, so beruht diese Angabe auf der Berechnung des Professors der Finanzwissenschaft Julius Wolf, veröffentlicht im Berliner Tageblatt vom 28. Mai 1929. Sie stellt das Kassendefizit vom 31. März 1929 dar; es liegt Grund zu der Annahme vor, daß dieses Defizit inzwischen, mindestens um den Ertrag der Hilferdinganleihe, weiter angewachsen ist.



Während die deutsche Presse davon, daß uns der Youngplan verpflichtet in 58 Jahreszahlungen 75 Milliarden Goldmark als Endsumme an den Kriegsgewinner Amerika abzuführen, kaum Notiz nimmt, wird von dieser Tatsache, wenn man von den angelsächsischen Ländern absieht, das Gewissen der Welt stark erregt. Man muß nach dem, was in der Presse bekanntgeworden ist, leider annehmen, daß die deutschen Sachverständigen bei der wichtigen Aufgabe die amerikanischen Kriegsgewinne reinlich von dem deutschen Beitrag zu dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu scheiden den kontinental-europäischen Gläubigerstaaten ihre Mithilfe versagten. Wie die amerikanischen Forderungen gegen Europa zustande gekommen sind, illustriert Amerikas Forderungsrecht gegenüber Frankreich aus dem Erwerb des amerikanischen Kriegswarenlagers. Für das von Clemenceau, Klotz und einigen anderen aus dem Gefühl der Dankbarkeit für Amerikas Kriegshilfe aufgekaufte Kriegswarenlager, das, wie Léon Bailby im Intransigeant feststellt, keine 2 Milliarden wert war, verlangt Washington jetzt den wucherischen Preis von 10 Milliarden Francs. Frankreichs Sozialisten fürchten nun, daß, trotz allen Bemühungen der französischen Sachverständigen die wucherischen Kriegsgewinnansprüche Washingtons von dem deutschen Beitrag zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu trennen, diese Scheidung doch nicht scharf genug im Youngplan und seinen Annexen durchgeführt worden ist. Sie unterbreiteten daher der Deputiertenkammer einen Resolutionsentwurf, den Léon Blum im Populaire wie folgt kommentierte:

»Sein Zweck ist gleichzeitig unsere eigene Haltung zu präzisieren und die anderen Parteien wie die Regierung zu zwingen ihre eigene festzulegen. Unsere Experten haben, im Einvernehmen mit der Regierung, die Zahlungen Deutschlands in 2 Teile zerlegt: der eine, der die Rückzahlung der Schulden der Alliierten an Amerika betrifft, und der andere, der auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Bezug hat. Dem 2. gegenüber, das heißt den wirklichen Reparationen gegenüber, wurden die Transaktionen und damit die Herabsetzungen vorgenommen. Wir sind dagegen der Ansicht, daß die Zahlungen Deutschlands mit unbedingter Priorität den Reparationen zugeführt werden müssen. Und wir wollen, daß die Kammer sich in klarer Weise und ohne Umschweife über diese der steten Lehre der Internationale entnommenen Grundsätze ausspricht. Unser Entwurf begegnet somit der Ratifizierung der Mellon-Bérenger-Verträge. In Wirklichkeit haben diese Verträge der Arbeit der Experten zur Grundlage gedient, ohne daß jemand sie auch nur einen Augenblick in Frage zu stellen schien. Man begreift hier den ganzen Ernst des von der Mehrheit der Union Nationale begangenen Fehlers, als sie, vor 2 Jahren, ohne den Mut zu besitzen sie im Prinzip zu diskutieren, absichtlich die Augen vor ihrer Durchführung schloß. Ist es aber je zu spät, um Mut und Entschlossenheit an den Tag zu legen? Ist es zu spät, um sich an den Gerechtigkeitssinn des amerikanischen Volkes zu wenden und einen Appell, den es bisher noch nicht hörte, an seinen Wirklichkeitssinn zu richten?«

Wir erwarten, im Gegensatz zu Léon Blum, von dem Gerechtigkeitssinn Washingtons nicht zu viel. Dagegen dürfen wir glauben, daß, wenn Deutschland sich der moralischen Einheitsfront gegen die Absicht 75 Milliarden Goldmark amerikanische Kriegsgewinne von Deutschland einzutreiben eingliedern würde, ein Erfolg nicht ausbleiben könnte. Die Haltung der deutschen Presse spricht allerdings wenig dafür, daß Deutschland eine solche Aktion unternehmen oder auch nur unterstützen würde.

Zunächst ist durch den Youngplan die Verschuldung des Reichs so groß geworden, daß sich keiner einbilden sollte, die bisherige Finanzwirtschaft unseres Parlamentarismus könnte, auch nur ein Jahrzehnt, ruhig fortgesetzt werden. Gewiß ist der Youngplan insoweit gegenüber dem Dawesplan für

Deutschland ein Fortschritt, als wir nunmehr mit ausreichender Genauigkeit berechnen können, wie groß unsere Reparationsverschuldung ist, was bisher nicht möglich war. Auch die Beseitigung des Wohlstandsindex des Dawesplans, der eine Erhöhung der Daweszahlungen weit über 2500 Millionen Mark hinaus zuließ, wenn die Steueraufbringungskapazität des deutschen Volkes durch die Steuerbewilligungsfreudigkeit des Reichstags weiter gesteigert worden wäre, ist zweifellos für Land und Volk ein großer Gewinn. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß unser Parlamentarismus die Situation, die der Youngplan geschaffen hat, auch richtig begreift. Man darf sich jetzt nicht mehr einbilden, man könne dem In- oder Ausland die Tatsache verheimlichen, daß Deutschland bis zur äußersten Grenze des Erträglichen bereits verschuldet ist. Das Finanzkapital weiß ganz genau, wie die Dinge in Deutschland liegen. Das Fiasko der neuen Reichsanleihe, die trotz Steuerfreiheit und den Propagandamitteln, die sonst für Staatsanleihen nicht üblich sind, bis jetzt nur 180 (statt 500) Millionen Mark eingebracht hat, ist ein Warnungszeichen. Ein Staat, der 53 000 Millionen Goldmark Schulden hat, muß aufhören zu borgen. Er muß lernen mit seinen Einnahmen auszukommen. Im Jahr 1927 hat der deutsche Parlamentarismus den Beamten und Abgeordneten durch die Besoldungsordnung nach den Erklärungen der Reichsregierung gegenüber dem Protest des Reparationsagenten 1200 Millionen Mark Lohnzulage bewilligt, für die bisher in Reich, Ländern und Gemeinden aus Einsparungen keine Deckung gefunden werden konnte. Andererseits ist die Steueraufbringungskraft des deutschen Volkes restlos ausgeschöpft. Diese ungedeckte Mehrausgabe für die Beamten und Abgeordneten hat in 2 Jahren zu einem Kassendefizit von über 1,5 Milliarden geführt. Es ist nicht möglich sie länger aufrechtzuerhalten. Die Verminderung der Reparationszahlungen im 1. Jahrzehnt des Youngplans reicht kaum aus, um die Gehaltserhöhungen von 1927 für die unteren Besoldungsgruppen aufrechtzuerhalten. Eine Änderung der neuen Besoldungsordnung im Sinn eines Abbaus ist jetzt das einzig wirksame Rettungsmittel für Deutschland. Sie ist unbedingt notwendig, um nach der Annahme des Youngplans, der neue Anleihen ausschließt, Deutschland wieder auf die Bahn einer geordneten Finanzwirtschaft zurückzuführen und die Zerstörung der deutschen Industrie zu verhindern.

## BALTHASAR WEINGARTZ · ZUR PSYCHOLOGIE DER ENGLISCHEN WAHLEN



IST es angesichts des epochalen Siegs der Labour Party ohne Interesse daran zu erinnern, daß die Sozialistische Internationale noch 1907 auf dem Sozialistenkongreß in Stuttgart darüber stritt, ob diese Partei eine bona fide sozialistische Arbeiterpartei sei? Angeblich war nämlich die Labour Party im Sinn des Regulativs des Kongresses über die Zulassung keine sozialistische Partei. Und in der Tat hatte sich das Bureau unter dem Einfluß bestimmter "marxistischer" Kreise gegen die Zulassung entschieden. Namens der kleinen und einflußlosen Social Democratic Federation betonte Harry Quelch auf dem Kongreß: man könne nicht in Stuttgart einem Sozialistenkongreß beiwohnen und in England in Wahlmanifesten sagen, daß es keinen Klassenkampf gibt. Und doch, Welch ein Fortschritt seit dem Pariser Kongreß von 1900, wo außer den kleinen sozialistischen Vereinen und einigen Gewerkschaften die Spitzenorga-

nisationen der Gewerkschaften nicht vertreten waren, und die Labour Party gar keinen Antrag auf Zulassung gestellt hat! Sie war in jenen Tagen noch keine Partei im Sinn des Worts. Als Partei kann sie erst seit 1906 gelten. Ein Vergleich der englischen Maiwahlen 1929 mit den deutschen Maiwahlen 1928 ist im jetzigen Augenblick nützlich, da sich daraus für uns Deutsche vielleicht gute Lehren ergeben. Für deutsche Ohren klang es äußerst sonderbar, als noch gegen Ende des deutschen Wahlkampfes englische Korrespondenten in ihren Blättern darüber grübelten, was denn eigentlich die Parole des Wahlkampfes sei. Die englische Presse war sich darin einig, daß dem deutschen Kampf irgendein greifbares Ziel fehle, woraus sich die Apathie der Wählermassen erkläre. Allerdings sprach man auch im englischen Wahlkampf von einer Apathie. Aber niemandem fiel es ein sie auf das Fehlen einer Parole zurückzuführen. Im Gegenteil, es war das Kennzeichen des englischen Kampfs, daß hier die Parteien mit klar umrissenen Programmen auf dem Feld erschienen. Das Merkwürdigste war aber, daß alle Parteien schließlich auf das selbe Problem kamen: auf das der Arbeitslosigkeit. Die soziale Frage stand von allem Anfang an im Mittelpunkt des Kampfs.



NE klar begrenzte Parole ist in England ein Wahlkampf fast undenkbar. Auch bei früheren Kämpfen konzentrierte man sich auf bestimmte Gedanken. Doch vielleicht war dies noch nie so der Fall wie in den Wahlen dieses Jahres. Über den Einfluß dieser geistigen Haltung schrieb Harold James Laski, Mitglied der Labour Party, im New Leader vom 31. Mai 1929:

»Die Ruhe der Wählerschaft ist nicht gleichbedeutend mit Apathie. In den Versammlungen verlangte man, wie nie zuvor, Aufklärung anstatt Deklamation, Tatsachen anstatt bloßer Behauptungen. Ich wiederhole meine Überzeugung: 2 Punkte waren es, die Interesse erweckten: die internationale Politik und die Arbeitslosigkeit.«

Diese beiden Punkte bildeten den Kern des Programms nicht nur der Labour Party sondern auch besonders der Liberalen Partei. David Lloyd George unterbreitete einen bis ins kleinste ausgearbeiteten Plan zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Seine Wahlbroschüre erschien unter dem Titel Können wir die Erwerbslosigkeit beseitigen? Der bekannte liberale Volkswirtschaftler John Maynard Keynes schrieb ein Pamphlet unter dem Titel Kann Lloyd George es schaffen? Er beantwortete die Frage mit Ja. Lord Rothermere schrieb in seiner Daily Mail am 29. Mai 1929 in einem Artikel Laßt die Sozialisten heraus!, der wohlbekannte Volkswirtschaftler Keynes hätte seinen guten Ruf für den Plan Lloyd Georges in die Wagschale geworfen. Mit Lloyd George hat es aber einen Haken. Und darum geht es der Liberalen Partei schlecht. Die erwartete Erneuerung ihrer Macht blieb aus. Das ist um so eigenartiger, als diese Partei die bedeutendsten Politiker aufweist. Lord Rothermere hat nicht unrecht, wenn er in dem erwähnten Artikel, in dem er sich für eine »antisozialistische Koalition« zwischen Liberalen und Konservativen einsetzt, sagt: »Der Unterschied, der beide Parteien vom Sozialismus trennt, ist groß. Eine Fusion würde einer so geeinten Partei Männer von ausgezeichnetem Ruf und Charaktereigenschaften zur Verfügung stellen, wie Lloyd George, Lord Henry Grey, Lord Robert Reading, Lord Buckmaster, Sir Herbert Samuel, Sir John Simon . . . Der große persönliche Einfluß des liberalen Führers würde einer antisozialistischen Koalition eine besondere Bedeutung geben.«

Lord Rothermere lebt noch in der Atmosphäre von 1921, jenes Jahres, da Lloyd George sich ernsthaft mit der Gründung einer antisozialistischen Partei beschäftigte. Er hat die Zeichen der Zeit mißverstanden. Der Zusammen-

bruch der Liberalen Partei ist so groß, daß von einer liberal-konservativen Koalition zurzeit keine Rede sein kann; beide Parteien zusammen haben keine tragfähige Mehrheit im neuen Parlament. Zahlenmäßig wäre eine Koalition zwischen der Labour Party und der Liberalen Partei möglich; sie ist aber nicht spruchreif. Wie 1924 bildet die Labour Party also auch jetzt wieder eine Minderheitsregierung. Über den drohenden Zusammenbruch der Liberalen Partei schrieb Laski am Vorabend der Wahl:

»Von einer liberalen Erneuerung merkte ich im Wahlkampf nichts. Häufig sprach man wohl von den ausgezeichneten Qualitäten dieses oder jenes liberalen Kandidaten, aber das Lob endete stets mit dem Bedauern darüber, daß der Kandidat ein Anhänger Lloyd Georges sei. Das allgemeine Mißtrauen gegen den liberalen Führer ist höchst bemerkenswert. Es beschränkt sich nicht auf einen besondern Gesellschaftskreis. Ich hörte davon im Schlafwagen im Norden Englands, in einem Hotel in Coventry, unter den Bergarbeitern Durhams. Das jetzige liberale Versprechen ähnelte der rücksichtslosen Bauernfängerei von 1918, obwohl das Programm [zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit] sehr gut und einleuchtend, und, wie zugegeben werden muß, der Plan wundervoll aufgebaut war. Aber trotz der Unterstützung, die der Plan durch die meisterhafte Verteidigung seitens Keynes' fand, stand die Wählermasse unter dem Eindruck der unehrlichen Seitensprünge, die die liberal-konservative Koalition unter der Leitung Lloyd Georges [1918 bis 1923] gemacht hatte. Der englische Wähler hat manchen Fehler, aber ich würde seinen Charakter verkennen, sollte ich darin irren, daß er sich lieber mit Stanley Baldwins Politik des Nichtstuns zufrieden gibt als mit Lloyd Georges zweifelhafter Aktivität.«

Die Rolle Lloyd Georges ist: von einem Extrem ins andere zu springen. Einst war er der große Volkstribun, der in den Jahren 1906 bis 1914 den Neoliberalismus mit seinem großzügigen sozialen Programm schuf. Die ganze Gesetzgebung jener Zeit trägt den Stempel Lloyd Georges. Im Krieg wurde er dann mehr und mehr einer der rabiatesten Kriegshetzer, dann der Urheber des Vertrags von Versailles. Innenpolitisch vernichtete er die von ihm selbst geschaffene Liberale Partei. Das Werk wurde im November 1918 durch die berüchtigte "Kuponwahl" gekrönt, in der nur jene Kandidaten Aussicht auf Erfolg hatten, die sich Lloyd George gefügig zeigten, seinen wilden Siegestaumel mitmachten. Im Jahr 1921 versuchte dann Lloyd George eine Art Zentrum zu schaffen, eine Antisozialistische Partei ins Leben zu rufen. Diese Aktion wurde mit einer Rede eingeleitet, in der Lloyd George sagte:

»Der Sozialismus will alles vernichten, was die Propheten und Führer der beiden großen Parteien in jahrzehntelangen Bemühungen aufbauten . . . Die parlamentarischen Institutionen sind ebenso gefährdet wie die Grundlagen der Privatwirtschaft.« Die ultrakonservative Morning Post erinnerte jetzt am 15. Mai in einem Leitartikel an diese Worte und fügte hinzu:

»Diese und ähnliche Reden wurden bei dem Versuch gehalten aus den Anhängern beider Parteien, der Konservativen und der Liberalen, eine Partei der Mitte zu bilden.« Wie wirkliche Liberale im Krieg und auch nach dem Krieg über Lloyd George dachten, dafür seien die Worte wiedergegeben, die Arthur George Gardiner, ehemals Leiter der liberalen Daily News, im November 1920 schrieb:

»Wir haben eine große Aufgabe zu erfüllen: sie besteht darin, daß das brutale Regime beseitigt werde, das alles, was die Liberalen in der Vergangenheit als heilig betrachteten, beschmutzt und in den Kot zieht . . . Kein Liberaler darf von sich sagen lassen, er habe durch Wort oder Schrift irgendetwas zur Erhaltung der Macht Lloyd Georges getan, die so viel Unheil über die Welt brachte.«

Später versuchte die einstige Seele des Neoliberalismus ihre Vergangenheit wiederaufleben zu lassen. Es nützte nichts. In diesem Wahlkampf konnte sich die Liberale Partei nicht mehr erholen. Ihre Fraktion ist so schwach, daß eine Koalition mit der Arbeiterpartei jetzt außer Betracht bleibt.



AN fügt sich in England stets getreulich dem Verdikt, das in den Wahlen ausgesprochen wird. Es ist die Stimme des Volks, die in der Wahl die Entscheidung trifft, und es wird nun einfach danach verfahren. So schrieben diesmal die Times am 3. Juni in einem Leitartikel, betitelt Der nächste Schritt:

»Das Land hat sich für eine Arbeiterregierung entschieden; daran kann nicht geäußert werden. Ob die Arbeiterregierung nun noch in dieser Woche oder erst in einem Monat kommt, das ist weniger wichtig.«

So ungerecht das englische Wahlrecht auch sein mag, es gibt die Möglichkeit einer klaren Entscheidung. Die unangenehmen Begleiterscheinungen einer deutschen Regierungsbildung kennt man in England nicht, und das ist kein Unglück. Aber wir Deutsche sind nichtsdestoweniger stolz darauf das "demokratischste Wahlrecht der Welt" zu besitzen.

Nicht mit Unrecht machen allerdings die Liberalen für ihren Mißerfolg das bestehende Wahlgesetz verantwortlich, das ganz und gar auf dem Zweiparteiensystem beruht. Sie verlangen entweder die Einführung von Stichwahlen oder eine Form des Verhältniswahlrechts. Dieses Proportionalwahlrecht hat aber James Ramsay MacDonald stets scharf bekämpft. Kurz nach der Wahl bekundete er erneut seine Gegnerschaft, indem er sagte, das Proportionalwahlgesetz verhindere die sozialistischen Parteien des Kontinents zur wirklichen Macht zu gelangen. Wird die Partei aber eine Wahlreform aufhalten können? Henry Noel Brailsford schreibt im New Leader vom 7. Juni 1929:

»Zunächst ist es klar, daß wir uns für eine Wahlreform zu entscheiden haben werden. In der Tat würde es mich wundern, wenn die Liberalen diese Frage nicht schon durch einen Zusatzantrag zur Thronrede zur Debatte stellten. Nun kenne ich das Temperament unserer Partei. Der eingefleischte Parteimensch hofft durch Verweigerung elementarer Grundsätze der Gerechtigkeit die Liberalen zwischen 2 Steinen, der Konservativen Partei und der Labour Party, zu zerreiben, sie zu zwingen entweder in der einen oder der andern Partei aufzugehen. Dieser Weg führt nicht zum gewünschten Ziel, er hat obendrein den Nachteil, daß unsere eigene Aktion gelähmt wird. Außerdem ist eine solche Stellungnahme nicht nur undemokratisch sondern auch unmoralisch. 5 Millionen Wähler verlangen nach einer adäquaten liberalen Vertretung. Mit welchem Recht wollen wir diese Wähler einfach politisch entrechteten? Das tun wir aber, wenn wir an einem Wahlrecht festhalten, das nur bei 2 Parteien haltbar ist. Wir können also eine Wahlreform kaum verhindern.«

Die Arbeiterpartei befindet sich in der gleichen Lage wie im Jahr 1924: Um regieren zu können, bedarf sie der Unterstützung der Liberalen oder der Konservativen. Philip Snowden, der früher eine Koalition für wünschenswert hielt<sup>1</sup>, meint jetzt, die Regierung könne ohne förmliche Koalition wenigstens 2 Jahre regieren, ohne befürchten zu müssen gestürzt zu werden. Jedoch bedarf es auch hierfür eines vorsichtigen Tastens, um sich entgegenstellenden Schwierigkeiten auszuweichen. Brailsford sagte in dem erwähnten Artikel:

»Die sich darbietenden Probleme haben einen Hintergrund. Auch die Liberalen haben ihre entschuldbaren Eigenarten. Sind wir für den Fall, daß von unserer Seite eine Fühlungnahme, ganz gleich welcher Art, abgelehnt wird, bereit die Liberalen entgegenkommend zu behandeln, ihnen die Möglichkeit zu geben sich dem Staatswohl zu widmen? Ohne ein solches Entgegenkommen ist für uns eine ruhige Entwicklung nicht möglich, auch würden wir keine verdienen. So sonderbar es klingen mag: Die Liberalen wehren sich dagegen als Nichtgentlemen angesehen zu werden. Es ist auch politisch unklug von vornherein den Liberalen mit Mißtrauen zu begegnen. Das beste wäre es mit ruhigem Gemüt vorzugehen. Die Form der Fühlungnahme, die ich persönlich für wünschenswert halte, ist die: mit hervorragenden Politikern, die außerhalb unserer Partei stehen, in Verbindung zu treten. Beispiels-

1) Siehe darüber Weingartz Der sozialpolitische Standort der englischen Arbeiterklasse, in den Sozialistischen Monatsheften 1928 II Seite 854.

weise könnten viele Irrtümer vermieden werden, wenn wir in Währungs- sowie in Kreditfragen den Ratschlägen Keynes' folgten. Von Edward Donald Simon könnten wir gute Winke über den Wohnungsbau erhalten. Wäre es unsrerseits nicht auch gut uns mit Sir Herbert Samuel ins Einvernehmen zu setzen, ehe wir die ersten Schritte in der Behandlung der Kohlenfrage tun? Neben den Liberalen muß aber Lord Robert Cecil genannt werden, der in allen Fragen der konstruktiven Friedenspolitik eine Autorität ist . . . Es läge in unserm Interesse die Talente auch außerhalb der eigenen Reihen zu berücksichtigen.«

Also ein Vorschlag, wie auch ohne direkte Koalition gute Arbeit verrichtet werden kann. Es wäre im Interesse der Labour Party zu wünschen, daß die Fehler von 1924 möglichst vermieden würden. Viel wird auch davon abhängen, welche Rolle die Radikalen der Independent Labour Party in der Partei spielen wollen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei der Behandlung der Kohlenfrage die ersten großen Schwierigkeiten entstehen werden. Während der Bericht des berühmten Kohlenausschusses unter der Führung Sir Herbert Samuels, der während des Streikjahrs 1926 eine so bedeutende Rolle spielte, sich gegen die Nationalisierung des Bergbaus aussprach, gab die Arbeiterpartei dem Bergarbeiterverband kurz vor der Wahl das Versprechen die Nationalisierung in die Wege zu leiten. Natürlich würde es den Bergarbeitern schon sehr nützen, gelänge es zunächst einmal die Vorschläge des Kohlenausschusses zu verwirklichen, wofür ja auch Brailsford eintritt.

Bemerkenswert ist, mit welcher Schnelligkeit man zur Schaffung des wirtschaftlichen Generalstabs schritt. An seiner Spitze steht der populäre John Harry Thomas. In Gemeinschaft mit George Lansbury, dem Pionier des englischen Sozialismus, wird er an die Behandlung der Arbeitslosenfrage herangehen. Mit der Berufung Lansburys zeigte MacDonald eine glückliche Hand. Sicher hätte sich 1924 manche Schwierigkeit gelöst, wäre Lansbury damals bei der Bildung des Kabinetts nicht übergangen worden. Einem Mitarbeiter der Daily News erklärte er, in der Frage der Arbeitsbeschaffung könne es nach dem Wahlkampf, in dem das Problem der Arbeitslosigkeit das Hauptagitationsfeld war, keine Parteikämpfe geben. Man sieht die Einhelligkeit der britischen Politik, wenn es die nationale Wirtschaft gilt. Daraus könnten deutsche Politiker aller Variationen etwas lernen.



INIGE Worte noch über die englische Wahlkreiseinteilung. Sollte eine Wahlreform kommen, so wird man unter allen Umständen an der jetzigen Art der Wahlkreise festhalten. Das deutsche System der Vielmännerwahlkreise ist in England undenkbar. Einmal beruht das Parteisystem auf dem Parteiführer, der auch im Wahlkampf die Hauptrolle zu übernehmen hat. Es ist nun einmal so: Der größte Teil des Erfolgs der Labour Party ist dem persönlichen Einfluß MacDonaldis zuzuschreiben. Er ist nicht nur der Schöpfer der Partei, so wie sie heute ist, er ist auch in jeder Hinsicht ihr Theoretiker und Organisator. Er war die Seele des Wahlkampfes. In der Zeit des Radios und des Bildplakats, wo man den Redner in 10 bis 15 Versammlungen zu gleicher Zeit hören kann, wie das besonders bei Lloyd George der Fall war, hat die Versammlung nicht mehr die Zugkraft von einstmals. Und doch war von einer so großen Ebbe in der Zahl der Versammlungsbesucher wie beim letzten deutschen Wahlkampf in England nichts zu spüren. Das liegt eben daran, daß die Führer der 3 Parteien im Mittelpunkt des Kampfs stehen. Jeder Wähler muß sich für einen der 3 Führer entscheiden. Er kennt nicht nur das Programm der Partei, der er seine Stimme gibt, er kennt vor allem das

Haupt der neuen Regierung, die er zur Macht bringen will. Alles Dinge, die in Deutschland mit dichtem Nebel umhüllt sind. In England will die Wählermasse den Parteiführer, der zur Übernahme der Regierung berufen wird, persönlich kennen lernen. Auch sonst wird dort das Interesse am Kampf in viel stärkerem Maß geweckt als in Deutschland. England hat eben keine so unmöglichen Wahlkreise wie Deutschland. Der Kandidat des Wahlkreises steht im Mittelpunkt des Gefechts. Er spricht nicht nur in den Wählerversammlungen, seine Haupttätigkeit besteht, in Gemeinschaft mit den Parteifunktionären, im Werben. Der Wahlkampf wird an den Türschwellen ausgefochten, »on the doorsteps«, wie sich der New Leader zu Beginn des Kampfs ausdrückte. Die Agitation von Haus zu Haus, die direkte Berührung mit dem einzelnen Wähler: das ist das besondere Merkmal des englischen Wahlkampfes. Auch bei dieser Arbeit ist der Kandidat die Seele. Um MacDonald die Möglichkeit zu geben sich dem allgemeinen Kampf zu widmen, suchte man ihm einen sichern Wahlkreis aus, wo sein persönliches Eingreifen nicht erforderlich war. Das war ein Ausnahmefall. Kommt es aber zu einer Reform des Wahlgesetzes, so wird es sicherlich niemandem einfallen das deutsche Wahlrecht als Muster anzupreisen, das, wie die Times schrieben, dem Deutschen Reichstag schon so große Schwierigkeiten bereitet hat.

## FRANZ GROSSE · DIE BEDEUTUNG DER ANGESTELLTEN FÜR DIE WIRTSCHAFT UND IHRE ORGANISIERUNG



UF dem 3. Kongreß des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes /1928/ hob Emil Lederer in seinem Referat über die Umschichtung des Proletariats die Tatsache hervor, daß es außer dem ganz ausgesprochenen Industrieland Belgien keinen modernen Industriestaat gibt, in dem die Industriearbeiterschaft mit ihren Angehörigen die Mehrheit der Bevölkerung bildet. In Großbritannien können beispielsweise 45 % der Berufstätigen der Industriearbeiterschaft im engeren Sinn zugerechnet werden. In Deutschland nur 38 %. Wird die Arbeiterschaft anderer großer Wirtschaftszweige hinzugerechnet, so bildet die Gesamtheit der Arbeiterschaft doch erst 45% aller Berufstätigen. Nur wenn zu diesen 15,4 Millionen Arbeitern und Arbeiterinnen einschließlich der Hausangestellten die 5 Millionen der Angestellten und Beamten hinzustoßen, ergibt sich eine Mehrheit der Arbeitnehmerschaft von insgesamt 66 % aller Berufstätigen. Diese paar Zahlen zeigen aufs deutlichste, welche immense Bedeutung heute der Angestellten- und Beamtschaft im Wirtschaftsprozeß zukommt. Sie zeigen, daß ohne die dauernde und feste Eingliederung dieser Gruppen in die Front der um eine Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft kämpfenden Massen eine Verwirklichung des Sozialismus, solange auf demokratischem Boden darum gekämpft wird, unmöglich ist. Es gibt heute weder eine große wirtschaftliche noch eine politische Aktion, die ohne die tätige Mithilfe dieser Gruppen durchgeführt werden kann. So wird es notwendig in sozialistischen Kreisen der Angestelltenschaft und ihren Organisationen eine viel größere Beachtung zu schenken als bisher <sup>1</sup>.

1) Siehe dazu auch *Aufhäuser* Die Entwicklung der Angestelltenbewegung und ihr Verhältnis zur Arbeiterbewegung, in den Sozialistischen Monatsheften 1926 Seite 697 und folgende.

Vergegenwärtigen wir uns noch einige wichtige Zahlen, um ein klares Bild von der Stellung der Angestelltenschaft in der heutigen Wirtschaft zu gewinnen. Während sich die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reichs von 1882 bis 1925 ungefähr verdoppelt hat, die Arbeiterschaft ungefähr in gleichem Maß gestiegen ist, hat sich die Angestelltenschaft im gleichen Zeitraum beinahe verzehnfacht. 1907 betrug nach den vom Allgemeinen Freien Angestelltenbund sehr vorsichtig berechneten Annäherungswerten die Anzahl der Angestellten rund 1½ Millionen (1 130 000 Männer und 370 000 Frauen), 1925 konnten rund 3½ Millionen Angestellte gezählt werden (2,3 Millionen Männer und 1,2 Millionen Frauen); das bedeutet bei den männlichen Angestellten eine Steigerung von über 100 %, bei den weiblichen sogar von 225 %. Demgegenüber ist die Anzahl der Arbeiter nur um etwa 25 % gestiegen. Am besten verdeutlicht die folgende Tabelle, in der für das Jahr 1882 stets die Zahl 100 gesetzt ist, das Anschwellen des Angestelltenheers:

Kategorie	1882	1895	1907	1925
Arbeiter	100	124	146	182
Angestellte und Beamte	100	159	318	529
Selbständige	100	106	108	116
Mithelfende Familienangehörige	100	107	214	318
Hausangestellte	100	102	102	94

Mannigfache Ursachen haben diese Entwicklung herbeigeführt, die in allen kapitalistischen Ländern zu beobachten ist<sup>2</sup>.

Eine der Hauptursachen ist die große Ausdehnung der Wirtschaftsgruppe Handel und Verkehr. 1907 entfielen 10 % aller Berufstätigen auf diese Gruppe, 1925 bereits 17 %. Sie hat sich also in Deutschland, wie in allen kapitalistisch fortgeschrittenen Ländern, weit stärker ausgedehnt als die Industrie. Man kann es fast als gesetzmäßige Erscheinung auffassen, daß, je stärker industrialisiert, je stärker kapitalistisch durchdrungen die Wirtschaft eines Landes ist, um so stärker auch der Verteilungsapparat anwächst. Diese Gruppe Handel und Verkehr hat aber von jeher vor allem Angestellte beschäftigt. Heute entfallen auf sie rund 44 % aller Angestellten: 1 530 000.

Ganz deutlich wird diese Erscheinung aber erst, wenn wir sehen, daß sich die Industrieangestellten noch in viel stärkerem Maß vermehrt haben als die Angestellten in Handel und Verkehr, und daß vorwiegend bei den kaufmännischen Angestellten in der Industrie diese allgemeine starke Steigerung zu erkennen ist. Von den rund 1 350 000 Industrieangestellten (38 % aller Angestellten) sind 63,7 % kaufmännische Angestellte. 1907 dagegen betrug die Anzahl der kaufmännischen Angestellten nur 46,7 % aller Industrieangestellten. Auch hier wird die oben skizzierte gesetzmäßige Entwicklung bestätigt. Man darf vor allem dabei nicht vergessen, daß ein großer Teil der bisher vom Handel ausgeübten Funktionen heute von den großen trust- und konzernmäßig gebundenen Wirtschaftsgebilden übernommen ist.

Als eine weitere Ursache des rapiden Anwachsens der Angestelltenschaft läßt sich die Entwicklung zum Großbetrieb erkennen. Es wird dies aus den Zahlen deutlich, die für die wichtigsten Industriezweige angeben, wieviel Angestellte auf 100 Erwerbstätige 1907 und 1925 kamen:

<sup>2</sup>) Das *Internationale Arbeitsamt* hat diese Tatsache durch zahlreiche Tabellen erhärtet, die im Anhang der vom Allgemeinen Freien Angestelltenbund herausgegebenen Schrift *Angestellte und Arbeiter* /Berlin 1928/ wiedergegeben sind.



Industriezweig	1925	1907
Chemische Industrie	26,5	16,1
Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung	25,8	24,2
Elektrotechnische Industrie	19,6	9,1
Kautschukindustrie	19,5	15,0
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau	18,0	11,2
Eisen- und Metallgewinnung	13,4	4,6
Papierindustrie	12,4	7,9
Nahrungsmittelgewerbe	12,2	6,1
Textilindustrie	10,4	7,3
Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie	10,2	6,1
Lederindustrie	9,6	4,7
Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren	8,9	6,8
Baugewerbe	8,0	6,3
Industrie der Steine und Erden	7,6	4,7
Bergbau	7,0	4,9
Holzgewerbe	6,5	3,4
Bekleidungs-gewerbe	5,6	3,2

Die Anzahl der Angestellten steigt also in allen Industrien. Sie ist aber dort am stärksten, wo die Betriebskonzentration am weitesten fortgeschritten ist, wo die Technisierung am vollkommensten, die Kapitalinvestierung am größten ist. In diesen Industrien hat die Anzahl der Arbeiter überall prozentual abgenommen, die der Angestellten ist beträchtlich gestiegen. In den Großbetrieben wird ein großer Teil der Tätigkeit des Arbeiters in die Bureaus verlegt und dort in anderer Form von Angestellten ausgeübt. In den letzten Jahren, in der Periode der "Rationalisierung", hat diese Entwicklung ein bisher nie gekanntes Ausmaß erreicht.

Um diese Tatsachen in ihrer ganzen Bedeutung zu würdigen, muß man sich immer wieder klarmachen, daß diese Riesenbetriebe heute am ersten "sozialisierungsreif" sind, daß bei ihnen mit einer gemeinwirtschaftlichen Regelung der Wirtschaft begonnen werden kann. Sie wird nur unter der intensivsten Mitwirkung der Angestelltenschaft durchzuführen sein.

**H**ERKUNFT und Tradition bestimmen in starkem Maß das Denken eines Menschen und verhindern, daß er sich seiner Klassenlage, die anders ist als die der Schicht, aus der er stammt, bewußt wird. Dies trifft für den Angestellten der Vorkriegszeit in ganz starkem Maß zu und gilt auch heute noch für weite Kreise der Angestelltenschaft. Die Angestellten stammen zu einem großen Prozentsatz aus dem selbständigen gewerblichen Mittelstand, aus Schichten, bei denen die Angst vor einer "Verproletarisierung" einen bewußten oder unbewußten Widerstand gegen alle Arten von Sozialismus erzeugte. Diese Gruppen wollen nicht Proletarier sein, sie dünken sich etwas anderes als Arbeiter, und es mußten ihnen daher alle Organisationsformen, alle Kampfsmittel der Arbeiterschaft im höchsten Grad verdächtig erscheinen. Es war unter diesen Umständen nur zu gut zu verstehen, daß das Wort vom "neuen Mittelstand", den die Angestelltenschaft verkörpern soll, in diesen Kreisen auf fruchtbaren Boden fiel. Dieser neue Mittelstand, weder Proletarier noch Unternehmer, sollte als Vermittler zwischen den Klassen stehen und zur Versöhnung von Kapital und Arbeit beitragen. Fast alle großen Angestelltenbünde neigten, wenn auch mit Abstufungen, dieser Ideologie zu. Das wurde in vielerlei Hinsicht deutlich. So durften die alten Mitglieder,

die Selbständige geworden waren, ohne weiteres Mitglieder bleiben. Der Streik als Kampfmittel wurde überall abgelehnt, ebenso der Tarifvertrag. Den Kampf um Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder führten die Bünde durch Veröffentlichungen in der Presse, durch Protestversammlungen und durch Eingaben in den Parlamenten. Im engern Sinn war Ziel fast aller Bünde die Pflege der Geselligkeit, die Stellenvermittlung und der Aufbau guter Unterstützungseinrichtungen für mannigfache Gelegenheiten.

Auch in den ersten lösen Zusammenschlüssen der vielfach zersplitterten Verbände kommt jene mittelständische Haltung zum Ausdruck. Einige der größten Angestelltenbünde schlossen sich 1903 unter der Führung des konservativ und antisemitisch gerichteten, 1893 gegründeten Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands zu einem Hauptausschuß zur Herbeiführung einer staatlichen Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten zusammen, mit dem ausdrücklichen Ziel von der Arbeiterversicherung getrennte Versicherungen zu erreichen. In den mehr oder weniger bewußt mittelständisch orientierten Bünden waren in der Vorkriegszeit, 1913, zirka 650 000 Angestellte organisiert. Demgegenüber waren die bewußt gewerkschaftlich orientierten Verbände, von denen der 1895 gegründete, aber immer auf sehr kleine Kreise beschränkte Zentralverband der Bureauangestellten und der von Hermann Lüdemann tatkräftig und zielklar geführte Bund der Technisch-Industriellen Beamten genannt seien, zahlenmäßig recht schwach. Es waren höchstens 50 000 Angestellte, also kaum mehr als 3 % aller Angestellten, in ihnen vereinigt, davon allein in dem Bund Technisch-Industrieller Beamten 22 140; dieser Verband führte auch im Jahr 1911 den ersten Angestelltenstreik durch. Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß sich auch in den anderen Bünden, besonders in denen technischer Angestellter, eine radikale Opposition mehr und mehr bemerkbar machte. Schon damals konnte man beobachten, daß der Angestellte, je näher er im Betrieb dem Arbeiter stand, um so leichter für den gewerkschaftlichen Gedanken zu gewinnen war, um so eher zum Bewußtsein seiner im letzten mit dem Arbeiter gemeinsamen Klassenlage kam.

Krieg und Novemberumsturz haben mannigfache Wandlungen für die Angestelltenbewegung mit sich gebracht. Aus den zahlreichen Verbänden der Vorkriegszeit sind einige große, starke Verbände geworden, zusammengefaßt in 3 großen Spitzenorganisationen, die der Richtung nach den 3 großen Arbeitergewerkschaften entsprechen und mit ihnen mehr oder weniger eng verbunden sind. Im Deutschen Gewerkschaftsbund ist mit dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands der Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften vereinigt. Er zählte Ende 1927 460 000 Mitglieder. Es ist typisch, daß die Verbände technischer Angestellten in diesen Spitzenorganisationen ganz verschwinden. Neben dem alten konservativen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband mit seinen 317 000 Mitgliedern ist zahlenmäßig nur noch der Verband Weiblicher Handels- und Bureauangestellten mit 76 000 Mitgliedern von Belang. Die Führung hat unstreitig der weit rechts orientierte Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, dessen markanteste Vertreter im Reichstag der Deutschnationale Walther Lambach und der Volksparteiler Otto Thiel sind. Dem Gewerkschaftsring gehört neben den Hirsch-Dunckerschen Arbeitergewerkschaften der Gewerkschaftsbund der Angestellten an, Ende 1927 mit rund 290 000 Mitgliedern. Auch in ihm sind vorwiegend kaufmännische Angestellte orga-

nisiert. Seine Führer stehen im demokratischen Lager. Die Tatsache, daß sich neben diesen beiden Bündeln heute immer machtvoller der 1921 gegründete Allgemeine Freie Angestelltenbund erhebt, kennzeichnet die gegenüber der Vorkriegszeit völlig andere Situation. Diese große, mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund durch Kartellvertrag verbundene freie Angestelltenorganisation zählte am 1. Juli 1928 412 000 Mitglieder. Seine größten Verbände sind der Zentralverband der Angestellten mit 164 000 Mitgliedern, der Bund Technischer Angestellten und Beamten mit 56 200 und der Deutsche Werkmeisterbund mit 132 500 Mitgliedern. Die technischen Angestellten sind also zum allergrößten Teil freigewerkschaftlich organisiert. Die schon vor dem Krieg beobachtete Radikalisierung der technischen Angestellten zeigt sich heute in verstärktem Maß.

Das Heranwachsen einer machtvollen und immer mehr führenden freien Angestelltengewerkschaft hat neben anderen Ursachen auch zu einer zunehmenden "Vergewerkschaftung" der anderen bürgerlichen Angestelltenverbände geführt. Die beiden großen bürgerlichen Verbände bekennen sich heute, wenn auch, wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, zum Teil höchst widerwillig, zum Streik als letztem Kampfmittel. Beide bejahen heute den Tarifvertrag und verteidigen ihn gegen die Angriffe der Unternehmer. Man braucht nur einmal das in seiner Anlage ausgezeichnete, umfangreiche Jahrbuch des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands durchzublättern, um die Wandlung gegenüber der Vorkriegszeit festzustellen. Scharf werden die Grenzen gegen die gelben Verbände gezogen, denen man doch früher nicht allzu fern stand. Dem von der Schwerindustrie eingerichteten Deutschen Institut für Technische Arbeitsschulung, dem sogenannten Dinta, steht man mit großem Mißtrauen gegenüber. Die kapitalistische Wirtschaft freilich wird anerkannt. Doch ihre Auswüchse werden kritisiert. Die Gedanken einer berufsständischen Gliederung des Volkes, einer darauf aufgebauten Volksvertretung sollen dieser Kritik eine positive Wendung geben. Daß auch die politischen Bindungen dieses großen und zweifellos in seiner Bedeutung nicht zu unterschätzenden Verbands in der letzten Zeit mannigfach gelockert sind, zeigt der Fall Lambach in der Deutschnationalen Volkspartei, den Siegfried Aufhäuser nicht zu Unrecht die »Gewerkschaftskrise der bürgerlichen Angestelltenverbände« genannt hat. Bewußt gewerkschaftlich tritt der Gewerkschaftsbund der Angestellten auf. Er verhält sich weit kritischer zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung als der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, so daß dieser in seinem Jahrbuch bemerkt, die Grenzen zu den sozialistischen Gewerkschaften verwischten sich beim Gewerkschaftsbund der Angestellten immer mehr. Sie werden ganz verschwinden, wenn die Gedanken der Wirtschaftsdemokratie, die heute noch in einer Art Sozialkapitalismus gipfeln, zu Ende gedacht werden, und es den Führern dieses Bundes klar wird, daß Wirtschaftsdemokratie eine grundsätzlich andere Ordnung bedeutet und schließlich im Sozialismus ausmündet.

In dem Jahresbericht des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands findet sich die Bemerkung, daß der freigewerkschaftliche Zentralverband der Angestellten vorwiegend solche kaufmännischen Angestellten erfaßt, »denen infolge mangelhafter Berufsausbildung jeder Weg nach oben versperrt ist«. Mit dieser Bemerkung ist unbewußt auf eine wichtige Ursache der Radikalisierung der Angestelltenschaft hingewiesen worden. Die Aufstiegsmöglich-

keiten innerhalb des Angestelltenberufs werden immer geringer. Neben den gelernten tritt infolge der Mechanisierung auch der Bureautätigkeit in immer stärkerem Maß der ungelernete und angelernte Angestellte. In den letzten Jahren ist der Zustrom, besonders auch von Frauen, in den Angestelltenberuf ungemein groß gewesen. Dies und die Freisetzung vieler Angestellter infolge der Rationalisierung hat etwa seit 1925 zur Bildung einer großen Angestelltenreservearmee geführt, die auf die politische und gewerkschaftliche Haltung der Angestelltenmassen auf die Dauer nicht ohne Einfluß bleiben kann. Vergewärtigen wir uns ferner, daß heute nach einem aus der Statistik der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte gewonnenen allgemeinen Überblick mehr als  $\frac{2}{3}$  aller deutschen Angestellten weniger als 200 Mark monatlich verdienen, 85 % weniger als 300 Mark, so wird deutlich, daß die "Verproletarisierung" der Angestelltenschaft immense Fortschritte gemacht hat und endlich auch einmal weiten Schichten bewußt werden muß.



REILICH darf man das Tempo solcher Radikalisierung nicht überschätzen. Man darf nie vergessen, daß die Mittelstandsidee noch immer in weiten Kreisen unerschüttert ist, daß sich ein großer Teil der Angestellten aus der noch immer sehr breiten, wenn auch mehr und mehr abbröckelnden Schicht der Selbständigen rekrutiert. Es ist aber eine alte Erfahrung, daß Deklassierte entweder, in Selbsttäuschung befangen, ihre alten Berufs- und Standesideale zu bewahren suchen oder aber einem Scheinradikalismus verfallen. Die Zugkraft des sogenannten Nationalsozialismus in Angestelltenkreisen ist dafür ein typisches Beispiel. Es wird eines langen und zähen Kampfes, einer vorsichtigen und geschickten Taktik bedürfen, um die Angestellten-schaft zum Bewußtsein ihrer Klassenlage zu bringen. Eine Umgestaltung der Wirtschaft ist, wie erwähnt, ohne die Mithilfe der Angestellten nicht denkbar. An der geforderten Konzern- und Kartellkontrolle werden gerade die Angestellten in erster Linie mitzuarbeiten haben. Der Angestellte kann, dank seiner Vorbildung, größere wirtschaftliche und politische Zusammenhänge immerhin ein wenig besser überblicken als der Arbeiter. Es gilt durch planmäßige Schulung, wie sie der Allgemeine Freie Angestelltenbund in erfreulichem Maß dauernd mehr betreibt, eine wirtschaftlich geschulte Angestelltenfunktionärschaft heranzubilden, die imstande ist einmal nicht nur organisatorische sondern wirtschaftliche Funktionen auszuüben.

Die besondere Situation der Angestelltenschaft erfordert eine besondere Technik der Angestelltenverbände. Will man in weitere Kreise eindringen, so muß man den besonderen Verhältnissen, die schon durch die Gesetzgebung der Vorkriegszeit für die Angestellten in vielerlei Hinsicht geschaffen sind, Rechnung tragen. Dafür müssen die Arbeitergewerkschaften wie bisher die weitestgehende Einsicht bekunden. Es ist engste Zusammenarbeit notwendig, aber sie darf nie schematisch geübt werden sondern muß sich aus der besondern Situation jeweils ergeben. Der Kartellvertrag zwischen dem Allgemeinen Freien Angestelltenbund und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund hat sich in diesem Sinn zweifellos ausgezeichnet bewährt. Nur wenn das gegenseitige Verständnis der beiden Gruppen für ihre besonderen Aufgaben vorhanden ist, läßt sich die so notwendige große Front aller Arbeitnehmer im Kampf um eine Neugestaltung der Gesellschaft formieren.



## WALTHER KOCH · DER ARBEITER IN DER VOLKSBÜCHEREI



IE die Arbeiterbildung das Kernstück der Volksbildung im allgemeinen ist<sup>1</sup>, so kann man in der Volksbücherei im besondern die Frage nach dem Buch des Arbeiters als eigentlich grundlegend bezeichnen. Die Volksbücherei unserer Tage wendet sich freilich keineswegs nur an die Arbeiter, sie will vielmehr den geistig Aufgeschlossenen aus allen Kreisen dienen. Aber ihre entscheidende Aufgabe bleibt doch gerade die Gewinnung von Lesern aus der Arbeiterklasse, weil hier in der Tat viele Menschen erst zum Lesen gebracht und zum Buch erzogen werden müssen. Während die Leser aus bürgerlichen Kreisen traditionell schon ein mehr oder weniger enges und tiefes Verhältnis zum Buch mitbringen, ermangeln die meisten Angehörigen der Arbeiterklasse weithin dieser ererbten und anerzogenen Beziehung zur Welt des Buches. Keineswegs ist das durchaus immer ein Nachteil, wenn wir die grauenhafte Verbildung bedenken, die teilweise gerade durch ein rein unterhaltendes oder genießendes Lesen von Büchern in bürgerlichen Kreisen um sich gegriffen hat. Deswegen ist auch die Bildungsarbeit in bürgerlichen Schichten eine nicht zu unterschätzende Funktion einer nach guten Auswahlgesichtspunkten aufgebauten und individuell dem einzelnen Leser gerecht werdenden Volksbücherei. Doch soll von dieser wie noch von so mancher andern wichtigen Aufgabe des Volksbüchereiwesens im Sinn intensiver Volksbildungsarbeit hier nicht weiter gesprochen werden. Vielmehr soll hier die Kernfrage nach dem Verhältnis des Arbeiters zum Buch behandelt werden, soweit wir dazu auf Grund eingehender Beobachtungen in der praktischen Volksbüchereiarbeit in der Lage sind. Die Volksbüchereierfahrung ergänzt und erweitert auch das, was Anna Siemsen hier vor einem Monat ausgeführt hat<sup>2</sup>.

Es ist in der Tat grundlegend wichtig, daß wir alle Kultur- und Bildungsarbeit, insbesondere auch die Büchereiarbeit, soziologisch nach dem Verhältnis von Klassenlage und Bildungslage zu einander durchleuchten. Abgesehen davon, daß die moderne Volksbücherei, im Unterschied zur wissenschaftlichen Bibliothek, ihre Bildungsarbeit nicht nur von der objektiven Beurteilung des Buchs sondern auch von der psychologischen Erfassung des Lesers aus treiben muß, ist es für die Volksbücherei in ihrer sozialen Funktion notwendig es nicht bei der individuellen Persönlichkeit des einzelnen Lesers bewenden zu lassen, sondern ihn in seiner gesellschaftlichen Gruppenzugehörigkeit zu verstehen. Wir haben es beim Durchschnittsleser nicht mit einem einzigartigen individuellen Menschen sondern mit einem Angehörigen eines bestimmten Berufs, einer bestimmten Weltanschauung und politischen Orientierung, kurz einer bestimmten Gesellschaftsschicht, zu tun. Nicht eine Theorie, sondern die nüchterne Beobachtung der Wirklichkeit zwingt daher heute den Volksbibliothekar die Bedeutung der Klassenlage auch für Auswahl und Vermittlung von Büchern anzuerkennen. Da ist es nun richtig, wenn Siemsen eine grundsätzliche Unterscheidung der bürgerlichen Welt in ihrem Verhältnis zum Buch von dem Verhältnis des Bauern und des

1) Siehe Koch Volksbildung und Arbeiterbildung, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 395 und folgende.

2) Siehe Siemsen Der Arbeiter und das Buch, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 400 und folgende.

Arbeiters zum Buch macht, und wenn sie als das eigentlich Charakteristische der heutigen bürgerlichen Bildung das Vorherrschen einer rein genießenden Beschäftigung mit dem Buch bezeichnet. Der Besitz von Büchern ist in bestimmten großbürgerlichen Kreisen ein Luxus, des Geldbeutels wie der Seele. Man muß über ein gut Teil Muße, Sicherheit und Unabhängigkeit des Lebens verfügen können, um gewisse literarische Erzeugnisse, abgesehen von ihrer Schwerverständlichkeit, überhaupt aufnehmen zu können.

Die einesteils gelehrte, andernteils genießerische Verwendung des durch die Buchdruckerkunst zu Beginn des bürgerlichen Zeitalters im Volk verbreiteten Buchs war weithin, wenn wir von den religiösen Schriften der Reformationszeit absehen, eine Frucht der Gelehrsamkeit und des ästhetischen Lebensgenusses des Humanismus. Auch der Neuhumanismus der Goethezeit war doch ganz und gar getragen von einer dünnen, wenn auch sehr erlesenen Oberschicht des Hofadels und der mit dem Adel sich verbindenden Spitzen des Bürgertums der Welt von Weimar und Jena. Volksbesitz war diese Kultur von Weimar keineswegs, vielmehr ein Ausdruck einer bestimmten aristokratischen Kultur, die auf einer Verschmelzung der höfischen Kulturtradition der Barock- und Rokokozeit mit den führenden Kräften des aufsteigenden Bürgertums gegründet war. Diese Feststellung mindert nicht im geringsten die Anerkennung der großen geistigen Bedeutung jener Kultur. Eine Dichtung wie Goethes Tasso oder Iphigenie verliert dadurch nicht an Wert, daß ihre soziologische Gebundenheit an bestimmte aristokratisch-humanistische Klassenvoraussetzungen erkannt, ihre Beziehungslosigkeit zur Welt des Arbeiters damit anerkannt wird. Alle Wiederbelebungsversuche dieser Bildungswelt aber kommen, so wertvoll sie, rein geistig betrachtet, sein mögen, für die Fundamentierung einer die Arbeiterschaft mit umfassenden Volksbildung nicht in Betracht. Auch das Bauerntum und die Handwerkerschaft, aus denen doch die Arbeiterklasse herausgewachsen ist, hatten eigentlich keine Beziehung zur weimarschen Muse. Unterirdisch nur floß in der seit Renaissance und Humanismus bestimmenden höfisch-aristokratischen Oberflächenkultur des 17. und 18. Jahrhunderts der Strom volksmäßiger Überlieferung bei Bauern und Handwerkern fort, er ließ Volklied und Volkssage, Volksspiel und Volksdichtung nicht ganz untergehen, wie wir es etwa an Grimmelshausens Simplicius Simplicissimus erkennen können. Das waren aber seltene Ausnahmen. Im großen und ganzen ist es durchaus richtig, daß der Bauer bis in unsere Tage hinein, von Gesangbuch und Kalender abgesehen, kein rechtes Verhältnis zum Buch hat. Jedenfalls konnte der Bauer wie der Handwerker an jener auf Muße, Gelehrsamkeit und ästhetischer Verfeinerung aufgebauten Bildung des Humanismus nicht teilnehmen. Die meist in jenem Geist geschriebenen Bücher konnten daher bei allen primitiven Schichten des Volks keinen Zugang finden. Im Gegensatz zu jener spielerischen und müßigen Beschäftigung der Bildungsoberschicht mit Büchern ist nun der weitaus gesündere Ausgangspunkt der Bauern und Handwerker das reale Lebensbedürfnis. Der einfache Mensch braucht bestimmte "Aufklärung" zur Bewältigung seiner drängenden Lebensnöte. Vom Leben her bestimmt sich also das Lesebedürfnis des Bauern und des Handwerkers. Wenn eine Hoffnung auf eine Erneuerung unserer verbildeten und mehr und mehr sich zersetzenden Kultur vorhanden ist, so gründet sie sich auf ein Einströmen dieser Lebenswirklichkeiten in die ästhetisch gelehrtenhafte Scheinwelt unserer bürgerlichen Gesellschaft.

Das ist die große Mission der Arbeiterklasse auch in der Welt des Geistes, wie sie sich im Buch und im Lesen des Buchs darstellt: daß sie an die Stelle des titlen Spiels mit dem Geist die ernsthafte Notwendigkeit der Lebensbedürfnisse setzen muß. Der Arbeiter kommt ja zumeist vom Land. Die Wurzeln seiner geistigen Haltung stecken daher, viel mehr als wir, vom Augenschein getäuscht, annehmen, in der bäuerlichen Lebenswelt. Gertrud Hermes bezeichnet den Proletarier als den entwurzelten bäuerlichen Menschen<sup>3</sup>. Vergessen wir nicht, daß es sich hier um einen sehr langsamen Prozeß der Entwurzelung handelt, daß also auf lange Zeit noch viele feine Fäden den Arbeiter mit seinem bäuerlichen Ursprungsland verbinden. Und zwar nicht nur in mehr ländlichen Gegenden, wie etwa in Kurhessen, sondern bis hinein in die Großstädte Berlin, Hamburg, selbst Leipzig. Der Arbeiter, meist aus Bauernblut, aber von Handwerkern herstammend, hat also, im Gegensatz zur bürgerlichen Welt, an sich schon, wo er noch unverbildet ist, die Stellung des Lebens mit seinen Notwendigkeiten und seinen Bedürfnissen zum Buch. Es fragt sich nur, welcher Art diese Notwendigkeiten und Bedürfnisse seines Lebens sind. Es wäre eine Gefahr (und führte auch zur Selbsttäuschung), wollten wir schlechthin von *dem* Proletariat, *dem* Arbeiter sprechen. Bei näherem Zusehen zerlegen sich diese Sammelbegriffe in eine Fülle einzelner Typen und Kategorieen. Suchen wir dieser Wirklichkeit so weit wie möglich gerecht zu werden, ohne uns bei ihrer Beobachtung den Blick durch voreingenommene Anschauungsweisen trüben zu lassen. Nur mit einer umfassenden und klaren Erkenntnis des Seienden können wir dann den Weg zum Seinsollenden gehen. Wir dürfen uns also nicht den Arbeiter konstruieren wie wir ihn gern haben möchten, sondern müssen ihn so zu sehen versuchen wie er nun einmal ist. Eine Schwarz-Weiß-Zeichnung, wie sie vielleicht für die Agitation gut sein mag, muß dann weitgehend durch eine differenzierte, in einander übergehende Farbenskala ersetzt werden.

Wenn wir nun nach den realen Lebensimpulsen fragen, von denen der Arbeiterleser in der Auswahl seiner Lektüre getrieben wird, so erkennen wir auch bei einer gewissen Anzahl von Arbeitern, den jüngeren, die aus der proletarischen Jugendbewegung kommen, wie auch den älteren, die in der Partei- und Gewerkschaftsarbeit aktiv und radikal stehen, den von Siemsen festgestellten Ausgangspunkt von dem spezifisch sozialistisch-revolutionären Klassenkampfwillen her. Siemsen bezeichnet diese Gruppe der Arbeiterklasse mit Recht als Vortrupp, schränkt ihn damit auf einen zahlenmäßig ziemlich kleinen Ausschnitt aus der Masse der Arbeiter ein. Selbst bei diesen klassenbewußten, revolutionär gestimmten Arbeitern, ganz besonders aber bei ihren Frauen, ist nach Siemsen doch nur ein Teil ihres Wesens von der bewußt revolutionären Gesinnung erfaßt, und meist haben diese Klassenkämpfer große Strecken seelisch-geistiger Bedürfnisse, die unabhängig von ihrem politischen Bewußtsein nach rein menschlicher Befriedigung verlangen. Wie steht es nun mit den anderen, also der ganz überwiegenden Masse der aus der Arbeiterklasse stammenden Bücherleser? Neigen sie lediglich dem bürgerlich-sentimentalen Schund zu? Nun, dieser ist ohne Zweifel auch in Arbeiterkreisen ungeheuer verbreitet. Aber es ist, wie ich auf Grund mannigfacher eigener Beobachtungen und nach den übereinstimmenden statistisch belegbaren Erfahrungen vieler gutgeleiteter Volksbüchereien feststellen kann, doch nicht so, daß nun alle nicht zum revolutio-

3) Siehe *Hermes* Die geistige Gestalt des marxistischen Arbeiters /Tübingen 1926/ Seite 51.

nären Vortrupp gehörenden Arbeiter ihm ohne weiteres verfallen. Hier stehen dem volksbibliothekarisch tätigen Menschen Beobachtungsquellen umfassender Art zu Gebot, wie sie vielleicht der politische und kulturelle Führer in seiner Wirkungszone nicht vorfindet. Nach diesem Erfahrungsmaterial der modernen Volksbüchereien steht nun das eine fest, daß dem Arbeiter nicht etwa lediglich die Wahl zwischen klassenkämpferischer revolutionärer Literatur auf der einen und sentimentalem Schund auf der andern Seite bleibt. Vielmehr ist es eine unleugbare Tatsache, daß sich Tausende von Arbeiterlesern des klassenbewußten Proletariats, selbst in dem doch im allgemeinen klassenkämpferisch genug gestimmten Leipzig, von Tag zu Tag die allerverschiedensten Bücher von den Volksbüchereien holen. Walter Hofmann, der Direktor der Städtischen Bücherhallen Leipzigs, berichtet in einer gerade unsere Frage sehr gründlich und umfassend behandelnden Studie, daß schon 1925 die Leipziger Städtischen Bücherhallen aus den rein proletarischen Schichten insgesamt 8000 Leser im Jahr zählten<sup>4</sup>. Von diesen 8000 Lesern wurde verhältnismäßig sehr wenig politische und gewerkschaftliche Literatur entliehen, was damit zusammenhängen mag, daß das Durchschnittsbedürfnis des organisierten Arbeiters durch die Zeitung und die durch Partei und Gewerkschaft vertriebene Broschüre hinreichend gedeckt wird. Aber wichtiger ist die Kenntnis der Bücher, die nun von diesen Tausenden von Proletariern dauernd gelesen werden. Da stellt es sich heraus, daß in ungeheurem Maß Werke gelesen werden, die man beim besten Willen weder als "kitschig"-bürgerlich noch als klassenbewußt-revolutionär bezeichnen kann. Man könnte nun einwenden, daß vielleicht eine besonders energische volkspädagogische Beeinflussung dem Arbeiter ihm an sich nicht gemäße Bücher aus einer andern Zone aufdränge. Aber, wenn das auch im Einzelfall möglich wäre, so kann doch kein Mensch annehmen, daß Tausende von Proletariern von Jahr zu Jahr immer wieder zu guten Reiseromanen, historischen Romanen, Dorfromanen griffen, wenn diese nicht einem bestimmten Leseantrieb und damit einem besondern Lebensbedürfnis entsprächen. Selbst wenn also ursprünglich ein Hang des Arbeiters zu sentimentalem Zeug festzustellen wäre, ein Hang, den er dann ja nur mit Menschen aus der bürgerlichen Gesellschaft teilte, gibt es offenbar doch noch einen andern Weg den Arbeiter in ein ihm wesensgemäßes Verhältnis zur Welt des Buchs zu führen als bloß den über das Klassenbewußtsein.

Die Arbeiterklasse zerfällt in eine Fülle mannigfaltigster, verschiedenartigster Lebensbeziehungen. Nicht nur, daß sich Jung und Alt, Mann und Frau in der Arbeiterwelt deutlich auch in ihrem verschiedenartigen Verhältnis zum Buch von einander unterscheiden, nicht nur, daß die verschiedenen Berufe innerhalb der Arbeiterklasse den Menschen ganz verschieden prägen, so daß der Arbeiter eines Walzwerks ein völlig anderer Typus ist als etwa der Feinmechaniker oder gar der Bauarbeiter oder der Textilarbeiter: auch die landschaftlichen Besonderheiten differenzieren weitgehend die Arbeiterschaft. Der württembergische Metallarbeiter ist mit dem sächsischen auf keine Weise zu verwechseln, der rheinische nicht mit dem ostpreußischen. Abgesehen von Stammes- und Landschaftsart bestimmen den Arbeiter auch noch die größeren oder geringeren landwirtschaftlichen Nebenbeschäftigungen im eigenen Häuschen mit Garten und Vieh. Auch die weltanschauliche

<sup>4</sup>) Siehe Hofmann Menschenbildung, Volksbildung, Arbeiterbildung, im Archiv für Erwachsenenbildung 1925 Seite 87.



Richtung gliedert weiterhin den Sammelbegriff Proletariat außerordentlich. Und zwar nicht etwa nur in Freidenker, Katholiken und Protestanten. In Kurhessen etwa ist das Verhältnis des sozialistischen Arbeiters protestantischer Konfession zu Kirche und Religion völlig anders als in Sachsen. Selbst wenn wir von all diesen landschaftlichen, beruflichen, weltanschaulichen und sonstigen Differenzierungen absehen, so sind doch auch in der Arbeiterklasse die verschiedensten menschlichen Typen vertreten. In jedem Menschen, gleichviel ob er der bürgerlichen oder der proletarischen Welt entstammt, sind gewisse allgemeinmenschliche Lebensstatsachen vorhanden, die sich zwar klassenmäßig verschieden ausprägen, aber doch in ihrer ungeheuren Menschlichkeit gemeinsames Schicksal begreifen lassen, als da sind Geburt und Tod, Liebe und Kind, Natur und Menschentum. Wo eine Dichtung diese urelementaren Lebenswirklichkeiten groß und stark gestaltet hat, da spricht sie zu jedem Menschen, einerlei, aus welcher Zone er kommen mag. Freilich wird der Arbeiter das aus seinem proletarischen Dasein heraus gestaltete Werk, das von Menschennot und Menschenkampf kündet, leichter verstehen. Ist er aber einmal für Werke dieser Art empfänglich geworden, kommt auch Menschenleben anderer Art in ihm zum Klingen. Nicht so sehr rationale Überlegung und Einsicht in die soziologische Struktur von Romanen aus der bürgerlichen oder bäuerlichen Welt scheinen da die Brücke zum Verständnis anderer Lebenswelten zu schlagen, als vielmehr das rein menschliche Mitgefühl mit allem, was stark und mächtig, wenn auch in besonderer sozialer Gebundenheit, sein Schicksal lebt und den Kampf des Lebens tapfer kämpft. Der Arbeiter steht nicht isoliert da, er stammt von Bauern oder Handwerkern ab, lebt benachbart mit Kleinbürgern, hat wie der bürgerliche Mensch seine Freude an der Natur, an Wald und Wiese, Tier und Pflanze, Himmel und Meer. Aus dem Stadtdasein zieht ihn eine Sehnsucht immer wieder hin zum Dorfroman, der ihm vielleicht von verlorener Heimat, von Liebe und Not, Wiese und Acker erzählt. Aus der Enge der mechanisierten Fabrikarbeit zieht es ihn hinaus in die Weite der Welt; mit Sven Hedin zieht er im Geist nach Tibet und Transhimalaja, mit Nansen zu den Polarländern, oder er betrachtet aus seiner dumpfen, engen Wohnung heraus den großen Sternenhimmel und greift zu Büchern, die ihn in Werden und Vergehen dieses Alls einführen, wovon er selbst nur ein kleines Stück ist. Aus der Bedrängtheit der eigenen Lebensnot, mit ihrem nur auf den Tag gerichteten Lebenskampf, sucht sein Blick nach dem Werdeprozeß der ganzen Welt, er sucht die Weltgeschichte als Einheit und darin seinen eigenen proletarischen Kampf als notwendig zu begreifen. So kann und muß man in der volksbibliothekarischen Praxis neben dem ausgesprochen bewußt proletarischen Typus auch die zahlenmäßig vielleicht noch weit mehr in Betracht kommenden Kategorieen der Arbeiterleser erkennen, die in einer gewissen abenteuerlustigen Primitivität nach fernen Ländern und Zeiten im Buch verlangen; andere wieder, die bewußt um sittliche Lebensgestaltung ringen und dann auch das heroische Ringen eines Schiller verstehen lernen. Freilich, auch mir scheint das Wertvollste, das schlechthin Entscheidende zu sein, daß die Schar der aktiv auf die Änderung der Wirklichkeit hindrängenden Arbeiter durch das Buch in ihrem ganzen kämpferischen Menschentum nicht gehemmt sondern gefördert wird. Aber gerade darum sollte die wesentliche Aufgabe des Volksbibliothekars, soweit er Arbeiterbildung treiben will, die sein: aus der schier unübersehbaren Fülle literarischer Er-

zeugnisse die Werke auszuwählen und zu ermitteln, durch die der Arbeiter in seinem Lebensgefühl erhöht, in seinem Lebenskampf gestärkt wird. Es gilt also kritisch zu wählen, was dem Arbeiter wesensgemäß ist. Das ist aber nicht nur der sozialistische Tendenzroman unserer Zeit, sondern auch sehr vieles andere, auch aus der bürgerlichen Welt vergangener Jahrzehnte, sofern es nur den Arbeiter zu seiner Selbsterkenntnis und seiner Schicksalsbestimmung führen kann. Am höchsten ist hier Andersen Nexös *Pelle der Eroberer*, dieses Lied der Solidarität, zu werten. Der Kampf der Arbeiter ist heute nicht nur politische Agitation, er erstreckt sich auch auf wirtschaftliche, genossenschaftliche, staatliche, kulturelle Gebiete. Neben den revolutionären Jungsozialisten tritt der Reichsbannermann, dem die Republik ein besonderer Wert bedeutet. Naturfreunde pflegen die Kenntnis der Natur; Ferienfahrten führen viele Arbeiter in deutsche Lande und darüber weit hinaus in europäische Weite, machen ihnen, wie an dem Buch *Anna Siemens Daheim in Europa* hier gezeigt wurde<sup>5)</sup>, unsern Kontinent zur Heimat. Mit diesem sich weitenden Erlebens- und Wirkungskreis erweitert sich auch der Umkreis des geistig aufzunehmenden Bildungsstoffs.

**Aufgabe der Volksbücherei nun ist es auf die verschiedenen Lebensnotwendigkeiten des Arbeiters in besonderer Weise einzugehen und ihn von seinem Standort aus organisch dann zu den anderen Büchern weiterzuführen, die ihm von Wert und Bedeutung sein können. Daß gutgeleitete Volksbüchereien mit volkspädagogisch geschulter Mitarbeiterschaft die spezifischen Arbeiterbüchereien, die in erster Linie für politische und gewerkschaftliche Schulung der Mitglieder zu sorgen haben, ergänzen können und müssen, hat noch vor kurzem Joseph Setzer vom Standpunkt des Arbeiterbibliothekars aus betont<sup>6)</sup>. Wie zwischen Volksbildung und Arbeiterbildung im allgemeinen, so ist auch zwischen Volksbüchereien und Arbeiterbüchereien ein engeres Hand-in-Hand-Arbeiten dringend erforderlich.**

## MAX KALTHOFF . VOM GEGENSATZ UND VOM UNTERSCHIED

**E**NTSCHEIDEND ist die Weite des Blickwinkels. Denn Gegensätze unter den Menschen werden nicht dadurch laut, daß das Ich dem Du andersartig ist, sondern sie treten nur dadurch in die Erscheinung, daß das eine Ich das andere Du nicht eingliedernd erkennt im Rhythmus des kosmischen Geschehens; daß die eng an einander liegenden Schenkel des Blickwinkels nur Teilbilder beleuchten, wie das rotierende Licht des Leuchtturms nur das eine neben dem andern mit Helle überflutet, Einzelbilder formt und nicht eine Gesamtheit. Das Ich und das Du, die eine Nation und die andere Nation, die eine Religionsform und die andere Religionsform als Einzelbild empfinden; das ist der Urgrund alles menschlich Gegensätzlichen, alles unzulänglichen, weil unerschöpflichen Kampfes. Erst dadurch, daß der bildende Geist des Menschen die Schenkel seines Blickwinkels öffnet und das millionenfarbige Mosaik, das sich ihm jetzt schenkt, mit schöpferischer Hand zu einer Harmonie ordnet, erreicht er eine tragfähige Basis, die ihm einen produktiven Kampf ermöglicht. Kampf heißt nicht Totschlagen und Vernichtung sondern Steige-

5) Siehe die Rundschau *Neuer Erscheinungen*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 272.

6) Siehe *Setzer Arbeiterbüchereien und Volkbibliotheken*, in der Sozialistischen Bildung 1929 Seite 82.

•  
 rung. Und da der Blick jenes Menschen geschärft ist im mosaikhafte-  
 Schauen und Zusammenfassen, wird er in starker Demut dem einen Du und  
 dem andern Du und dem dritten Du die Hand reichen und sein eigenes Ich  
 kraftvoll zwischen jene anderen stellen: in tiefster Einsamkeit und im Wissen  
 um tiefste Gemeinsamkeit.

Er hat erkannt, daß alles Sein unterschiedlich, aber niemals gegensätzlich ist.

Ist der Bussard gegensätzlich der Maus, die er stößt? Ist die Maus gegen-  
 sätzlich dem Weizenkorn, diesem Samen, den sie frißt? Ist der Same gegen-  
 sätzlich den Tieren und Pflanzen, aus deren Tod und Verwesung er seine  
 Kraft und seine Blüte saugt? Sind sie alle nicht vielmehr in ihrer Lebens-  
 verflechtung nur unterschiedliche Formen des selben kosmischen Gesetzes:  
 Leben durch Tod zu gebären und also Unsterblichkeit zu schaffen? Auch wir  
 Handvoll Menschen sind Diener des selben Gesetzes: Unsterblichkeit zu schaf-  
 fen. Des Gesetzes, das von uns fordert durch die uns eigengehörigen, uns  
 adäquaten Kräfte uns zu vollenden. Also durch die Kräfte unseres Geistes.  
 Das Ziel, zu dem das Göttliche durch uns dringt, ist doch wohl auch wieder:  
 durch Tod zum Leben zu steigen. Menschlich, also geistig gesprochen: vom  
 hilflosen Leid zur schöpferischen Kraft zu schreiten.

Ein Pfad unter manchen anderen Pfaden gebiert seine Wegrichtung nach  
 diesem Ziel hin in stillen Stunden der Einsamkeit. In Stunden, in denen der  
 Geist durch das Fegefeuer der Vielheiten schreitet; in denen jedes Ding des  
 Kosmos das Menschen-Ich zur blutenden Isoliertheit zerfetzt. In einer sol-  
 chen Stunde besteht die Möglichkeit, daß der Geist durch letzte Anspannung  
 seiner Kraft diese Hölle umformt, sie umbiegt vom Todbringenden zum  
 Lebenfördernden. Er kann ein Gesetz durchleben und sein Ich in diesem  
 Gesetz aufgehen lassen, einem Gesetz, das sehr schlicht und sehr einfach sich  
 in Menschensprache formen läßt und doch in starker Schöpferkraft aus Iso-  
 liertheit und Chaos Gemeinsamkeit und Harmonie erschafft. Er kann durch-  
 leben, daß jedes Ding in der Welt der Erscheinungen Ausdrucksform der  
 Weltseele, der Gottheit ist; daß alles den selben, letzten Urgrund hat und von  
 diesem Blickpunkt aus betrachtet alles die selbe Mission zu erfüllen hat: das  
 Göttliche in den verschiedensten Formen zu vollenden. Also sich selbst in  
 letzter Eindeutigkeit zu leben.

Und dieser Blickpunkt schenkt dem Menscheng Geist nicht nur dem Makro-  
 kosmos gegenüber die Basis kämpferisch und schöpferisch seiner Pflicht als  
 Gottesdiener zu genügen: den Menscheng Geist zur höchsten Blüte und zur  
 Vollendung zu bringen. Auch im Mikrokosmos, dieser Handvoll Menschen,  
 formt er eine Basis, von der aus ja eigentlich und wirklich erst gekämpft  
 werden kann. Er weiß, daß jedes Ich und jedes Du, jede Nation und jede  
 Religionsform, jeder künstlerische und philosophische Ausdruck eben Aus-  
 druck des Göttlichen ist. Und deshalb heilig ist in jeder einzelnen seiner  
 Millionen Farben. Erst jetzt, in Erkenntnis der Vielheit *und* der Gleichheit,  
 ist ihm die Möglichkeit gegeben die Schenkel seines Blickwinkels ganz zu  
 spreizen und den Kampf um seine Entfaltung fruchtbar zu beginnen.

Wir, die wir uns im Mikrokosmos gebunden fühlen, bitten die Worte eines  
 andern leihen zu dürfen. Tagore sagt: »Wir wollen ihn, der die Weisheit ver-  
 leiht, bitten, er möge uns alle verbinden in einem gerechten Verstehen.«

# KURT LIEBMANN · VINCENT VAN GOGHS RELIGION DER MENSCHENGÜTE



**N**ICHT nur die ruhige Objektivität, sondern vor allem die Redlichkeit, die Ehrfurcht vor dem Phänomen fordert nun endlich mit der Verächtlichmachung des sogenannten materialistischen 19. Jahrhunderts aufzuhören. Gewiß, eine peripherisch massenindividualistische Betrachtung dieser Epoche zeigt eine nicht zu leugnende Dekadenz, die auf die Spitze getriebene Modernität. Man mache die Menschen des 19. Jahrhunderts nicht dafür verantwortlich. Die selbe periphere Betrachtungsweise auf unsere Epoche angewendet, würde zu dem Resultat führen, daß wir noch weiter in die Dekadenz getrieben würden. Wie und warum, dies zu beweisen ist nicht die Aufgabe meiner Darlegung. Die großen Schöpferischen des 19. Jahrhunderts sind abseitig. Sie sind Gegner der materialistischen Massenmechanik. Sie sind an der Dekadenz ihrer Zeit zugrunde gegangen. Aber sie waren doch da. Die Natur war mit ihnen sogar sehr verschwenderisch. Sie ist es heute weniger. Auch der "brutale Positivismus" des 19. Jahrhunderts ist, objektiv betrachtet, ein Plus. Man vergesse nicht: Die wissenschaftliche Rechtschaffenheit, der Sieg über das Pathetisch-Hieratische, Ideologische ist im 19. Jahrhundert präformiert. Wir ernten auch in der negativen Seite des 19. Jahrhunderts dessen Arbeit. In seinem starken Charakter aber, in seinen Chorführern einer zukünftigen Welt ist es uns weit überlegen. Die großen originalen Naturen des 19. Jahrhunderts haben Europa für Jahrhunderte Inhalte gegeben, beginnend mit Goethe, der ins 19. Jahrhundert gehört, über Kierkegaard, Nietzsche, Stendhal, Strindberg, Dostojewskij, auch Tolstoj, Marées, van Gogh. Es scheint, daß wir dynamischer, intensiver, originaler schaffen. Aber es scheint nur so. Jedenfalls sind wir geschwätziger geworden. Aus einem Aphorismus Nietzsches machen unsere Epigonen ein Buch.

Die öffentliche Betrachtung der Werte des 19. Jahrhunderts, ebenso die öffentliche Fundamentierung der Werte des kommenden Zeitalters, liegt, ganz wenige Fälle ausgenommen, in den Händen einer Kritik, die den neuen synthetischen Aufgaben nicht mehr gewachsen ist. Die prätentöse Art dieser Kritik hat es denn auch vermocht die große religiöse Linie des 19. Jahrhunderts bis heute zu verdecken. Die Betrachtung der schöpferischen Außenseiter des 19. Jahrhunderts ist im allgemeinen immer noch völlig unzulänglich, da sie nicht komplex und ohne Verbindung mit dem kommenden Kulturzeitalter gesehen werden. Nietzsche ist intellektualistisch ausgedeutet worden (die mythische Betrachtungsweise Bertrams macht keine Ausnahme), Dostojewskij literarisch, van Gogh ästhetisch-artistisch oder psychologisch-medizinisch. Man will heute nicht wissen, daß die schöpferischen Naturen des 19. Jahrhunderts zuerst und zuletzt religiöse Menschen gewesen sind, die, wenn auch ganz verschieden, an einer kommenden Religion, an einem Mythos des Lebens und der Kunst gebaut haben.

Über Vincent van Gogh den Artisten, Künstler und Narren ist nun genug geredet und geschrieben. Es ist auch manches über den religiösen Menschen van Gogh gesagt worden. Alles aber mehr phraseologisch. Vor allem ohne Zielsetzung und Auswertung. Ebenso wie man die Schicksale Hölderlins, Kleists, Nietzsches benutzt hat, um in formalistischen Essays deren Marter

feminin und effekthaschend zu übertreiben, so hat man die Leiden van Goghs ästhetisierend wie in einer Menagerie aufgestellt. Auch die Fülle der Ausstellungen des van Goghschen Werks bleibt inhaltlos und schafft keine Werte, wenn nicht die religiöse und mythische Tat van Goghs feste Umriss erhält. Auch soll darüber nicht vergessen werden, welche Verhältnisse einen größten Menschen zur vernichtenden Exaltation getrieben haben. Hier ist manches festzustellen, was bisher mit zu geringer Deutlichkeit gesagt wurde.

**W**IE der antikisch einfache Mensch van Gogh, wie der vollkommen unraffinierte große Leidenschaftliche, wie der Erbe moderner Nerven durch eine bürgerlich-verlogene, unentschiedene, merkantile Welt zugrunde gerichtet, wie ein Mensch mit dem scheelen Blick verfolgt wird, weil er unter der Arbeiterbevölkerung der Londoner Vorstädte und unter den Arbeitern der Kohlenminen als echter Christ und Mensch wirken will, wie ein Künstler und Religiöser nicht zu seinem Dämon kommt und seine Tage und Nächte an Latein, Griechisch, Algebra hingibt, wie ein Gehetzter sich auf dem Feld herumtreibt, in leeren Wagen schläft, auf der Straße in Reisighaufen, wie ein Tier, morgens ganz weiß von Reif, wie der größte Künstler ohne Atelier in einem Loch mit den Kindern eines Kohlengrubenarbeiters kumpiert, wie er Monat um Monat trocknes Brot und Kartoffeln hineinwürgt, wie er liebt und vor die Tür gejagt wird, wie er seine "Freunde" verliert, weil er von sich sagt, er sei ein Künstler, wie man ihm seine Ruhestätte unter dem Kopf wegziehen will, wie das Fieber über ihn kommt, wie er sich zu einem Weib flüchtet, einer Waschfrau mit Gefühl, Arbeitskraft, Hysterie und weißem Fluß, wie ihn sein Lampenreparateur am Nacken packt und den Unterernährten, Schlaflosen gegen die Mauer wirft, wie ein größter Mensch als Vagabund »bis ins Unendliche weiterlaufen und immer nur weiterlaufen muß, ohne irgendwo Ruhe oder Nahrung oder Obdach zu finden«: dies alles und noch mehr braucht heute nicht wiederholt zu werden, Das große Werk Meier-Graefes legt da den Grund. Es ist aber nicht ohne Wert für die künftige Pädagogik und Soziologie zu wiederholen und im wesentlichen neu darzustellen, warum van Gogh unterging. Gewiß bringt jeder seinen Untergang oder seinen Sieg blutmäßig mit sich. Eine peinliche und doch ebenso heilige Lebensstatsache. Da wir jedoch wissen, daß Goethe ebenfalls alle Anlagen zum Untergang durch Melancholie und Triebexaltation mitbekam, aus ihnen jedoch gemäß seinem Willen zur Macht einen Sieg gestaltete, so sollte folgende Frage nicht ganz ohne Beachtung bleiben: Ist es möglich, daß ein Genius seine geschickhafte Untergangsbestimmung durch Leben und Werk überwindet, wenn er einen Nährboden der allgemeinen Menschengüte und höchsten Humanität vorfindet? Sollten nicht jegliche Menschenopfer einer barbarischen Epoche der Vergangenheit angehören? Gewiß kommen die Theorie und der Wunsch den großen Schicksalen gegenüber immer zu spät. Immerhin könnte an erschütternden Beispielen der Verkennung und der Zerstörung eine Volksgemeinschaft in ehrfürchtig langsamen Prozessen dahin erzogen werden den Genius zu erkennen und ihn weniger zu quälen.

Das allgemeinere Urteil lautet, daß van Gogh sich durch Selbstzerstörung (Raserei des Schaffens, Frauen, Tabak, mangelhaftes Essen) zugrunde gerichtet habe. Man rührt damit nicht an den Erbkeim, durch den die Selbstzerstörung entstehen konnte. Man läßt die Beschränktheit der Gesellschaft,

in der van Gogh sich behaupten mußte, außer acht. Van Gogh schreit: »Ich bin nicht wie eine Straßenpumpe oder ein Laternenpfahl. Ich habe Bedürfnis nach Beziehungen von Freundschaft oder Zuneigung und nach vertraulichem Umgang.« Er hat sich um diesen Umgang bemüht. Er hat ihn nicht finden können. Er war in seinen harten, auf den Kern gehenden Urteilen zu unbequem, er war zu dreckig und trieb sich zwischen Bauern und Arbeitern umher. Hätte dieser sensitive Mensch die Zuneigung gefunden, er hätte weniger sich in sich selbst zurückgerast. Es ist schon Sadismus und Borniertheit biologischer Akribie zu behaupten: hätte er nicht einsam gelitten, so hätten wir die unerhörten Malereien nicht. Wer es verantworten kann, mag dies feststellen. Es bleibt dann immer noch das Vokabular der Humanität und Menschenliebe, mit dem man einen armen Teufel und reichsten Menschen beglückt hat: Eindringling, Überflüssiger, Verdächtiger, Faulenzer, Rentnerspieler, Schwächling, Schlappschwanz, Duseler, kleiner Junge, Nullität, Paria der Gesellschaft. So war das Urteil einer christlichen Gesellschaft, die keineswegs ausgestorben ist.

Warum hat denn der intelligente und willige junge Mensch keine Stellung gefunden? Weil er andere Ideen hatte »als die Herren, die die Stellen *den* Individuen, die wie sie denken, geben. Das ist nicht eine einfache Toilettenfrage, wie man mir heuchlerischerweise vorgeworfen hat.« Warum hängt man denn aber einem Andersdenkenden noch den Makel des Faulenzers an? Was hat das mit Selbstzerstörung und Narrheit zu tun? Als seine christlichen Malerfreunde es unter ihrer Würde hielten mit einem Hurenbeherberger zu verkehren, prägt van Gogh die klassischen Sätze einer toleranten und vornehmen Humanität: »Es ist mit dem Werk eines Künstlers und seinem Privatleben wie mit einer Wöchnerin und ihrem Kinde. Ihr dürft ihr Kind wohl ansehen, aber ihr dürft nicht ihr Hemd aufheben, um zu sehen, ob etwa auch Blutflecken darin sind. Dies wäre unzart gegenüber einer Wöchnerin.« Nun, seine Freunde hielten nicht einmal das Kind des Ansehens für wert.

Mit vollkommener Ehrlichkeit und Härte analysiert sich van Gogh. Er weiß, daß er entsetzlich lästig, melancholisch, reizbar ist. Er nimmt sich nicht in Schutz. Aber er muß feststellen: »Frage einen Arzt, und er wird sofort alles verstehen, frage, ob es anders sein kann, als daß auf kalter Straße oder draußen zugebrachte Nächte, die Angst zu Brot zu kommen, die fortwährende Spannung, weil ich eigentlich ohne Stellung war, Verdruß mit Freunden und Familie, nicht zu mindestens drei Vierteln die Ursache mancher Eigentümlichkeiten und meiner Launenhaftigkeit sein *müssen*.« Im Grund ist van Gogh heiter. In ihm ist eine ruhige, reine Harmonie und Musik. Das Bild des aufgeregten Neurasthenikers und Narren ist au fond falsch. Durch den Mangel an Aufmunterung und intelligenter Aufrichtigkeit der Mitlebenden ist van Gogh in die Tollheit gehetzt worden. Diese Menschen, die in dem Gemälde *Das Bagno nach Doré* wie die Tiere zwischen Zuchthausmauern im Kreis stampfen, sind van Gogh. Er hat sein Schicksal gemalt. Nicht er hat diese Mauern um sich gestellt. Diese Mauern sind äußere Gewalt. Van Gogh ist am Alleinsein zugrunde gegangen. Am Alleinsein, das nicht sein Wille war wie etwa die Einsamkeit irgendeines Asketen oder die dionysisch trunkene Einsamkeit Nietzsches. Nein. Van Gogh will »lieber mit einer schlechten Hure zusammen sein als allein«. Man kann verächtlich sagen: Schwäche. Man kann es.

Es ist nicht wahr, daß van Gogh durch Ausschweifungen sich vernichtet hat. Er, der schärfste Analytiker, sagt: »Denn die Einsamkeit, das Verlangen, die Widerwärtigkeiten, das Bedürfnis nach Freundschaft, Zuneigung, das nicht hinreichend befriedigt ist, das ist viel schlimmer; die inneren Erschütterungen durch Trauer und Enttäuschung, das untergräbt uns viel mehr als die Ausschweifungen, uns, die, wie ich sage, glückliche Besitzer schwacher Herzen sind.« Nur in einem ist van Gogh ausschweifend gewesen: im Werk. Wie Nietzsche. Die Aufgabe, die beide zu erfüllen hatten, war riesengroß. Die Körper, die beide mitbekommen hatten, waren keine Zäsarenkörper. Das Leben war kurz. Die Aufgabe mußte bewältigt werden. Beide haben den ungeheuersten Kampf der Überwindung geführt.

Hier beginnt die Darstellung des religiösen van Gogh.

**W**AS war alles zu überwinden, um ein synthetisches und mythisches Werk zu schaffen? Ein kranker Körper und eine kranke, pessimistisch-nihilistische Zeit. Der Kampf van Goghs ist vollkommen übermenschlich. Seine Frucht war der Sieg, nicht der Untergang. Daß sich der Sieger eine Kugel in den Bauch schoß, ändert daran nichts. Apotheosen sind bequem.

Früh schon macht sich van Gogh den Satz des verehrten Millet zu eigen: »L'art c'est un combat, dans l'art il faut y mettre sa peau.« Van Gogh hat sein Fell daran gesetzt. »Das Malen ist ein Feldzug, eine militärische Kampagne, ein Streit oder Krieg.« Van Gogh ist Malerkrieger. Er zieht die Konsequenzen. Sein Stand hat ihn ausgestoßen. Er zieht sich vollends daraus zurück. Während Nietzsche das gefährliche Leben des dionysischen Menschen verkündet, schickt sich ein ebenso Unbekannter und Einsamer an dionysisch zu leben. »Die Fischer wissen, daß die See gefährlich ist und der Sturm entsetzlich, aber sie haben niemals begreifen können, daß die Gefahren ein Grund wären an Land zu bleiben und spazieren zu gehen. Diese Weisheit lassen sie denen übrig, die Lust dazu haben. Kommt der Sturm, sinkt die Nacht, was ist ärger: die Gefahr oder die Furcht vor der Gefahr? Dann lieber die Wirklichkeit, die Gefahr selbst.« Van Gogh ist das Gegenteil eines Duselers und Träumers. Er sieht ganz nüchtern und kalt die Gefahr seines Lebens. Er sieht wie Nietzsche kommende Gesellschaftserschütterungen voraus. Er erhofft nichts von der Gesellschaft seiner Zeit. »Gleichviel, weder sie noch ich stehen in einem Rosengarten oder träumend im Mondenschein, wir stehen vor schrecklichen Ereignissen: tant mieux.«

Man hat die konsequente Härte und das Rauhe im Umgang und Leben van Goghs mißverstanden. Diese Härte ist zum großen Teil bewußter Erziehungswille. Van Gogh will sich gewisse Schwierigkeiten machen. Er will bewußt von der ursprünglichen Art eines Robinson Crusoe sein. Es ist eine aus dem Christusethos seiner Frühzeit gewonnene Erziehungsmethode, wenn er bekennt: »Laß uns daher nur sacht damit fortfahren, daß jeder auf seinem Weg stets auf das Licht zugeht, "sursum corda", und sich nicht allzu tief bekümmert, wenn er Gebrechen hat; denn wer keine hat, dem gebricht noch immer etwas, dieses nämlich, daß er keine hat, und wer vollkommen weise zu sein vermeint, der täte gut daran nur wieder einmal von Grund auf töricht zu werden.« Mit der Liebe zu der Prostituierten überwindet er seine mystische und theologische Vergangenheit und erhöht gleichzeitig seinen Gottesbegriff. Die selbstgewählte Wirklichkeit und Menschlichkeit, das

Zimmer der ouvrière, in dem er erwacht, der gewöhnliche Küchenofen, die Kommode, das große, höchst einfache Bett haben tiefere Bedeutung als Erbauungsbücher und weißgetünchte Kirchenmauern.

Die Degeneriertheit der christlichen Gesellschaft beschleunigt das Heraufkommen des Atheismus und des Kampfs gegen die christliche Moral. Zug um Zug vollendet sich das historische Schicksal. So wie heute die Degeneriertheit der wuchernden, schlemmenden Nachkriegsgeneration das Heraufkommen des proletarischen Massismus beschwört. Der Pastorensohn Nietzsche verkündet den Antichrist und vernichtet das degenerierte Christentum. Gleichzeitig verteidigt er Christus. »Christus am Kreuz ist das erhabenste Symbol — immer noch.« Der Pastorensohn van Gogh bekennt von sich: »Siehe, ich finde ihn mausetot, diesen Gott der Pfaffen. Aber bin ich darum Atheist?« Was Jahrhunderte hindurch transzendente Hölle und Himmel war, ist bei van Gogh nach innen gewendet, die Realität des menschlichen Bewußtseins. »Das höhere Ich besiegt das gemeine Ich«, sagt van Gogh. Damit ist das absolute Schuldbewußtsein aus der Welt geschafft.

Ein fortwährender Kampf mit der Überfülle und der Dekadenz seiner Natur ist das Leben van Goghs. Er flüchtet in die Natur, um seine Wollust zu besiegen. Er verläßt die Frau, um seinem Werk treu zu bleiben. Ehemals hatte er das Aussehen eines Geistig-Überanstrengten. Jetzt hat er seine Konstitution zuchtvoll gekräftigt, um Herr seines Werks bleiben zu können. Er hat das Air eines Schiffers oder eines Eisenarbeiters. Er überwindet nicht nur sich. Er überwindet die Dekadenz seiner Zeit. Er kämpft gegen seine Zeit. Er ist der Visionär einer größern Zukunft und ein schonungsloser Entlarver der Gegenwart. Nicht wenig aktuell ist dieser Satz: »Dennoch baut man Reichsmuseen für Hunderttausende und ähnliche Dinge, aber die Künstler krepieren derweilen.« Unerbittlich klar sieht van Gogh voraus. Eine alte Gesellschaft wird durch eigene Schuld untergehen. Die konventionelle Moral wird durch die Zeit umgestaltet und erneuert werden. Van Gogh empfindet nicht die geringste Reue über die Bekanntschaft, die er mit den Huren unterhält. »Wenn unsere Gesellschaft lauter und geordnet wäre, o ja, dann wären sie Verführerinnen; jetzt aber sind sie, meiner Meinung nach, zuweilen eher als soeurs de la charité zu betrachten denn als etwas anderes.« Van Gogh sieht ganz klar, daß »wir im letzten Viertel eines Jahrhunderts sind, das wieder mit einer gewaltigen Revolution enden wird«.

Mit fast den selben Worten haben Nietzsche und van Gogh die Vision der Zukunft. Nietzsche ruft: »Ein wenig reine Luft! Dieser absurde Zustand Europas soll nicht mehr lange dauern.« Van Gogh spricht von »besseren Zeiten klarer Luft und der Auffrischung der ganzen Gesellschaft nach diesem großen Sturm«. Es erschüttert und möge gleichzeitig eine Warnung sein bei van Gogh 30 Jahre vor der Revolution die selben Zustände lesen zu müssen, die 10 Jahre nach der Revolution noch herrschen. »Der Arbeiter gegen den Bürger; das ist ebenso gut motiviert, wie vor 100 Jahren der tiers-état gegen die beiden anderen. Ist es auch Frühling, wie viele Tausende und Abertausende laufen nicht in Trostlosigkeit umher. Ich sehe gerade so gut wie der ausgemachtste Optimist die Lerche, die in die Frühlingsluft aufsteigt. Aber ich sehe auch das junge Mädchen von kaum 20 Jahren, das hätte gesund sein können und die Auszehrung in den Gliedern hat und vielleicht noch, bevor es an einer Krankheit stirbt, ins Wasser springt.« Mit aller



Rücksichtslosigkeit bekämpft van Gogh jede Ideologie in sich und bei anderen. Mit härtester Wirklichkeit kämpfend, entlarvt er eine Illusion nach der andern. Er macht nicht halt. Er sieht hinter jede Kulisse und Attrappe. Er ist der erste Analytiker neben Nietzsche. Er ist Nietzsche in der Synthese ebenbürtig. Nietzsche verkündet das Ideal des neuen Arbeiters: »Die Arbeiter sollen einmal leben wie jetzt die Bürger; aber über ihnen, sich durch Bedürfnislosigkeit auszeichnend, die höhere Kaste, also ärmer und einfacher, doch im Besitz der Macht.« Van Gogh lebt dieses Ideal vor. »Dann muß man sich an Arbeit gewöhnen, sehen, wie ein Soldat oder ein Packträger lebt und gesund bleibt, bei Wind und Wetter und der gewöhnlichen Volksnahrung und -wohnung . . . Man ist doch nicht zu seiner Bequemlichkeit auf der Welt und braucht es nicht besser zu haben als andere.« Ein erstaunlich hellsichtiger Satz van Goghs könnte von Nietzsche sein: »Ein Gut und Böse an sich gibt es ebensowenig wie in der Natur ein Schwarz und Weiß.« Der dionysische Pessimist und übermenschliche Kämpfer bekennt: »Ja, der Mensch ist von Natur schlecht, aber im Kampf des Lebens kann er ein Wesen von höherer Art werden.«

Van Gogh ist es geworden. Er hat sich das Vorbild eines neuen männlichen unpathetischen Helden abgerungen. Er hat in sich den Nihilismus und die Dekadenz ausgerungen. Dies ging über seine Kräfte. Dieser redlichste, mutigste Mensch weiß: »Ich bin nur gut für eine Übergangssache, eine Sache zweiten Ranges, die vergänglich ist . . . Niemals kann ich nach einer so erschütternden Vergangenheit ein überragendes Gebäude errichten.« Er hat sich getäuscht. Ohne Feigheit analysiert er seine Neurose. Als Remedium verordnet er sich kaltes Wasser, frische Luft, einfache und gute Nahrung, keine Weiber. Er sieht den Maler der Zukunft. Er wird nicht wie er in kleinen Kneipen liegen, mit ein paar falschen Backzähnen arbeiten und in die Zuavenbordelle gehen. Er reinigt sein Blut durch eine Jodkalikur, um sein Werk zu retten. Er verbietet sich schlechten Wein, schlechten Schnaps. Er will frisches Gemüse. Er schreit nach einem Stück Wiese mit Sonne, nach einem Bach. Er will sich 5 Jahre zum Militärdienst verpflichten, um zu gesunden. Alles die Maßnahmen eines von der Dekadenz der Zeit geschickhaft gezeichneten Menschen zur Errichtung eines Mythos jenseits der Dekadenz. Immer leidenschaftlicher erkämpft er sich das Fundament, auf dem er den Mythos der Kunst und die ersten Lehren einer neuen Religion errichten kann. Immer näher rückt er der monumentalen antikisch-klassischen Einfachheit. »Diejenigen, die das wirklich Einfache suchen, sind übrigens selbst so einfach, und ihre Lebensauffassung ist voll guten Willens und guten Mutes, selbst im Elend.« Immer tiefer heiligt er die Wirklichkeit. Immer qualvoller empfindet er die Gegensätze zwischen sich und einer Welt der Vorurteile. Bis er unterliegt und sich gleichzeitig vollendet. Für alle Zeiten bleibt das Werk eines größten religiösen Menschen. Und jetzt sehen wir auch nicht mehr den Menschen, der in Kneipen und Bordellen herumliegt sondern einen starken, naturhaften, leidenschaftlichen Menschen inmitten einer Zeit der Schwäche und Leidenschaftslosigkeit. Also ging er zugrunde. Und das Unerhörteste geschieht: Aus Marter und Qual, aus den Hütten von Bergleuten und Arbeitern, aus Kneipen und Bordellen wachsen die Fundamente einer klassischen Religion.

Darauf ist näher einzugehen.

**D**AS entscheidende überästhetische Bekenntnis van Goghs ist dieses: »Die Menschen sind immer mehr wert als die Sachen. Und was mich angeht, je mehr ich mich um die Bilder schinde und quäle, um so mehr lassen mich diese Bilder dann kalt. Ich mache sie, um unter den Künstlern zu leben.« Seine Selbstentlarvungen werden noch scharfsinniger. Er konnte das nicht werden, was er in Christus sah: der Künstler, der, den Marmor, die Palette, den Ton verachtend, in lebendigem Fleisch arbeitete, der als Grandseigneur nicht einmal Worte aufschrieb sondern nur Vorbild war. Dieses Ideal ist keine Narrheit. Es ist der Gipfel. Jedes L'art pour l'art liegt unter ihm. Den religiösen Typus in van Gogh hat sein Arzt und Freund Gachet sehr gut gezeichnet, wenn er sagt: »Le mot amour de l'art n'est pas juste, c'est croyance qu'il faut dire, croyance jusqu'au martyr.« Kunst ist für van Gogh der gesteigerte übermenschliche Mensch in der Natur, die er befreit. L'art c'est homme ajouté à la nature qu'il dégage. Wenn er früher unter die Arbeiter ging und das Evangelium predigte, so tut er es jetzt verwandelt, wenn er mit den armen Menschen lebt, die er zeichnet. Wenn er ein Projekt entwirft, um massenhaft Zeichnungen für die Arbeiterwohnungen und Bauernhäuser herzustellen, aus dem Volk für das Volk Arbeitertypen zu vervielfältigen, so ist der tiefste Trieb hierzu: religiöse Menschentat jenseits des L'art pour l'art. Seine Sehnsucht zum unmittelbaren Leben, in Fleisch zu arbeiten ist immer nur dies: religiöse Tat. »Aber das hemmt nicht mein furchtbares Bedürfnis (darf ich das Wort aussprechen?) nach Religion. Dann gehe ich in die Nacht hinaus, um die Sterne zu malen, und ich träume immer von einem solchen Gemälde mit einer Gruppe bewegter Gestalten von Freunden.« Der Einsame träumt nur von seinen lebendigen Jüngern, die er nicht hat. Er malt nur, weil er wie Christus über der Literatur steht. »Aber schließlich sagt der Maler nichts, er schweigt, und ich ziehe das vor.« Das tiefste Religiöse, was er erreichen will, ist die unmittelbare Dynamik des Lebens. Es ist überhaupt das Höchste. Es kommt ihm nicht darauf an einen Kopf korrekt zu malen sondern den großen Ausdruck, »das den-Wind-Einatmen eines Grabenden, wenn er zum Beispiel gerade aufsieht, oder das Sprechen: enfin das Leben«.

Der dreifache Sieg entspringt seinem Kampf: Er, der Verzweifelnde, schafft ein religiöses Bildwerk, er, der schweigen will, hinterläßt ein religiöses Sprachwerk, seine Briefe, er, der vergeblich gegen seinen Untergang kämpfte, gibt für alle Zeiten das mythische Vorbild eines neuen dionysisch-heroischen Lebens. Sein gesamtes Menschenwerk ist Religion. Und welche?

Er zeichnet und malt den Mythos der Wirklichkeit. Er lebt die Religion der Tat und Menschlichkeit. Er hinterläßt in Briefdokumenten die Religion der heiligen Nüchternheit und Güte, der Sympathie und neuen Liebe. Sein Werk ist somit für das kommende Geschlecht grundlegend. Es ist nicht das Werk eines Gehetzten, Ekstatischen, eines Tollen. Es ist das Werk eines gütigen Vernünftigen, der seine Nahrung aus dem Grund seines Wesens zog. Der aber war, wie er selbst feststellt, heitere Harmonie und Musik.

Der Jüngling sagt bereits entscheidend: »Es ist hier so schön, wenn man nur ein gutes und einfältiges Auge hat, ohne viel Balken darinnen. Aber wenn man das hat, dann ist es überall schön.« Bei einem Sonnenuntergang: »Wohl war es ein großartiger und majestätischer Anblick, aber dennoch, einfachere,

stillere Dinge treffen uns viel tiefer.« Dies alles ist Wachstum zur letzten klassisch einfachen Größe. Auch menschlich wächst van Gogh zur klassischen Größe des klassischen Chinesen. »Es ist gut einfühlig, bescheiden und zart von Herzen zu sein.« Aus der Wirklichkeit des Einfachen wächst der große Liebende. »Liebe einen Freund, eine Person, eine Sache, was Du willst, Du wirst auf dem rechten Wege sein.« Nämlich Gott zu erkennen. Und nun liebt dieser große Nüchterne die Frauen, die die Pfaffen von der Kanzel herab verurteilen und verachten. Nun liebt dieser Mensch alles Menschliche, über das das Leben hinweggegangen ist. Nicht feminin sondern sehr männlich stark. Nun leidet dieser Liebende. »Savoir souffrir sans se plaindre, ça est la seule chose pratique.« Aber er schreit doch auf, wenn die Religion, seine Religion der Liebe und Güte, verletzt wird: »Wenn man jemanden im Winter allein läßt und ihm alsdann auch sein Brot nehmen will: ist das ein Vergewaltigen oder nicht? Das ist nicht rücksichtsvoll, nicht feinführend, das sind keine Formen, das ist nicht human.« Man achte auf die klassische Feinheit seiner Forderungen: Humanität als Form. Und diese sensitive konsequente Humanität als Form verwirklicht er im Leben. Er nimmt eine schwangere, hungernde, herumirrende Frau zu sich. Einfach, weil es gesittet, feinführend, männlich ist. Er klagt seine Zeit an, die die Schwachen unter die Füße tritt und mit Rädern darüber hinfährt. Er verachtet eine Zeit, die Besitzwerte schätzt, nicht das Menschliche im Menschen. Er meint es ernst mit der Nächstenliebe. »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst; handle so, daß du es vor Gott verantworten kannst; tue recht und handle loyal.« Als man ihm wegen der Frau zusetzt, schreit er: »Ich will nicht Gewalt antun und will nicht verlassen. Ich protestiere auch, wenn man mich vergewaltigt oder verläßt.« Er hat diese Frau, diesen fortgeworfenen Lumpen, aufgehoben. Er will etwas aus ihr machen. Er nimmt sie in Schutz.

Die Religion, die van Gogh vorgelebt hat, nannte er die fraternité universelle. Er ist zur unmittelbaren Tat geschritten. Er trifft sich ganz mit Dostojewskij: »Die Hoffnung auf bessere Zeiten soll sich nicht als ein Gefühl sondern als ein Handeln in der Gegenwart zeigen . . . Es muß ein Je-ne-sais-quoi in uns sein, das uns den Mund stopft und zur Tat hinführt, das uns schweigen läßt, auch wenn wir sprechen, das uns innerlich Schweigende zum Handeln treibt.«

So verehrt dieser schweigende, ehrfürchtige, liebetätige Mensch die Erde. Für ihn ist der Bauer, der arbeitet und bei seiner Arbeit denkt, der gebildete Mann. Er ist der Ansicht, daß man um so tiefer in das Dunkel von Unkultur, Dummheit und Schlechtigkeit eindringt, je näher man den großen Städten kommt. Er ist aber keineswegs Fanatiker, wie etwa Rousseau oder Tolstoj. Er sagt deutlich: »Weil ich das echt Menschliche, das Leben mit der Natur, nicht gegen die Natur, oder Kultur, im Auge habe und respektiere . . .« Dieser vom Dämon Gehetzte hinterläßt Sätze der allergrößten Ethik: »Und doch beruhigt sich meine Leidenschaft, wenn ich einem Schwächern gegenüberstehe; dann streite ich nicht.« Bei ihm ist gleichzeitig die christliche Ethik vollkommen verwandelt und echt: »Ich möchte nicht blühen wollen, wenn ein anderer deswegen verdorren müßte.« Es ist keine Schauspielerei, wenn er Gauguin mit der Motivation zu sich ruft: »Ich dachte, daß er im größten Elend stecke und machte mir Vorwürfe: Ich sitze da und habe Geld, und ein Kamerad, der Besseres macht als ich, hat keins. Ich sagte mir: Er muß die Hälfte haben, wenn er will.«



VINCENT van Gogh hinterließ mit seinem Gesamtwerk, zu dem auch sein Leben, seine Briefe gehören, den Mythos der Menschlichkeit und Wirklichkeit. Warum Mythos? Das Menschliche ist kristallisiert. Es ist das Gegenteil des natürlichen amorphen Laissez aller. Es ist übernatürlich und doch viel natürlicher als das Formlose naturalistischer Gefühle und Handlungen. Unsere Zeichensprache hat dafür das unersetzliche Wort göttlich. Der künstlerische Mythos der Wirklichkeit ist die übernaturalistische Kristallisation, aber nicht die antireale. Der Abstraktion gehen die große Individuation und die Sinnenwelt voraus. Im andern Fall wird sie mechanische Reaktion der Nerven, Spintisierung und Hingabe an den Betrug einer übersinnlichen Welt.

Durch die Größe des Menschlichen nähert sich van Gogh dem Wirklichen: »Ich glaube, daß uns nichts so sehr in die Wirklichkeit verschlägt wie eine wirkliche Liebe.« Seine Abstraktion der Wirklichkeit im malerischen und zeichnerischen Werk ist nicht Passivität der Seele, bloßes passives Spiel der Sinne (der größte Teil moderner abstrakter Malerei ist dieses) sondern übermenschliche Aktivität des vollen Menschen. Da Mensch und Maler bei van Gogh eine Einheit bilden, steht er als Mensch auch dem Leben so aktiv gegenüber wie als Künstler der Natur. Der Mythos ist nicht, wie er vielfach in Deutschland mißverstanden wird, die bequeme Flucht in das Vage. Ihm liegt auch jedes illustre Pathos fern. Mythos ist nicht Donner, Blitz, Aufruhr der Natur. Es ist ganz und gar falsch in van Gogh den erregten Künstler zu sehen. Er wollte zu einem Mythos der Einfachheit kommen. Viele seiner erregten Gemälde sind nur Wegzeichen zu diesem Ziel. Und einem Rasenden, Gemarterten, Gepeitschten gelingen Schöpfungen der natürlichsten Einfachheit. Völlig unzulänglich bleibt die Interpretation van Goghs durch deutsche pseudo-expressionistische Kritiker. Diese Literaturmode hat alles Wirkliche in sein Gegenteil verkehrt. So ist noch bei Hartlaub zu lesen, daß van Gogh ein Romantiker war, der das gegenständliche Dasein nicht dem Künstlergeist unterordnet sondern einem übersinnlichen geistigen Kern, der aber damit ebenfalls die Daseinsverherrlichung von Antike und Renaissance aufhebt. Wenn ein Vergleich erlaubt ist, so der mit dem Renaissance-menschen Leonardo. Van Gogh ist das moderne Gegenstück zu dem großen europäischen Zeichner Leonardo. Van Gogh hat genau wie Leonardo das gegenständliche Dasein dem Künstlergeist untergeordnet. Dies ist nämlich das Geistige. Van Gogh hat wie Leonardo Farbe, Perspektive, Ton, Zeichnung, Materie wie Chemie und Algebra studiert. Er ist das Gegenteil der deutschen Expressionisten, die beim Instinkt stehen blieben. Er ist weitergegangen: vom Instinkt zur raison. »Man muß die Natur viel und lange angeschaut haben, ehe man zu der Überzeugung kommt, daß das Ergreifendste, was die großen Meister gemalt haben, seinen Grund doch im Leben und in der Wirklichkeit selbst hat: eine Basis solider Poesie, die ewig als Tatsache besteht und sich finden läßt, wenn man nur tief genug gräbt und sucht.« Das Geistige an van Gogh ist wie bei jedem großen Künstler, daß er nicht naturalisiert sondern sich die Materie unterordnet. Damit ist schon der geistige Prozeß bezeichnet. Van Gogh kopiert nicht sklavisch und mechanisch die Natur mit ihren Farben, er geht von den Farben seiner Palette aus. Man verwechsle dies nicht mit Subjektivismus. Es ist künstlerisch, geistig. Van Gogh wird Herr über die Farbenskala. Ebenso kopiert der Musiker nicht die Töne der Natur. Der große Musiker arbeitet mit der Skala der Töne,

die der Mensch geistig geschaffen hat. So schafft der Maler mit den Farben Kunst. Van Gogh verwahrt sich bei dieser einzig künstlerischen Methode als Romantiker mißverstanden zu werden: »Findest du darin ein gefährliches Hinüberneigen zur Romantik, eine Untreue gegen den Realismus, ein "peindre du chic", eine größere Liebe zur Palette des Koloristen als zur Natur?« Mythos ist das Ewig-Europäisch-Menschliche. Ohne jede Ideologie der heroischen Staffage. Er sagt ganz klar: »Aus dem selben Grund, wie ich will, daß es Bäuerinnen sind, wenn ich Bäuerinnen male, aus dem selben Grund will ich den Ausdruck einer Hure, wenn es Huren sind.« Hier liegt das Entscheidende. Van Gogh mystifiziert nichts in die Wirklichkeit hinein, er vergöttlicht die Realität, indem er ihr Dynamisches durch Vergeistigung gestaltet. Die einfachste Weisheit dieses großen Wirklichkeitsmythikers lautet: Man soll die Wirklichkeit und sein Schicksal schlucken, c'est tout.

Van Gogh hat die Wirklichkeit im Leben und Werk geschluckt und geschluckt. Seine Vernunft ging dabei drauf. Uns hinterließ er ein vollkommen klassisches Werk, das die europäische Zukunft mit bestimmen wird und bereits mit bestimmt hat.



S ist maßlos groß, daß ein Mensch, der die Dekadenz in sich hatte, mitten in der Dekadenz stand und sie bereits im Leben weit überragte. Alle Vergleiche mit der Romantik in Malerei und Literatur sinken kläglich zurück. Van Gogh hat die Welt, in die er gehörte, selbst genannt. Er hat die Briefe Dantes, Petrarcas, Giottos, Botticellis erschüttert gelesen. Petrarca lebte ganz in der Nähe von Avignon. Van Gogh sieht die gleichen Zypressen und den gleichen Kirschlorbeer. Er will etwas Ähnliches in einem der Gärten ausdrücken. Mit vollem Auftrag gemalt in zitronenfarbenem Gelb und Zitronengrün. Mit Giotto hat er sich am tiefsten verwandt gefühlt. Van Gogh hat mit unerhörter Schärfe die heilige Nüchternheit der Zukunft gesehen, jenes Reich, in das wir langsam hineinwachsen. Er glaubt an die Geburt einer ganz neuen Sache, die vielleicht namenlos sein, die aber, wie früher die christliche Religion, trösten und das Leben ermöglichen wird. Er denkt an Tolstoj.

Welch grauenvolle Tragik des Getrenntseins und der Parallelität des Schicksals: 1888 konzipiert van Gogh die neue Religion des Zarathustra, denn sie ist es, die er visionär sieht. 1889 erliegt er im einfachen Süden, in den er vor dem degenerierten unmöglichen Norden geflüchtet ist, seinen Nerven. Allerdings in vollkommener raison. Im gleichen Jahr 1889, ein paar Monate vor ihm, erliegt der Schöpfer dieser neuen Religion, die van Gogh ersehnte, Nietzsche, im Renaissancesüden, in den er vor dem degenerierten dumpfen Norden geflüchtet war, den Nerven. Auch die raison ging bei jenem verloren. 1885 beendet Nietzsche die Musik des Zarathustra. »Man darf vielleicht den ganzen Zarathustra unter die Musik rechnen«, sagte er. Außer der Schwester und ein paar Freunden hörte niemand die Musik. 3 Jahre später schrie ein Einsamer, van Gogh, in die europäische Zukunft: »Allerdings werden die Zusammenbrüche wohl die heutige Welt und die Zivilisierten stürzen, zerschmettern wie schreckliche Blitze, durch Revolution, Krieg oder einen Bankrott der angefaulten Staaten.« Nur 2 Menschen, sein Bruder und dessen Frau, lasen die Vision. Europa aber ging mit schmetterndem Pathos seinem Blutbad entgegen. Es hatte seine weisesten Chorführer vertrieben, nein, es hatte sie wie Bettler nicht beachtet.

Die Vision der Zukunft und die vollkommene Klassizität steigert van Gogh in den letzten beiden Jahren bis ins letzte. Er nimmt bereits in einem Satz die kosmische Methode voraus, die heute sich langsam gegen die mechanisch-abstrakte Wissenschaft und Technik durchsetzt. Man fälsche das Bild van Goghs nicht. Nicht der Rasende ist er zuletzt, sondern der Heilige neuer Intelligenz. Er schreibt Sätze über die Natur und den Menschen, deren Kristallschärfe zum Aufschrei zwingt. Man vergesse nicht, daß seine Vernunft das tiefste Ausmaß erreicht. »Der wahre Süden: ist er nicht das, wo man Vernunft findet?« Nicht Exaltation sucht er sondern Güte, weise Musikalität. Er bildet sich, da er sie im tollen Mistral nicht findet, Götter und Symbole seines Lebens. Ihn fasziniert die Darstellung der ägyptischen Könige. Er sieht in ihnen ewige Ackerbauer und Anbeter der Sonne. Also sind sie so weise, so mild und gut. Schließlich meistert er auch noch die letzte Überwindung. Er, der echte und verehrungswürdige Gläubige eines andern, zweiten Lebens nach dem Tod, in dem sogar neues Bewußtsein möglich ist, kehrt ganz zur Erde zurück. Nicht nur als Künstler im Werk, auch bewußtseinsmäßig. Er muß zuletzt sagen: »Wir wissen also sehr wenig von der wirklichen Bedeutung dieser Dinge, und wir tun besser daran ein Weizenfeld, selbst wenn es nur ein gemaltes ist, anzuschauen.« So schließt sich der Kreis.



Das grundlegende Werk für die Religion der Wirklichkeit van Goghs, ebenbürtig dem malerischen Werk, ist der große Briefwechsel mit Theo, dem Bruder. Der Berliner Verlag Paul Cassirer hat dieses Werk in vorzüglichster Ausstattung und sehr treuer Übersetzung der deutschen Gegenwart und Zukunft geschenkt. Eine bedeutende Tat. Man hat allzu oft bisher von dem wichtigsten Dokument moderner Malerei gesprochen. Man hat gesagt, diese Briefe seien unentbehrlich für das Verständnis einer künstlerischen Manier. Man hat auch schließlich erkannt, daß in van Gogh neben dem Maler ein Dichter steckt. Ich glaube, daß wir nach diesen ästhetischen Interpretationen heute so weit sind in dem Briefwerk van Goghs das Dokument eines größten religiösen Menschen zu sehen. Es sind dann vollkommen klar die Fundamente einer neuen Religion gelegt. Der Mythos der Wirklichkeit und Menschlichkeit ist diese Religion. Das Briefwerk van Goghs steht neben den tiefsten religiösen Weisheitswerken der Menschheit. Man lasse sich durch das Allzumenschliche darin nicht täuschen. Gewiß ist ein chinesisches Weisheitswerk, und damit ist das Sprachwerk van Goghs nur zu vergleichen, auskristallisiert und ohne menschliche Fetzen. Dafür ist aber van Goghs Werk dramatisch und analytisch. Es ist im ganzen erschütternder, monumentaler, komplexer als ein Dutzend geschliffener Weltanschauungsdichtungen der Weltliteratur. Es ist gleichzeitig das erschütterndste Drama einer Bruderliebe. Diese Treue und dieses Wissen zwischen zwei Männern, noch dazu Blutsverwandten, ist in der Gesamtgestalt der Briefe Vincents als selbständige Dichtung den großen Mann-Weib-Liebes- und Todesdichtungen der europäischen Literatur ebenbürtig. Meier-Graefe hat van Gogh den besten Helden unserer Zeit genannt. Der Briefwechsel zwischen Vincent und Theo ist, auch ohne daß wir die Gegenstimme Theos kennen, die Dichtung unserer Zeit. Und in der Bewahrerin und Zusammenstellerin der Briefe, in Johanna van Gogh-Bonger, der Frau Theos, lernt man eine der tapfersten und echtsten Frauen kennen, die geschickhaft die Verwirklichung des Werks durchsetzt.



# RUNDSCHAU

## ÖFFENTLICHES LEBEN

Innenpolitik / Hans Simons

**England: Parlamentswahlen** Am 30. Mai wurde in England das Parlament neu gewählt. Das Ergebnis der Wahl zeigt folgende Zahlen: Arbeiterpartei 288, Konservative 259, Liberale 58, Unabhängige 9. Die entsprechenden Zahlen der Wahlen vom Oktober 1924 (ohne Nachwahlen) sind: Arbeiterpartei 151, Konservative 412, Liberale 39, Unabhängige 4, Konstitutionalisten 7, Irische Nationalisten 1. Um dieses Ergebnis zu würdigen, muß man sich vor Augen halten, wie die Arbeiterpartei den Wahlkampf geführt hat. Ihre Parole war, daß sie von der Bevölkerung eine Chance fordere, um zu zeigen, wie sie die Politik Großbritanniens im Interesse des ganzen Volkes führen werde. Wenn es an sich auch selbstverständlich ist, daß jede Partei in Anspruch nimmt mit ihrem Programm dem Interesse des ganzen Volkes zu dienen, so war doch im Rahmen des Wahlkampfes und besonders für die Arbeiterpartei die Betonung dieses Verantwortungsgefühls gegenüber der Gesamtheit ausschlaggebend wichtig. Denn es wirkte sich unmittelbar gegenüber den Liberalen aus, die ein großzügiges Programm und mächtige Geldmittel im Wahlkampf einzusetzen hatten und sicherlich noch günstiger abgeschnitten hätten, wenn die Arbeiterpartei auch nur die geringsten Ankündigungen radikaler Lösungsversuche gemacht hätte. Tatsächlich war das Programm der Liberalen schon insofern radikaler, als es einheitlicher und schärfer durchgearbeitet war. Aber das Vertrauen in die Anpassungsfähigkeit einer Arbeiterregierung, das durch den Versuch des Jahres 1924 nicht erschüttert war, hat der Arbeiterpartei große Mengen von Stimmen solcher Wähler zugeführt, denen es an sich genügte sich gegen die Konservativen zu entscheiden. Jedenfalls ist der Sieg der Arbeiterpartei völlig unbestreitbar. Arthur Henderson schildert ihn einfach und selbstbewußt in einem Artikel des Vorwärts vom 9. Juni 1929. Der Aufstieg der Arbeiterpartei seit 1900 ist gewaltig; aber er entspricht nur dem Anwachsen der Arbeiterbewegung fast überall in der Welt. Der Erfolg von 1924 auf 1929 ist relativ weitaus der größte. Er ist auch

größer als Stimmengewinne der sozialistischen Parteien auf dem Festland, die man zum Vergleich heranziehen könnte. Die Entwicklung der Arbeiterpartei sei in folgenden Zahlen rekapituliert: Sie erhielt bei den Wahlen 1900 2 Parlamentssitze, 1906 29, Januar 1910 40, Dezember 1910 42, 1918 57, 1922 142, 1923 191, 1924 151, 1929 288. Gemessen an den Mandaten ist also der Sieg, den die letzten Wahlen gebracht haben, völlig eindeutig. Nicht ganz so überwältigend ist er gemessen an den für die Arbeiterpartei abgegebenen Stimmen. Aber mit ihnen zu rechnen ist praktisch unnötig. Denn das englische Wahlrecht ist den Wählern bekannt, und die von ihm beeinflussten Ergebnisse sind nicht zufällig sondern entsprechen einer Regel, die von der öffentlichen Meinung immer noch als richtig anerkannt wird. Das werden sich die Liberalen klar machen müssen, die gewiß im Sinn der arithmetischen Gerechtigkeit bei diesen Wahlen sehr schlecht weggekommen sind, aber gerade deshalb wenig Aussicht haben mit ihrem Ruf nach Wahlreform viel Gehör zu finden. Ideologisch ist der Erfolg der Liberalen sehr hoch zu veranschlagen. Ihr Mandatsgewinn ist ihnen von den beiden großen Parteien mit allen Kräften streitig gemacht worden. Erst die Stimmzahlen zeigen recht die Partei als einen Faktor, der größere Beachtung verdient als sie ihm zurzeit die Führer der Konservativen wie der Arbeiterpartei zuteil werden lassen wollen.

**England: Regierungswechsel** Die Kabinettsbildung, die außerordentlich rasch vor sich ging, beweist deutlich, wie sehr auch MacDonald mit den Liberalen rechnet. Nachdem sich am 3. Juni Baldwin unter Überwindung einiger Widerstände in seinem Kabinett zum Rücktritt entschlossen hatte, wurde MacDonald sogleich mit der Kabinettsbildung beauftragt, und er beendete sie innerhalb weniger Tage. Sie ergab folgende Liste der wichtigsten Ministerien und Ämter: Premierminister James Ramsay MacDonald, Schatzkanzler Philip Snowden, Großsiegelbewahrer und Minister zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit John Harry Thomas, Innenminister John Robert Clynes, Außenminister Arthur Henderson, Kriegsminister Tom Shaw, Minister für die Kolonien und Dominien Sidney



Webb, Arbeitsminister Margaret Bondfield, Luftminister Lord Christopher Thomson, Landwirtschaftsminister Noel Buxton, Volkswohlfahrtsminister Arthur Greenwood, Volksunterrichtsminister Sir Charles Trevelyan, Minister für Indien William Wedgwood Benn, Minister der öffentlichen Arbeiten George Lansbury; Führer der Arbeiterpartei im Oberhaus wurde Lord Charles Alfred Parmoor, Generalstaatsanwalt William Allan Jowitt. MacDonald hat also absichtlich darauf verzichtet Außenseiter in das Kabinett aufzunehmen. Er hat entsprechend seiner Ankündigung größten Wert darauf gelegt vor allem verdiente und altbewährte Gewerkschafts- und Parteiführer als Mitarbeiter zu wählen. Er hat weiter die Bedingung gestellt, daß sämtliche Mitarbeiter der Partei angehören müßten und dadurch den für die Öffentlichkeit eindrucksvollen Übertritt Jowitts zur Arbeiterpartei erreicht. Auf diese Weise hat das Kabinett ganz festen Zusammenhang mit der Partei und viel Vorrat an Vertrauen beim rechten Flügel und in der Mitte, bei den gemäßigten Gewerkschaften und vor allem bei der großen Masse der Wähler, die keine Experimente sondern nur energischere Regierungsmethoden gewollt haben. Durch diese Zusammensetzung des Kabinetts ist es den Liberalen so schwer wie möglich gemacht in die Opposition zu gehen. Es wird ihnen weiter dadurch fast unmöglich werden, daß die Arbeiterregierung bei Verzicht auf ganz grundstürzende Maßnahmen praktisch etwa das wird tun müssen, was die Liberale Partei zu ihrem Programm erhoben hatte. Taktisch ist also die Stellung des neuen Kabinetts nicht ungünstig. Trotzdem bleibt es natürlich zweifelhaft, ob es einem so geschickten Politiker wie Lloyd George nicht gelingt die Arbeiterregierung sogar über die Durchführung eines liberalen Programms zu Fall zu bringen, wenn er will. Im Augenblick würde davon die Liberale Partei keinerlei Vorteil haben. Denn weder die Männer noch die Maßnahmen der Arbeiterregierung werden den Liberalen die Möglichkeit geben sich als Retter vor dem Sozialismus aufzuspielen. Aber das kann sich ändern. Denn daß auch in England mit einer solchen Parole viel zu erreichen ist, hat die Sozialismus- und Bolschewismuspsychose der Oktoberwahlen 1924 bewiesen. Bei einer solchen Gelegenheit würden auch die Konservativen mit den Liberalen gemeinsame Sache machen, während sie

zunächst mit der Arbeiterpartei einig sind diese dritte Partei zu bekämpfen. Die Abneigung gegen das Element der Unsicherheit und Unbestimmtheit in der Führung, das durch eine Partei als "Zünglein an der Wage" erzeugt wird, ist auch bei den Konservativen so stark und in der öffentlichen Meinung so weit verbreitet, daß sich schon daraus erkennen läßt, wie voreilig und falsch die Gerüchte über eine Krise in der Konservativen Partei sind, die, wie üblich, sogleich nach der Niederlage auftauchten. Das englische Wahlrecht hat neben vielen anderen den Vorteil die einzelnen Parteien zusammenzuhalten. Davon profitieren die Konservativen gegenüber den Diehards und die Arbeiterpartei gegenüber den Kommunisten. Natürlich überhebt das beide Parteien nicht der Notwendigkeit auf ihre extremen Flügel Rücksicht zu nehmen.

Aus dieser Konstellation ergibt sich schon, daß die Arbeiterregierung zu äußerster Vorsicht gezwungen ist, wenn sie an der Macht bleiben will. Selbst wenn sie eine absolute Mehrheit im Parlament erreicht hätte, könnte sie nur eine Politik wohlüberlegter Reformversuche machen. Mit einer Minderheit an Mandaten befindet sie sich aber in einer Lage, die praktisch der gleich kommt, die aus den Koalitionen von Arbeiterpartei und bürgerlichen Parteien wohl bekannt ist. Dieser Tatsache trug sie schon im Wahlkampf, erst recht bei der Regierungsbildung Rechnung, und sie wird dies sicherlich bei jeder Regierungshandlung tun. Hat sich auch die Arbeiterpartei in England durchaus anders entwickelt als die Sozialistischen Parteien des Festlands, so befindet sie sich doch augenblicklich im gleichen Stadium des Werdegangs, den die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durchmacht. Nur wird ihr die Umstellung auf eine Politik des Ausgleichs und der Wirkung "innerhalb der Grenze des Möglichen" dank ihrer Vergangenheit leichter als sie der deutschen Sozialdemokratie werden kann.

Deutschland: Wichtigstes Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitag, der vom 26. bis zum 31. Mai in Magdeburg stattfand, ist es, daß sich die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ihrer unvermeidlichen Umstellung bewußt geworden ist. Die Abstimmungen zu den verschiedenen Resolutionen mit der geschickten Regie

des Vorstands, mit der allzu großen Disziplin des Parteiapparats, ja mit der "Verbürgerlichung" der ganzen Partei zu erklären ist billig und banal. Sicherlich haben die verschiedensten Umstände dazu mitgewirkt, daß die Haltung des Parteitag's dem Parteivorstand gegenüber günstiger war als erwartet werden konnte. Aber hinter all diesen Augenblickseinflüssen wirkt sich doch die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie zu einer regierenden Partei immer weiter aus. Daher werden die Folgen aus der Koalitionspolitik klarer erkannt, sie werden vor allem um den Preis der Beteiligung an der Staatsgewalt bewußt in Kauf genommen. Das Bild, das die Partei heute bietet, ist natürlich nicht einfach und klar. Denn das Andrängen der Kommunistischen Partei von der einen Seite, das Zurückhalten der vielen kleinbürgerlichen oder kleinbürgerlich gewordenen Bestandteile der Partei auf der andern treiben ihre Flügel gelegentlich so stark auseinander, daß man ihren Zusammenhang unterschätzt. Daraus folgt dann die immer wiederholte und immer wieder falsche Prophezeiung von Parteispaltungen. Es muß demgegenüber an der Auffassung festgehalten werden, daß die sogenannten Parteikrisen bisher stets zu Klärungen geführt haben, und daß im ganzen die Parteien in Deutschland trotz dem Wahlrecht und der Spruchpraxis des Staatsgerichtshofs, die beide Parteispaltungen und Splitterparteien geradezu begünstigen, große und anhaltende Kohäsionskraft haben. Aber im ganzen hat sich doch deutlich ergeben, daß die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei regierungsfähig sein will, daß sie infolgedessen koalitionsfähig sein muß, und daß sie im wesentlichen richtig erkennt, wo die Grenze zwischen den Bekenntnissen und den Zugeständnissen gezogen werden muß. Daß gelegentlich schwere und beklagenswerte Grenzüberschreitungen vorkommen, muß allerdings zugegeben werden. Es wäre erfreulicher, wenn sie auf das Gebiet der Bekenntnisse gingen. Bisher gehen sie viel zu weit in den Bereich der Zugeständnisse. Die Reichsanleihe ist ein Beispiel dafür, wie schweren Schaden die Preisgabe von Prinzipien gerade dann anrichten muß, wenn auch nach nüchterner politischer Rechnung der Einsatz das Ergebnis nicht wert ist. Ohne in den Fehler zu verfallen falsche Folgerungen zu ziehen, wird man den Mißerfolg dieses unlauteren finanzpolitischen Versuchs damit erklä-

ren können, daß sich die Staatsgesinnung in Deutschland auch dann als primitiv stark erweist, wenn sie nur negativ auf die Probe gestellt wird. Im Grunde mochte nämlich niemand glauben, daß der Staat wirklich selbst eine Gelegenheit schaffe die von ihm gesetzten Verpflichtungen zu umgehen, und gerade darum hatte jedermann ein tiefes Mißtrauen gegen die Anleihe; denn er vermutete, daß die Vorteile, die der Staat hier ungerechterweise zufällig Bevorzugten verschaffte, aus der Einheitlichkeit des Staatswillens heraus in Nachteile für die Betroffenen verwandelt werden müßten.

**Kurze Chronik** In *Belgien* hatten die Wahlen zur Kammer am 26. Mai folgendes Ergebnis (in Klammern die Ergebnisse von 1925): Katholiken 76 (78), Sozialisten 70 (78), Liberale 28 (23), Frontisten 11 (6), Kommunisten 1 (2), Wilde 1 (0). Im Senat fand eine 93 Sitze betreffende Neuwahl gleichzeitig mit den Kammerwahlen statt. Die Katholiken behielten davon 41, die Liberalen 13, die Sozialisten gewannen nur 36 Sitze wieder und verloren 3 an die Frontisten, die zum erstenmal im Senat vertreten sind.  $\diamond$  In *Rußland* hat der Rätekongreß, der im Mai in Moskau stattfand, den Volkskommissar Alexej Rykow nicht wieder als Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der Allrussischen Sowjetrepublik (Großrußland) bestätigt, ihm aber das Amt des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare der Sowjetunion gelassen. Die Trennung dieser beiden Posten, die bisher durch Personalunion verbunden waren, ist nicht nur als Zeichen der Entwicklung innerhalb der russischen Kommunistischen Partei interessant sondern auch staatsrechtlich sehr bedeutungsvoll. Es ist durchaus möglich, daß auf diese Weise die Vormacht Großrußlands innerhalb der Union vermindert wird.  $\diamond$  In *Griechenland* wählten Kammer und Senat am 3. Juni den bisherigen Staatspräsidenten, den Admiral Pawlos Kunduriotis, mit 259 von 309 Stimmen wiederum zum Präsidenten.  $\diamond$  Am 14. Juni wurde in Berlin der *Kirchenvertrag zwischen Preußen und der Kurie* von dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und dem päpstlichen Nuntius Eugen Pacelli unterzeichnet. Dieses Abkommen, dessen Text nicht mehr verändert werden kann, bedarf nun noch der Zustimmung des Preussischen Landtags.

**Kommunalsozialismus / Hanns Müller****Finanzwirtschaft**

Die schwierige Finanzlage des Reichs und die geringe Fähigkeit der Fraktionen den Etat in Ordnung zu bringen haben auch den Ansturm auf die Finanzen der Gemeinden erneut verstärkt. Als erster an der Front wollte der Hansabund 200 Millionen aus der Besteuerung der öffentlichen, also vornehmlich der Gemeindebetriebe, herausholen, und unter den Sparvorschlägen spielte die Kürzung der Überweisung eine führende Rolle. Unter welchen Druck die Gemeindefinanzwirtschaft auch sonst gestellt wird, zeigt ein Erlaß der preußischen Regierung, die für dringend notwendig erklärt, daß die Gemeinden unter den heutigen Umständen auf eine stärkere Inanspruchnahme der Realsteuern verzichten und überhaupt eine weitere Belastung der Wirtschaft vermeiden; im Gegenteil soll auf eine Senkung der Realsteuern hingearbeitet werden. Die Wünsche der Regierung sind beachtenswert; auch für die Gemeinden gilt durchaus, was für das Reich unter der besondern Notlage gefordert wird, und das Bedürfnis nach Vermeidung weiterer Steigerung der Realsteuern ist an sich bei den Gemeinden selbst in Preußen (in den anderen Ländern sind die Verhältnisse teilweise wesentlich anders) sehr stark. Aber mit Ermahnungen läßt sich leider nicht viel anfangen, und die Gemeinden behaupten, bei ihnen sei, infolge ihrer finanzpolitischen Beengung, der Spielraum für "Sparsamkeit" kaum vorhanden. Maßnahmen der Politik, die den Gemeinden größeren und sichern Gestaltungsraum schaffen, etwa die Beseitigung des "vorläufig endgültigen" Finanzausgleichs, könnten wirkliche Schritte einer Ordnung des Finanzwesens darstellen. Allerdings kann man beobachten, daß die Kritik an der Finanzwirtschaft der Gemeinden im allgemeinen ruhiger geworden ist und umgänglichere Formen angenommen hat. Das ist zum nicht geringen Teil die Wirkung der Veröffentlichungen der Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik. Man hatte angenommen, daß diese Statistik den Nachweis der Verschwendung bei den Gemeinden präzise führen werde. Das Gegenteil war aber dabei herausgekommen. Es muß allerdings hier von vornherein betont werden: der Erkenntniswert der Zahlen der Reichsfinanzstatistik für die Frage, in welchem Maß verschwendet wird, ist im Grunde nicht so groß, wie er allgemein gewertet wird. Die Schwierigkeit aus den Zahlen der

Statistik konkrete Anschauung und damit Grundlage einer wirklich sachlichen Beurteilung zu erlangen liegt vornehmlich darin, daß sich die Summen auf dem Konto der Gemeinden auf eine sehr große Anzahl von Verwaltungsstellen verteilen, und auch eine Gliederung in Größenklassen kann dem Übelstand nur zum Teil abhelfen. Im Endergebnis können sich sehr beachtliche verschiedene Einzelergebnisse nivellieren. Eine Diskussion, der allein um sachliche Erklärung und nicht um Anklage oder Rechtfertigung zu tun ist, muß durch viele Einzeluntersuchungen gestützt sein. Dann ist weiter an den abstrakten Zahlen nicht die Qualität der sozialen Leistungen abzulesen, und gerade die Diskussion mit Zahlen ohne Beachtung ihres sozialen Gehalts gibt die Möglichkeit unsachlich zu sein, zum Gehalt der Politik nicht Stellung nehmen zu müssen. Die Reichsfinanzstatistik hat ihre Hauptbedeutung darin, daß sie die Funktionsteilung der öffentlichen Körper und das finanzielle Ausmaß der öffentlichen Verwaltung klarlegt; die Diskussion über die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung und ähnliche Dinge sollte mehr bei überschaubaren Einzelleistungen erfolgen.

Unter solcher Einschränkung sei einmal auf die hier wichtigsten Zahlen der Statistik kurz eingegangen. Wichtig ist die Veränderung der Finanzdaten gegenüber der Vorkriegszeit, ebenso der Anteil von Reich, Ländern und Gemeinden am gesamten öffentlichen Aufwand. Nehmen wir die Zahlen des "Zuschußbedarfs", das ist der Teil des Gesamtaufwands, der durch allgemeine Deckungsmittel (Steuern, Betriebsüberschüsse) gedeckt werden muß, und der so am schärfsten den Charakter öffentlicher Verwaltung ausdrückt. Im Gesamtbereich der Verwaltung (Reich, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände) ist 1913-1914 zu 1925-1926 eine Veränderung von 5 445 auf 11 708 Millionen vor sich gegangen: beim Reich von 2 176 auf 4 813 Millionen um 121%, bei den Ländern von 1 283 auf 2 745 Millionen um 113,9%, bei den Gemeinden von 1 803 auf 3 841 Millionen um 113% und bei den Hansestädten von 182 auf 308 Millionen um 69,2%. Nach dieser nicht sehr verschiedenen Steigerung ist auch der Anteil am Gesamtaufwand nicht stark verändert: beim Reich von 39,96 auf 41,11%, bei den Ländern von 23,57 auf 23,45%, bei den Gemeinden von 33,12 auf 32,81% und bei den Hansestädten von 3,35 auf 2,63%. Recht

einprägsam wirkt nun eine Gegenüberstellung der Anteile an den gesamten Steuereinnahmen, die ja das weitaus hauptsächlichste Deckungsmittel des Zuschußbedarfs sind. Der Anteil an den Steuern verhielt sich in den beiden Rechnungsjahren so: Beim Reich stieg er von 40,2 auf 42,2%, bei den Ländern von 19,3 auf 23,7%, bei den Gemeinden fiel er von 37,3 auf 31,7%, bei den Hansestädten von 3,2 auf 2,4%. Hieraus scheint einwandfrei hervorzugehen, daß bei den Gemeinden wohl eine große Sparsamkeit denkbar, bei den Ländern aber eine große Verschwendung nachweisbar ist. Wie aber schon oben aus dem Anteilsverhältnis wenig mehr gelehrt werden kann als eben die Tatsache selbst, da gleichzeitig bei ähnlich bleibendem Gesamtanteil ganz wesentliche innere Verschiebungen vor sich gegangen sind, so auch hier. Da zum Beispiel bei den Ländern erhebliche andere Einnahmen, so die Überschüsse aus den Eisenbahnen, weggefallen sind, kann auch diese Gegenüberstellung für den Zweck, für den sie meist in Anspruch genommen wird, nur wenig sagen. Mehr schon, wenn man den oben angegebenen Ausgabensteigerungen nicht die Verschiebung der Steueranteile sondern unmittelbar die der Steuereinnahmen gegenüberstellt. Es seien hier nur die Prozentzahlen wiedergegeben. Die Steuern vermehrten sich beim Reich um 190,17%, bei den Ländern um 206,7%, bei den Gemeinden um 112,4%, bei den Hansestädten um 88,7%. Aber auch hier wirkt, was vorher gesagt wurde; es muß im einzelnen mit untersucht sein, in welchem Maß eine Veränderung der anderen allgemeinen Deckungsmittel, Betriebsüberschüsse, vor sich gegangen ist.

Wesentlicher für die Frage der finanziellen Bedrängnis sind die Veränderungen, die sich in den Nachkriegsjahren erkennen lassen. Da ist ein genauere Vergleich zwischen den beiden Rechnungsjahren 1925-1926 und 1926-1927 möglich. Der Zuschußbedarf stieg da beim Reich von 4 813,4 auf 6 065,1 um 1 251,7 Millionen oder 26% (darunter Kriegslasten 468,8, Erwerbslosenfürsorge 281,4, Schuldenwesen 240,8 Millionen), bei den Ländern von 2 735,1 auf 2 900,4 Millionen um 165,3 Millionen oder 6% (Wohlfahrtswesen 141,6 Millionen), bei den Gemeinden von 3 862,5 auf 4 242,0 Millionen um 379,5 Millionen oder 9,8%. Auch hier entfällt der Hauptteil auf Wohlfahrtswesen: 377,9 Millionen. 1926 war ein Krisenjahr nach dem Jahr der

Hochkonjunktur 1925. Die Steuereinnahmen erhöhten sich beim Reich um 280,4, bei den Ländern um 100,8, bei den Gemeinden um 367,1 Millionen. In der Gemeindesumme sind aber 128,2 Millionen Mehreinnahmen an Hauszinssteuer, die zwangsläufig dem Wohnungsbau zuzuführen ist; zur freien Verfügung bleiben nur mehr etwa 240 Millionen. Interessant ist es zu betrachten, wie sich die Mehrüberweisungen an Reichssteuern zwischen diesen beiden Jahren für Länder und Gemeinden ausgewirkt haben. Die Mehrüberweisung an Umsatzsteuer von rund 55 Millionen entfiel zu 80% auf die Länder, zu 20% auf die Gemeinden, die Minderüberweisung von rund 45 Millionen an Einkommensteuer zu 60% auf die Gemeinden, zu 40% auf die Länder. Das Endergebnis ist: Die Gemeinden verlieren 13,5 Millionen, die Länder gewinnen 247 Millionen. Eine ähnliche Bewegung zeigt sich bei der Verteilung der Steigerung der Hauszinssteuer für allgemeine Finanzzwecke; den Ländern fallen etwa  $\frac{2}{3}$ , den Gemeinden fällt  $\frac{1}{3}$  zu.

In dieser Tendenz wird sich überhaupt die mißliche Lage der Gemeinden an unterster Stelle des Verwaltungsaufbaus am besten kennzeichnen. Obwohl durchaus nicht am wenigsten wichtig hinsichtlich der Funktionen, sind die Gemeinden doch auf das angewiesen, was ihnen übriggelassen wird, und je schärfer der Kampf um die Einnahmegewinnung wird, um so mehr wird das Bestreben der übergeordneten Verbände darauf ausgehen erst einmal den eigenen Bedarf zu decken. In dieser Weise wirkt sich auch die Kraftlosigkeit der Regierung und der Parteien bei der Ordnung des Reichsetats leicht verhängnisvoll auf die Finanzen der Gemeinden aus, die in ihrer Vielzahl nicht so scharf im Auge der Öffentlichkeit stehen und letztlich den Prügelknaben abgeben müssen. Diese Situation ist bestimmt unwürdig. Daher bemühen sich die Städte mit Recht um eine baldige Regelung des Finanzausgleichs.

**Gasversorgung** Der Kampf um die Form und die Träger der Gasversorgung wird wohl noch eine Zeitlang das öffentliche Interesse in Anspruch nehmen. Wird in diesem Kampf doch um vitale, im Grundsätzlichen verwurzelte Gegensätze von mächtigen Gegnern gerungen. Dieses Ringen von Städten und Städtebünden mit der Privatwirtschaft zeigt eindringlich, daß sicher geglaubter Besitz durch die Wir-

kungen der wirtschaftlichen Entwicklung immer neu zum Kampfobjekt werden kann. Wenn auch nicht ganz allgemein und vornehmlich nicht einschränkungslos (siehe die Frage der Steuerfreiheit), so hatte sich doch zum anerkannten Grundsatz und Zustand durchgerungen, daß die Wirtschaftszweige, deren Besitz unvermeidlich mit einem Monopol des Besitzers verbunden ist, in die Hände der Repräsentanten der Allgemeinheit gehören; die kommunalen Versorgungsbetriebe in den Besitz der Gemeindeverwaltungen. Wenn heute erneut Gemeinden und Privatwirtschaft um die Machtstellung der Gasversorgung ringen, so wurde das nur möglich, weil diese Versorgung in rationellster Weise nur in einem weitem Versorgungskreis als dem einer Stadt möglich ist. Diese Situation gab der Privatindustrie, vertreten vornehmlich in der von der mächtigen Ruhrindustrie gebildeten Ruhrgasaktiengesellschaft, die Gelegenheit den Kampf um die Gaswirtschaft mit aller Energie aufzunehmen. Sie begann ihn mit dem Projekt der Gasternversorgung (siehe über diese die Rundschau Technik, in diesem Band Seite 172 und folgende) von der Ruhr aus. Als diesem Vorgehen mit dem Plan einer Gruppengasversorgung durch überörtlichen Zusammenschluß der Städte entgegengetreten wurde, versuchte sie durch Schaffung von Stützpunkten in den Versorgungsgebieten bohrend neue Positionen zu gewinnen.

Das gegebene Mittel für diesen Machtkampf ist die Preisofferte, mit der sie die Gemeinden in den Gewissenskampf der Entscheidung zwischen Unabhängigkeit oder billigem Gas zu drängen sucht. Schon oft ist gerade auch hier darauf hingewiesen worden, daß diese Angebote äußerst gefährliche und unwahrhaftige Lockmittel sind, die für die Industrie zunächst die Möglichkeit schaffen sollen "ins Geschäft zu kommen". Die Unsicherheit der Verträge, in denen wohl für preissteigernde Wirkung steigender Löhne und Kohlenpreise Raum gelassen ist, nicht aber für die verbilligende Wirkung der Rationalisierung, die also allen Vorteil der Entwicklung der privaten Nutzung überlassen wollen, macht schon unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für die Städte das Eingehen auf die Pläne der Privatwirtschaft bedenklich. Augenblicklich ist der Gegensatz in der Gaswirtschaft in schärfster Weise an äußerst wichtiger Stelle entbrannt. Der Vorstand der Hessischen Kommunalen

Gasgesellschaft, in der die hessischen Städte und Kreise zusammengeschlossen sind, hat in der Frage des Anschlusses für die Gasversorgung seines Gebiets ganz offensichtlich und vermutlich nicht ohne einseitige Vorliebe für den Anschluß an die Ruhrgasaktiengesellschaft Stellung genommen. Das ist insofern von besonderer Bedeutung, als sich gerade im Südwesten der konsequenteste Widerstand gegen die Ruhrpläne in der Südwestdeutschen Gasaktiengesellschaft organisiert hat, in der heute die wichtigen Städte Südwestdeutschlands vereinigt sind. Das Verhalten der Hessischen Kommunalen Gasgesellschaft wird natürlich mit dem niedrigeren Preis gerechtfertigt; nach Berechnungen des Vorstands beträgt der für 30 Jahre von der Ruhrgasgesellschaft zugesicherte Preis mit rund 4,5 Pfennig pro Kubikmeter etwa 1,5 Pfennig weniger als der nach einem Angebot der Südwestdeutschen Gasgesellschaft. Die Berechnungen des Vorstands sind sehr angegriffen worden und gelten als einseitig. Nach einer Erwiderung der Südwestdeutschen Gasgesellschaft beträgt der Preisunterschied nicht 1,5 sondern nur 0,5 Pfennig, und diese Differenz werde mehr als ausgeglichen durch die viel größere Betriebssicherheit, die sich bei Belieferung durch die Südwestdeutsche Gasgesellschaft ergibt, und die dann durch mehrere größere Gaswerke mit besserer Gasqualität erfolgt. Mit Recht weist die Erwiderung aber auch auf die große kommunalpolitische Bedeutung hin, die der Entscheidung der Hessischen Kommunalen Gasgesellschaft zukommt, und die besonders nachdrücklich überlegt sein muß, da ganz offensichtlich das Angebot der Ruhrgasgesellschaft, die ihre Leitung bis Siegen im Bau hat und großes Bedürfnis verspürt weiter im Süden Fuß zu fassen, Ausdruck einer Machtpolitik ist, in der sie die Gemeinden gegen einander ausspielen will. Wesentlich sind auch die Konsequenzen für den Brennstoffmarkt. Die private Monopolisierung der Gasversorgung führt notwendig auch zur Monopolisierung des Kokes. Die Südwestdeutsche Gasgesellschaft hat, um auf jeden Fall die Verbindung mit der Ruhr zu verhindern, sich bereit erklärt, falls der Lieferungsvertrag nicht annehmbar erscheint, in eine Produktionsgemeinschaft mit der Hessischen Kommunalen Gasgesellschaft zu treten. Das würde bedeuten, daß die Gasproduktionsstätten in Mannheim und Frankfurt mit den von der Hessischen

Kommunalen Gasgesellschaft zur weiteren Erzeugung bestimmten Werken in Mainz in ein neues Großgasunternehmen eingebracht werden, von dem aus dann auf erweiterter Basis die gemeinwirtschaftliche Versorgung des südwestdeutschen Gebiets erfolgen könnte.

Die jetzige Stellungnahme des Vorstands der Hessischen Kommunalen Gasgesellschaft befremdet besonders, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ihr eigenes Gründungsstatut mit Nachdruck betont, bei der Prüfung der Frage der Zweckmäßigkeit seien außer dem Preis auch die Versorgung der Bevölkerung mit Koks und das mit dem Fremdbezug verbundene Aufgeben des kommunalen Bestimmungsrechts bei der Herstellung gebührend zu berücksichtigen. Das Außerachtlassen dieses Gesichtspunkts ergäbe tatsächlich mindestens in Zukunft auch wesentliche wirtschaftliche Nachteile.

In der Diskussion des jetzigen Zustands der Gasversorgungsfrage wird immer darauf hingewiesen, daß nicht der Gesichtspunkt der gemeinwirtschaftlichen Versorgung und der kommunalen Unabhängigkeit allein maßgebend sein könne, daß seine Berechtigung vielmehr immer durch die Frage nach der größern Wirtschaftlichkeit überprüft werden müsse. Richtig ist, daß auf jedem Wirtschaftsgebiet mit nachhaltigster Energie die größte Wirtschaftlichkeit in der Versorgung angestrebt werden muß. Daraus folgt aber keinesfalls, daß nach diesem Grundsatz unter Umständen auch der Versorgung durch die private Industrie der Vorzug gelassen werden muß. Unbestreitbare Tatsache ist, daß die private Verfügungsgewalt über die produktions- und verkehrstechnischen Einrichtungen der Gasversorgung eine private Monopolverwaltung einschließt: mit all den Machtwirkungen, die von solcher Verfügungsgewalt ausgehen. Wenn die private Wirtschaft tatsächlich über die realen Voraussetzungen einer billigen Gasversorgung verfügt, so darf nicht der Grundsatz gemeinwirtschaftlicher Versorgung geopfert werden; man muß vielmehr danach streben auch die Voraussetzungen einer billigen Versorgung unter die öffentliche Kontrolle zu bekommen. Denn daran, daß die öffentliche eben als öffentliche Wirtschaft weniger leistungsfähig ist, glaubt heute nur der Interessent. Den Primat hat auf jeden Fall der Gedanke der gemeinwirtschaftlichen Versorgung mit solchen Gütern, denen unvermeidliche Monopol- und Machtstel-

lung anhaftet, und es müssen alle Voraussetzungen erkämpft werden dieser Versorgung die größtmögliche Wirtschaftlichkeit zu verschaffen. Der Gefahr der Mißwirtschaft sind öffentliche Unternehmungen durch die allgemeine Kritik in viel geringerem Maß ausgesetzt als private, denen die Konkurrenz fehlt.

**Geburtenrückgang und Großstadt** Im 5. Sonderheft zur Zeitschrift *Wirtschaft und Statistik* /Berlin, Reimar Hobbing/ werden die Geburtenverhältnisse der Großstädte untersucht. Maßstab ist die Anzahl der Lebendgeborenen von ortsansässigen Ehefrauen unter 45 Jahren im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1926. Da der Geburtenrückgang als Erscheinung der Großstadt Gegenstand sehr verschiedenartiger Besorgnisse ist, und da ferner zu erwarten steht, daß großstädtische Kultur immer mehr formende Gewalt für unsere Gesamtkultur erhalten wird, handelt es sich um eine wichtige Untersuchung.

Ein hervortretendes Ergebnis ist nun, daß innerhalb der Großstädte (über 100 000 Einwohner) selbst sehr starke Verschiedenheit vorhanden ist, und diese steht keineswegs im Verhältnis zur Stadtgröße. Die noch geburtenreichen Großstädte sind vielmehr über alle Größenklassen der Großstädte verteilt. Die Fruchtbarkeitszahl schwankt zwischen 158,9 Lebendgeborenen auf 1000 Ehefrauen unter 45 Jahren bei Düsseldorf und 62,4 bei Berlin. Der Reichsdurchschnitt beträgt 143,5, der der Großstädte 89,3<sup>0</sup>/<sub>100</sub>. Nach Berlin kommt aber München mit 72,8: ein besonders bemerkenswertes Ergebnis, da sonst katholische Gegenden durch größere Fruchtbarkeit auffallen. Freilich wird in München das Ergebnis durch eine größere Anzahl unehelicher Geburten etwas geändert. Sonst gehören die Großstädte mit hohen Geburtenzahlen meist ins rheinisch-westfälische Industriegebiet. So haben Hamborn 171,5, Oberhausen 158,9, Gelsenkirchen 153,4, das etwas abseits liegende Münster 151,2 und München-Gladbach 151,2: diese Orte stehen somit über dem Reichsdurchschnitt. Köln hat die in Anbetracht seiner Größe hohe Zahl 111,9. Das Statistische Amt bringt teils diese hohen Zahlen in Verbindung mit der größern Anzahl junger Ehepaare in den Industriestädten, die auf starke Zuwanderung zurückzuführen sei. Es fallen aber auch Städte mit geringerer Anzahl jüngerer Frauen (unter 35 oder 40 Jahren) in die

Städtegruppe mit hoher Zahl, wie Münster. Die wesentliche Grundlage wird einmal der Einfluß der katholischen Kirche sein, und für die Städte des eigentlichen Reviers noch besonders der Umstand, daß sie eben "Großstädte" mehr nur im statistischen Sinn sind, Menschenanhäufungen, daß sie aber keine Entwicklung zu eigenen Gebilden hinter sich haben, vielfach nur ein groteskes Durcheinander industriell-städtischer und ländlicher Siedlung darstellen. Es ist auch bemerkenswert, daß die besonders große Wohnungsnot in diesen Industriestädten die Geburtenhäufigkeit nicht gehindert hat: wohl ein nachdrücklicher Beweis, daß die Rationalität der Lebensführung die Menschen des Reviers noch in geringem Maß beherrscht. Von den anderen Städten haben noch 2 rein evangelische: Königsberg mit 118,9 und Kassel mit 110,2, eine hohe Zahl, sowie Mainz und Ludwigshafen mit rund 107. In Hamburg beträgt sie 81,5, in Leipzig 76,2, in Dresden 74,0. Die beiden sächsischen Großstädte rücken so an die 3. und 4. Stelle nach Berlin. Für Berlin zeigt die Aufgliederung nach Bezirken, daß sich die geringe Geburtenzahl auf alle Gebiete und damit alle Bevölkerungsgruppen verteilt. Nur die Außenbezirke: Spandau, Zehlendorf und Köpenick, machen eine kleine Ausnahme, keinesfalls die Arbeitergebiete; Neukölln hat vielmehr eine besonders niedrige Zahl. Eine Gegenüberstellung der Lebendgeborenen und der Fehlgeburten in Berlin, soweit diese bekannt wurden, zeigt, in welchem hohem Maß das Ziel der Geburtenverhinderung mit dem Mittel der künstlichen Fehlgeburt erreicht wird. Nach Angaben der Berliner Krankenkassen kommen 1925 auf 7844 Lebendgeborene 5150 Fehlgeburten, bei der Betriebskrankenkasse der Siemenswerke auf 708 Lebendgeborene 704 Fehlgeburten und bei der Betriebskrankenkasse der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft auf 406 Lebendgeborene 666 Fehlgeburten.

**Totenliste** Am 4. Oktober 1928 starb in Berlin an der Grippe *Hermann Bamberg*, in seinem 82. Lebensjahr. 30 Jahre lang war er Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung, in der er einen großen Einfluß ausübte. Er gehörte früher der alten Fortschrittspartei und nach dem Krieg der Demokratischen Partei an und ist stets mit voller Überzeugung für den Gedanken der kommunalen Selbstverwal-

tung eingetreten. Er war 30 Jahre hindurch Mitglied der Berliner Handelskammer, wurde auch in den Reichswirtschaftsrat berufen. An seinem 80. Geburtstag wurde ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin verliehen.

Im Städtischen Krankenhaus zu Frankfurt starb Mitte Oktober *Otto Zielowski*, im Alter von 62 Jahren. Er war von Beruf Schriftsetzer und 1895 in die Sozialdemokratische Partei eingetreten. Nachdem er Pressestenograph an der Frankfurter Zeitung gewesen war, ging er als Berichterstatte an das Parteiblatt in Ludwigshafen und übernahm 1897 die Lokalredaktion der Frankfurter Volksstimme. Als einer der ersten Sozialisten wurde er noch unter dem Dreiklassenwahlsystem in das Frankfurter Stadtparlament gewählt. Dort führte er einen unermüdlichen Kampf für die Interessen der Arbeiter, der ihm auch Verfolgung und Gefängnis eintrug. 1918 trat er aus der Redaktion der Volksstimme aus und übernahm als Stadtrat im Frankfurter Magistrat das Wohnungsdezernat. Er war ein unermüdlich Arbeitender.

Am 20. Februar 1929 starb im Hedwigs-Krankenhaus zu Berlin *Carl Sonnenschein*, 53 Jahre alt. Er hatte in Italien und Deutschland, unter anderen bei Windthorst, Sozialpolitik studiert. Zunächst lernte er in Elberfeld das Industrieleben des Wuppertals kennen, dann suchte er seine sozialen Bestrebungen im Volksverein für das Katholische Deutschland in München-Gladbach zu verwirklichen. Zuletzt kam er nach Berlin, wo er den Begriff des Großstadtpredigers geschaffen hat, der die Riesenstadt liebt und alle Kräfte der Menschenliebe einsetzt zu helfen, wo es nützt. Hier waren die Arbeiterquartiere sein eigentliches Feld. Und daher muß auch in dieser Rundschau seiner gedacht werden. Sein Hauptziel war der Ausgleich des Gegensatzes zwischen den Werktätigen und den Akademikern. Den Tod dieses Mannes, der politisch im andern Lager stand, wird auch der Sozialist als einen geistigen Verlust beklagen müssen.

Am 10. März starb in Darmstadt *Wilhelm Gläsing*, im Alter von 63 Jahren, an der Grippe. Er wurde dort 1901 Beigeordneter, 1909 Oberbürgermeister, gehörte auch dem Vorstand des Deutschen Städtetags an. Bei der Liebigfeier wurde er 1928 Ehrensator der Darmstädter Technischen Hochschule. Er hat sich auch literarisch betätigt, vornehmlich auf staatsrechtlichem Gebiet.

Kurze Chronik Am 19. März wurde der 4. *Internationale Städtetag* in Sevilla eröffnet und am 27. März in Barcelona beendet. Es wurden wichtige allgemeine kommunalpolitische Fragen erörtert, wie Enteignung aus Gründen allgemeinen Wohls; deutscher Referent war da der Nürnberger Oberbürgermeister Hermann Luppe. Im Mittelpunkt der Tagung stand die Frage staatlicher Zuschüsse für die Gemeinden.  $\diamond$  Die Vorstände des *Deutschen und Preussischen Städtetags* forderten am 30. April in einer Resolution eine Rücksichtnahme der Gesetzgebung des Reichs und der Länder auf die gespannte Finanzlage der Städte und eine Ergänzung der Sparpolitik des Reichs durch Verwaltungsreform.  $\diamond$  Als Notstandsaktion für Künstler und Geistesarbeiter wurden von der Stadt Berlin im Herbst 1928 60 000 Mark bewilligt, in den neuen Haushaltsplan für 1929 mußten 75 000 Mark eingesetzt werden, weitere 20 000 wurden aus den Vorbehaltsmitteln zur Verfügung gestellt. Das Berliner Symphonieorchester erhielt im Jahr 1928 eine Beihilfe von 125 000 Mark; da eine für dieses Jahr vorgesehene Konzertreise nach Polen nicht stattfinden konnte, verschlechterte sich die finanzielle Lage derart, daß eine weitere Beihilfe von 14 000 Mark gewährt wurde.  $\diamond$  In einer scharfen Gegenwehr befindet sich die Stadt Würzburg gegen die Aufhebung wichtiger Reichsbehörden (Reichsbahndirektion, Oberpostdirektion, Landesfinanzamt und Hauptversorgungsamt). Der Würzburger Oberbürgermeister würtzt sie mit Angriffen auf den Unitarismus im Reich.  $\diamond$  Zum Oberbürgermeister Darmstadt, als Nachfolger Glässings, wurde der Kandidat der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums, der bisherige 2. Bürgermeister Rudolf Mueller, Mitglied der Demokratischen Partei, mit 28 gegen 23 Stimmen gewählt.  $\diamond$  Am 15. April wurde Hugo Heimann, den die Stadt Berlin schon vor einigen Jahren zu ihrem Ehrenbürger machte, 70 Jahr alt. Die Verdienste Heimanns liegen vor allem auf kommunalpolitischem Gebiet. Er kam 1900 in die Berliner Stadtverordnetenversammlung und wurde nach Paul Singer der Führer der sozialdemokratischen Fraktion, bis er 1919 in die Nationalversammlung und dann in den Reichstag gewählt wurde. Seine Tätigkeit im Rathaus wie im Reichstag zeichnet sich durch seine gründliche Sachkenntnis und eine reiche Erfahrung

aus. Hervorzuheben sind vor allem seine Verdienste und Bemühungen um die Bildungsarbeit in Berlin. Die Städtischen Büchereien hatten noch alle in den neunziger Jahren eine gegen die Sozialdemokratie gerichtete Tendenz. Heimann errichtete 1899 im Südosten Berlins, in der Adalbertstraße, eine große Volksbücherei, die insbesondere für die Arbeiterklasse gedacht war. 1920 wurde sie der Stadt übergeben. Das deutsche Volksbüchereiwesen ist durch private Stiftung selten gefördert worden. Heimann gehört zu den ganz wenigen, die die Bedeutung dieses so wichtigen Zweigs der Volks- und Erwachsenenbildung früh erkannt und dies durch die Tat bekundet haben.

#### Literatur

Kommune und Wirtschaft, Tagesprobleme *westdeutscher Kommunal- und Wirtschaftspolitik*, nennt sich eine Sondergabe der Kölnischen Zeitung, in der vielseitige und gediegene Beiträge hervorragender Kommunalfachleute wichtigste Gegenwartsfragen behandeln. Im 2. Teil bringt das Buch bilderreiche Einzelschilderungen westdeutscher Städte und Kreise.  $\diamond$  Unter dem Titel 10 Jahre Neues Wien erschien die flotte Schrift Robert Dannebergs Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien in 4. Auflage /Wien, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung/. Sie gibt einen raschen Einblick in alle wichtigen Gebiete der Wiener Gemeindearbeit. Eine Anzahl Bilder verlebendigt und ergänzt die Darstellung.  $\diamond$  Welche Kulturaufgabe die großen Städte auf dem Gebiet der Grünflächenplanung erfüllen müssen und erfüllen, zeigt in ganz ausgezeichneter Weise Fritz Schumacher in dem reichen Werk Ein Volkspark, dargestellt am Hamburger Stadtpark /München, Georg D. W. Callweg/. Durch zahlreiche Bilder und eingehende Schilderung entsteht ein starker Eindruck der Planung und Gestaltung dieses nach 20 Jahren nun vollendeten Parks. Das Buch wird so zur genußvollen und lehrreichen Lektüre.  $\diamond$  Der hier in der Rundschau Sozialpolitik (in diesem Band Seite 43) angezeigte Überblick über die Sonderregelung bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit (Textausgabe mit sozialpolitischen und rechtlichen Erläuterungen von Hans Kühne und Erwin Rawicz /Berlin, Gustav Schenck Nachfolger/) ist wegen der Wechselwirkungen aller sozialpolitischen Regelungen auf die Fürsorge der Gemeinden auch für den Kommunalpolitiker wichtig.



Genossenschaftsbewegung / Erwin Hasselmann

**Bildungsarbeit** Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine hat immer ein besonderes Augenmerk auf die Ausbildung und Durchbildung der Funktionäre der Konsumgenossenschaftsbewegung gerichtet. Schon seit dem Jahr 1912 besteht im Zentralverband eine Fortbildungskommission, im Jahr 1920 hat die Genossenschaftsschule in Hamburg ihre Tätigkeit begonnen. Das 7. Semester der Genossenschaftsschule, das am 1. November 1928 begann und am 28. März 1929 endete, wies 23 Teilnehmer auf. Den Schülern der Genossenschaftsschule werden einmal die theoretischen Kenntnisse vermittelt, die sie als Funktionäre der Genossenschaftsbewegung unbedingt besitzen müssen, sodann auch das praktische betriebswirtschaftliche Wissen, das sie zur Ausübung leitender wirtschaftlicher Funktionen befähigt. Die Konsumgenossenschaften sind heute teilweise Großunternehmungen ersten Ranges; es ist selbstverständlich, daß diese Unternehmungen große Anforderungen an ihre Leiter stellen, und daß sie nur dann ihren Aufgaben gewachsen sind, wenn wirkliche wirtschaftliche Führernaturen an ihrer Spitze stehen. Gerade die Konsumgenossenschaftsbewegung, die heute zahlreichen Angriffen ausgesetzt ist und mitten im schärfsten Konkurrenzkampf steht, braucht hochqualifizierte Führerpersönlichkeiten, da sie sich ja nicht nur behaupten sondern erobernd immer tiefer in die Wirtschaft eindringen, dem Privatkapital immer mehr Terrain entreißen will. Von diesem Blickpunkt aus gewinnt die Ausbildung von Genossenschaftsfunktionären eine ganz besondere Bedeutung. Der Zentralverband ist sich dieser Bedeutung auch bewußt; er hat sich schon seit seinem Bestehen mit dem genossenschaftlichen Bildungswesen befaßt. Seit 1912 gibt es ein geregelttes zentrales Kursus- und Schulwesen, bis zum Ende des Jahres 1928 sind 14 608 Personen in mehr oder weniger langen Kursen unterrichtet worden, davon 149 in den 5 bis 6 Monate dauernden Semestern der Genossenschaftsschule. Die meisten Kurse befassen sich mit der Spezialausbildung von Lagerhaltern, Aufsichtsratsmitgliedern, Kontrollleuten usw. Diese Kurse dauern in der Regel nur wenige Tage. Längere Zeit dagegen nehmen die Vorstandskurse in Anspruch, die meistens 4 bis 8 Wochen dauern. Die Mittel, die für die zentrale Fortbildungstätigkeit verwendet worden

sind, sind nicht unbeträchtlich, sie belaufen sich seit Beginn der Tätigkeit der Fortbildungskommission auf ungefähr 1 Million Mark (wobei die Inflationsjahre außer Ansatz geblieben sind), in den letzten 3 Jahren ist allein über  $\frac{1}{2}$  Million für das Bildungswesen des Zentralverbands aufgewandt worden.

Eine besondere und kontinuierliche Bildungsarbeit leistet die *Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine*. Das Jahr 1928 war für dieses Unternehmen ein Jubiläumsjahr. Es wurde im Jahr 1903 gegründet; damals hieß es Verlagsanstalt des Zentralverbands Deutscher Konsumvereine von Heinrich Kaufmann & Co. Seit seiner Gründung befindet es sich in einer bisher nur durch Krieg und Inflation unterbrochenen Aufwärtsentwicklung, die am besten durch einige Zahlen gekennzeichnet wird. Der Gesamtumsatz der Verlagsgesellschaft betrug im Jahr 1904 186 000 Mark, im Jahr 1910 1 573 000 Mark, im Jahr 1914 4 222 000 Mark, im 1. Jahr nach der Inflation 1924 5 610 000 Mark, 1927 12 953 000 Mark, im Jubiläumsjahr 1928 15 880 000 Mark. Von der Gesamtumsatzsumme entfallen im Jahr 1928 11 641 000 Mark auf die Druckerei und Papierwarenfabrik, 4 118 000 Mark auf die Versicherungsabteilung und 121 000 Mark auf das Elektrizitätswerk. Parallel der Umsatzentwicklung der Verlagsgesellschaft läuft die Entwicklung der konsumgenossenschaftlichen Presse. Die Auflage der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau betrug im Jahr 1904 6400, im Jahr 1914 14 100, im Jahr 1927 24 700 und im Jahr 1928 28 200. Die entsprechenden Zahlen für das Konsumgenossenschaftliche Volksblatt lauten: im Jahr 1904 146 000, im Jahr 1914 595 500, im Jahr 1927 1 101 000, im Jahr 1928 1 204 000. Diese Zahlen sind ein schönes Zeichen des Aufstiegs der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung.

**Landwirtschaftliche Genossenschaften** Am 1. Januar 1929 bestanden in Deutschland nach einer Statistik der Deutschen

Landwirtschaftlichen Genossenschaftspresse 40 396 landwirtschaftliche Genossenschaften; von diesen waren 115 Zentralgenossenschaften, 20 551 Spar- und Darleenskassen, 4 632 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 4 330 Molkereigenossenschaften, 10 768 sonstige Genossenschaften. Über 85% dieser Genossenschaften sind den beiden großen Zentralgenossenschaftsverbänden angeschlossen. Rechnet man noch die dem Genossenschaftsverband der Deutschen Bauernvereine (zirka

1 500), dem Genossenschaftsverband des Reichslandbundes (zirka 1 000) und dem Genossenschaftsverband der Deutschen Bauernschaft (zirka 100) angeschlossenen Genossenschaften hinzu, so ergibt sich, daß mehr als 90% aller deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften die vor kurzem gegründete Einheitsorganisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften bilden; nur wenige unbedeutende Genossenschaften stehen noch außerhalb dieser Einheitsorganisation. Fast  $\frac{2}{3}$  aller landwirtschaftlichen Genossenschaften, nämlich 85 Zentralgenossenschaften, 12 924 Spar- und Darlehnskassen, 4 002 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 3 224 Molkereigenossenschaften und 5 935 sonstige Genossenschaften, zusammen 26 170 Genossenschaften, gehörten am 1. Januar dem Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften an. Der Generalverband der Deutschen Raiffeisengenossenschaften musterte zur gleichen Zeit in 16 Landes- und Provinzialverbänden 8 252 Genossenschaften ( $\frac{1}{5}$  der Gesamtzahl), und zwar 5 799 Spar- und Darlehnskassen und 2 453 Betriebsgenossenschaften. Die Anzahl der Einzelmitglieder betrug in den beiden großen Zentralverbänden 3  $\frac{1}{4}$  Millionen, wovon 2,8 Millionen auf die Reichsverbands- und 950 000 auf die Raiffeisengenossenschaften entfallen. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands beträgt ungefähr 5,1 Millionen. Der Prozentsatz der genossenschaftlich organisierten landwirtschaftlichen Betriebe dürfte zwischen 60 und 75 liegen; in den obengenannten Mitgliederzahlen ist eine Anzahl von Doppelorganisierten enthalten, eine Tatsache, die sich aus der Verschiedenheit der Aufgaben der einzelnen landwirtschaftlichen Genossenschaften erklärt.

**Preußische Zentralgenossenschaftskasse** Aus der Entwicklung der Preußenkasse im Jahr 1928

läßt sich eine relative Gesundung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens feststellen, die sich besonders in dem Rückgang der Inanspruchnahme der Kreditkontingente ausdrückt. Während am Schluß des Jahres 1927 noch eine beträchtliche Überziehung der den landwirtschaftlichen Genossenschaften eingeräumten Kreditkontingente festgestellt werden mußte, war die Summe der in Anspruch genommenen Kredite Ende 1928 um ein Erhebliches geringer als die Summe der eingeräumten; nur bei den landwirtschaftlichen Genossenschaften östlich der Elbe deckten die

Krediteinräumungen die Beanspruchung nicht ganz. Die Entlastung der Preußenkasse zeigt sich in dem Rückgang der gewährten Kredite von 941,5 Millionen Mark am 31. Dezember 1927 auf 765,5 Millionen Mark am 31. Dezember 1928. Durch diese Entlastung wurde es möglich die Krediteinräumungen von 871 auf 904,3 Millionen Mark zu erhöhen. Von den gewährten Krediten in Höhe von 765,5 Millionen Mark sind 674,5 Millionen den landwirtschaftlichen Genossenschaften zugeflossen; der Geschäftsverkehr mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften und Zentralkassen nimmt also fast die ganze finanzielle Kraft der Preußenkasse in Anspruch.

Die Sanierung der Raiffeisenbank und der Genossenschaftlichen Zentralkasse des Reichslandbunds stellt große Anforderungen an die Preußenkasse. Raiffeisenbank und Landbundgeldinstitut haben in den letzten Jahren mit Verlust gearbeitet, vor allem hat die Raiffeisenbank durch unglückliche Kreditoperationen viele Millionen Mark verloren. In einem Teil der Tagespresse hat man schwere Vorwürfe gegen die Leitung der Raiffeisenbank erhoben, und es ist nicht zu verkennen, daß die Schwierigkeiten der Raiffeisenbank nicht nur auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse und die besondere Notlage der Landwirtschaft zurückzuführen sind sondern auch auf Fehler in der Anlagepolitik der Bankleitung. Die Gesamtverluste betragen bei der Raiffeisenbank und bei einigen Raiffeisenwarenanstalten rund 60 Millionen Mark, beim Landbundgeldinstitut rund 5 Millionen, 20 Millionen Mark des Verlustes, der bei der Bank entstand, übernimmt die Raiffeisenorganisation durch Abschreibung des Aktienkapitals und Hergabe eines Teils der Reserven, die Verluste des Landbundgeldinstituts werden teilweise durch Schuldübernahmeerklärung der Mitglieder abgedeckt. Den größten Teil der Verluste wird jedoch die Preußenkasse tragen, sie verhütet dadurch, daß die letzten Kreditnehmer herangezogen werden müssen. Die Landwirtschaft wird also durch die Verluste ihrer finanziellen Spitzeninstitute wenig berührt, der Prozeß der Gesundung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens wird vielmehr durch die Vereinfachung und Vereinheitlichung des zentralen Kreditwesens gefördert werden. Neben den landwirtschaftlichen haben nur noch die gewerblichen Genossenschaften nennenswerte Kredite von der Preußenkasse erhalten (56,9 Millionen

Mark Ende 1928 gegen 68,5 Millionen (Ende 1927). Die Konsumgenossenschaften haben die Preußenkasse fast gar nicht in Anspruch genommen, obgleich ihnen ein Kreditkontingent von 21,6 Millionen Mark eingeräumt worden ist; sie haben bei ihr dagegen eine nicht unerhebliche Summe von Einlagen aufzuweisen (17 Millionen). Und bei diesem Tatbestand wagen es Konsumgenossenschaftsgegner zu behaupten, die Konsumvereine erhielten vorzugsweise staatliche Kredite! Die Bilanz der Preußenkasse ergibt eine Gesamtsumme von 917 Millionen Mark. Das Grundkapital ist von 89,6 auf 210,16 Millionen erhöht worden. Der staatliche Anteil am Grundkapital beträgt 175, der Anteil der Verbandskassen 35,16 Millionen, noch nicht eingezahlt sind 100 Millionen Mark Anteilkapital des Staats und 19,14 Millionen Mark Anteilkapital der Verbandskassen. Die Summe der Beteiligungen hat sich in der Hauptsache durch den Ankauf der Scheuerkonzernaktien von 8,1 auf 20,5 Millionen Mark erhöht. Die Forderungen der Preußenkasse werden mit 305,5 (im Vorjahr 264,4), der Wechselbestand mit 459,9 (im Vorjahr 391,5) Millionen Mark angegeben. Das Geschäftsjahr 1928 war das 1. Jahr unter der neuen Leitung, die Preußenkasse hat in diesem Jahr die Grundlage für die Erweiterung ihres Tätigkeitsgebiets gelegt. Die Übernahme der Raiffeisenbank und des Landbundgeldinstituts, Vereinbarungen mit dem deutschen Genossenschaftsverband und der Dresdener Bank verfolgen den Zweck das gesamte zentrale Kreditwesen der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften zu vereinheitlichen. Diese Vereinheitlichung bedeutet zugleich eine Stärkung der Position der Preußenkasse und damit auch des preußischen Staats in der Genossenschaftsbewegung.

**Spareinlagen** Über eine günstige Entwicklung ihrer Spareinlagen können die *landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften* berichten. In dieser Entwicklung dokumentiert sich die innere Erstarkung dieser Genossenschaften und ein wachsendes Vertrauen der ländlichen Bevölkerung zu ihnen. Nach der Inflation waren die Spareinlagen auf ganz unerhebliche Summen zusammengeschrumpft: beim Reichsverband waren es Ende 1924 zirka 8%, beim Raiffeisenverband noch nicht 5% des Vorkriegsbestands; Ende 1928 betragen sie beim Reichsverband schon über  $\frac{1}{2}$ , beim Raiffeisenverband

fast  $\frac{1}{2}$  des Vorkriegsbestands. An Einlagen (Spareinlagen und Einlagen in laufender Rechnung) waren vorhanden: beim Reichsverband Ende 1913 1575,8, Ende 1924 125,5, Ende 1927 753,8, Ende 1928 1 078,9 Millionen Mark; beim Raiffeisenverband Ende 1913 676,5, Ende 1924 33,4, Ende 1927 213, Ende 1928 293,3 Millionen Mark. Aus diesem Anwachsen der Spareinlagen in den landwirtschaftlichen Genossenschaften können allerdings nicht ohne weiteres Rückschlüsse auf die Lage der Landwirtschaft gezogen werden. Es muß dabei beachtet werden, daß die Spareinlagen in den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften aus *allen* Kreisen der ländlichen Bevölkerung stammen, und daß sie nur zum *kleinern* Teil von der Landwirtschaft aufgebracht worden sind.

Die *gewerblichen Genossenschaftsbanken* können ebenso wie die ländlichen Kreditgenossenschaften eine befriedigende Aufwärtsentwicklung feststellen. Auch die gewerblichen Genossenschaftsbanken standen nach der Inflation vor dem Nichts, heute haben sie fast den Vorkriegsstand wieder erreicht. Das gesamte Kapital von rund 1 100 gewerblichen Genossenschaftsbanken des deutschen Genossenschaftsverbands betrug Ende 1928 nach den in den Blättern für Genossenschaftswesen regelmäßig veröffentlichten Zweimonatsbilanzen zirka 1,5 Milliarden Mark, gegen 1,3 Milliarden Mark Ende 1927. Diese Steigerung des gesamten Kapitals ist einmal auf eine Vermehrung der eigenen Mittel der Genossenschaftsbanken, hauptsächlich jedoch auf ein beträchtliches Anwachsen der Spareinlagen, von 0,65 Ende 1927 auf 0,8 Milliarden Mark Ende 1928, zurückzuführen. Die Stärkung des Genossenschaftskapitals, das Wachstum der Spareinlagen und eine gesunde Anlage- und Kreditpolitik, die sich in einer beträchtlichen Verbesserung der Liquidität äußert, haben den gewerblichen Genossenschaftsbanken ihre alte Bedeutung als Kreditgeber für das städtische Kleingewerbe wiedergegeben.

**Baugenossenschaften** Über die deutschen Baugenossenschaften fehlten lange Zeit eingehende statistische Gesamtzahlen, ein Mangel, der die Beurteilung der Baugenossenschaftsbewegung außerordentlich erschwerte. Der Verband Rheinischer Baugenossenschaften hat sich das Verdienst erworben durch die Veröffentlichung von Gesamtstatistiken im deutschen Bauvereinskalender respektive dem Beiheft dazu diesem

Mangel abgeholfen zu haben. Allerdings erfassen auch diese Statistiken noch nicht alle Baugenossenschaften sondern nur die, die einem der 17 Baugenossenschaftsrevisionsverbände angeschlossen sind. Das sind jedoch alle wichtigen Baugenossenschaften. Von den übrigen führen sehr viele nur ein Scheindasein, sie haben noch nicht gebaut und werden auch in Zukunft nicht in der Lage sein zu bauen. Die Anzahl der lebensunfähigen Genossenschaften ist gerade bei den Baugenossenschaften sehr groß, was sich besonders in den hohen Auflösungszahlen bei dieser Genossenschaftsart zeigt. Die Gesamtzahl der Baugenossenschaften ist trotz den hohen Auflösungszahlen seit 1919 ganz beträchtlich gestiegen. Am 1. Januar 1919 gab es 1 388, 1920 2 131 (in einem Jahr also eine Vermehrung um über 50%), 1924 3 373, 1927 4 128, 1928 4 308, 1929 4 383. Diese Zahlen geben ein Bild des Entwicklungstempos der Baugenossenschaftsbewegung, das, bedingt durch die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt: Wohnungszwangswirtschaft, Stocken der privaten Bautätigkeit usw., mitunter sehr sprunghaft und ungesund war. Seit 1921 macht sich die Reaktion auf diese zum Teil unorganische Entwicklung in der Auflösung zahlreicher Genossenschaften bemerkbar, 1921 wurden 127, 1924 203, 1925 379, 1927 262, 1928 204 Baugenossenschaften aufgelöst. Die 2 674 Bauvereinigungen der Revisionsverbände, die von der Statistik des Deutschen Bauvereinskalenders erfasst worden sind, hatten 1927 rund 641 400 Mitglieder, die 855 000 Geschäftsanteile besaßen. Bis Ende 1927 hatten diese Bauvereinigungen rund 301 800 Wohnungen erstellt, das heißt, fast die Hälfte der Mitglieder ist mit Wohnungen versorgt worden. Die Baugenossenschaften haben damit ganz wesentlich zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen. Freilich konnten sie diese Leistung nicht aus eigener Kraft vollbringen. Der größte Teil des ihnen zur Verfügung stehenden Kapitals besteht aus Fremdkapital; Ende 1927 standen 1 300 Millionen Mark Fremdkapital 213 Millionen Eigenkapital (Geschäftsguthaben und Reserven) gegenüber. Ende 1926 war das Verhältnis: 708 Millionen Mark Fremd- zu 165 Millionen Eigenkapital. Aber das setzt die Leistung der Baugenossenschaften nicht herab,

nisationen (hauptsächlich Konsumgenossenschaftsverbände) heraus, die die Ergebnisse der einzelnen Landesorganisationen für das Jahr 1927 zusammenstellt, ordnet und in Beziehung zu den Gesamtzahlen des Internationalen Genossenschaftsbunds, zu den Einwohnerzahlen der einzelnen Staaten usw. setzt. Für die Konsumgenossenschaften ergaben sich bei einer Gegenüberstellung von Einwohnerzahl und Mitgliederzahl folgende interessante Verhältniszahlen: Der Anteil der konsumgenossenschaftlich organisierten Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung betrug in Großbritannien 12,5%, in Finnland 11,8%, in Ungarn 10,5%, in Dänemark 9,7%, in der Schweiz 8,7%, in Schweden 6%, in Deutschland 4,6%, in Belgien 4,4%, in Japan 0,1%, in den Vereinigten Staaten von Amerika 0,07%. Dabei muß jedoch beachtet werden, daß bei dieser Aufstellung nur die dem Internationalen Genossenschaftsbund angeschlossenen Verbände berücksichtigt worden sind, für Deutschland also der Reichsverband Deutscher Konsumvereine nicht in die Statistik einbezogen worden ist, so daß sich der Prozentsatz für Deutschland um gut 1% höher stellt. Die Gesamtzahl der dem Internationalen Genossenschaftsbund durch ihre Spitzenorganisationen angeschlossenen Einzelmitglieder betrug 42 992 000. Die Konsumgenossenschaften erzielten einen Gesamtumsatz von rund 26,25 Milliarden Mark, rund 2,2 Milliarden davon entfallen auf die Eigenproduktion. Die Statistik des Internationalen Genossenschaftsbunds ist die neueste und reichhaltigste internationale Genossenschaftsstatistik: eine gute Ergänzung des teilweise schon veralteten Werkes Karl Ihrigs Internationale Statistik der Genossenschaften (Berlin, Struppe & Winckler/.

Die deutsche und die schweizerische *Großeinkaufsgesellschaft* (die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine und der Verband Schweizerischer Konsumvereine) legen in ihren Geschäftsberichten für das Jahr 1928 Rechenschaft über ihre Arbeit und ihre Erfolge ab. Nach einer knappen Schilderung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1928 gehen die Berichte auf die Entwicklung des eigenen Unternehmens ein, die sowohl bei der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine als auch beim Verband Schweizerischer Konsumvereine als durchaus günstig bezeichnet werden muß, wie die in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 333 und 335) bereits gebrachten Gegenüberstellungen beweisen.

**Eigenpublikationen** Der *Internationale Genossenschaftsbund* in London gab eine umfassende Statistik über die ihm angeschlossenen Orga-

**Kurze Chronik** Auf eine kleine Anfrage im Preußischen Landtag wegen des Beitritts der Stadt Harburg-Wilhelmsburg zum Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion Hamburg, in der das Staatsministerium um ein generelles Verbot des *Beitritts von Kommunen zu Konsumvereinen* ersucht wurde, antwortete der preußische Innenminister, daß der Beitritt zum Konsumverein Angelegenheit der städtischen Selbstverwaltung sei; der Staat habe keine Möglichkeit einzugreifen. ◊ Auf der Tagung des Verbands Mitteldeutscher Konsumvereine in Bad Lauterberg am 12. und 13. Mai wurde der *Ausschluß* der Konsum- und Spargenossenschaft für Merseburg und Umgegend beschlossen. Die Leitung dieser Konsumgenossenschaft liegt in den Händen von Mitgliedern der Kommunistischen Partei, die ihre Machtstellung zu Quertreibereien gegen die Politik des Verbands mißbrauchen. ◊ Am 27. April wurde in Oberhof in Thüringen das *Erholungsheim* der Heinrich-Lorenz-Stiftung eingeweiht. Das Heim enthält 34 Doppelzimmer und 45 Einzelzimmer, es soll konsumgenossenschaftlichen Arbeitern und Angestellten eine Gelegenheit bieten ihre Ferien in einem genossenschaftlichen Heim angenehm zu verleben. ◊ Die *Internationale Genossenschaftsschule* hält ihren 9. Kursus in diesem Jahr vom 13. bis zum 27. Juli im Haag unter Betreuung durch den Verband Holländischer Konsumvereine ab. Vorgesehen sind neben Besichtigungen genossenschaftlicher und anderer Betriebe Vorlesungen über das internationale genossenschaftliche Fortbildungswesen, die Genossenschaftspresse, die holländische Konsumgenossenschaftsbewegung, die Genossenschaftsbewegung und die staatliche Handelstätigkeit, die internationale Wirtschaftspolitik, Wareneinkauf auf Teilzahlung und anderes. ◊ An der *Universität Köln* liest im Sommersemester 1929 Georg Fuchs über Genossenschaftsrecht und Genossenschaftswesen, Franz Helgentein über Einführung in das Genossenschaftswesen. ◊ Die Vieh- ausfuhrgenossenschaften *Dänemarks* haben im Jahr 1928 fast ihre ganze Ausfuhr nach Deutschland gerichtet: sie lieferten 15 679 Stück Hornvieh auf den Hamburger und 7 001 Stück auf den Altonaer Markt und bestritten damit fast 80% der deutschen Gesamteinfuhr an lebendem Hornvieh. ◊ In *Schweden* plant die Großverkaufsgesellschaft die Errichtung einer neuen Mühle in Südschweden und die Erweiterung ihrer Mühlen in Gö-

teborg und Stockholm. ◊ Die Großverkaufsgesellschaft *Norwegens* hat den Erwerb einer großen Schuhfabrik in Drammen beschlossen, der Preis beträgt 750 000 Kronen. ◊ In *England* hat der Konsumgenossenschaftsverlag am 2. April das große illustrierte Sonntagsblatt *Reynold's Illustrated News* zu einem Preis von 150 000 Pfund Sterling erworben. Auch der Erwerb einer Tageszeitung wird diskutiert. ◊ Die Frist für die Einreichung der Arbeiten zum Doktor-Hans-Crüger-Preis, der für die beste wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet des Genossenschaftswesens von der Dresdner Bank gestiftet ist, wurde vom Rektor der Handelshochschule Berlin bis zum 1. Juli dieses Jahres hinausgeschoben.

**Literatur** In der von Georg Fuchs und Wilhelm Vleugels herausgegebenen Sammlung *Die Genossenschaft* /Halberstadt, H. Meyer/ erschien als 1. Heft die Schrift *Bruno Kuskes* Die kulturhistorische Bedeutung des Genossenschaftsgedankens. Es werden darin die geschichtlichen Formen genossenschaftlicher Betätigung, ihr Wandel und die Beziehungen aufgezeigt, in denen sie zur gesellschaftlichen Entwicklung stehen. Die Verwurzelung des Genossenschaftsprinzips in den jeweils wirksamen geschichtlichen Kräften, der Wechsel seiner Formen und seine Anpassung an die gesellschaftlichen Gegebenheiten der einzelnen Epochen beweisen, daß »das genossenschaftliche Prinzip immer wichtig und unentbehrlich für den Aufbau allgemeiner und gesteigerter gesellschaftlicher Zusammenhänge sowie eines gehobenen Kulturstandes überhaupt gewesen ist«. Kuske geht bis ins frühe Mittelalter zurück und untersucht von hier ausgehend vor allem die mittelalterlichen Genossenschaftsbildungen, deren staatliche und politische Funktionen er als eines ihrer wesentlichsten Merkmale herausstellt. Vielfach hat die mittelalterliche Genossenschaft die Grundlagen für spätere staatliche respektive städtische Einrichtungen geschaffen (so die Zunft), ja, es ist mitunter aus der Genossenschaft der Staat geworden (zum Beispiel bei der Hanse, die zuerst nur Kaufmannsgilde war). Die allgemeinmenschlichen und besonderen geschichtlichen Ursachen dieser Erscheinungen werden klar dargestellt und eingehend untersucht. Die kleine Schrift Kuskes ist keine ausgesprochene fachliche Arbeit. Aber gerade die allgemeinen Gesichtspunkte machen sie besonders lesenswert.

## WISSENSCHAFT

Biologie / Hans Haustein

**Lebensursprung** Über die treibende Kraft in der organischen Entwicklung und über eine Theorie des Ursprungs des Lebens machte *F. H. Pike* von der Columbiauniversität im 2. Heft des 10. Bandes der *Ecology* längere Ausführungen. Zu seinen Betrachtungen kam er durch seine Untersuchungen über die Veränderungen im Tierkörper, die bei der Entwicklung des Respirationsystems im Vertebratenstamm auftraten. Dieser Entwicklungsprozeß, der beim Übergang vom Fisch zum Säugetier stattfand, lenkt die Aufmerksamkeit nicht nur auf die Prozesse und Faktoren, denen die Entwicklung des respiratorischen Mechanismus selbst unterliegt, sondern auch auf die Entwicklung des ganzen Organismus. Sowohl von dem Gesichtspunkt der chemischen Konstitution als auch von dem der Struktur aus betrachtet, erfordert der Aufbau eines biologischen Systems einen Kraftverbrauch, so daß Energie zum Aufbau aufgewendet werden muß. So sind zum Aufbau jedes Zuckers, jedes Fetts und jedes Eiweiß in Pflanze und Tierkörper Energieen verbraucht worden. Nun wurden aber bei dem Übergang vom Fisch zu den Säugern nicht nur chemische Verbindungen aufgebaut, sondern es änderte sich auch tiefgehend die Struktur. Neue Nerven- und Muskelzellen, neue Verbindungen im Zentralnervensystem und neue Organe erschienen bei den Veränderungen des für die Respiration umgestalteten muskulären Mechanismus. In jedem einzelnen Punkt des sich ändernden Systemaufbaus wurde Kraft verbraucht. Welche Größe die in einem solchen biologischen Kreislauf verbrauchten Energieen haben, zeigen die großen Anhäufungen tierischer und pflanzlicher Stoffe in der Erde, wie sie die Kohlenflöze, Öl- und Graphitlager darstellen. Der Totalenergieverbrauch, der von lebenden Organismen bewirkt wurde, von denen keine Spuren mehr vorhanden sind, war zweifellos noch viel größer. Mit diesem Energieverbrauch muß nun die Entwicklung neuer Strukturen zusammenhängen, denn Erbliehkeitsvorgänge reichen hier zur Erklärung keineswegs aus. Die zu beobachtenden Veränderungen während des Entwicklungsprozesses, der von relativ einfachen Typen in gradliniger Entwicklung zu den heutigen Formen führte, können nicht alle erblich bedingt gewesen sein.

Denn eine Generation kann einer andern niemals das vererben, was sie selber nicht besitzt. So konnte der Fisch, der keine richtigen Lungen besitzt, diese auch nicht auf dem Erbgang übertragen, ebensowenig wie all die anderen neuen Strukturen und Nervenbahnen, die wir beim Säugetier finden.

Die Veränderungen von Stoff und Energie in der anorganischen, rein physikalischen und chemischen Welt erklären die thermodynamischen Gesetze.

Ihr 1. Hauptsatz ist für die Lehre von der Energie und ihren Eigenschaften nichts anderes als das Prinzip der Erhaltung der Energie. Diese kann weder entstehen noch vergehen, sie kann weder erschaffen noch vernichtet werden, und alle Formen der Energie sind einander und der Arbeitsleistung äquivalent. Soweit man nun bei lebenden Organismen mit unseren bisher feinsten Messungsmethoden Nachprüfungen vornehmen konnte, zeigte sich der enge Zusammenhang zwischen der durch die Nahrung aufgenommenen Energie und der Arbeitsleistung, die vom Organismus verrichtet wurde. Der Organismus besitzt demnach keine geheimen Kraftquellen, und er hängt von den Energiemengen ab, die er von außen aufnimmt, so daß er dem 1. thermodynamischen Hauptsatz folgt.

Die Frage nach den Quellen der Energie außerhalb des Organismus beantwortet *Pike* folgendermaßen: Nach dem 2. thermodynamischen Hauptsatz können nur jene Prozesse als Energiequellen benutzt werden, die von selbst, spontan, vor sich gehen. Sonach ist es unmöglich eine dauernde Energiequelle in dem Fall zu gewinnen, wenn zur Erlangung eines Energievorrats mehr Arbeit zu leisten ist als dabei gewonnen werden kann. Während nun die Physiker annehmen, daß der 1. thermodynamische Hauptsatz auch für die lebenden Organismen gilt, bestreiten sie hier die Anwendbarkeit des 2. Der Biologe dagegen muß hier anderer Anschauung sein. Die bei der Aktivität lebender Organismen entstehenden Energieformen der Wärme, Elektrizität und mechanischen Arbeit sind für ihn keine besonderen Manifestationen des lebenden Organismus und ihrer Natur nach nichts anderes als die in der anorganischen Welt vorkommenden. Die spezifische Ablehnung der Anwendbarkeit des 2. Hauptsatzes für die lebenden Organismen durch die Physiker beruht auf der Annahme des Prinzips, daß die Entropie der Welt nach einem Maximum strebt. Die Entropie der

Welt (mathematisch als Integral ausgedrückt) kann man als die Zunahme der Unfähigkeit Arbeit zu leisten umschreiben. Nach Kelvin und Clausius wird die Energie des auf die Erde fallenden Sonnenlichts als niedriggradige Wärme vergeudet, aus der auf der Erde keine Energie mehr entnommen werden kann. Dies bedeutet Energieverminderung und Wärmetod, wohin das Universum streben soll. Nun wird jetzt auch schon von den Physikern die Entropie als ein gültiges Prinzip des Universums abgelehnt, und Pike meint, daß die Aufnahme von Sonnenenergie bei der Photosynthese der Pflanze ein Spontanprozeß sei, und daß dieser einen treibenden Faktor in der organischen Entwicklung darstelle. Seit der biologischen Zeitperiode (lebende Organismen werden wir ungefähr seit einer Billion Jahre annehmen können) wird Sonnenenergie in den Pflanzen aufgespeichert, indem die grünen Pflanzen sie in die chemischen Energieen der entstehenden Verbindungen umwandeln. Diese aufgebauten organischen Stoffe werden dann im Menschen- und Tierkörper zu körpereigenen Verbindungen umgebaut und stellen zum Beispiel in den Muskeln einen Energievorrat dar, über den der Wille in bestimmter Weise verfügen kann. Dieser Eintritt der strahlenden Sonnenenergie beim Prozeß der Photosynthese in den autotrophen Pflanzen wird zur treibenden Kraft, die zu mehr und mehr komplexen Formen führt, der Struktur wie dem chemischen Aufbau nach, und ist so verantwortlich für ihre Entwicklung. Die überlebenden Formen sind solche, die unter Erdumgebungsbedingungen existieren können. Die oxydativen Prozesse bei Tieren und parasitischen Pflanzen, die auf metabolischen Umsetzungen der Nahrung in ihren Körpern beruhen, sind Spontanprozesse, die unmerklich in jeder einzelnen Generation diese Formen zu immer gesteigerter Kompliziertheit von Bau und Funktion im Ablauf der Zeit treiben. Nur die Formen, die unter den Erdbedingungen existenzfähig waren, überlebten und haben lebende Nachkommen hinterlassen.

Pike hat nun nach dem Vorhandensein noch anderer spontaner Prozesse gesucht, die als Energiequelle für den Aufbau von Materie und Struktur lebender Organismen dienen könnten, um so dem Problem des Ursprungs der lebenden Organismen näher zu kommen. Abgesehen von der Theorie, daß das Leben von einem andern Ort her durch Meteore auf

die Erde gebracht worden sei, die nur ein Ausweichen vor der Antwort ist, führt man den Ursprung des Lebens auf einen kataklysmischen Prozeß zurück, bei dem unter glücklichem Zufall die notwendigen Bausteine zur Bildung lebender Materie zusammenkamen. Einen Hinweis auf die Entstehung des Lebens geben nun die Absorptionsstreifen einiger typischer organischer Verbindungen unserer Erde und die Absorptionsstreifen einiger Sternspektren, deren Ähnlichkeit so auffallend war, daß Pike angeregt wurde diesem Problem weiter nachzugehen. Diese Absorptionsstreifen gehören Kohlenstoffverbindungen an und kommen beim Beginn gewisser Bedingungen auf Sternen vor. Ihre Konstanz in den Sternspektren spricht dafür, daß es sich bei ihrer Bildung nicht um zufällige Molekularverbindungen handelt. Diese Verbindungen beanspruchen vor allem eine ziemliche Breite in den Absorptionsstreifen und nehmen aus dem durch sie hindurchgehenden Licht eine bedeutende Menge von Energie auf. Einige von ihnen werden energieaufspeichernde Verbindungen sein. Von diesen auf den Sternen vorhandenen energieaufspeichernden Kohlenstoffverbindungen können wir nach Pike logischerweise vermuten, daß sie, einmal gebildet, unter geeigneten Bedingungen fähig sind immer kompliziertere Verbindungen durch die von Licht absorbierte Energie aufzubauen. Auch auf der Erde müssen solche Verbindungen einmal vorhanden gewesen sein. In der Rinde der noch jugendlichen Erde, wahrscheinlich auf ihrer Oberfläche, waren wohl solche Kohlenstoffverbindungen zu finden. Durch die Absorption strahlender Energie bauten sie immer kompliziertere Verbindungen auf, die in Konstitution und Struktur der lebenden Materie sehr nahe kamen, und die wir jetzt noch im Chlorophyll finden können.

So gibt diese Hypothese wenigstens eine Idee eines vorstellbaren Wegs, auf dem lebende Materie entstanden sein kann, gleichzeitig auch die Basis für weitere und tiefer dringende Untersuchung aller Schritte auf diesem Weg. Weiterhin weist sie dem Ursprung des Lebens einen bestimmten Platz in den Sonnen- und Erdzyklen an, die notwendig waren, bevor organisches Leben bestehen konnte.

**Zeitschriften** Eine neue biologische Zeitschrift erscheint unter dem Titel *Human Biology* seit Beginn dieses Jahres in Baltimore, Sie

wird von Raymond Pearl vom Institute for Biological Research in Baltimore, in Verbindung mit Curt P. Richter und John R. Miner, herausgegeben. Sie ist allen Zweigen der menschlichen Biologie gewidmet, einschließlich der physischen und allgemeinen Anthropologie, Bevölkerungsstatistik, Erbkunde, Eugenik, Anatomie, Physiologie, der konstitutionellen Pathologie und der Psychobiologie. Dieses neue Organ wird fürs erste in Vierteljahrsheften herausgegeben.

**Totealiste** Am 12. November 1928 starb Ludwig Klein, der Direktor des Botanischen Instituts und des Botanischen Gartens an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Er war einer der Mitbegründer und energischen Förderer der Deutschen Gesellschaft für Pilzkunde.

Am 4. Dezember starb in Chicago der russische Forscher und Professor der Anatomie Alexander Maximow ganz plötzlich an Koronararteriosklerose. Damit verlor die experimentelle Zellforschung einen ihrer eifrigsten Förderer, den Mitbegründer des Archivs für Experimentelle Zellforschung und Gewebszüchtung.

Am 5. März 1929 starb in Genua der Direktor des Botanischen Gartens und Instituts Otto Penzig, 73 Jahre alt. Er war von Geburt Schlesier, kam lungenkrank an die Riviera. Die glückliche Lösung eines Preisausschreibens der Landwirtschaftlichen Akademie über die bakteriologischen Ursachen der Orangkrankheit ermöglichten ihm die Habilitation an der Universität Padua. Von dort wurde er als Ordinarius für Botanik und Leiter des weltberühmten Botanischen Gartens nach Genua berufen. Ausgedehnte Reisen, auch in die Tropen, wechselten mit wissenschaftlicher Arbeit und Mehrung der Sammlungen. Von seinen zahlreichen Werken sei hier nur die 3bändige Lehre von den Abnormitäten der Pflanzenwelt erwähnt.

Am 11. März starb in Heidelberg, 49 Jahre alt, August Pütter, Ordinarius für Physiologie an der Universität dort. Seine Dissertation über das Auge der Wassersäugetiere war der Ausgangspunkt für die vergleichende Organologie des Auges. 1911 erschien seine Vergleichende Physiologie, eine Grundlegung zu einer allgemeinen Physiologie und zur Feststellung der Gesetzmäßigkeit des Lebens. Ausgedehnt waren seine Untersuchungen zu den Problemen der Ernährung und zu den Gesetzen des Wachstums und des

Alters, sehr interessant seine Forschungen über den Stoffwechsel der Wassertiere und den Stoffhaushalt der Gewässer. Das Meer betrachtete Pütter als eine in sich geschlossene und unabhängige Lebens- und Stoffwechselfgemeinschaft, die sich in Beziehung auf die Produktion organischer Substanz im Gleichgewicht befindet. Die Produktion organischer Substanz geht durch die Planktonalgen vor sich, die gebildeten organischen Stoffe werden im Meerwasser gelöst, und so wird das Meerwasser zur Nährlösung für die große Zahl der Wassertiere, die nicht instande sind selbständig organische Substanz aufzubauen. Nur ein geringer Prozentsatz der Nahrung wird als geformte Nahrung, das heißt durch Fressen von Lebewesen und zur Deckung des Vitaminbedarfs, verwendet. Pütters Arbeiten zeichnen sich durch ihre große theoretische Bedeutung aus; seine besondere Art, neben einer hervorragenden Literaturkenntnis, führte ihn zu einer mathematischen Behandlung biologischer Probleme hin.

**Kurze Chronik** Die französischen Forscher Montandon und François de Loys entdeckten in Südamerika einen bisher unbekanntes Affen, dessen Kopf dem des Menschen weit mehr ähneln soll als der der bis dahin bekannten Menschenaffen. Der Körper dieses südamerikanischen Affen soll dem eines starken Gibbon, die Glieder denen des Orang-Utan, und die Hände denen der übrigen amerikanischen Affenarten gleichen. In diesem Affen erkennt man das Vorbild der in den Ländern der alten Majakultur gefundenen Skulpturen, die man bisher als Pseudogorillas bezeichnet hatte. ◊ Bei der Aushebung eines Grabens an der Küste von Kistinge bei Halmstadt in Schweden stießen Arbeiter auf die Überreste eines riesigen Grönlandwals, den sie anfangs für ein in alter Zeit gesunkenes Schiff hielten. Bei den systematischen Ausgrabungen wurde zuerst ein gewaltiger, 1½ Meter langer Kinnbacken zutage gefördert. Man stellte fest, daß das Tier vor mindestens 5000 Jahren, also gegen Ende der Eiszeit, gelebt haben muß. ◊ Der Naturschutzverein Münster hat durch Pachtung die folgenden Naturschutzgebiete auf 20 Jahre sichergestellt: den Hellhügel bei Elte, 2 Wanderdünen am Bevergener Weg bei Elte, den Hanfteich bei Saerbeck, das Sinninger Venn bei Emsdetten, eine hügelige Heideparzelle in den Bock-



holter Bergen bei Münster sowie das größte Megalithgrab Westfalens, die Sloopsteene bei Westerkappeln. ◊ Der Leiter des Berliner Aquariums *Oskar Heinroth* wurde als Nachfolger *Johann Thienemanns* Leiter der Vogelwarte Rossitten. Sein Werk *Die Vögel Mitteleuropas* /Berlin, A. Bermühler/, in jahrelanger gemeinsamer Arbeit mit seiner Frau geschaffen, erwies seine besondere Eignung. Glücklicherweise bleibt *Heinroth* dem Berliner Aquarium erhalten, da er in Rossitten nur im Frühjahr und Herbst Beobachtungen anstellen wird, während der regelmäßige Dienst von seinem Assistenten *Ernst Schüz*, vom Naturhistorischen Museum Dresden her berufen, versehen wird. ◊ Der Hamburger Anatom und Erbforscher *Heinrich Poll* wurde von der Universität Saragossa aufgefordert dort über die Entwicklungslehre zu lesen.

#### Anthropogeographie / Adolf Reichwein

**Filipinos** In den Vereinigten Staaten von Amerika ist eine interessante Diskussion im Gang. Ihr Gegenstand ist die Frage, ob man den Filipinos die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten verbieten und vielleicht als Zugabe auch noch die Einfuhr von den Inseln mit gehörigen Zöllen belegen soll. Die Sache fand bereits eine politische Formulierung in dem Gesetzentwurf des californisch-republikanischen Kongreßmitglieds *Welch*; der Entwurf fordert Einwanderungsverbot. Den Hintergrund bildet das wirtschaftliche Interesse. In den Vordergrund stellt man Rassenhygiene, Anthropologie. Man spricht von einer 3. asiatischen Welle. Nachdem 1882 die 1. gesetzliche Abwehr der chinesischen Welle begonnen hatte, nachdem das Einwanderungsgesetz von 1924 die 2. Welle, nämlich die japanische, mit ausgeschlossen hatte, wäre es nur ein Schritt noch die Filipinos dem allgemeinen Begriff der unwillkommenen Asiaten unterzuordnen. Allerdings ist in der Immigration Act von 1924 ausdrücklich von »citizens of the islands under the jurisdiction of the United States shall not be held as aliens« die Rede. In der Zeitschrift *Pacific Affairs*, die von dem Institute of Pacific Relations in Honolulu herausgegeben wird, haben Soeben, im Februar und im Mai, der Schatzmeister der California State Federation of Labor *Paul Scharrenberg* und der Rechtsanwalt *Daniel R. Williams* ihre gegenteiligen Standpunkte erläutert. Der Gewerkschaftsführer sieht in dem Zustrom filipinischer Arbeitskräfte nach

dem amerikanischen Kontinent eine Gefahr für den weißen Arbeiter. Dabei erfährt man ganz interessante Zahlen. 1921 bis 1928, in 7 Jahren also, betrug die Nettozunahme der Filipinobevölkerung auf Hawaii, abgesehen von der natürlichen Vermehrung, 26 454. Die Gesamtzahl der Filipinos dort ist weit über 50 000. Hawaii ist aber nur ein Sprungbrett nach dem amerikanischen Festland. Und jeder Filipino hat das gesetzliche Recht ohne weiteres von Hawaii nach einem pazifischen Küstenstaat überzusiedeln. Der Menschenstrom fließt ganz natürlich nach dem Ort des mindern sozialen Drucks. Während der Filipino in seiner Heimat nur 40 Cents am Tag verdienen kann, verdient er auf Hawaii 1 bis 1½ Dollar, auf dem amerikanischen Festland das Doppelte. Es ist schwer zu schätzen, aber es scheint sicher, daß in Californien heute schon über 30 000 Filipinos leben; an der pazifischen Küste insgesamt etwa 50 000. Im Jahr 1927 verließen 6709 Filipinos die Inseln, um direkt zum amerikanischen Festland überzusiedeln; 11 788 schifften sich in jenem Jahr nach Hawaii ein. *Scharrenberg* meint, die Filipinos auf den Inseln sollten der Verwaltung der Vereinigten Staaten dankbar sein, daß sie ihnen die Chinesen durch Einwanderungsgesetze vom Leib hielten; es sei also nur ein natürlicher Ausgleich dieses guten Werks, wenn man nun den Filipinos die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten verbiete: eine echt amerikanische Beweisführung. Der Staatsanwalt für Californien hat die Filipinos als Mongolen deklariert und ihnen demzufolge das Heiraten weißer Frauen verboten. Der Begriff ihrer Bürgerschaft ist im Vertrag von Paris, der den Krieg mit Spanien abschloß, recht zweifelhaft geblieben. Für die Naturalisation gilt immer noch ein Gesetz von 1790. Kurz, es ist keine einfache Situation. Gegenüber den Argumenten der pazifischen Gewerkschaften, die alle den Ausschluß fordern, stellt sich der Rechtsanwalt *Williams* auf den Standpunkt, daß die Filipinos de facto unter amerikanischer Souveränität stünden und darum ein Recht hätten gleiche Behandlung wie alle Bürger der Vereinigten Staaten zu fordern. Im bereits erwähnten Vertrag von Paris heißt es: »Sie [die Philippinen] kamen unter die vollkommene und absolute Souveränität, in den Herrschaftsbereich der Vereinigten Staaten. Und wurden so Gebiet der Vereinigten Staaten, in dem die Zivilregierung eingerichtet werden konnte.« *Williams* hält für den ein-

zig gangbaren Weg, nachdem man durch die Erschließung der Inseln den Lebensstandard dem amerikanischen angeglichen habe, auch den Lohnstandard zu erhöhen und allmählich am amerikanischen zu orientieren. Wenn die Lohnspanne vermindert ist, wird der Filipino, der seine Heimat liebt, so argumentiert Williams mit Recht, gern zu Hause bleiben. Es handelt sich hier also um ein Problem, in dem Anthropogeographisches, Rassenhygienisches, Soziales, Wirtschaftliches zusammenfließen. Die New York Times vom 26. Januar 1929 schreiben: »Obwohl die Philippinen sogar niemals formell als Gebiet der Vereinigten Staaten im gleichen Sinn wie Hawaii und Alaska erklärt worden sind, gehören sie doch zu den Vereinigten Staaten, die für ihre Wohlfahrt und ihren Schutz verantwortlich sind.« Also eine politische Unklarheit noch dazu. Die Times schließen übrigens daran den guten Rat, die Filipinos sollten nicht nach den Sternen ihrer eigenen Freiheit greifen, weil nur das Sternenbanner ihnen Gleichstellung garantiere. Zu dieser amerikanischen Einschätzung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Filipinos sei dem Leser der hier vor 3½ Jahren veröffentlichte Artikel Kranoles Die Philippinen (1925 Seite 746 und folgende) in Erinnerung gebracht.

**Indianer** Für das Problem körperlicher und seelischer Angleichung an eine herrschende Zivilisation sind die nordamerikanischen Indianer, die Amerindians, ein aufschlußreiches Beispiel. Die 350 000 Indianer der Vereinigten Staaten umfassen zwar nur etwa 5 % der gesamten indianischen Kopfzahl des Kontinents, aber das Problem ist ihnen praktisch am schärfsten gestellt. Die indianischen Stämme haben die Möglichkeit einer indianischen Renaissance zum Teil scharf ins Auge gefaßt. Unter den erwähnten 350 000 Indianern gibt es etwa 160 000 Reinblütige. Zur Zeit der Entdeckung Amerikas durch die Europäer lebten in diesem Raum etwa 825 000. In Californien schmolzen die 110 000 Indianer, die man 1848 gezählt hatte, auf 20 000 im Jahr 1880 zusammen; heute sind es nur noch 18 000. In den 5 Jahren 1921 bis 1925 nahm der Index der Todesfälle unter Indianern, nach Angaben des Zensus der Vereinigten Staaten, um 62 % zu. Das Bureau of Indian Affairs gibt zu, daß der Sterblichkeitsindex der Indianer um 95 % höher liegt als der der Gesamtbevölkerung. Auf ihren 200 Reservationen, die

insgesamt 120 000 Quadratmeilen umfassen, wohnen sie, von wenigen Tausend, die durch Öl- oder Erzfunde oder ähnliche wirtschaftliche Zufälle reich geworden sind, abgesehen, unter dem Lebensminimum. Zwar sind die Indianer seit 1924 formal volle Bürger, aber sie sind dem Indian Bureau im Department of the Interior unterstellt. Durch Gesetze ist ihr altes Gemeineigentum an Grund und Boden aufgelöst worden, und sie sind gezwungen ihr Land an die einzelnen als Privatbesitz zu verteilen. Durch eine Bestimmung von 1910 besteht der Zwang beim Tod eines Besitzers sein Land zu verkaufen, so daß seitdem eine Enterbung der Indianer gradweise durchgeführt wird. Nur im Südwesten sind auf Grund komplizierter Abmachungen einige Stämme von jener Bestimmung befreit worden, zum Beispiel die Navajo (35 000 Köpfe) und die Pueblos (13 000), die tatsächlich ihre alten Traditionen innerhalb der ihnen erlaubten überlieferten Sozialordnung bewahren und zahlenmäßig als einzige zunehmen. John Collier, der Executive Secretary der American Indian Defence Association, sagte einmal über die Bureaukratie der Indianerverwaltung: »The Indian Bureau is the nexus of a conspiracy of robbery under quasilegal forms.« Die Indianer beklagen das staatliche Erziehungssystem, das die Kinder dem traditionsgebundenen Einfluß der Familien entzieht. Wo keine Tagesschule möglich ist, sind die Kinder vom 6. bis zum 18. Lebensjahr gezwungen eine sogenannte boarding school zu besuchen, die 50 bis 1000 Meilen von Hause entfernt ist. So entwöhnt man, sagt der Indianer, die Kinder ihrer Art und assimiliert sie der modernen amerikanischen Zivilisation. Und das nennt man dann eine sterbende Rasse. Die Literatur über die amerikanischen Indianer ist im Umfang enorm. Die schon ausgewählte Bibliographie Wisslers *The American Indian* enthält noch 393 Titel. Erwähnt seien Hartley Alexander *L'art et la philosophie des Indiens de l'Amérique du Nord* /Paris, Ernest Leroux/, W. K. Morehead *The American Indian in the United States* /New York, The Macmillan Company/, Paul Radin *The Story of the American Indian* /New York, B. W. Huebsch/.

**Kurze Chronik** Eine geologische Expedition nach *Grönland und Canada* reiste am 1. Juni auf dem Grönlanddampfer Hans Egede von Kopenhagen ab. Ihr nächstes Ziel ist Pröven, südlich von Upernavik an

der Westküste Grönlands. Von dort aus wird sie auf ihrem eigenen Motorboot weiter dringen. An der Spitze der Expedition steht Krüger aus Darmstadt. ◊ Auf Einladung der Physiognomischen Studiengesellschaft hielten im April Hans Friedenthal, Arthur Czellitzer und Paul Cohn in Berlin Vorträge über das *Gesicht der Rasse*, das sie besonders am Beispiel des jüdischen Gesichts demonstrierten. Czellitzer demonstrierte, daß das sogenannte jüdische Aussehen bei allen weit vorgeschrittenen Ausleseprozessen aufträte; so bei den Ägyptern, den Menschen der Spätantike, auch den mittelalterlichen Adelsgeschlechtern. Cohn untersuchte mehr die soziologischen und kulturellen Seiten des Problems. ◊ Der Stadtrat Nürnbergs beschloß in der alten Kaiserburg ein kulturhistorisches Museum einzurichten. Darin werden auch die 30 Nürnberger Fayencen aus der Sammlung Heiland untergebracht werden, die die Stadt aus den Überschüssen des Dürerjahrs angekauft hat, ferner 650 Fayencen aus Augsburg, Bayreuth, Crailsheim, Frankfurt und Hanau, die Heiland gleichzeitig ihr überwies. ◊ Als Nachfolger des verstorbenen Robert Gragger, dessen Lehrstuhl eine Zeitlang unbesetzt geblieben war, wurde *Julius von Farkas* Professor für ungarische Sprache und Literatur an der Berliner Universität.

## Literatur

Man muß es als erfreulich begrüßen, daß *Alfred Hettner* sein Buch *Die Oberflächenformen des Festlandes* /Leipzig, B. G. Teubner/ neu bearbeitet hat. Es ist in ihm eine Reihe seiner wichtigsten Aufsätze synthetisch verarbeitet. Trotz diesem unsystematischen Ursprung hat sich das knappe Buch zu einer handlichen systematischen Bearbeitung der morphologischen Materie und ihrer Probleme entwickelt; als Grundlage für anthropogeographische Betrachtungen sehr wesentlich. Außer den Kapiteln, die sich mit den Einzelformen (Täler, Terrassen, Gebirge, Küsten usw.) beschäftigen, interessieren uns hier besonders die Untersuchungen des 10. Kapitels, die sich mit den morphologischen Wechselbeziehungen der Landschaften befassen und für die anthropogeographische Betrachtungsweise aufschlußreich sind. Einem andern Buch Hettners, das 1915 unter dem Titel *Englands Weltherrschaft und der Krieg* erschien, jetzt, in seiner 4., umgearbeiteten Auflage nur noch *Englands Weltherrschaft* heißt /Leipzig, B. G. Teubner/, kann der Vorwurf nicht erspart

bleiben, daß seiner geographischen Stärke eine politische Schwäche gegenübersteht. Daß Hettner die geographische Beschreibung als ausgezeichnete Kenner des Materials sehr wertvoll gestaltet hat, macht das Buch natürlich zu einer wichtigen Informationsquelle für ein weites Publikum. Daß das europazentrische Moment so stark in den Hintergrund tritt, fordert die kritische Korrektur des Politikers heraus. Es geht nicht an, daß man Englands Weltherrschaft beschreibt und das Verhältnis zu den anderen Weltmächten auf 10 Seiten behandelt. Es wäre also zu wünschen, daß bei einer spätern Neubearbeitung des Buches ein Ausbau gerade dieses Abschnitts vorgenommen würde. ◊ Ein Mediziner, der Direktor des Hygienischen Instituts der Universität Leipzig, *Walther Kruse*, nimmt zu den Problemen der Rassenkunde und Rassenhygiene in einem Buch *Die Deutschen und ihre Nachbarvölker* /Leipzig, Georg Thieme/ das Wort. Es ist interessant die Anfänge dieses auf breitester Materialsammlung aufgebauten Werks bis zu Rudolf Virchow zurückzufolgen. Der Verfasser empfing vor 40 Jahren seine ersten Anregungen zur Problemstellung durch die pathologische Anatomie und kam über die Fragen der Rassenhygiene zur allgemeinen Anthropologie. Seine Stellung innerhalb der wissenschaftlichen Positionen präzisiert er wie folgt: »Es geht aber wirklich nicht mehr an, daß namentlich der einst so berühmte, jetzt aber endgültig erledigte Schädelindex als "Rassenmerkmal" nicht allein die Wissenschaft in die Irre führt sondern auch die Bevölkerungspolitik auf falsche Bahnen zu lenken droht. Wenn die Vererbungsmathematiker, die ich sonst, gewissermaßen aus einer angeborenen Anlage heraus, sehr schätze, und diejenigen, die auf die "Auslese" und "Gegenauslese" schwören, in meinem Buch nicht auf die Kosten kommen, so kann ich ihnen auch nicht helfen ... Wir sind nun einmal nicht in der Lage das Leben mit Formeln zu beherrschen. Den Konstitutionsforschern schließlich hoffe ich durch unsere neuen Untersuchungen festere Unterlagen als bisher geliefert zu haben.« Kruse schließt sich auf Grund seiner Ergebnisse der Meinung an, daß die durch Sprache und Geschichte verbundenen Völker die Grundlage der Rasse sind, und daß sich dies am besten am deutschen Volk exemplifiziere. ◊ Die große portugiesische Kolonie Angola im westlichen Afrika ist für den Anthropogeographen deshalb besonders bemerkenswert, weil ihre Ge-

schichte verhältnismäßig gut dokumentiert ist. Vor allem die Angleichung der eingeborenen Bantustämme an die eindringende Zivilisation kann in Angola verhältnismäßig gut studiert werden. Da wir kaum zuverlässige Literatur über das Land besitzen, hätte man gern den 1. Teil des von Alfred Stahl neubearbeiteten Buchs *Hugo Marquardsens Angola* (Berlin, Dietrich Reimer), den historischen, etwas ausführlicher gewünscht. Andererseits ist es zu begrüßen, daß in einer spätern Partie des Werks die spezifisch anthropologische Untersuchung des Raums ausreichend zur Geltung kommt. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß der Verfasser, als Geograph des Reichskolonialamts, in der Lage war das gesamte bemerkenswerte, nicht nur das portugiesische sondern auch das handschriftliche Material wichtiger Expeditionen zu benutzen. Sehr dankenswert ist die Beigabe einer gut durchgearbeiteten und sehr schön reproduzierten Karte Gesamtangolas, der einzigen qualitativ einwandfreien Karte, die wir, die portugiesische Produktion nicht ausgenommen, von diesem ganzen Gebiet bis jetzt überhaupt haben.

#### Geschichte / Siegmund Neumann

Deutsches  
Kaiserreich

Die letzten Monate haben eine stattliche Reihe wertvoller Publikationen zur Geschichte des Deutschen Kaiserreichs gebracht. Es scheint fast, als ob in bezeichnender Parallelität zur Kriegsbelletristik (siehe die Rundschau Dichtkunst, in diesem Band Seite 455 und folgende) die deutsche historische Wissenschaft 10 Jahre der Besinnung bedurfte, um die großen Wandlungen in ihren tieferen Gründen zu erfassen und richtig zu deuten. Das Bismarcksche Reich, das in seinem innern Aufbau und seiner äußern Machtgeltung so fest gegründet schien, war plötzlich zusammengebrochen. Eine erneute und rücksichtslose Überprüfung seiner Fundamente mußte erfolgen, die sich von der traditionellen Auffassung freizumachen hatte im Werk Bismarcks den eigentlichen Sinn und Höhepunkt der deutschen Staatsentwicklung zu sehen. Nur das Verständnis für die inneren Konstruktionsfehler des alten Reichs und für das Schicksalhafte seines Niedergangs konnte den Weg für einen fundierten Neubau Deutschlands bereiten. Für eine solche verantwortungsvolle Aufgabe aber fehlten nicht allein großenteils die sachlichen Voraussetzungen; erst in den

letzten Jahren öffneten sich die meisten Staatsarchive, deren Akten die Geheimnisse politischer Führung enthielten. Noch größere Schwierigkeiten bot die ungewohnte und neue Problematik, vor die sich die historische Wissenschaft plötzlich gestellt sah. Jahrzehnte hindurch war in mühsamer quellenkritischer Arbeit der Blick für wesentliche außenpolitische Vorgänge ebenso wie für die Feinheiten geistesgeschichtlicher Entwicklungen geschult. Diese unschätzbare reiche Tradition fehlte jedoch für ein Erfassen der großen sozialen Realitäten. Nur wer mit seinem eigenen Willen an ihrer Mitgestaltung teilhat, vermag und wünscht sie ganz zu verstehen. So ist es kein Zufall, daß die ersten und bedeutenden Ansätze zu einer soziologischen Geschichtsschreibung in der Vorkriegszeit allein bei politisch und verständlicherweise vornehmlich sozialistisch orientierten Historikern und Sozialwissenschaftlern zu finden waren. Doch solche Einzelbemühungen konnten nur Unzulängliches leisten; auch die Geschichtsschreibung ist Ausdruck ihrer politisch-sozialen Wirklichkeit, es fehlte ihnen eine wirkliche theoretische Fundierung. Hier lagen die Aufgaben der Soziologie, der erst die Nachkriegszeit den ihr gemäßen realsoziologischen Raum und damit zugleich umfassende Realität gab. So ist es nicht verwunderlich, daß die moderne historische Literatur einen Mangel gerade den Fragen gegenüber aufwies, die entscheidend unser Schicksal berührten, und daß sie Dilettanten vorläufig und unzulänglich genug beantworteten. Um so mehr ist der umfassende und gelungene Versuch einer fundierten Darstellung und Deutung der Geschichte des Bismarckschen Kaiserreichs zu begrüßen, den *Arthur Rosenberg* in seinem Buch *Die Entstehung der Deutschen Republik 1871 bis 1918* (Berlin, Ernst Rowohlt) unternimmt. Die Arbeit fußt auf den Akten des Reichstagsuntersuchungsausschusses für die Ursachen des Zusammenbruchs, dessen tätiges Mitglied der Verfasser war. Mit erstaunlicher Klarheit und geschichtsphilosophischer Kraft fügt Rosenberg die Fülle der Geschehnisse zur innern Einheit zusammen, und er bewahrt dabei strengste Objektivität den Tatsachen gegenüber. Nur einen Feind sieht er vor sich: die historische Legende, ganz gleich, ob sie von rechts oder links kommt. Diese Unvoreingenommenheit Rosenbergs zeigt sich auch darin, daß er, ohne selbst den Sozialisti-

schen Monatsheften nahezustehen, auf die so selten erkannte Konstanz ihrer Politik, auf die einheitliche Linie zwischen ihren einzelnen Aktionen und Forderungen verschiedentlich hinweist. Wenn zwar er hierbei nicht immer bis zu ihren Grundideen vorstößt, so ist doch sein Bemühen stets anzuerkennen.

Die besondere Bedeutung der Untersuchung Rosenbergs liegt in ihrer soziologischen Analyse der Geschichte des Kaiserreichs. Selbst Ziekursch' aufschlußreiches Werk (siehe darüber diese Rundschau, 1928 I Seite 537 und folgende), das überdies mit Bismarcks Entlassung vorläufig abschließt, läßt trotz starker Berücksichtigung der innenpolitischen Entwicklung solches Zurückgehen auf gesellschaftliche Grundkräfte oft vermissen. Kurz und prägnant zeichnet Rosenberg einleitend die Struktur und damit zugleich die innere Problematik des Bismarckschen Reichs. Die gesellschaftlichen Grundkräfte: militärische Aristokratie und deutsches Bürgertum, wurden zwar von dem sie beherrschenden Kaisertum zusammengehalten, jedoch in ihrer unüberbrückbaren Gegensätzlichkeit nie zu organischer Einheit verbunden. So wurde die Geschichte des neu-deutschen Kaiserreichs zur Geschichte der wechselseitigen Anziehung und Abstoßung dieser beiden unvereinbaren Kräfte. Nur der Absolutismus des Monarchen, respektive des von ihm eingesetzten Reichskanzlers, konnte dieses System balancieren. Auf solche Diktatur war das Reich gegründet, auf Bismarcks Person, ja auf sein persönliches Verhältnis zu Wilhelm I. Das ewige Problem jeder Diktatur, die mit dem Ende ihres Diktators stirbt, das vergebliche Bemühen ihrer Normalisierung ist auch Deutschland unter schwächerer Nachfolgerschaft zum Verhängnis geworden. Die Führung des Reichs lag in der Hand des alten Preußens, in dem das Königtum und die ihm ergebene Militäraristokratie nach dem restlosen Sieg in der Konfliktszeit alle Gewalt innehatten. Demgegenüber war der die Reichsregierung darstellende Bundesrat, das buntscheckige Gesandtenkollegium der Einzelstaaten, aktionsunfähig und nur »das konstitutionelle Feigenblatt für die preußische Regierung über das Reich«. Noch bedeutungsloser war der Reichstag. Die Armee und die Außenpolitik waren von vornherein seinem Einfluß entzogen. Innenpolitisch blieb ihm, beschränkt durch die Sonderrechte der Einzelstaaten und

bei völliger Einflußlosigkeit auf die Exekutive, nur das Recht der Etatsablehnung; und auch diese »einzige Waffe des Parlaments war stumpf«, wie der preußische Militärkonflikt bewiesen hatte. Unter dem Eindruck der Siege von 1866 und 1870-1871 fand sich das liberale Bürgertum mit dieser Reichsverfassung ab. Dies um so mehr als die deutsche Bourgeoisie, zu spät zum eigenen politischen Bewußtsein erwacht, sich bereits von der proletarischen Bewegung bedroht fühlte, die mit der schnellen Industrialisierung bald zur Macht angewachsen war. Die Furcht vor der sozialen Umwälzung hat den Elan der revolutionären bürgerlichen Bewegung gebrochen. So verzichtete sie lieber gänzlich auf politische Machtstellung und überließ sie der alten Herrschaftsklasse, die ihr dafür die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Ziele garantierte und ihr half gegenüber der klassenbewußten Arbeiterschaft "Herr im Hause" zu bleiben. Man wird hierbei an das große Bündnis zwischen Krone und Adel in der frühern brandenburgischen Geschichte erinnert. Wie damals gegenüber der Aristokratie so sicherte sich auch jetzt die Regierung die Verfügung über den politischen Apparat und verschob den Herrschaftswillen des Bürgertums in eine gleichsam unpolitische Sphäre. Dieses Bündnis, letzter und einziger Ausweg der konservativen Mächte zur Erhaltung ihrer Herrschaft, ermöglichte es ihnen "erste" Gesellschaft des politisch-sozialen Körpers zu bleiben, ohne seine funktionale Spitze zu sein. Dies mußte zu unerträglichen Spannungen führen. Sie wurden durch die allgemeine Aristokratisierungstendenz des industriellen Bürgertums gemildert, die nicht nur auf einer kulturellen Schwäche dieser Schichten sondern zugleich auf einer tatsächlichen Annäherung der Schwerindustrie an großagrarische Lebensverhältnisse beruhte. Von Staatsseite wurden diese strukturellen Wandlungen wesentlich verstärkt durch die politische Umschichtung des preußischen Beamtentums unter dem Ministerium Puttkamer /1881 bis 1888/ und durch das Institut des Reserveoffiziers. Neben den unausgeglichenen Spannungen zwischen Preußentum und Bürgertum drohte der Bismarckschen Regierung gleichzeitig und akuter eine andere Gefahr: das Zentrum. Dieses fand, wie Rosenberg klar zeigt, seine Kraft im alt-deutschen Konservatismus und süddeutschen Föderalismus, die ihre natürliche

Spitze im katholischen Österreich sahen und gegen das evangelische Kaisertum mit seinen zentralistischen Tendenzen ankämpften. So war der Kulturkampf im Grund viel mehr als eine konfessionelle Angelegenheit. Er war die Fortsetzung des Krieges von 1866 mit neuen Mitteln. Das Zentrum war der gegebene Antibismarckblock, der alle Grundgedanken des Bismarckschen Staates verneinte; den preußischen militärischen und autokratischen Zentralismus und seine Verbindung mit dem Bürgertum; denn bei aller Buntscheckigkeit seiner Anhängerschaft besaß das Zentrum einen wesentlich antibürgerlichen Grundcharakter. Bismarck aber wollte nicht auf die enge Verknüpfung mit dem Bürgertum verzichten, weil er nur in dessen, allerdings sehr formeller, Mitarbeit eine Garantie für den Bestand des Staats sah. Hierauf beruhte auch sein unüberbrückbarer Gegensatz zur konservativen Opposition unter Stöckers Führung, die ein Bündnis zwischen Zentrum und Konservativen erstrebte, und die mit ihrem scharfen Angriff gegen Bismarck mitten im Kulturkampf seine Position sehr gefährdete. Über die Kämpfe dieser Gruppe, die auch einen bestimmenden Anteil an Bismarcks Sturz hatte, berichtet in geradezu spannender Weise die lebendige und zugleich quellenmäßig fundierte biographische Darstellung Walter Franks Hofprediger Adolf Stöcker und die christlichsoziale Bewegung /Berlin, Reimar Hobbing/.

Der Zwangslage eines gleichzeitigen Angriffs von Zentrum und Kreuzzeitungspartei und der damit gegebenen Machtstellung der Liberalen entzog sich Bismarck durch seine geschickte Wendung zur Zollpolitik, mit der er über die Parteien hinweg direkt zu den wirtschaftlichen Interessenten vorstieß. Hiermit trat eine starke Umschichtung der Parteien selbst ein, vor allem der Konservativen, die, aus einer höfisch-aristokratischen Gruppe in eine breite agrarische Interessenpartei verwandelt, eine große Anhängerschaft gewannen und von jetzt ab, da der Liberalismus durch seinen Mangel an Verständnis für die Lebensnotwendigkeiten der Landwirtschaft sich selbst von jeder ländlichen Vertretung ausgeschaltet hatte, den preußischen Landtag beherrschten. Ebenso gab das Zentrum die Opposition gegen den Staat auf, zumal die Möglichkeiten eines katholischen Revancheblocks gegen das Deutsche Reich durch außenpolitische

Wandlungen (Bismarcks Österreichbündnis, Niederlage der klerikal-monarchistischen Partei in Frankreich) illusorisch geworden waren. Bismarck bemühte sich darüber hinaus erfolgreich durch Spaltung der Nationalliberalen das konservativ gerichtete industrielle Bürgertum an seine Politik zu binden. So kam ein fester Regierungsblock zustande.

Als große Gefahr aber blieb neben der Stöckergruppe die rasch sich entwickelnde Arbeiterbewegung, die Bismarck durch die völlig verfehlte Ausnahmegesetzgebung glauben bannen zu können. Unter den zahlreichen Veröffentlichungen anläßlich des 50. Jahrestags des Sozialistengesetzes ragt *Paul Kampffmeyers* aufschlußreich lebendige Schrift *Unter dem Sozialistengesetz* /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ hervor. Sie untersucht auf Grund meist unbekannter Urkunden aus dem Preußischen Staatsarchiv und dem Archiv der Sozialdemokratischen Partei die »offenen und geheimen Ideengänge der Urheber und Vollstrecker des Ausnahmegesetzes«. Diese schonungslosen Verfolgungen durch den preußischen Obrigkeitsstaat erinnern an die Zeit der Karlsbader Beschlüsse, wie überhaupt Bismarcks staatspolitische Anschauungen oft überraschend mit Metternichs Gedanken übereinstimmen. Kampffmeyer zeigt weiterhin, wie die Sozialdemokratie demgegenüber »mit größter Folgerichtigkeit alle putschistischen und nihilistischen Elemente, die aus einem mißverstandenen Revolutionsbegriff heraus eine direkt aktivistische Umsturzpolitik« betrieben, aus ihren Reihen entfernte, und wie schließlich der organisierte Widerstand der verfolgten Partei das Sozialistengesetz überwand. Rosenberg baut diese Ereignisse klar und eindeutig in die deutsche Gesamtentwicklung ein. Er betont, daß die Struktur des Bismarckschen Reichs nichts anderes zuließ als die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse. »Das Kaiserreich mußte entweder die politische Arbeiterbewegung zertreten, oder es mußte untergehen.« Bereits dieser 12jährige, vergebliche Kampf gegen die Sozialdemokratie, die gekräftigt aus ihm hervorging, zeigte deutlich die historische Notwendigkeit der Umwälzung vom 9. November 1918 an.

In diesen Mißerfolgen der Bismarckschen Sozialistenpolitik ist auch eine der wesentlichen Ursachen seines Sturzes zu suchen. Die Nachkriegszeit hat über dieses Ende seiner Kanzlerschaft

ein fast unübersehbares Schrifttum gebracht. Neuerdings hat auch *Stegfried von Kardorff* in seinem Bismarckbuch /Berlin, Ernst Rowohlt/ diese vielumstrittene Frage untersucht. Er erhebt nicht den Anspruch damit wesentlich Neues zu geben, stützt sich vielmehr auf die bekannten Forschungen Wilhelm Schüßlers, Wilhelm Mommsens und Otto Gradenwitz'. Trotzdem bringen diese politischen Skizzen, die fernerhin die Beziehungen Bismarcks zur Konservativen und Nationalliberalen Partei, Bismarck nach der Entlassung und schließlich in einer eingehenden Studie Bismarck und den Kulturkampf behandeln, eine wertvolle Bereicherung des Bismarckbilds, wie sie der Sohn des treuesten Bismarckfreundes nach vielen persönlichen Erinnerungen zu geben vermag. Einen interessanten Beitrag zur Kanzlerkrise bietet auch *Hubert Richters* Buch Sachsen und Bismarcks Entlassung /Dresden, C. Heinrich/, der auf Grund bisher völlig unbekannter Berichte des sächsischen Gesandten Hohenthal die Schwierigkeiten einer selbständigen Politik der Einzelstaaten im Bismarckschen Reich schlaglichtartig beleuchtet.

Von Bismarcks Sturz handelt schließlich auch *Egmont Zechlins* Untersuchung über Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II /Stuttgart, J. G. Cotta/. Sie nimmt Delbrücks vielumstrittene Behauptung von Bismarcks Staatsstreichplänen wiederum auf und glaubt sie durch bisher unbekanntes aktenmäßiges Material bekräftigen zu können. Zechlin zeigt weiterhin, daß auch Wilhelm II wenige Jahre später die ursprünglich von ihm abgelehnten Bismarckschen Pläne im Kampf gegen die anwachsende Sozialdemokratie wieder aufgenommen hat. Die Diskussion über dieses Thema ist durch Zechlins Untersuchung gewiß noch nicht abgeschlossen, vielmehr von neuem angeregt worden. Auch ohne solche geplanten Verfassungsänderungen im absolutistischen Sinn verschärften sich unter Wilhelm II die in der Bismarckschen Reichsgründung bereits angelegten inneren Konflikte immer mehr. Dies zeigte sich deutlich am ständigen Anwachsen der Sozialdemokratie, zu deren Unterdrückung nach 1890 doch niemand mehr den Mut hatte. Andererseits wurde aber auch nicht der Weg eingeschlagen zu einer wirklichen politischen Einbeziehung des Volkes. Der Zufall jedoch stellte auch das Kaiserreich noch einmal vor die Schicksals-

frage. Die Daily-Telegraph-Affäre /1908/, die schwerste Krise der deutschen Monarchie vor 1918, hätte eine Reform der Bismarckschen Verfassung im Sinn einer Ministerverantwortlichkeit dem Reichstag gegenüber bringen und den Weg zur Parlamentarisierung freimachen können. Diese Rettung des alten Reichs scheiterte aber an dem Widerstand der herrschenden Schichten auch nur einen Teil der verbrieften Privilegien preiszugeben. Es fehlte ihnen eben der politische Instinkt für die Entwicklungskräfte, wie ihn das englische Torytum in hervorragendem Maß besaß. So ging die Entwicklung ihrem unvermeidlichen Ende zu. Das Kaiserreich am Scheideweg nennt *Theodor Eschenburg* treffend seine Untersuchung, die diese Blockzeit umfassend behandelt /Berlin, Verlag für Kulturpolitik/. Sie stellt nach unveröffentlichten Papieren aus dem Nachlaß die Gestalt Bassermanns in den Mittelpunkt und gibt neben einer guten Charakterisierung der maßgebenden Politiker (vor allem Bülow) zugleich eine Geschichte der Nationalliberalen (deren politische Grundhaltung auch als die des Verfassers trotz Bemühen objektiver Darstellung oft durchklingt). Auch die Einführung, die Gustav Stresemann diesem Werk gibt, zeigt die ungenutzten Möglichkeiten dieser kritischen Zeit. Die Entladung dieser innenpolitisch unerträglichen Spannungen zwischen regierender Aristokratie und den Massen des Volkes konnte nur durch radikale Friedenspolitik verhindert oder wenigstens verzögert werden. Dies erkannte bereits Bismarck. Auch Wilhelm II und seine Kanzler haben den Frieden gewollt. »Aber um den Frieden zu verteidigen, dazu genügt nicht die friedliche Gesinnung sondern vor allem eine entsprechende Politik. Innen- und Außenpolitik eines Staates sind untrennbar mit einander verbunden und Ausdruck der im Staate herrschenden gesellschaftlichen Kräfte.« Das Chaos der deutschen Außenpolitik (deren Wesen in diesem Zusammenhang nicht dargelegt werden soll, auch nicht dargelegt zu werden braucht, da in den außenpolitischen Arbeiten der Sozialistischen Monatshefte alles Entscheidende darüber gesagt worden ist) sieht Rosenberg bedingt durch das Planlose und Sprunghafte im Wesen des Kaisers, dem die alleinige Entscheidung verblieb, und der das Durcheinander der einzelnen privaten Firmeninteressen nicht steuern konnte. Ein

politisch selbstverantwortliches Bürgertum hätte nicht seine Kräfte zersplittert, nicht an allen Enden der Welt zugleich Feinde erweckt, und hätte damit vielleicht die Gefahren des Weltkriegs gebannt.

Wie das ganze Werk Rosenbergs so ist auch seine ausgezeichnete Darstellung der deutschen Entwicklung während der Kriegsjahre auf das unvermeidbare Ende ausgerichtet, zeigt jedoch immer wieder die Möglichkeiten diese drohende Gefahr abzubiegen; so in seiner Kritik des Burgfriedens, der militärischen Führung und der Spannungen zwischen politischer und militärischer Leitung. Diesen Antagonismus zwischen Politik und Kriegführung, der nur in den seltenen Gestalten eines Caesar, eines Friedrich und vor allem eines Napoléon aufgehoben ist, hat *Hermann Oncken* in einer gedankenreichen und stilistisch meisterhaften Rede, die im Verlag Max Hueber in München gedruckt erschien, aufgezeigt. Diese Gegensätze, die schon in den verschiedenen Denkweisen des Politikers und Militärs begründet sind und darüber hinaus meist noch durch persönliche Reibungen verstärkt werden, veranschaulicht Oncken an den Beispielen von 1866 und 1870; weniger eingehend am Weltkrieg (Durchmarsch durch Belgien, Unterseebootkrieg, Friedensverhandlungen 1918), in dem der Primat des politischen Willens an die militärische Leitung verloren gegangen ist. Aufgabe des Monarchen war es, ohne selbst Strategie oder Diplomat von Fach zu sein, diese Spannungen in einer höheren Einheit aufzuheben. Das persönliche Versagen Wilhelms II hat auch »den innern Rechtstitel der einst aus dem Krieg emporgestiegenen Institution des deutschen Kaisertums wieder verscherzt«. Diese unausgeglichenen Gegensätze von Politik und Kriegführung beschränkten sich im Weltkrieg nicht nur auf die Spitze sondern griffen auf das ganze Volk selbst über. 2 streng geschiedene Parteien; hier Siegfriede, dort Verständigungsfriede, in diesem Streit um die Kriegsziele brachen alle Klassengegensätze, verschärft durch Verfassungs- und Kriegslage, wieder hervor. Die Formulierung deutscher Kriegsziele war geradezu ein Barometer für die innere Machtverteilung. Dieser innere Zusammenhang zeigte sich ebenso in den Schwankungen des preußischen Wahlrechtskampfs. Der Zwang der Kriegssituation, die allein von der militärischen Führung Rettung erhoffen konnte, gab

dieser und ihrer Anhängerschaft im Volk das Übergewicht. Die Reichstagsmehrheit der Friedensresolution war demgegenüber ohnmächtig, aber auch die alte politische Leitung einschließlich des Monarchen hatte versagt. So trat der Politiker Ludendorff als »Lückenbüßer zwischen 2 Perioden deutscher Geschichte«. Seine Fehler sind hier nicht aufzuzählen. Als Strategie hat er versagt, als Politiker ist er indiskutabel. Es ist bezeichnend für die innere Schwäche der Reichstagsmehrheit, daß sie die militärische Umwälzung an der Westfront gar nicht überschaute, und daß die schließliche Parlamentarisierung nicht von ihr erkämpft wurde sondern als Notausgang aus dem Krieg dienen sollte. Darum auch betrachtete man im deutschen Volk, zu dem die Reichstagsmehrheit überdies die enge Fühlung verloren hatte, die politische Umwälzung als gar nicht vollzogen. So kam es einen Monat später zum Novemberumsturz, der, wie es die spätere Entwicklung zeigte, gar nichts anderes bedeutete als eben diese bereits vollzogene Entthronung der militärischen Aristokratie. Daß damit gleichzeitig die Dynastien verschwanden, ist weniger in dem Haß gegen diese Häupter der alten militärischen Ordnung begründet als vielmehr in der Gleichgültigkeit, mit der das Volk seit 4 Jahren das Kaisertum betrachtete. Der kleinste Anstoß, die vage Hoffnung auf bessere Friedensbedingungen, genügte, um sich von dieser durch die Kriegserlebnisse völlig entfremdeten Macht loszusagen. So entstand die Deutsche Republik.

**Ausgrabungen** Der Berliner Archäologe und Orientalist Ernst Herzfeld entdeckte bei seinen

**Ausgrabungen in Persten** Pasargadae, die Hauptstadt des Gründers des altpersischen Weltreichs Kyros. Sie stellt eine sehr altertümliche Ansiedlungsform dar und besteht aus 3 mehrere Kilometer von einander entfernt liegenden Teilen: der eigentlichen Stadt, dem Tempelbezirk und dem Palastgebiet. Das genaue Datum der Ruinen läßt sich aus der Titulatur des Königs, in der noch die von ihm nach dem Sieg über die Meder und nach der Eroberung Babylons angenommenen Titel fehlen, mit 559 bis 550 vor Christus bestimmen. Die in Südalbanien tätige Italienische Archäologische Mission unter der Leitung L. N. Ugolinis, die sich bereits durch die Freilegung der Akropolis von



Phönike verdient gemacht hat, setzte ihre Forschungen mit Ausgrabungen an der Küste von *Epirus*, Korfu gegenüber, fort. Hier gelang es ihr die griechischen Umfassungsmauern der uralten Stadt Butrinto aufzudecken und durch zahlreiche prähistorische Funde die Anfänge der Siedlung bis in das 4. Jahrtausend vor Christus zurückzuverfolgen. Durch die unter der Leitung Siegfried Loeschkes vorgenommenen Ausgrabungen im Altbachtal bei Trier ist es gelungen die ersten Reste des prähistorischen Trier nachzuweisen, darüber den größten Tempelbezirk nördlich der Alpen zu finden und schließlich auch die ersten Wohnbauten des ältesten deutschen Trier der fränkischen Frühzeit zu erkennen. In *Cluny*, dem für die Geistesgeschichte des Mittelalters so wichtigen Ausgangspunkt der cluniacensischen Bewegung, werden seit einiger Zeit an den Resten der alten Basilika des Heiligen Hugo Grabungen veranstaltet. Es wurden hier zahlreiche bildhauerische Arbeiten zutage gefördert, vor allem von Heiligen aus dem frühen 12. Jahrhundert.

**Totenliste** Durch den Tod *Richmond Lennox'* (siehe die Rundschau Innenpolitik, in diesem Band Seite 417) verlor die deutsche Geschichtswissenschaft einen charaktervollen jungen Forscher, von dem man viel Fruchtbare erwarten konnte. Seine deutsch-amerikanische Herkunft prägte sich in der lebensnahen, unpedantischen und gleichzeitig sachlich streng disziplinierten Art seines Wesens aus. Diese gute Mischung verband das Greifbare und Praktische der tageshellen Welt des common sense mit den oft dunkleren und tieferen Sphären des Denkens. Dies zeigte bereits seine erste Veröffentlichung Edmund Burke und sein politisches Arbeitsfeld 1760 bis 1790 /München, Dreimaskenverlag/. Sie gehört zu jenen Arbeiten, die uns die geistigen Bindeglieder zwischen dem 18. und dem 19. Jahrhundert, zwischen Aufklärung und Romantik, erschlossen haben. Der jüngsten Geschichte galten *Lennox'* weitere Studien, die zu veröffentlichten er sich in seiner vielleicht allzu großen kritischen Strenge gescheut hat. So blieb die Frucht seiner Forschungen seinen zahlreichen Schülern an der Deutschen Hochschule für Politik vorbehalten. Dieses junge Institut, an dessen Aufbau *Lennox* hervorragend beteiligt war, bot den richtigen Rahmen für sein Wirken, das auf

Erziehung zur letzten Verantwortlichkeit und selbständigen Entscheidung zielte. Solche Verbindung von Wissenschaft und Politik, von Erkenntnis und unmittelbarer Entscheidung machte *Lennox* zur Durchdringung und Darstellung der außenpolitischen Vorgänge besonders geeignet. Daß sein plötzlicher Tod die Fortführung der vor einem Jahr von ihm übernommenen Rundschau Außenpolitik jäh abgebrochen hat, haben die Sozialistischen Monatshefte zu beklagen.

**Kurze Chronik** Die Hundertjahrfeier des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches am 21. April wurde mit einer großen *internationalen Archäologentagung* in Berlin festlich begangen (siehe die Rundschau Anthropogeographie, in diesem Band Seite 447 und folgende). Hierbei konnte auch ein Teil der reichen deutschen Ausgrabungen zum erstenmal im Pergamonmuseum gezeigt werden, das im Jahr 1930 der Öffentlichkeit übergeben werden soll. ◊ In Stettin wurde ein *Provinzialmuseum Pommerscher Altertümer* gegründet, das unter anderm eine reiche Sammlung von Gräber- und Gerätefunden aus prähistorischer Zeit besitzt. ◊ Generaldirektor der Preußischen Staatsarchive wurde, als Nachfolger Paul Kehrs, dessen Schüler und Mitarbeiter *Albert Brackmann*, Ordinarius für mittlere und neuere Geschichte in Berlin. ◊ Als Nachfolger *Wilhelm Buschs* wurde zum Ordinarius für neuere Geschichte an der Universität Marburg der Göttinger Historiker *Wilhelm Mommsen* berufen. Dieser Enkel des großen Althistorikers *Theodor Mommsen* ist ein Schüler *Friedrich Meineckes*. Er hat zahlreiche Untersuchungen zur neuern deutschen und französischen Geschichte publiziert, von denen seiner großangelegten *Miquelbiographie*, die kürzlich erschien /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/ besondere Bedeutung zukommt. ◊ Der Heidelberger Privatdozent *Karl Lehmann-Hartleben* wurde ordentlicher Professor der Archäologie an der Universität Münster, als Nachfolger *A. von Salis'*.

**Literatur** In ihren Ermittlungen über die jüngste Tochter des Zaren *Nikolaus II Anastasia* (Ein Frauenschicksal als Spiegel der Weltkatastrophe /Leipzig, Grethlein & Co./) trägt *Harriet von Rathleff-Keilmann* alle Beweise zusammen, die zwar nicht mit juridischer Beweiskraft,

aber doch mit Wahrscheinlichkeit die Identität der Unbekannten, die sich am 17. Februar 1920 ins Wasser stürzte und schließlich nach 2jähriger Irrenhaft und langem physischen und moralischen Leidensweg in New York Aufnahme fand, mit jener Anastasia nachweist. Zu den Mitherausgebern dieses Buchs gehören der Großfürst Andreas von Rußland und der Herzog Georg von Leuchtenberg, woraus ersichtlich wird, daß trotz erstrebter Unparteilichkeit es die Darstellung einer Partei ist, der der Großherzog von Hessen gehört, gewiß die Tatsachen anders beleuchten würde. Wer nicht an die Wiederherstellung der Romanowschen Herrschaft in Rußland glaubt, wird von diesem Streit, der auch gewisse Folgen für Ansprüche auf Bankdepots haben soll, nicht berührt werden, jedoch den Bericht über diesen außerordentlichen Schicksalsweg wie einen Roman nicht ohne Interesse lesen. < Die Weltgeschichte *Herbert George Wells'*, die hier bereits ausführlich besprochen, zwar begrüßt, aber in ihrem aufklärerisch fortschrittsgläubigen Optimismus kritisiert wurde (siehe die Rundschau Geistige Bewegung, 1925 Seite 109, und diese Rundschau, 1927 II Seite 761) liegt nunmehr in 3 stattlichen Bänden in der großen Ausgabe wieder vor (Berlin, Paul Zsolnay), wie sie bereits früher in der großen Folioausgabe des inzwischen verschwundenen Parvusschen Verlags in Berlin erschienen war.

#### Rechtswissenschaft / Karl Steinhoff

Parlamentarisches System Angesichts der in neuerer Zeit gepflogenen mannigfachen Erörterungen zur Krise des Parlamentarismus, des Aufbaus des Stahlhelms zum Volksentscheid sowie der Anträge der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zu Artikel 54 verdient eine zum deutschen Parlamentarismus mit dem Untertitel *Der Kampf um Artikel 54 der deutschen Reichsverfassung* benannte staatsrechtliche Studie des Königsberger Privatdozenten *Ernst Wolgast* (Berlin, Karl Curtius) Beachtung. Die den Juristen wie den Politiker in gleicher Weise interessierende unausgesprochene Grundfrage des Buchs geht dahin: Ist der die Grundlage des deutschen parlamentarischen Systems enthaltende Artikel 54 der Reichsverfassung, wonach der Reichskanzler und die Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichs-

tags bedürfen, und jeder von ihnen zurücktreten muß, wenn ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzieht, nach seinem Wortlaut und nach seiner Stellung im Gesamtsystem der Verfassung ein zur Meistertung aller möglichen politischen Lagen der Regierungsbildung geeignetes Instrument, oder enthält er Unzulänglichkeiten respektive Konstruktionsfehler, die im gegebenen Fall eine Bedienung der Regierungsmaschine unnötig erschweren oder gar unmöglich machen können?

Zu diesem Zweck wird zunächst der Artikel 54 historisch analysiert. Bewußt und mit bemerkenswerter Klarheit werden hier, wohl zum erstenmal, die Ausführungen in den Verhandlungen des Reichstags vom Oktober 1918 zum Entwurf des spätern Gesetzes vom 28. Oktober 1918 herangezogen, das formell den Parlamentarismus eingeführt hat. Der historische Nachweis des Sinns des Artikels 54 kommt zu dem Ergebnis, daß der Artikel jeden unverantwortlichen Einfluß auf die Reichspolitik unmöglich machen soll, der nicht vor dem Reichstag als Hauptträger der Souveränität zu verantworten ist, also insbesondere die 3 unverantwortlichen Haupteinflüsse, die im frühern Deutschland aus dem persönlichen Regiment, aus dem Militär und aus Preußen hervorgingen.

Nachdem so in Verbindung mit weiteren historischen Untersuchungen die Wurzeln des Artikels 54 in der Vergangenheit bloßgelegt sind, folgt eine umfassende juristische Würdigung. Die Darlegungen bemühen sich vor allem die große Elastizität in der Gestaltung der Vertrauensklausel darzutun. Sie gehen dabei von dem Rücktritt des 3. Kabinetts Marx aus. Hier war die Mehrheit, die das Kabinett stürzte, völlig widerspruchsvoll zusammengesetzt, so daß ihr »ein einheitlicher Wille zu weiterer parlamentarischer Gemeinschaftsarbeit nicht innewohnte«. Bekanntlich trat das Kabinett Marx seinerzeit zurück, und es entsprach damit der herrschenden Auffassung des Artikels 54. Immerhin nahm die Staatsrechtswissenschaft diesen Fall zum Anlaß sich mit der durch ihn hervorgerufenen Problemstellung in der Auslegung der Vertrauensklausel des Artikels 54 zu beschäftigen. Die Problemstellung spitzt sich also auf die Frage zu: Welche Befugnisse gibt der Artikel 54 für den Fall, daß ein Kabinett von einer Mehrheit gestürzt ist, die in sich so heterogen ist, daß sie weder

gewillt noch in der Lage ist eine neue Regierung zu bilden? Den Kernpunkt dieser Untersuchungen über die Vertrauensklauseel bildet die Feststellung, daß nach der Verfassung eine vom Reichspräsidenten ernannte Regierung als im Besitz des parlamentarischen Vertrauens anzusehen ist, solange es ihr nicht durch ausdrücklichen Beschluß des Reichstags entzogen ist. Aus dieser Feststellung leitet Wolgast 2 Maßnahmen ab: 1. das Zutvorkommen der Regierung, das heißt das Mittel dem Mißtrauensbeschluß des Reichstags durch die Auflösungsbezugnis zuzuvorkommen, 2. die Bildung einer "Kampfregerung" durch den Reichspräsidenten, das heißt einer Regierung, die der Reichspräsident nach Entlassung des alten Kabinetts ernannt, um mit ihr den Reichstag aufzulösen. An diesem Punkt der Erörterung, der von außerordentlicher staatsrechtlicher Tragweite ist, konzentriert sich das dem Buch zugrunde liegende Problem. Hier setzt sich der Verfasser mit der Auffassung der Staatsrechtslehrer Walter Jellinek und Carl Schmitt auseinander, die es nach Artikel 54 für zulässig halten, daß ein Kabinett nach erhaltenem Mißtrauensvotum als ordentliches, nicht bloß als geschäftsführendes, im Amt bleibt, und der Reichspräsident mit diesem Kabinett den Reichstag auflöst. Mit Nachdruck und großer Schärfe wendet sich Wolgast gegen die These, daß ein Kabinett auch nach erhaltenem Mißtrauensvotum im, nicht bloß geschäftsführenden, Amt bleiben könne. Diese Auffassung finde weder im Wortlaut noch im Sinn des Artikels 54 eine Stütze. Die Auslegung, die ihm eine solche Möglichkeit unterstellen will, sei unhaltbar und überhaupt nur aus Gedankengängen erklärlich, die aus der Begriffswelt des englischen Parlamentarismus hervorgegangen sind. Die wissenschaftliche Methode in solcher Weise so weittragende Auslegungen vorzunehmen müsse als äußerst bedenklich bezeichnet werden. Wolgast führt ferner aus, daß im Staatsrecht derartige Fundamentalsätze einer Verfassung nicht willkürlich nach den jeweiligen Bedürfnissen und Wünschen sondern streng zu interpretieren seien. Das Streben einen scheinbar oder tatsächlich sonst schwer lösbaren Konflikt des parlamentarischen Regimes zu lösen darf nicht dazu führen kalte Verfassungsänderungen durch willkürliche Auslegung einzuführen. Nach dem klaren Wortlaut des Artikels 54 und seiner

Stellung im Gesamtsystem muß ein Kabinett, dem das Mißtrauen des Reichstags ausgesprochen ist, unter allen Umständen zurücktreten. Die Möglichkeit ein Kabinett gegen den Willen der Mehrheit des Reichstags zu bilden soll nach Artikel 54, wie ihn Wolgast auslegt, in anderer Weise vor allem dadurch gegeben sein, daß dieser Artikel dem Reichspräsidenten die Prärogative in der geschilderten doppelten Hinsicht an die Hand gibt, indem das Vertrauen des Reichstags für jedes vom Reichspräsidenten ernannte Kabinett bis zum ausdrücklichen Ausspruch des Gegenteils unterstellt wird. In der politischen Ausführung dieser Auslegung des Inhalts der Vertrauensklauseel besteht allerdings eine gewisse Schwierigkeit: darin, daß die Regierungsakte des Reichspräsidenten zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen. Immerhin betrifft diese Gegenzeichnung nur eine Modalität, und Wolgast geht mit einem Teil der Literatur davon aus, daß bei Weigerung des bisherigen der neue Reichskanzler die Entlassung des alten Kabinetts, seine eigene Bestellung und das Auflösungsdekret des Reichstags gegenzeichnet.

Aus der Fülle der Probleme, die sich bei der Lektüre des Buches aufdrängen, sei einiges hier noch angedeutet. Die uneingeschränkte Billigung der theoretischen Erörterungen Wolgasts führte zu dem Ergebnis, daß der Reichspräsident auch eine vom Vertrauen des Reichstags getragene Regierung entlassen, eine Kampfregerung bilden und mit ihr den Reichstag auflösen könnte. Eine solche Handhabung widerspräche zweifellos dem Geist des verfassungsmäßig festgelegten parlamentarischen Systems. Eine in dieser Richtung einschränkende Auslegung des Artikels 54 erscheint demnach trotz Hinweis auf Artikel 59 (Anklage des Reichspräsidenten vor dem Staatsgerichtshof) und Artikel 43 (Antrag auf Absetzung des Reichspräsidenten durch den Reichstag) geboten. Ein weiteres schwerwiegendes Bedenken besteht in dieser Möglichkeit: Die Kampfregerung ist gebildet, sie erhält das Mißtrauen des Reichstags, der Reichspräsident entläßt sie, ernennt die selbe Regierung als neue Kampfregerung und löst mit ihr den Reichstag auf. Die mehrfache Auflösung des Reichstags aus demselben Grund ist zwar nicht zulässig, aber wer die praktischen Möglichkeiten der Handhabung der Politik kennt, weiß,

daß ein neuer Grund der Auflösung unschwer zu finden ist. Man kann auf diesem Weg sozusagen juristisch einfach zu einer Diktaturregierung gelangen.

Die Auslegung des Artikels 54 im Sinn Wolgasts müßte daher mindestens auf die Fälle beschränkt werden, in denen ein Kabinett infolge des Mißtrauensvotums des Reichstags zurücktreten muß, ohne daß die Mehrheit, die das Kabinett stürzte, eine Regierung zu bilden vermag, und eine andere normale Kabinettslösung unmöglich ist. Nur diese einschränkende Auslegung entspricht dem Geist der Reichsverfassung, insbesondere dem von ihr herausgebildeten Aufbau des parlamentarischen Systems, jede weitergehende widerspricht dem Inhalt des deutschen parlamentarischen Systems und würde der kalten Verfassungsänderung Tür und Tor öffnen.

**Informationsmittel** Die 1. Reihe von Vorträgen und einzelnen Schriften aus dem Institut für *Internationales Recht* der Universität Kiel /Berlin, Georg Stilke/ enthält im 9. Heft eine Untersuchung Walter Schätzels Die elsass-lothringische Staatsangehörigkeitsregelung und das Völkerrecht. Im 10. Heft stellt der frühere griechische Außenminister G. Streit den Lausanner Vertrag und den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch dar. Beide Werke, die von besonderen Sachkennern geschrieben sind, unterrichten in einer den Leser interessierenden Weise über die Materien, von denen sie handeln. In Stilkes Rechtsbibliothek /Berlin, Georg Stilke/ erschien ein Kommentar Wenzel Goldbaums zur Berner Übereinkunft zum *Schutz von Werken der Literatur und Kunst* vom 2. Juni 1928. Die Anmerkungen sind knapp und übersichtlich und berühren alle dabei auftauchenden wesentlichen Fragen, und dies stets unter eingehender Berücksichtigung der einschlägigen Literatur.

Der Verlag J. F. Lehmann in München bringt in einem Heft Grundsätzliches zu den *Femeprozessen* Zeugenaussagen und Verteidigungsrede des Rechtsanwalts Grimm /Essen/ in der Femesache Reim heraus. Der Einzelfall beansprucht kaum Interesse. In grundsätzlicher Hinsicht wird die Schrift die bisherige Einstellung der öffentlichen Meinung zu den Fememorden nicht beeinflussen können, da zwischen den Auffassungen der einen und der andern Seite eine, wie es scheint, nicht überbrückbare Kluft besteht.

**Tagungen** Der Vorstand der *Internationalen Akademie für Vergleichende Rechtswissenschaft* hielt Anfang Januar eine Sitzung ab, in der unter anderm beschlossen wurde mit dem Druck des geplanten Sammelwerks über die Quellen des positiven Rechts sofort zu beginnen.

Die in Frankfurt Ende April abgehaltene 7. Tagung der *Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer* brachte Referate über bundesstaatliche und gliedstaatliche Rechtsordnung in ihrem gegenseitigen Verhältnis im Recht Deutschlands, Österreichs und der Schweiz sowie über Verwaltungsrecht der öffentlichen Anstalt. Die *Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht* hielt vom 22. bis zum 25. Mai ihre 9. Jahresversammlung in Köln ab. Von den Vorträgen ist die Rede Walther Simons' über das Verhältnis der nationalen Gerichtsbarkeit zur internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und Gerichtsbarkeit besonders hervorzuheben.

Der *Deutsche Richtertag*, der vom 12. bis zum 14. September in Köln abgehalten werden soll, wird sich vor allem mit der Reform der deutschen Justiz zu beschäftigen haben. Der Oberlandesgerichtsbezirksverband Köln des Preußischen Richtervereins veranstaltete im April einen Vortragsabend, an dem der Vorsitzende des Deutschen Richterbunds, der Senatspräsident am Reichsgericht Reichert, über Justizreform und Richter sprach. Er bejahte grundsätzlich die Notwendigkeit einer grundlegenden Justizreform. Unserer Rechtsprechung fehle das neuzeitliche Tempo, sie arbeite nicht genügend exakt, sicher und zuverlässig; auch die Qualität gebe zu Bedenken Anlaß.

**Kurze Chronik** Die Reichsfunkgesellschaft und die Deutsche Studiengesellschaft für Funkrecht haben gemeinsam ein *Preis Ausschreiben* über das Recht der Allgemeinheit und des einzelnen im Rundfunk veranstaltet. Die Bewerbungen sollen bis zum 30. August beim Rechtsanwalt Hoffmann in Leipzig eingereicht sein. ◊ Eine Anzahl hervorragender Künstler, wie Ernst Barlach, Max Brod, Alfred Döblin, Arno Holz, Käthe Kollwitz, Heinrich Mann, René Schickele, Arnold Zweig, forderte in einer Resolution »vom Deutschen Reichstag, daß er unserm Vaterland die gleiche geistige und sittliche Höhe zugesteht, die so viele andere Länder durch *Abschaffung der Todesstrafe* bewiesen haben«. Die gleiche Forderung an die bol-

schewistische Regierung Rußlands ist bis jetzt nicht gestellt worden. ◊ Zwischen dem Direktor des Instituts für Internationales Recht Walter Schücking" und dem Generalsekretär des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag Hammarskjöld wurde vereinbart, daß das Institut von den wichtigsten *Publikationen des Weltgerichtshofs* auch eine deutsche Ausgabe veranstaltet; die Autorisierung der Übersetzung soll vom Haag aus erfolgen. Die Vereinbarung ist, da sie Quellen internationaler Rechtsprechung dem deutschen Rechtsleben leichter zugänglich macht, sehr zu begrüßen. ◊ Wie sich so nach und nach jede Behörde ihre eigene *Pressestelle* einrichtet, so tat dies jetzt auch die Berliner Anwaltschaft. Die neue Institution liegt in den Händen des Vorstands der Anwaltskammer und der Vorsitzenden und Schriftführer des Berliner Anwaltsvereins. ◊ Als Nachfolger des verstorbenen Kriminalisten Moritz Liepmann wurde der Kieler Strafrechtler *Eberhard Schmidt* Ordinarius an der Universität Hamburg. ◊ Es wurde gleichzeitig noch ein neuer Lehrstuhl für Strafrechtswissenschaft an der Universität Hamburg errichtet, den der Berner Professor *Ernst Delaquis*, der Herausgeber der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft und bisher Chef der Polizeiabteilung im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, übernahm. ◊ Einen Lehrauftrag zur Vertretung des Gefängniswesens in der Juristischen Fakultät der Universität Berlin erhielt *Werner Gentz* vom Preußischen Justizministerium. ◊ An der Universität Königsberg wurde *Ernst Wolgast* beauftragt über Öffentliches Recht zu lesen. ◊ Als Nachfolger Walther Simons', der infolge seines Konflikts zwischen der Reichsregierung und dem Staatsgerichtshof zurücktrat, wurde der Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium *Erwin Bumke* Präsident des Reichsgerichts.

**Literatur** Unter dem Titel *Okkultismus und Verbrechen* erschien ein gründliches Werk des Landgerichtsdirektors *Albert Hellwig* (Berlin, Paul Langenscheidt). Es führt in übersichtlicher Art in die kriminalistischen Probleme des Okkultismus ein, ist sehr ausführlich und dazu reich illustriert. Bei der bekannten Stellung des Verfassers diesem Problemkomplex gegenüber wird es nicht wundernehmen, daß er die Einzelfälle außerordentlich kritisch behandelt.

## KUNST

### Musik / Max Bulling

#### Internationales Musikfest

Dem Bearbeiter dieser Rundschau war es leider nicht möglich dem Fest der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik in Genf beizuwohnen. Bei der Wichtigkeit, die diese Veranstaltungen für unser Musikleben haben, sei es aber erlaubt in der Form einen Bericht zu erstatten, daß von dem Eindruck, den das Fest in der Musikwelt hinterließ, gesprochen wird. Da ist zuerst festzustellen, daß die Gesamtarbeit der Jury große Anerkennung fand. Die Jury hatte den Mut gehabt unter 20 Autoren 15 international völlig unbekannte Namen aufs Programm zu setzen. Und unter all diesen neuen und jungen Komponisten war es eigentlich nur einer, genauer eine Komponistin, deren Werk allgemein als zu leicht empfunden wurde: »Hübsch instrumentiert und vollkommen ideenlos«, schreibt ein tschechischer Kritiker, und er trifft damit genau das, was auch die meisten anderen darüber denken.

Die stilistischen Gegensätze der in Genf aufgeführten Werke sind recht groß gewesen. Und infolge dieser Unterschiede, wie der nationalen Geneigtheiten, sind die Berichte an sich recht verschieden. So interessierten sehr die völlig auseinandergehenden Urteile über *Leos Janaceks* *Missa Glagolskaja*, die von den einen als großzügliches Werk von unerhörter Kraft hingestellt, von anderen glatt abgelehnt wurde. Die Tschechen waren übrigens mit sehr gegensätzlichen Werken vertreten. Außer der Messe Janaceks hörte man eine Violinsonate von *Erwin Schulhoff*, die meist als elegantes, schmissiges Erfolgstück bezeichnet wird, und ein Klavierwerk von *Viktor Ullmann*, Variationen und Doppelfuge über ein Klavierstück von Arnold Schönberg. Ullmanns Stück wird sehr ernst gewürdigt, was bei der Wahl des Themas wohl recht bemerkenswert ist. Neben diesem sehr überlegenen Bekenntnis zu Schönberg hat die einzige österreichische Arbeit des Festes, ein Streichquartett von *Julius Schloß*, schweren Stand. Man spricht nicht vorwiegend freundlich über seine Zwölftönenmusik Schönbergscher Herkunft. Wie hier der Einfluß Schönbergs, so wird an anderer Stelle viel der Einfluß Strawinskis genannt: bei den beiden holländischen Komponisten, vor allem bei *Manuel Rosenthals* Sonatine für 2 Violinen und Klavier. Den übrigen Werken

wird zum mindesten von einem großen Teil der Presse größerer Wert im Sinn der Individualität des Komponisten zugeschrieben, einem Streichquartett von *Jersey Fitelberg*, religiösen Liedern von *Nikolaj Nabokow*, einer Klaviersonate von *John Ireland* und vor allem *Alexander Jemnitz'* Serenade für 3 Streicher. Stark differieren wieder die Urteile über *Vaughan Williams* Suite *Flos campi* für Soloviola, Chor- und Kammerorchester, *Frank Martins* Orchesterstück *Rhythmes* und die Symphonie des Amerikaners *Roger Sessions*. *Williams'* Werk ist nach der Lektüre als feines Stück zu bewerten, seine Landsleute werten es in der Besprechung allgemein sehr hoch, die Deutschen fanden es meist ermüdend. Die Urteile über *Martin* sind erstaunlich unpräzise, besonders die vielen deutschen Berichterstatter sagen Ja und Nein zugleich. Bei *Sessions* kennt sich der Leser nicht aus. Der eine Bericht nennt ihn einen Bachnachahmer, der andere erzählt: Vom Totentanzhumor bis zum Kirchweihalkohol ist alles vorhanden. Die deutschen Komponisten haben größten Erfolg gehabt. Die Motette von *Karl Marx* wird sehr gefeiert, das Klavierkonzert von *Johannes Müller* wird anerkannt, wenn auch nicht so gelobt wie die Klaviersonate von *Berthold Goldschmidt*. Über seine eigene Symphonie möchte der Referent nichts schreiben. Es ist erstaunlich, wie weit die Einmütigkeit der Genfer Urteile über die deutschen Werke ging. Während nach anderen Aufführungen festzustellen ist, daß sich ungefähr jedes Urteil durch ein anderes aufhebt, scheint hier eine Einmütigkeit des Musikerlebens geherrscht zu haben, wie sie zumal auf Musikfesten ganz selten ist. So ist auch der Ton der Presse und besonders die Haltung der nichtdeutschen Presse der deutschen Musik gegenüber von besonderer Loyalität und einer wahrhaft großen Neigung verstehen zu wollen erfüllt. Das scheint ein ganz besonderer Gewinn dieses Festes gewesen zu sein, und in diesem Sinn ist es eine wirkliche Freude die zirka 80 vorliegenden Berichte aus allen Ländern durchzusehen. Nur die wenigen Referate einiger zu bedeutender deutscher Kritiker muß man fortlegen.

**Kammermusik** Die Ortsgruppe Berlin der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik führte unlängst eine ganze Anzahl bemerkenswerter neuer Stücke auf. Darunter eine

Suite für Streichquartett von *Karl Wiener*. *Wiener* ist ein sehr ernster Musiker, der es nicht leicht hat sich durchzusetzen. Es gibt diesen Typus vorwiegend unter den deutschen Schaffenden, der zuerst einmal mit dem Hörer, fast möchte man sagen; mit der Relation zum Hörer, überhaupt nicht rechnet. Er geht ganz allein auf die Verwirklichung seiner Musikvorstellung aus und will sich vor allem sich selbst gegenüber durchsetzen, ehe ihn die Konfrontation mit der Umwelt interessiert. Daraus entsteht dann stets eine konzessionslose, innerlich harte Kunst, häufig eine wenig abgerundete, wenig vollendete Sprache, aber ebenso oft ein geistiges Niveau von wirklichem Wert. Dieses Niveau war in *Wieners* Arbeiten stets vorhanden. Aber diesmal ist ihm darüber hinaus auch eine Gestaltung geglückt, die besonders im 2. Satz dieser Suite ganz spontan wirkt.

Wenn bei *Wiener* die wohlgelungene Gestaltung als ein Produkt seiner Reife zu bezeichnen ist, so muß man das Streichquartett *Ernst Peppings*, das gleichfalls von der genannten Ortsgruppe vorgeführt wurde, eher als den glücklichen Wurf einer jungen Begabung auffassen, die allerdings noch nicht zur völligen Reife gekommen ist. Was die Gestaltung seiner Arbeit besonders interessant macht, ist die Themenlosigkeit. Ein Thema im alten Sinn gleicht einer These, und gerade die Kammermusik hat fast nie ohne sie musiziert, meist sogar aus These und Antithese ihre Sätze geformt. *Pepping* kommt ohne sie aus. So wird seine Musik zu reinem Geschehen, interessant genug in ihrer Diktion, um dem willig mitgehenden, vorurteilslosen Hörer etwas zu bedeuten.

Weniger interessant, aber überall sympathisch, ist die Musik *Ernst Bachrichs*, dessen Duo für Violine und Cello aufgeführt wurde. Auch dieser Autor ist noch jung, und die Sätze seines Stückes sind wohl nicht überall gleichwertig. Aber es ist ungemein wohltuend diese klare, gute Musik zu hören. Es ist durchaus nicht notwendig, daß jedes Kunstwerk Probleme aufrollt; in solchen Stücken, denen man 15 Minuten entspannt und willig folgt, ist mehr Wert als in vielen anderen zusammen, die aus Kampf und Grübeln entstanden sind. Ob die Entwicklung eines Autors ganz ohne Probleme auskommt, ist eine andere Frage. Wenn aber solche Werke wie *Bachrichs* Duo aus einem innerlich heitern Temperament stammen, dann mögen sie wohl als

ein Versprechen auf ein weiteres Musizieren im besten Sinn des Worts gelten. Das Verdienst der Uraufführung eines neuen Bläserquintetts von *Karol Rathaus* gebührt der Berliner Funkstunde. Was durch die Rundfunkübertragung einwandfrei zu erkennen war, ist die elegante Diktion, die klanglich feine Sprache des Werks, obwohl gerade aus vielen Lautsprechern das körperlich Klangliche nicht immer gut war. Daraus ist aber auf eine nur relative Übertragungseignung zu schließen, die Feinheit des Instrumentellen wie des Stimmlichen läßt sich für den Musiker unschwer durchhören. Wichtiger ist, daß das Formale nicht so eindringlich wirkte, wie es bei dieser Musik nicht nur überhaupt notwendig sondern primär faßbar sein muß. Darum ist es zu bedauern, daß diese Uraufführung durch Rundfunk erfolgte. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß das Werk eigenartige, fesselnde Struktur besitzt; sie kam nach einer ganzen Anzahl von Urteilen nicht zur Auswirkung. So sehr gerade für neue Musik im Rundfunk einzutreten ist, so streng sollte man darauf achten zur Uraufführung an dieser Stelle nur absolut geeignete zu bringen. Eine gute Konzertaufführung dieses Bläserquintetts bald nachzuholen bleibt eine Ehrenpflicht für unsere Bläser. Erst dann werden wir es ohne Hemmungen genießen können.

**Tiessen** Die Totentanzmelodie Heinz Tiessens gehört zu den wenigen Werken moderner Musik, denen von Anbeginn großer Erfolg beschieden war; sie ist seit Jahren überall und von den meisten Geigern gespielt worden, die überhaupt Sinn für neue Musik haben. Tiessen hat dieser Melodie ein Andante und eine Art spukhaften Tanzes zugesellt und so die Totentanzsuite Opus 29, 3 Stücke für Violine mit kleinem Orchester, herausgegeben /Berlin, Ries & Erler/. An sich ist darüber nicht mehr zu sagen, als daß es ihm gelungen ist das ausgezeichnete alte Stück in völlig entsprechenden Rahmen zu stellen. Wenn etwas schön und gut ist, wird Kritik überflüssig; dann hat man es eben nur anzuhören. Anders liegt der Fall bei Tiessens neuestem Werk: 6 Klavierstücke Opus 37 /Wien, Universaledition/. Diese neuen Stücke sind gut und charakteristisch in dem Sinn, in dem Musik überhaupt in den letzten Jahren charakteristischer geworden ist und sich von dem im nur Schönen auf-

gelösten Ausdruck abgewandt hat. So wirkungsvoll und dabei reif die Totentanzsuite in ihrer Art ist, an die überlegene, präzise Sprache und die Erfülltheit der neuen 6 kleinen Gestalten reicht sie doch nicht heran. Beide Werke haben aber das eine gemein, daß sie zum Musizieren erschaffen sind. Man empfindet beim Lesen sehr stark, wie praktisch sie erdacht sind: vom Instrument her konzipiert, zum Hörer hin tendiert. Das ist ein starker Wert. Er muß und wird diesen Stücken ihr Leben sichern.

**Pfützner** Mit etwas gemischten Gefühlen liest man die Berichte über Feiern, die anläßlich des 60. Geburtstags Hans Pfützners, am 5. Mai, veranstaltet wurden. Nur in München, wo es auch einen Hans-Pfützner-Verein gibt, scheinen sie aus wirklich positiver Beziehung zu Pfützners Werk hervorgegangen; die Berichte über andere Feiern sprechen von Achtung, aber sie zeugen von wenig herzlicher oder dankbarer Verehrung. Die Wirkung, die daraus nach außen hin entsteht, ist unbedingt eine Ungerechtigkeit. Pfützner ist ein Meister, einer unserer ernstesten Kämpfer, und es ist nicht angemessen, daß man ihn aus Anstandsgefühl schnell einmal ehrt; er ist Persönlichkeit genug, um weitgehende Würdigung zu verdienen. Aber andererseits kennzeichnet der Charakter der Feiern seine Stellung in der Kunst. Sein herbes, strenges, oft verstiegenes, manchmal kleinliches Wesen wirkt so unfreundlich, daß ihm die Menschen niemals so zugetan sein konnten wie etwa Richard Strauß. Pfützner ist ein so kluger und so aktiver Geist, daß er sich auch schriftstellerisch und polemisch äußern mußte. Aber welche Fülle von Engherzigkeiten und Mißverständnissen steht in diesen Arbeiten! Sie stoßen den Leser zuweilen so ab, daß er ihnen gar nicht gerecht werden will. Wenn man dazu bedenkt, daß auch das musikalische Werk Pfützners eine geistige Entwicklung eigentlich nicht kennt, so ist es zu verstehen, daß seine Anhänger nicht begeisterte oder ergebene Kunstfreunde, sondern daß sie Gesinnungsgenossen einer ganz bestimmten Art sind. 3 Dinge sind es, die Pfützners Ruf begründet haben: einige Lieder, ein wenig Kammermusik und sein Opernwerk. Unendlich Zartes und Feines hat dieser strenge Mann in seinen ersten Liedern gesagt, und sein Klavierquintett Opus 23

ist ein sehr schönes Stück. Das erste große Werk, die Oper *Der arme Heinrich*, wird von manchen heute noch als seine bedeutendste Tat hingestellt. So unselbständig und in manchem unfertig es als Jugendarbeit sein mag, die unbedingt vornehme und im Ausdruck intensive Diktion haben überall starken Eindruck erzielt. Ausschlaggebend für die ganze Stellung Pfitzners ist aber seine Oper *Palestrina*. Sie entstand aus der Verehrung der Vergangenheit, wurde in einer rein geistigen Haltung konzipiert und mit einem tiefen, manchem unerträglichen Ernst geschrieben. Auch wer dieses Werk ablehnt, muß es bewundern. Seine Einzelstellung, mit ihr seine Bedeutung ist unantastbar (siehe die Rundschau Bühnenkunst, 1920 I Seite 304 und folgende). Es fragt sich, ob dieses Werk als Einzelleistung, oder ob die gesamte Persönlichkeit Pfitzners eines Tages uns höher stehen wird. Wie sich auch später die Menschen entscheiden werden, wir heute sollten uns, trotz allen möglichen Gegensätzlichkeiten, doch stets vergewärtigen, daß wir Hans Pfitzner dieses Werk zu verdanken haben.

Unterricht und Im Verlag Moritz Diesterweg in Frankfurt gaben Praxis im vorigen Jahr Edgar

Rabsch und Hans Burkhardt unter dem Titel *Musik ein Unterrichtswerk für die Schule* heraus, das große Beachtung verdient. Es geht davon aus, daß der Musik durch die Richtlinien für die Lehrpläne der Höheren Schulen Preußens ein ganz neues Wirkungsfeld eröffnet wurde, und will demgemäß dem Musikunterricht, der an die Stelle des alten Gesangunterrichts getreten ist, ein Leitfadens sein. Und so bringt es denn im 1. Teil, Sexta bis Quarta, eine Anzahl Lieder, etwas Instrumentalmusik, einfache Chorsätze, etwas musikalische Handwerkslehre; im 2. Teil, Untertertia bis Untersekunda, etwas schwierigere Vokalmusik, außerdeutsche Volksmusik, Musikgeschichte und Musiktheorie; ein 3., 1929 veröffentlichter Band, ist ein Chorbuch für gemischten Chor. Der praktische Musiker liest im Vorwort mit einiger Angst, daß die Musik ein »Erziehungsmittel zur Bildung des sittlichen Menschen« sein soll, er fürchtet sich daraufhin vor dem Buch. Es ist aber ein ausgezeichnetes Werk und in dieser Form etwas Neues, das ehrliche Bewunderung verdient. Schon die Auswahl der Vokalmusik ist sehr

gut. Die Bevorzugung der Sätze, die vom wirklich Gesanglichen ausgehen, und das pädagogische Feingefühl, mit dem durch die Auswahl Interesse für alles mögliche erweckt wird, ist bemerkenswert. Besonders gelungen sind die theoretischen Kapitel. Nirgends ist zu wenig und doch überall nur so wenig gegeben, daß ein geschickter Lehrer darauf ganz individuell aufbauen kann. Dabei ist aber auch alles herangezogen, was einmal von praktischem Wert für den erwachsenen Musikfreund sein kann. Er bekommt eine Vorstellung davon, wofür Musik überhaupt Ausdruck sein kann. Soweit sie Ausdruck realen oder idealen Lebens ist, lernt er charakteristische Beispiele kennen: Politische und Kulturgeschichte werden illustriert, ebenso Völkerkunde (auch Indianer- und Negergesänge) und Naturgeschichte (Vogelstimmen) herangezogen, für das Verständnis der Kunstmusik wird der Weg geebnet. Die einfachsten Formen, die Notenschrift, ja Partiturbeispiele werden gegeben, die Instrumente und anderes mehr erörtert. Es ist nicht möglich hier auf weitere Einzelheiten einzugehen. Hoffentlich findet dieses Werk in unseren Schulen weiteste Verbreitung, es kann unendlich viel Gutes wirken. Curt Sachs, dem wir das Handbuch der *Musikinstrumentenkunde* verdanken, hat ein neues, sehr bemerkenswertes und eigenartiges Werk erscheinen lassen: *Geist und Werden der Musikinstrumente* /Berlin, Dietrich Reimer/. Das Buch will die Musikinstrumente, angesichts ihrer eigenartigen und hervorragenden Stellung innerhalb der menschlichen Kultur, vorlegen und vor allem zum Gegenstand der Geschichte machen. Diese Geschichte reicht von der Altsteinzeit bis in unsere Weltepoche hinein: sie wird abgebrochen, wo das Musikinstrument aus der Weite allverbundener Glaubens- und Lebensbeziehungen in die Enge rein künstlerischer Zwecke schrumpft. Die Instrumente bedeuten innerhalb einer Kunst des Flüchtigen, Vorbeiziehenden das Unvergängliche, Feste, Greifbare. Zeiten, deren Singen und Spielen verklungen ist, haben wenigstens im Musikinstrument ein Zeugnis ihrer Fortschritte niedergelegt. Und diese Geräte haben mehr zu künden als ästhetische Werte. Bevor Musik zu Kunst wird, haftet sie unlösbar in dem Ganzen der seelischen Haltung: Sie ist unmittelbarste religiöse und gesellschaftliche Handlung, und wirkt als treuester Spiegel dem Betrachter das unverfälschte



Bild der alten Kulturen zurück. So will das Buch darstellen, wie das Musikinstrument mit tausend Fäden an der Gesamtheit der menschlichen Triebe und Vorstellungen hängt und von ihnen in Geist und Werden bestimmt wird, es will ein Beitrag zur Geistesgeschichte sein. Nicht der ungeheure inhaltliche Reichtum fesselt den Leser am stärksten sondern die Vertiefung in den Anfang der Dinge. Es ist eine Schöpfungsgeschichte, die das Werden bestimmter geistiger und seelischer Ausdrucksmöglichkeiten im Nacheinander der Erscheinungen beschreibt. Freilich zwang den Autor die Fülle des Materials zu einer so abgekürzten Darstellung, daß dem Leser viel Arbeit bleibt. Diese Arbeit zu leisten wird nicht jedem möglich sein. Das Problem, erst recht seine Bearbeitung, hat aber so seltenen Wert und wird so großes Interesse finden, daß man wünscht, der Autor möge sich zu einer kurzen Darstellung der durchgehenden Beziehungen entschließen.

Zum Schluß sei auf ein Werk hingewiesen, daß fast allein den Erfordernissen praktischen Musizierens dient: auf die *Schule für Jazzschlagzeug* von Mátyás Seiber, dem Leiter der Jazzklasse am Hochschen Konservatorium in Frankfurt/Mainz, B. Schotts Söhne/. Dieses Buch kann dem Berufsmusiker wie dem ausübenden Dilettanten als sorgfältig und praktisch gearbeitete Schule nahegelegt werden. Es ist kulturell interessant festzustellen, daß ein solches Buch entstehen konnte. Seiber betont im Vorwort ausdrücklich, daß das Modische zwar nicht unberücksichtigt bleiben konnte, auf seinen wandelbaren Charakter aber jedesmal hingewiesen wurde. Aus bestehenden Werken konnte er also einen prinzipiellen Stil des Schlagzeugspiels so weit herausarbeiten, daß er auf ihn eine Schlagzeugschule aufbaute. Für den Musiker ist es die interessante Arbeit eines Spezialisten, der über das rein Schulmäßige hinaus fast zu einer Darstellung der Elemente des Jazz kommt, allerdings stets nur im Zusammenhang mit praktischer Arbeit. Ihm durchaus gleichwertig ist der Anhang Paul Frankes Das Schlagzeug im Orchester. Das Studium des Buches sei darum gerade unseren Orchestermusikern dringend angeraten.

**Kurze Chronik** In der Delegiertenversammlung der *Internationalen Gesellschaft für Neue Musik* ist beschlossen worden 1930 das Fest

in Lüttich, 1931 in Oxford, 1932 in Wien abzuhalten. Als Jury für Lüttich werden Butting, Ibert, Schulhoff, Pisk und Malipiero arbeiten. Das Fest in Lüttich wird eine besondere Bedeutung erhalten, da dort zugleich die Internationale Gesellschaft für Musikwissenschaft tagen wird. ◊ Die Hinterlassenschaft Smetanas wurde vom tschechoslowakischen Staat um den Preis von 2½ Millionen Kronen für das zu errichtende *Smetana-museum* angekauft. Sie enthält die handschriftlichen Partituren aller 8 Opern, einen großen Teil seiner Lieder und orchestrale Werke. ◊ Leiter der Dresdener Philharmonie wurde, nach dem Tod Eduard Mörikes, *Paul Scheinflug*, bisher in Duisburg. ◊ Am 17. April wurde *Johannes Wolf* 60 Jahre alt. Wolf ist eine internationale Autorität auf dem Gebiet der mittelalterlichen Musik. Seine Geschichte der Mensuralnotation ist ein Standardwerk. Er ist jetzt Direktor der Musikabteilung an der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin.

#### Bewegungskunst / Heinrich Spaemann

Ruttmann-  
tonfilm

Von allen bisherigen Tonfilmexperimenten sind die sehr vorsichtigen, aber gewissenhaften Arbeiten Walter Ruttmanns allein erwähnenswert. Sie rühren an das Wesen der neuen Form und bedeuten auch geistig etwas. Die *Melodie der Welt* ist ein Reisefilm, die Kolbenstöße der Schiffsmaschine, das Heulen der Dampfersirene, ein Kommandoruf des Kapitäns, ein Abschiedsruf aus der Menge: diese Geräusche sind hier nicht Zutat sondern Teile einer sinnlichen Einheit. Im übrigen ist der Film ein schönes Beispiel für die kompositionelle, ordnende Bewältigung einer chaotischen Aufgabe. Es sollte für einen Weltreisedampfer Propaganda gemacht werden. Bisherige Versuche in dieser Richtung boten ein Konglomerat von Sehenswürdigkeiten. Ruttmann faßt das Gesehene in bestimmte analogische Reihen zusammen, die er rhythmisch verbindet: Er zeigt, wie die Völker essen und schlafen, wie sie aufstehn und beten, ackern und ernten, wie sie tanzen und trommeln und marschieren. Freilich, die "Melodie der Welt" ist das noch nicht, eher so etwas wie ein schön bewegtes und in seinen Ordnungen lehrreiches Panorama. Und so sind alle Filme dieses hervorragenden Photomonteurs: Sie sind nur schauhaf schön oder richtig, ihr Inhalt bleibt unverbindlich in der Fläche, im Raum,

wirkt nicht verbindlich in der Zeit. Hier ist die Grenze Ruttmanns. Er ist, wie die meisten früheren Abstrakten, nur am Optischen der Erscheinung interessiert, nicht auch an ihrem Wirklichen, als hätte ihn das Wirkliche enttäuscht. Darum liegt ihm besonders und ausschließlich die aufzeigende, die raumverbindende Seite der Kinematographie und deren unverbindliches Ethos: im Nebeneinander zeigen. Doch nur negativ bewältigt er das zeitliche Wesen des Films, dessen positive Entsprechung etwa hieß: im Nacheinander wirken. Er paralyisiert es durch die Analogie. Analogie ist Wiederholung, und Wiederholung hebt das lebendig in der Zeit Wirkende, das Fragmentarische einer Erscheinung auf, so daß nur ihr Anschauliches zurückbleibt. Die geistige Form jedoch, in der sich das zeitliche Wesen des Films erfüllt, ist das Paradoxon: Es entzündet sich gerade am lebendig Wirkenden und fragmentarischen einer Erscheinung und verstärkt dies durch Konfrontierung, es fixiert die Erscheinung nicht sondern stellt sie in Frage.

**Film** Junge Menschen sind meist weniger gute Schauspieler als Erwachsene, in ersten Rollen aber bessere Filmdarsteller. Was man so als die Eigenart des Erwachsenen bezeichnet, sind zum guten Teil bestimmte ihn charakterisierende Automatismen in Bewegung und Ausdruck, die auf der Bühne ein prächtiges Gestaltungsmaterial für Charakterrollen abgeben, die der Filmmechanismus aber als solche herausstellt und lächerlich macht. Der Filmregisseur hat es natürlich in der Hand diese Versteifungen entweder, wenn er komisch oder boshaft sein will, gerade zu zeigen oder aber, wenn er ernst bleiben will, zu verbergen, indem er nur die lebendigen Momente herauschneidet. Jedoch gelingt ihm dies nur in den Filmen ohne männlichen Star. Der männliche Filmstar streift schon in seiner Funktion als solcher immer das Lächerliche, um so stärker, je mehr der Filmheld ein Ideal verkörpert, als Wunschversteifung zutage tritt. Kluge Darsteller wie Adolphe Menjou oder Harry Piel wissen um diesen Betrag in ihrer künstlerischen Rechnung und geben ihm durch leichte Selbstironisierung ein positives Cachet. Junge, ihrem Wesen nach junge Menschen haben diese negative Komponente gar nicht. (Inwiefern sie auch Frauen weniger eignet,

sei hier nicht untersucht.) Dem Kampf der Tertia (siehe diese Rundschau, in diesem Band Seite 167) stellt sich jetzt der Film *Geschminkte Jugend* an die Seite, der in der menschlichen Auffassung des Regisseurs trotz einigen Klischees seine wahren und starken Wirkungen hat, weil er von lauter jugendlichen Darstellern gespielt wird. Unter ihnen ist Tony van Eyck, ein ernstes schönes, beinahe geistiges Gesicht, von großer Ausdruckskraft.

Zum erstenmal sah man nun auch in Deutschland einen japanischen Film: *Im Schatten des Yoshiwara*, eine Darstellung des Bruder-Schwester-Motivs von kompromißlosem künstlerischen Ernst und erstaunlich weit in der Erfassung der filmischen Wirkungsform. Es blieb ein Rest von Ungekonntem in den Übertreibungen stilisierender Art, wie etwa wenn sich hundert verlangende Hände nach der schönen O Ume ausstreckten. Der Stil eines Films wird ja unbewußt erlebt, er ergibt sich aus dem Geistigen, aus den Ausdrucksformen der Darsteller und aus der Art, wie der Regisseur die Dinge sieht, und wie er sie ordnet und zeigt. Dieses Stilerlebnis ist bei den Japanern hier besonders stark, weil ihnen allen noch ein gemeinsames Geistiges innewohnt. Es wird aber in seiner Einheit zerstört, wo zweckhaft und gewaltsam "stilisiert" wird.

**Amerikanisches Filmmelodram** Der berühmte amerikanische Tonfilm *The Singing Fool* kam nun auch nach Berlin. Das Werk hat ganz Amerika in Entzücken versetzt, eine bankrotte Industrie reich gemacht und die Weltpresse monatelang in Atem gehalten. Ursache des Erfolgs war nicht allein die Tatsache Tonfilm, denn es gab technisch gleichwertige Fabrikate mit dem gleichen Star, die bedeutend weniger interessierten. Offenbar wurde ein Werk geschaffen, das der geistigen und gemüthlichen Verfassung des durchschnittlichen Amerikaners in einem geradezu standardmäßigen Grad entsprach, so daß ihm nun die gesamte amerikanische Filmproduktion nacheifert. *The Singing Fool* ist eine Art Melodram. Streckenweise läuft ein stummer Film, dann treten die Darsteller als lebendes Bild vor die Apparatur und lassen sich photo- respektive phonographieren. Das gesprochene Wort klingt noch wie aus einem hohlen Trichter, das gesungene ist bestes Grammophon.

Es begibt sich folgendes: Ein Nachtlokalsänger liebt eine Kollegin, komponiert Lieder für sie und, lebendes Bild: erklärt ihr darin seine Liebe, Die Macht des Gesanges ergreift einen zufällig anwesenden Revuedirektor, der die beiden engagiert und berühmt macht, 3 Jahre später, Lebendes Bild: Der Mann sitzt am Bett seiner Frau und beschwört ihre Liebe, die inzwischen erkaltet ist. Im Nebenzimmer erwacht das 2jährige Kind, es eilt herbei, um die Eltern zu versöhnen, Lebendes Bild: Der Vater setzt sich mit dem Kind unter den Weihnachtsbaum, erzählt ihm eine Geschichte und singt es mit dem Lied vom Goldkind, vom sunny boy, wieder in den Schlaf. In der Silvesternacht geht die Frau mit dem Jungen auf und davon. Nur ein einzigesmal noch darf der gebeugte untröstliche Mann sein Kind wiedersehen, Lebendes Bild: Die Abschiedsszene im Park. Aus Gram über die Trennung sagt er seinen Kontrakt auf und kommt völlig herunter, Lebendes Bild: Der Landstreicher am Klavier. Eine Freundin von einst und ihr Hinweis, daß sein Junge einmal stolz auf ihn sein müsse, richten ihn wieder auf. Nun ist er wieder berühmt, da wird er plötzlich kurz vor der Vorstellung an das Sterbelager des Kindes gerufen, dem er nun, lebendes Bild: ein letztes Mal das Lied vom Goldkind vorsingt; dann stirbt es in seinen Armen, Die unglückliche Mutter steht vernichtet, Nur ein Arzt tröstet sie. Den Vater jedoch verpflichtet der Kontrakt das Lied vom sunny boy noch am selben Abend vor dem Publikum zu wiederholen. Lebendes Bild: Er tut es mit tränenerstickter Stimme, ringend zwischen Pflicht und Schmerz. Die Menge rast Beifall, und der zusammenbrechende Sänger versichert dem Inspizienten, daß er sein Lebenlang nicht müde werden wolle zu Ehren des armen Kindes das Lied vom sunny boy zu wiederholen.

In dieser Schlußwendung ist die Gesinnung, aus der in Amerika Kunst fabriziert wird, so treffend zusammengefaßt, daß man sich jedes weitem Worts entschlagen könnte. Nachdem man indes dies alles erlebt hat, dazu die auch mit Grausen und Gelächter gemischte kopflose Rührung des immerhin unschuldigen Berliner Publikums, dazu den Chor der Zeitungen, die hier von schöner Volkstümlichkeit faselten, und die Stimmen derer, die vor lauter Tonfilm nicht den Inhalt sahen, und was hier eigentlich gespielt wird, nach all diesem bleibt

folgendes zu sagen. Es gibt 3 Formen von menschlicher Entartung, von seelischer und sozialer Gestaltlosigkeit und Abgestumpftheit; die Prostituierung des Geistes: den Literaten, die Prostituierung der Form; den Ästheten, und eine, die abscheulichste: den Ausverkauf des Menschlichen; er kennzeichnet das, was an "Amerika" angebetet wird.

Französisch-japanische Schauspieler japanischer Gemeinschaftsfilm stellen in einem französischen Atelier einen Film her, *Harakiri* betitelt, der in der Auffassung der Pariser Filmavantgarde gestaltet ist. So entstand ein französisch-japanischer Gemeinschaftsfilm, der auf neue bekundet, wie eng die geistige Allianz zwischen Frankreich und dem Fernen Osten ist. Die Wiener Arbeiterzeitung, in deren Filmteil man meist anderes lesen kann als man in Filmbesprechungen der deutschen Zeitungen sonst anzutreffen pflegt, berichtete dort am 10. April über diesen Film, von dem sie unter anderm dies sagte: »Die jungen französischen Filmregisseure, die nicht nach dem Gebot eines Filmgeschäftemachers sondern nur nach dem ihres künstlerischen Gewissens arbeiten, haben in jahrelangen Experimenten alle Geheimnisse der Bildersprache entschleiern und können heute auch die feinsten psychologischen Einzelheiten, die Viertel- und Achteltöne des Gefühls, die zartesten Schattierungen der Stimmung durch sichtbares stummes Geschehen so plastisch und eindruckskräftig darstellen, wie sie vielleicht keine andere Kunst darstellen kann . . . Sie können mit ihrer Kamera die Wirklichkeit so schauen, daß sie gespenstig wird. Wie traumhaft-unwirklich sind die Landschaftsaufnahmen dieses Films, welche wunderbare Märchenstimmung webt der Photograph um Schneefeld und Baum, um Wolke und Sonne! Und mit welcher Kunst wird die Szene der Totengebete an der Bahre des Mongolen zu einem schattenhaften Gespenstertanz gestaltet! Manchmal blendet ein Bild auf, das man für eine phantastische Landschaft hält: Schleier um Schleier hebt sich vor der Kamera, und wir sehen die Hand einer Frau, die auf dem Totenbett des Geliebten ruht. In das Reich dieser Halbphantastik gehört auch der Versuch eine Szenerie durch den verschleiern Blick einer Weinenden zu zeigen; die Erscheinung der Dinge in einer Träne optisch zu brechen.«

Woran liegt es, daß man von den wesentlichen französischen Filmen in Berlin kaum etwas zu sehen bekommt? Sicher nicht allein an den Verleihgesellschaften sondern ebensosehr an den berufenen Vertretern der öffentlichen Meinung. Es ist erschreckend zu sehen, wie auch sie einer glatten wirtschaftlichen Machtkonstellation, unwissend vielleicht, erliegen. Das tägliche und riesige amerikanische Angebot mit seiner überragenden Quantität im Verschleiß eines exquisiten und hochbezahlten Menschenmaterials hämmert diesen Köpfen die Vorstellung von einem absoluten amerikanischen Übergewicht ein: Die Firma drängt sich vor den Erfinder, der Ausbeuter von den Produzenten, die Materie vor den Geist. Zwischen der amerikanischen und der europäischen Filmkunst ist dies die Proportion. Es soll nicht behauptet werden, daß es in Europa und Asien so etwas wie eine fertige Filmkunst gebe. Aber hier sind ihre bisherigen Schöpfer zu Hause, hier sind ihre Ansätze und ihre Zentren, von denen eines, vielleicht das wichtigste heute, Paris heißt. In künstlerischen Dingen ist es absurd von denen, die ihr materielles Übergewicht einsetzen, mehr zu erwarten als von denen, die sich über die geistigen Voraussetzungen ausgewiesen haben.

**Sportkunst** Berlin sah im Mai 2 Tennisgrößen: René Lacoste, den Künstler dieser schönsten und persönlichsten Sportart, und Henri Cochet, ihren absoluten Meister. Die Siege dieser beiden Franzosen über William Tilden, den amerikanischen Champion, begeisterten seinerzeit alle Sportkundigen. Es ist wohl nicht zu fürchten, daß einem von ihnen das Schicksal zuteil wird, das Suzanne Lenglen beschert wurde, nachdem sie Helen Wills geschlagen hatte: Die Amerikaner preßten ihr für noch nicht 100 000 Dollars die Amateurwürde ab und sicherten ihrem Star damit das Championat. So wurde die "göttliche Suzanne", über die Claude Anet sein schönes Buch geschrieben hatte (siehe diese Rundschau, 1927 II Seite 1045 und folgende), und der man auf dem Tennisplatz nicht bekommen konnte, auf die einfachste Art "erledigt". Und es versteht sich von selbst, daß nun Helen Wills in deutschen Zeitungen mit ölig devoter Begeisterung als "Tenniskönigin" gepriesen wird, so als ob eine Lenglen nie existiert hätte. Es ist interessant, daß Amerika, wie

Willy Meisl in der Vossischen Zeitung berichtete, keinerlei Kosten und Anstrengungen scheut, um sich auch auf sportlichem Gebiet den Schein der Hegemonie und seinem Volk die Helden zu sichern. So wurde Charles Hoff, der beste Leichtathlet, durch ein System von Machenschaften kurz vor der Olympiade erledigt. Und jetzt steht auch Nurmi in Gefahr aus der Amateurlaufbahn und damit aus der Konkurrenz herausgedrängt zu werden. Man will ihn rechtzeitig hindern 1932 in Los Angeles den Marathonlauf zu bestreiten und zu gewinnen.

**Totenliste** Am 10. Februar starb in Berlin *Albert Steinrück*, in seinem 57. Lebensjahr. Steinrück war der seltene Fall eines guten Schauspielers, der auch im Film hervorragte. Vielleicht, weil er in einem besondern Maß innerlich und äußerlich existent schien. Nicht ohne Grund bevorzugt der deutsche "Charakterfilm" Darsteller von ausgesprochenem Volumen." Zum Unterschied von den Kollegen dieses Schlages hatte Steinrück nichts vom Star. Er war ohne Arabesken und Hohlräume. Deshalb wurde er auch nicht bekannt. Er war ein Massiv, als solches wirkte er nicht massig und gewaltig sondern gespannt und fest. Er hatte das Format, aber er wirkte durch den Inhalt. (Andere wirken um so viel mehr durch das Format als es ihnen an Inhalt fehlt.) Steinrücks Geste war sparsam, verschlossen und undurchsichtig. Im Film erzeugt gerade das Unausgesprochene, aber Existente, die stärksten und geistigsten Spannungen. Die gesteigerte und ausgespielte Bewegung schwingt nicht weiter, weil sie eingesehen wird. Ein so expressiver Schauspieler wie Albert Bassermann kommt im Film um seine besten Wirkungen. Steinrück war ein Meister im Nichtspiel. Im Film *Fräulein Else* bot er vielleicht die stärkste und richtigste filmische Einzelleistung eines männlichen Film darstellers, die wir kennen. Es gibt da eine Szene von unerträglich werdender Spannung, und die Spannung vollzieht sich und steigert sich lediglich an den unbewegten und Ungewisses bergenden Schultern dieses Mannes, an seinem wahrhaft steinernen Rücken, dem das Auge minutenlang folgt. Ende Januar starb in einem Pariser Spital *Louise Weber*, früher auf dem Montmartre als *La Goulue* jedem bekannt. Sie war in den achtziger und neunziger

Jahren die hervorragendste Tänzerin der Quadrille, Toulouse-Lautrec hat ein Plakat für sie entworfen, das dann berühmt wurde und bleibend von ihr zeugt. Später war die Goulue Menageriebesitzerin und Tierbändigerin. Noch später verkaufte sie Photographieen. Sie kam schließlich schrecklich herunter. Noch gegen ihr Ende hin eine Erscheinung von unerklärlichem Ausmaß, diente sie als Schaustück einer Jahrmarktsbude.

**Kurze Chronik** In schroffster Front gegen den Sprechfilm steht *Charles Chaplin*. Er bringt heute seine Filme in eigener Gesellschaft heraus, da sich alle maßgebenden amerikanischen Filmgesellschaften wirtschaftlich und künstlerisch der Sprechfilmbewegung angeschlossen haben, darunter auch die United Artists. ◊ In der Stuttgarter Internationalen Ausstellung Film und Photo, die hier auch in der Rundschau Kunstgewerbe erwähnt ist, werden die bedeutendsten Filme der letzten Jahre wiederaufgeführt respektive uraufgeführt. ◊ Die Filmgesellschaft Prometheus, bekannt durch den Vertrieb von Russenfilmen, veröffentlicht jetzt ein eigenes Produktionsprogramm, das zu außerordentlichen Erwartungen berechtigt. Als Regisseure sind, außer Pudowkin und Osep, W. A. Blum und L. Moholy-Nagy genannt.

### Bühnenkunst / Gerhart Scherler

**Dreigroschenoper** Die Dreigroschenoper hat einen geradezu unerhörten Siegeszug über die deutschen Bühnen angetreten; in Berlin hat man bereits eine Neueinstudierung des Werks, die eine szenische und musikalische Ergänzung bietet. Von allen Stücken unseres Theaters hat sich die Dreigroschenoper als das interessanteste, zugkräftigste und für die Entwicklung des Theaters wichtigste herausgestellt. Es ist bekannt, daß Bert Brecht als Unterlage für sein Stück John Gays *Beggar's Opera* benutzt hat. Was ihn an dieser Bettleroper reizte, war einmal das ungewöhnliche Milieu, das an sich schon zur Vervollständigung des theatralischen Weltbilds geeignet ist. Und dann sagt er in einer Anmerkung zum Werk anläßlich der Aufführung: »Nicht fehlen uns Heutigen die soziologischen Anlässe von *The Beggar's Opera*: Wie vor 200 Jahren haben wir eine Gesellschaftsordnung, in der so ziemlich alle Schichten der Bevölkerung, allerdings auf die aller-

verschiedenste Weise, moralische Grundsätze berücksichtigen, indem sie nicht in Moral sondern natürlich von Moral leben.« Die Dreigroschenoper wird zur herbsten Moralkritik unserer Zeit. Im Werk sind es die Gesänge (man braucht sie um so weniger im anglisierenden Jargon Songs zu nennen, als die wichtigsten und wirkungsvollsten von dem unsterblichen französischen Strolch und Dichter François Villon stammen), die, bewußt jede sogenannte dramatische Handlung durchstoßend und direkt und unabhängig von dem gerade auf der Bühne gezeigten Fall zum Publikum sprechend, seine Aggressivität ausmachen. Diese Gesänge, von Kurt Weill verblüffend sachlich komponiert und darum den Hörer elektrisierend und erschütternd, bilden die Quintessenz des Werks. Das wird einem schon beim Lesen der Texte klar, die mittlerweile in einem kleinen Heftchen des Verlags Gustav Kiepenheuer in Berlin zusammengestellt sind. Brecht propagiert seit langem das "epische" Theater. Er verzichtet auf dramatische Spannung, hält nichts von einem zweckvollen Aufbau einer Handlung. Es werden Tatsachen objektiv berichtet. Der Zuschauer soll den Fall aus der Distanz betrachten und sich dann sein eigenes Urteil darüber bilden. Der Inhalt, der vorweggenommen wird, steht nicht mehr zur Diskussion, sondern die Form. Die Form soll Interesse für das gerade behandelte Thema erwecken. Der dramatische Ablauf bedeutet nichts weiter als ein Mittel unter vielen anderen, zum Beispiel eben den Gesängen, die gesamt-szenische Aussageform entscheidet. Die Dreigroschenoper ist eine Parallele zu Strawinskijs *Oedipus rex* (siehe darüber diese Rundschau, 1928 II Seite 723), dessen Absicht Strawinskij als »Einfrostung« bezeichnet hat. Man muß der Berliner Uraufführung im Theater am Schiffbauerdamm nachrühmen, daß sie diesen epischen Stil in die Wirklichkeit umgesetzt hat. Der Regisseur Erich Engel und der Bühnenmaler Caspar Neher dürfen den Anspruch erheben den durch Phantasie und Beweglichkeit geradezu vorbildlichen szenischen Apparat des neuen Theaters geschaffen, sozusagen sein Grundschema gefunden zu haben. Diese szenische Aussage ist balladenhaft wie der Text, in fortwährender, absolut offener Verwandlung läßt sie den ganzen Apparat des Theaters spielen, wird selbst mit Spiel, schafft selbst die dramatische Situation.

Pariser Arbeitertheater Ein Element des Neuen, wie es von Zeit zu Zeit aus Paris in die Welt kommt und namentlich in die Stagnation oder die Geschäftigkeit des Kunstbetriebs umgestaltend hineinfährt, erwächst jetzt aus dem Arbeitertheater, von dessen Art Eugen Gerber im Vorwärts vom 6. Juni 1929 ein anschauliches Bild gegeben hat. Da diese Einrichtung in Deutschland bis jetzt unbekannt ist, so sei das Wesentliche jenes Berichts hier wiedergegeben. Man wird dann noch darauf zurückkommen müssen, um die Bedeutung dessen, was sich da abspielt, zu untersuchen und dann daraus die Schlußfolgerungen für die Formung einer Arbeiterkunst überhaupt zu ziehen.

»Wer noch nie«, so schreibt Gerber, »einer Aufführung des Pariser Arbeitertheaters in Belle Ville, in Saint-Denis, in Malakoff oder sonstwo im Roten Gürtel der französischen Hauptstadt, beige-wohnt hat, der hat überhaupt noch kein Theater gesehen. Ich finde im ganzen Duden keine Worte, um die Atmosphäre, die Begeisterung, den Jubel in diesen kleinen übelriechenden, meist improvisierten Theatersälen zu beschreiben. Die Schauspieler, meist Arbeiter, das Stück, die Musik: das alles sind Nebensachen. Die Zuschauer spielen . . . Aus den rot unterlaufenen Augen sprüht die Flamme der Begeisterung, der Spannung, heller als die halb blinden Lampen an der in alle Himmelsrichtungen aufgesprungenen Decke. Die Flamme sprüht feuriger von Sekunde zu Sekunde. Ich zittere. Wenn nicht im nächsten Augenblick das Stück beginnt, steht der Saal in Flammen. Es klingelt. Gott sei Dank! Totenstille. Man spielt ein Stück von Marcel Thoreux Volk, du schläfst! . . . Nein, das war kein Theater. Das war mehr, viel mehr . . . Der Dichter Marcel Thoreux ist Maschinenschlosser. Er organisiert die Tourneen, er übt mit den Arbeitern seine Stücke selbst ein. Dem Leben ins Auge schauen! heißt ein anderes Stück. Die Auferstehung von Paris ein drittes . . . Gewiß, die Werke Thoreux' sind keine Kunstwerke, und sie würden das Rampenlicht der Comédie Française nicht vertragen. Aber sie sind von einer erschütternden Naivetät und Aufrichtigkeit.«

Dieses Proletariertheater hat ohne Zweifel eine Bedeutung für die Arbeiterklasse, aus der es kommt, und die es dann selber wieder zur Neuschöpfung drängt. Aber auch die Theaterkunst als solche wird sicher darin Keime finden,

die in ihr selber aufgehen könnten. Ähnlich wie zu Beginn der neunziger Jahre vom Théâtre Antoine in Paris ein neuer Stil lebenswahrer Schauspielkunst ausging, der die europäische Bühne befruchtet hat, könnte jetzt dieses Arbeitertheater da eine neue Anregung geben, wo das Kunsttheater nicht weiter weiß.

Totenliste Mitte Dezember 1928 starb in Berlin *Ferdinand Gregori*, 58 Jahre alt. Er stammte aus der Schule Otto Brahms, die den nachhaltigsten Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Schauspielkunst ausgeübt hat, auch da, wo man sich ihr entgegenzustemmen glaubte. Gregori wurde später Lehrer der Theaterkunst, Professor an der Berliner Universität, und als solcher hat er eine ganze Theatergeneration mitgeformt. Ein anderes Mitglied des Brahmschen Theaters, das die Erinnerung an seine Glanzzeit wachruft, *Paula Eberly*, starb am 5. Februar 1929 in Berlin, 60 Jahre alt. Man denkt namentlich an ihre Adelheid aus der berühmten Biberpelzaufführung des Deutschen Theaters (mit Oskar Sauer und Else Lehmann), an ihre Wirtstochter im Michael Kramer, an ihre kleine Tänzerin im Fuhrmann Henschel. Vielleicht war ihr Organ nicht angenehm. Aber es war richtiges Berlin und in der frechen Unbekümmertheit immer wieder entzückend.

Am 16. April starb in Berlin *Lilli Lehmann*, 81 Jahre alt. Über die Bedeutung dieser Künstlerin von Weltruf braucht hier nichts ausgesagt zu werden; sie gehört in die Musikgeschichte. Lilli Lehmann hat als Bühnensängerin die Bahn von der Koloratursoubrette bis zur Hochdramatischen durchlaufen; es ist charakteristisch, daß sie im Don Juan zuerst die Zerline, dann die Elvira, zuletzt die Anna gab. Nichts von dem, was durch Zielklarheit, eiserne Energie, hohe Intelligenz erreicht werden kann, war ihr verschlossen. Denn sie war eine Persönlichkeit von ungeheurer Stärke und stets wachem Bewußtsein. Ein hohes Verdienst bleibt es, daß sie, die ihre entscheidende Zeit in der Bayreuther Atmosphäre gelebt hat, dann doch sich mit der ganzen Kraft ihres Willens für Mozart auf unserer Opernbühne eingesetzt hat. Besonders charakteristisch und jedem, der sie erlebte, unvergeßlich bleiben die Berliner Aufführungen des Don Juan im 1. Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, in denen Lilli Lehmann die Donna

Anna, Francesco d'Andrade den Don Juan gab. Beide Künstler grundverschieden: d'Andrade das unvergleichliche Naturphänomen, lebendigste Leidenschaft zur strengsten Kunst gestaltend. Lehmann das bewunderungswürdige Erzeugnis eines Kunstwillens, vom Bewußtsein her zur Leidenschaftlichkeit vordringend. Also 2 Extreme, die sich auf der Höhe dieses Werks trafen.

**Kurze Chronik** Im April wurde in Paris eine *historische Theaterausstellung* eröffnet, die ein Bild des Pariser Theaters vom 17. Jahrhundert ab gab. Das Berliner Kaiser-Friedrich-Museum steuerte 2 Watteaus (*L'amour au théâtre français* und *L'amour au théâtre italien*) bei; es wurde als einziges ausländisches Institut im Katalog am Ehrenplatz genannt. Das Ganze bot eine reizvolle Übersicht über eine Epoche, die versunken schien und doch immer aufs neue bewegt. ◊ Das Luzerner Stadttheater führte *Alexander Ostrowskij's* Komödie *Der Wald* zum erstenmal in deutscher Sprache auf. Der neue Regisseur Gottfried Falkenhausen verstand es den Stimmungsgehalt des Werks so herauszubringen, daß man begriff, wie Ostrowskij in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts als der beste russische Dramatiker gelten konnte. ◊ Das Oldenburger Landestheater führte *Hermann Essig's* *Weiber von Weinsberg* auf. Dieses Lustspiel, das nun 20 Jahre alt ist, konnte bei Lebzeiten des Dichters kein Theater gewinnen, wie Essig selbst auch nie durchgedrungen ist. Die Oldenburger Aufführung sollte nun auch die Theater Berlins anregen sich des nun über ein Jahrzehnt toten Dichters zu erinnern. ◊ Unter dem Namen Theater 2000 wurde in Rom eine *Bühne der Jüngsten* gegründet und mit einem Drama F. T. Marinettis eröffnet. Diese neue Bühne will ganz der Zukunft dienen. ◊ Ein *Kindertheater* wurde Mitte Mai von Franz Sondinger in Berlin in der Klosterstraße eröffnet. Man spielte zuerst *Robinson* und hatte damit bei den Kindern, die ins Theater kamen, großen Erfolg. Wenn man die Absicht dauernd gute Kindervorstellungen zu geben durchführt, bedeutet diese Institution eine Bereicherung Berlins. ◊ Als Nachfolger Ferdinand Gregoris wurde der Intendant der Berliner Funkstunde *Carl Hagemann* mit der Abhaltung von Regieübungen am Theaterwissenschaftlichen Institut der Universität Berlin betraut.

## KULTUR

### Innenkolonisation / Otto Karutz

**Ländlicher Siedlungsbau** In der Nachkriegszeit war auf dem Gebiet der ländlichen Siedlung zuerst die Landfrage brennend; weniger die zu ihrer Lösung geschaffenen gesetzlichen Bestimmungen als die allgemeine Entwicklung in der Landwirtschaft machen sie heute zu einer Frage 2. Grades. Danach trat das Finanzierungsproblem in den Vordergrund. Das System der Siedlungsfinanzierung aus der Vorkriegszeit wurde durch die Geldentwertung und die Folgen der Marktstabilisierung erschüttert. Nach den mit vielen unerwünschten wirtschaftlichen Folgen verknüpften Zwischenreglungen mit den vorläufigen Zwischenkreditbewilligungen des Reichs und der Länder und den verbilligten süd- und westdeutschen Einrichtungskrediten stehen wir heute am Anfang einer neuen Dauerfinanzierung durch die Preußische Landesrentenbank. Jetzt werden das Bauproblem, die Organisations- und Verwaltungsreform in der Siedlung usw. akut. Seit langem wollten Klagen über das zu teure Bauen der Siedlungsgesellschaften, besonders der provinziellen, nicht verstummen. Die Beschwerden richteten sich sowohl gegen die absolute Höhe der für die Siedlungsgehöfte auflaufenden Baukosten als auch gegen die Qualität der Anlagen und die mehr oder weniger vollständige Ausführung des Baus. Von seiten der Siedlungsgesellschaften war nicht zu bestreiten, daß die Baukosten mehrfach bis zu ⅔ des Gesamtpreises einer Neusiedlerstelle gestiegen waren, daß sie für die normale Stelle von 60 bis 80 Morgen zuweilen mehr als 20 000 Mark betragen. Angriffe auf die Qualität und Vollständigkeit ihrer Bauten wiesen die Siedlungsgesellschaften allerdings mit großer Schärfe zurück. Dennoch sahen sich die provinziellen Gesellschaften schließlich veranlaßt im Frühjahr 1928 zur Untersuchung des Bauproblems einen besonderen Bauausschuß bei der Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation einzusetzen, der die Ergebnisse seiner Arbeiten kürzlich in einer Denkschrift der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Ebenso widmete man sich neuerdings in der Gruppe I der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen den Problemen des ländlichen Siedlungsbaus. Diese Arbeiten wurden am 16. April auf der Technischen Tagung der Gesellschaft vorgetragen.

Vom ländlichen Siedlungsbau wird heute zuerst zu fordern sein, daß er zur Kapital- und Lastensparnis für den Siedler nur die allernotwendigsten Wohn- und Wirtschaftsräume enthält, jedoch der Grundriß gleichzeitig so gestaltet ist, daß er eine den heutigen Betriebsanforderungen entsprechende Wirtschaftsführung ohne weiteres gestattet und die notwendig kommende Bauerweiterung bereits in der Erstanlage vollständig berücksichtigt. Im Stall muß völlige Trennung des Milchviehs vom übrigen Vieh durchgeführt sein, um dem Siedler von vornherein die Basis für einen den heutigen Standardanforderungen entsprechenden Ausbau seiner Milcherzeugung zu geben. Sodann ist auf erstklassiges Baumaterial großes Gewicht zu legen, um frühzeitige Baureparaturen möglichst zu vermeiden und dem Siedler in den ersten Jahren Ruhe für den innern Aufbau seines Betriebs zu sichern. Ziegelbau, gegebenenfalls Kalksandsteinverwendung, wird vor allem solchen Anforderungen gerecht werden. Endlich ist es notwendig durch Normierung und Typisierung große Ersparnisse herauszuholen.

Sieht man einmal auf die oben entwickelten Forderungen hin die Baupläne der verschiedenen Siedlungsgesellschaften eingehend durch, so findet man die 2. Forderung heute zum größten Teil erfüllt. Alle Ersatzbauweisen gab man nach der Währungsstabilisierung gleich wieder auf. Die 3. Forderung ist, was die Normung betrifft, in vielen Fällen auch erfüllt. Mit der Typisierung hapert es aber immer noch. Nicht einmal die Festsetzung eines Mindesttypus durch den Bauausschuß der Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation hat die bäuerlichen Siedlungsgesellschaften zu veranlassen vermocht ihre Bautypen für 1929 stärker zu vereinheitlichen. Selbst darin fehlt es an Einheitlichkeit, welche Gehöftanlage gewählt wird, ob Wohnhausstallscheune als gerader oder als Winkelbau, Wohnhausstall mit getrennter Scheune, Wohnhaus mit Stallscheune oder Wohnhaus, Stall und Scheune in der üblichen Hoflage. Am unerfreulichsten aber ist es, wie wenig noch von den zuerst genannten Forderungen erfüllt ist. Den absoluten Raumanforderungen ist im allgemeinen wohl entsprochen, jedoch die Grundrisse enttäuschen. Der Grundriß des Wohnteils trennt oft Wohn- und Futterküche durch einen Flur. Meist ist das Ergebnis dann, daß die Wohnküche unbenutzt daliegt, und sich das Leben

der Siedler um die Futterküche herum abspielt. Für den Stallteil ist der Grundriß sehr oft nur angedeutet. Dem Siedler wird hier der Stallausbau selbst nach eigenen Wünschen und Mitteln überlassen. Glücklicherweise ist diese Lösung gerade nicht, weil die Siedlungsgesellschaft hier ohne Not ein vorzügliches Mittel aus der Hand gibt auf die innere Betriebseinrichtung und die spätere Betriebsführung des Siedlers leitend und erziehend einzuwirken. Auf Trennung von Milchvieh und anderm Vieh wird kaum geachtet. Genügende Ausbaumöglichkeit im Wohnteil für Altenteil oder heranwachsende Kinder fehlt mehrfach.

Solchen Mängeln im ländlichen Siedlungsbau hat man bei einzelnen Siedlungsunternehmungen seit einiger Zeit durch weitgehende Anlehnung an den betriebstechnisch und arbeitswirtschaftlich hochentwickelten Typus des niedersächsischen Hauses entgegenzuwirken gesucht. Das ist in gewissem Maß gelungen, ohne daß dabei die Baukosten etwa über den Durchschnittskosten bei den übrigen Gesellschaften lägen; sie liegen teilweise sogar bei stärkerem Nebenausbau weit niedriger. Die planmäßigste Bekämpfung dieser Mängel bringt jedoch ein von der Reichsforschungsgesellschaft herausgebrachter Typenvorschlag für die Stellen von 20 bis 80 Morgen, der in enger Zusammenarbeit mit den Forschungsinstituten in Pommritz, Ruhlsdorf und Halle-Cröllwitz entstanden ist. Sein Ziel ist bauliche und betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte bei der Gehöftanlage zu höchster Wirkung zu vereinigen. Auf der Technischen Tagung der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen wurde er erstmalig in Skizzen und am Modell vorgeführt und eingehend erläutert. Die Urheber dieses in der ganzen Planung ausgezeichneten Vorschlags haben ihn technisch so gestaltet, daß er weitgehend fabrikmäßig herzustellen ist. Versuche in der Richtung sollen unternommen werden. Außerdem wird die Reichsforschungsgesellschaft ihre praktischen Studien auf diesem Gebiet fortsetzen, und einzelne Siedlungsgesellschaften werden weiter an der Vervollkommnung ihrer besten Typen arbeiten. Man hat also begonnen das Problem des ländlichen Siedlungsbaus durch Qualitätsverbesserung in jeder Richtung und gleichzeitig durch Kostensenkung zu lösen. Freilich sind wir noch sehr weit von einer Endlösung entfernt.



**Tagungen** Vom 15. bis zum 17. April veranstaltete die *Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen* in Berlin eine Technische Tagung (siehe auch die Rundschau Kunstgewerbe, in diesem Band Seite 562). Sie fand lebhafteste Beteiligung aller interessierten Stellen. Am 1. Tag sprachen Julius Hirsch über den Gedanken der Rationalisierung in der Volkswirtschaft und Walter Gropius über den Gedanken der Rationalisierung in der Bauwirtschaft. Der 2. Tag stand den Beratungen der 5 Arbeitsgruppen zur Verfügung; besonders wichtig für das Gebiet dieser Rundschau waren die Beratungen der Gruppen I (Grundrißgestaltung und Hauswirtschaft), II (Baustoffe und Bauweisen im Wohnungsbau) und IV (Städtebau und Straßenbau). Am 3. Tag nahm die Versammlung Berichte der Obleute der 5 Gruppen über das Ergebnis der Gruppenberatungen sowie Vorträge Ernst Mays über das Ergebnis des Wettbewerbs der Reichsforschungsgesellschaft und Otto Bartnigs über Schlußfolgerungen aus den Arbeiten der Gruppen für die Weiterarbeit der Reichsforschungsgesellschaft entgegen. Die Vorträge der Gruppen liegen in den Mitteilungsblättern der Reichsforschungsgesellschaft gedruckt vor; es sei nachdrücklich auf sie hingewiesen. In Dortmund fand vom 9. bis zum 11. Mai der 33. Verbandstag des *Reichsverbands Deutscher Baugenossenschaften* statt. Der Verbandsvorsitzende Georg Klinke gab im Geschäftsbericht sehr interessante Wirtschaftszahlen der Baugenossenschaftsbewegung bekannt. Das Gesamtbetriebskapital der gemeinnützigen Baugenossenschaften beträgt nach neuesten statistischen Erhebungen rund 260 Millionen, das gesamte Eigenkapital 25,225 Millionen Mark, 1928 war die Bautätigkeit der Genossenschaften wieder äußerst rege: Denen des Reichsverbands stehen über 9000 Häuschen mit fast 50 000 Wohnungen zur Verfügung. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein tiefeschürfender Vortrag Herbert Lubowskis über Wohnungsbaufinanzierung und Kapitalmarkt; die Diskussion darüber brachte einen Vorschlag des preußischen Wohlfahrtsministers Heinrich Hirtsiefer die Altmieten um weitere 10% auf 130% der Vorkriegsmiete zu bringen und diese Erhöhung als Hauszinssteuer restlos für Neubauzwecke zu erfassen, um so unter Erhöhung der Hauszinssteuerdarlehen die Neubau-mieten erträglich zu gestalten.

**Informationsmittel** Als 43. Heft der Schriften zur Förderung der Innern Kolonisation /Berlin, Deutsche Landbuchhandlung/ erschien die Denkschrift des Bauausschusses der Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation über den *ländlichen Siedlungsbau*. Im 1. Teil werden zunächst kurz die Aufgaben des Bauausschusses und die Methode seiner Untersuchung dargelegt, und dann wird grundsätzlich zu den so gewonnenen Ergebnissen Stellung genommen. Für alle beteiligten Gesellschaften wird festgestellt, daß gleichen Leistungen gleiche Preise gegenüberstehen. Eine weitere Verbilligung des Siedlungsbaus auf Kosten der Güte der Bauausführung wird abgelehnt und dafür Ersparnis durch Verzunderung der Gebäudeabmessungen, bei der die Gesellschaften einheitlich vorgehen sollen, angeregt. Es wird weiter festgestellt, daß die bisherigen und die anschlagsmäßig errechneten zukünftigen Baukosten wesentlich unter dem Baukostenindex bleiben. Diese liegen dicht unter 17000 Mark für die 60- bis 80-Morgen-Stelle; der Ausbau der Stellen ist dabei zum kleinern Teil eingesetzt. Alle Angriffe gegen die absolute Höhe der Baukosten der provinziellen Siedlungsgesellschaften werden daher als ungerechtfertigt bezeichnet. Um eine solche billige Bauweise beibehalten zu können, wird seitens des Staates regelmäßige Finanzierung der Siedlung, Stetigkeit in der Siedlungspolitik gefordert. Der 2. Teil des Hefts bringt Baubeschreibungen der Landgesellschaften für ihre verschiedenen Bautypen. Diese geben einen deutlichen Einblick in die verschiedenartige Leistung der Gesellschaften, insbesondere was die Durchbildung des Grundrisses und den Ausbau der Stellen anlangt. Die Denkschrift ist sehr zu begrüßen. Sie gestattet leichte Vergleichung und Bewertung der Bauarbeiten der verschiedenen Gesellschaften. Allerdings ist zu bedauern, daß die wirtschaftlich und technisch überaus interessanten Bauten privater Siedlungsunternehmungen, wie der Deutschen Bauernschaft, des Deutschen Ostbundes und der Kultur- und Siedlungsaktiengesellschaft Deutscher Landwirte, in der Einzelzusammenstellung fehlen. Sie hätten das Bild noch interessanter gestaltet. Vielleicht versteht sich die Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation zur Herausgabe eines weitem Bauhefts unter Berücksichtigung der Arbeiten der privaten Siedlungsgesellschaften.

Außer Wagemann (siehe diese Rundschau 1927 II Seite 869) hat auch Wilhelm Kiesow einen Kommentar zum *Pächterkapitalkreditgesetz* vom 9. Juli 1926 veröffentlicht (Berlin, Franz Vahlen). Dieser Kommentar zeichnet sich durch die eingehende Darstellung der Entstehung des Gesetzes und die Heranziehung ausländischer Parallelen aus.

**Totenliste** Am 12. Februar starb auf Lindenberg im Kreis Beeskow-Storkow der eifrigste Förderer großzügiger Landeskultur- und Meliorationsarbeit, der Rittergutsbesitzer *Wilhelm Colsmann*, in seinem 56. Lebensjahr. Er war in Barmen geboren, erlernte in Ostpreußen die Landwirtschaft, studierte in Berlin, Halle und Bonn und erwarb 1903 das Rittergut Lindenberg. Durch ständige langsame Vertiefung der Ackerkrume des recht geringen Bodens mit sehr steinigem Untergrund brachte er seinen Betrieb zu anerkannter Blüte. Er stellte ihn viel für Vorführungen von Untergrundlockerern aller Art zur Verfügung. Nach dem Krieg trat er im Zusammenhang mit dem Hilfswerk der Deutschen Landwirtschaft durch Propaganda für ein "Reichskulturwerk" hervor, das gleichzeitig der Ödlanderschließung und der Behebung der Arbeitslosennot dienen sollte, und an dessen Leitung und Durchführung das Reich, die Unternehmer und die Arbeiterschaft gleichermaßen beteiligt sein mußten. In veränderter und leider verkleinerter Form ist diese Idee Colsmanns durch die Gründung der Deutschen Bodenkulturaktiengesellschaft zu Berlin verwirklicht worden. Bis zu seinem zu frühen Tod hat er als Mitglied ihres Aufsichtsrats seine ganze Kraft in ihren Dienst gestellt.

Einem Herzschlag erlag am 14. März das Vorstandsmitglied der Gesellschaft zur Förderung der Innern Kolonisation *Hermann von Ziller*, 62 Jahre alt. Er war in Meiningen geboren, trat in den preussischen Verwaltungsdienst ein, wurde 1902 Landrat in Zabrze, 1907 als Vortragender Rat ins Preussische Ministerium des Innern berufen und erhielt als Nachfolger des zum Regierungspräsidenten in Frankfurt an der Oder ernannten Friedrich von Schwerin (siehe über ihn diese Rundschau, 1927 I Seite 171 und folgende) das Personalreferat der Innern Verwaltung. Bei Beginn des Krieges wurde Ziller Regierungspräsident in Lüneburg, 1917 Oberpräsident von Pommern. Durch strikte Einhaltung der

Kriegsernährungsvorschriften gesundheitlich schwer mitgenommen, nahm er bereits 1918 seinen Abschied. Seitdem lebte er in Göttingen. Die lange Tätigkeit Zillers im Osten hatte ihm die politische und wirtschaftliche Notwendigkeit deutscher Siedlung deutlich vor Augen geführt. Ihrer Förderung diente daher nach seiner Wiederherstellung seine ganze Arbeit. Besonders widmete er sich dem Ausbau der gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften und in der Inflationszeit der Sicherung der Siedlungsfinanzierung auf Roggenbasis. Auf besondern Wunsch des ihm befreundeten Schwerin übernahm er nach dessen Tod 1925 den Aufsichtsratsvorsitz bei der Roggenrentenbank und der Neulandaktiengesellschaft.

**Kurze Chronik** Die von Hermann Ullmann herausgegebene Politische Wochenschrift stellte 1926 eine *Preisaufgabe*: »Kann Deutschland innerhalb der bestehenden Grenzen eine wachsende Bevölkerung erhalten?« Von den Bearbeitungen der Preisaufgabe hat keine in vollem Umfang genügt. Da aber einige der eingereichten Antworten wertvolle Anregungen zu Teilproblemen gaben, die durch die Preisfrage aufgeworfen sind, beauftragte das Preisrichterkollegium sein Mitglied Werner Sombart aus 9 dieser Arbeiten geeignete Teile in einem Sammelband zu veröffentlichen. Er liegt jetzt unter dem Titel Volk und Raum /Hamburg, Hanseatische Verlagsanstalt/ vor. Bemerkenswert ist für den Siedlungspolitiker, welche Bedeutung unter den Maßnahmen zur Herbeiführung einer größern Autarkie der deutschen Volkswirtschaft der Siedlung in allen ihren Formen zugemessen wird. ◊ Vom Verband Deutscher Landeskulturgenossenschaften wird die Tages- und Fachpresse erneut dafür interessiert, daß die 1927 angekündigte, von interessierten Landwirten durch umfangreiche Vorarbeiten bereits gründlich vorbereitete *Meliorationsaktion* nun endlich verwirklicht werde. Nachdem der Auslandsmarkt für die Aufnahme einer entsprechenden Anleihe verschlossen sei, müßten ungesäumt mindestens 30 Millionen Mark Meliorationskredite direkt vom Reich beschafft werden. ◊ Wie in früheren Jahren hielt das Deutsche Archiv für Siedlungswesen, diesmal vom 6. bis zum 8. Mai, in Berlin einen gutbesuchten *siedlungswissenschaftlichen Lehrgang* ab. Besonders hervorzuheben sind unter den wertvollen Vorträgen die über landwirt-

schaftliche und industrielle Umsiedlung (Referenten Staatssekretär Hans Krüger, Ministerialrat Otto Wölz und Ministerialrat Johannes Scholtz); sie sollten möglichst gesammelt veröffentlicht werden. Im Anschluß an den Lehrgang fand eine Studienreise durch Württemberg statt.

**Literatur** In der Schriftenreihe *Du und der Staat* /Berlin, Gersbach & Sohn/ erschien als 6. Band eine Arbeit des Staatssekretärs *Hans Krüger* *Landwirtschaft und Siedlung im heutigen Staat*. Das hauptsächlich für nichtlandwirtschaftliche Kreise bestimmte Bändchen bringt erschöpfende Überblicke über die volkswirtschaftliche und politische Bedeutung der Landwirtschaft, ihre sozialen Verhältnisse, die landwirtschaftliche Gesetzgebung und Verwaltung, die heutige Lage der Landwirtschaft, ihr Verhältnis zum heutigen Staat und schließlich einen kurzen Abriss der gegenwärtigen und zukünftigen Agrarpolitik. Deutlich wird dabei erkennbar, was nach dem Krieg auf dem Gebiet der ländlichen Siedlung geschehen ist, wenn auch die bekannten Mängel in dieser Leistung nicht übergangen werden. Das Bändchen kann sicher ein gut Teil zur Überwindung der Entfremdung zwischen Stadt und Land dadurch beitragen, daß es dem Städter die Probleme der Agrarpolitik nahebringt; auf dem Land aber wird es Verständnis wecken für Wollen und Leistung des neuen Staats in der Agrarpolitik. ◊ Die Dissertation *Hermann Bölefahrs* *Die Innere Kolonisation in den preußischen Gebieten östlich der Elbe auf Grund des Reichssiedlungsgesetzes vom 11. August 1919 und der preußischen Ausführungsgesetze* /Berlin, Selbstverlag/ bringt zunächst eine kurze Einführung in die wirtschaftliche und politische Problematik der Siedlung, erörtert dann ihre bestehenden rechtlichen und organisatorischen Grundlagen und schließt mit einer eingehenden Darstellung und kritischen Beleuchtung der praktischen Siedlungstätigkeit. Im Anhang bringt Bölefahr Übersichten über die Siedlungsgesetze, die provinziellen Siedlungsgesellschaften, die enteigneten Güter sowie statistische Aufstellungen über die Siedlungstätigkeit in Preußen. Leider schließt das zugrunde gelegte Zahlenmaterial schon mit 1925 ab. So sehr die vorsichtige Zurückhaltung Bölefahrs in den Teilen seiner Arbeit anzuerkennen ist, die Kritik bringen, in einigen Punkten ruft er doch Widerspruch hervor. Die Auffassung der Sozialdemokratie stellt er

zu einseitig dar; gegenüber gut 2 Seiten über vermeintlich siedlungsfeindliche Äußerungen und Handlungen sind 4 Zeilen über die »wahren Siedlungsfreunde in der Sozialdemokratie« recht wenig. Weiter geht die Beurteilung der Aufgaben und Erfolge der Anliegersiedlung durch Bölefahr fehl. Die Anliegersiedlung ist durchaus nicht allein aus großgrundbesitzfeindlichen Erwägungen in das Reichssiedlungsgesetz hineingebracht worden. Schon die Tatsache, daß man auch vor 1918 in starkem Maß und mit finanziellen Beihilfen Anliegersiedlung getrieben hat (damals hieß sie Bildung von Zukaufsrentengütern), sollte vor solcher Verdächtigung des Anliegersiedlungsgedankens bewahren. Stellt man aber weiter, wie Bölefahr es in seiner Einleitung tut, selbst die Verteilung des bestehenden Kleingrundbesitzes im deutschen Osten offen dar und folgert daraus die unbedingte Notwendigkeit großzügiger Siedlung, dann bleibt es unverständlich, wie man gleichzeitig die so wichtige wirtschaftliche Stärkung dieses Kleingrundbesitzes durch Landzulagen ablehnen kann. Trotz solchen Ausstellungen ist Bölefahrs Arbeit zur Einführung in die Siedlungsprobleme zu empfehlen.

#### Kunstgewerbe / Ludwig Hilberseimer

**Poelzig** Am 30. April wurde Hans Poelzig 60 Jahre alt. Das gibt Anlaß sich daran zu erinnern, daß Poelzig zu den wenigen gehört, die auf die architektonische Entwicklung der Gegenwart den nachhaltigsten Einfluß ausgeübt haben. Nicht nur durch seine Lehrtätigkeit in Breslau und Berlin sondern vor allem durch die Tatsache seines Werks. Bereits eines seiner ersten Werke, das Rathaus in Löwenberg, ist ein vollkommener Ausdruck seiner Individualität, die in seinen späteren und heutigen Arbeiten immer vollkommener zur Entfaltung kam. Großen Eindruck machte eine Kollektivausstellung 1912 oder 1913 in der Großen Berliner Kunstausstellung, wo Poelzig seine Arbeiten zum erstenmal einer größern Öffentlichkeit zeigte. Vor allem erregten damals die Bauten der Chemischen Fabrik in Luban besonderes Interesse; technische Bauten, die mit baukünstlerischer Phantasie gestaltet sind. Diese baukünstlerische Phantasie ist das Hauptcharakteristikum für Poelzigs Schaffen. Sie ist von großer Freiheit, ohne dabei den Zweckgedanken des Bauwerks zu vergewaltigen. In Berlin selbst hatte Poelzig erst in den letz-

ten Jahren Gelegenheit größere architektonische Aufgaben durchzuführen, so die Bebauung des Scheunenviertels, die Versuchsanstalt für Luftfahrt in Britz, das neue Funkhaus der Reichsrundfunkgesellschaft sowie die Bauten für das Messengelände. Für Frankfurt baut er zurzeit das Verwaltungsgebäude der Interessengemeinschaft Farbenindustrie.

#### Technische Tagung

Auf Grund der völlig veränderten Voraussetzungen des Wohnungs- und Städtebaus wurden seit geraumer Zeit von wenigen Einsichtigen Forderungen aufgestellt, die kurz vorher aufs heftigste bekämpft worden waren. Heute sind sie Voraussetzung aller Verhandlungen geworden, was die von der Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen vom 15. bis zum 17. April in Berlin veranstaltete Technische Tagung bewies, auf der man zum erstenmal alle diese Probleme in breiter Öffentlichkeit diskutierte. Weitestgehende Einmütigkeit wurde vor allem über den Städtebau erzielt, bei dem jetzt auch das funktionelle Moment in den Vordergrund tritt. Nicht malerische Platz- und Straßenbilder sollen bei Planungen entscheiden, sondern die günstige Wohnlage zur Sonne und das Herausverlegen der Hauptverkehrsstraßen aus den Wohnquartieren. Manche Fragen lassen sich jedoch nicht durch ein Ja oder ein Nein entscheiden. So die Frage des Hoch- und Flachbaus. Beide Bauweisen haben je nach den Umständen ihre Berechtigung und können wohnungstechnisch und hygienisch einwandfreie Wohnformen für den Großstädter sein. Als das wichtigste Ergebnis in städtebaulicher Hinsicht müssen die von dem Oberbaurat Heiligenthal /Karlsruhe/ festgestellten Beziehungen zwischen Hausabstand und Besonnung bezeichnet werden, wonach auf Grund von genauen Berechnungen bei Nord-Süd-Straßen eine Straßenbreite gleich der  $1\frac{1}{2}$ fachen Gebäudehöhe, bei Diagonalstraßen zu den Himmelsrichtungen eine solche gleich der 2fachen und bei Ost-West-Straßen eine solche gleich der  $2\frac{1}{2}$ fachen Gebäudehöhe erforderlich ist, wenn am 21. Dezember noch eine 2stündige Besonnung der Hauswände erzielt werden soll. Die Forderungen der Hygieniker decken sich trotz manchen Divergenzen im großen und ganzen mit denen der Architekten. So sichern zum Beispiel die großen, breitgelagerten Fenster den Wohnungen die größt-

mögliche Licht- und Luftzufuhr, die der Berliner Stadtmedizinalrat Karl Wilhelm von Drygalski die unentbehrlichen, von Geburt an die Entwicklung beeinflussenden Lebensreize nennt. Interessant ist seine Feststellung, daß die Erfüllung dieser Forderung nicht von der Weiträumigkeit einer Wohnung abhängt. Eine weiträumige kann unter Umständen einer jene Ansprüche besser erfüllenden Kleinwohnung durchaus unterlegen sein.

Die Wünsche der Hausfrauen sind weniger eindeutig und klar. Sie sind nicht objektiv begründet sondern gehen von subjektiven Anschauungen aus, was seine Ursache darin haben dürfte, daß die Hauptträgerinnen der Hausfrauenbewegung den proletarischen Großstadthaushalt nicht aus eigener Erfahrung kennen und ihre Forderungen aus den Bedürfnissen einer ganz andern Gesellschaftschicht herleiten. So konnte über eine der wichtigsten Haushaltsfragen: ob man nämlich die Küche als Wohn- oder als Kochküche gestalten solle, durchaus keine Klärung erzielt werden.

Jedenfalls bleibt es ein Verdienst der Reichsforschungsgesellschaft durch die Tagung Gelegenheit zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung gegeben zu haben. Ihrer eigentlichen Aufgabe hat sie jedoch bisher nicht genügt: durch den Bau von Versuchswohnungen Erfahrungen zu sammeln, um so die hygienisch und technisch beste Wohnform zu ermitteln. Die Arbeit der Reichsforschungsgesellschaft leidet unter der Zersplitterung und Vielseitigkeit der zur Lösung gestellten Probleme, von denen viele zweckmäßiger anderen geeigneten Stellen zur Beurteilung, Klärung und Erledigung überlassen werden sollten.

#### Städtebaugesetz Die Wandlung Deutschlands vom Agrarland zum Industriestaat brachte eine außerordentliche Entwicklung der Städte mit sich. Sie wurden im Staatsganzen allmählich zu mehr oder weniger isolierten, sich selbst überlassenen Zentren. In der städtebaulichen Gesetzgebung wahrte der Staat seine Interessen im Fluchtliniengesetz von 1875 lediglich auf poli-

zeilichem Gebiet, die freie Selbstbestimmung der Gemeinden ließ er relativ unbeeinflusst. Die Festlegung der Fluchtlinien von Straßen und Plätzen war Sache des Gemeindevorstands im Einverständnis mit der Gemeinde, unter Zuziehung der Ortspolizeibehörde. Der Entwurf zu einem Preussischen Städtebaugesetz von

1926, der jetzt neu vorgelegt wird, geht weiter und berücksichtigt zum erstenmal den Gedanken des Flächenaufteilungsplans, wodurch die städtebauliche Entwicklung der Gemeinde vorausschauend geordnet und eine diese Entwicklung störende Nutzung und Bebauung verhindert werden soll. Bei der Gestaltung des Flächenaufteilungsplans sind das Wohnbedürfnis, die Bedürfnisse der Industrie, des Bergbaus, des Verkehrs, der Landwirtschaft, der Landeskultur, der öffentlichen Gesundheitspflege, der Natur-, Denkmal- und Heimatpflege zu beachten. Ein solcher Gesetzentwurf könnte, die zu seiner wirksamen Durchführung nötige Staatshoheit vorausgesetzt, von eminent staatspolitischer Bedeutung sein und über den Rahmen des Städtebauens weit hinausgehen. Er scheut jedoch in der vorliegenden Fassung vor letzten Konsequenzen zurück und begnügt sich im wesentlichen mit der Aufstellung regulativer Pläne und Schaffung einer gesetzlichen Handhabe zur Durchführung sozialpolitischer Forderungen. Er geht somit der eigentlichen Aufgabe; vorausschauend die Gesamtentwicklung im Sinn der Landesplanung zu regeln, aus dem Weg. Trotzdem hielten die Selbstverwaltungskörper den Entwurf für viel zu weitgehend, weshalb er von ihnen einmütig abgelehnt wurde. Der Städtetag bringt einen Gegenentwurf, der durch Betonung der Reservatrechte die bestehende staatliche Atomisierung unverändert erhalten wissen will. Die Kreise, die sich so energisch gegen ein Eingreifen in die kommunale Selbstverwaltung zugunsten übergeordneter Planungen wehren und vor allem bei zwischengemeindlichen Flächenaufteilungsplänen die Entscheidung keiner Beschlußbehörde sondern nur einer freiwilligen Gemeinschaftsarbeit der Kommunen überlassen haben wollen, übersehen völlig, daß auch in der sogenannten freien Wirtschaft in die Rechte des einzelnen eingegriffen wird. Die Planwirtschaft, ohne die weder die Privatwirtschaft noch die Kommunen mehr auskommen können, beschränkt nun einmal die Freiheit der Einzelunternehmungen. Man kann aber die Vorteile der Planwirtschaft nicht übernehmen, ohne die mit solcher Planung verbundenen Verpflichtungen zu tragen.

**Berlin: Alexanderplatz** Für die aus verkehrstechnischen Gründen notwendige Umgestaltung des Alexanderplatzes in Berlin wurde ein engerer

Wettbewerb ausgeschrieben. Die Wahl fiel auf den Vorschlag der Architekten Hans und Wassilij Luckhardt und Alfons Anker. Auf den ersten Blick schien in ihrem Projekt volle Harmonie zwischen Architektur und Verkehr zu bestehen. Bei Vertiefung in das Problem ergibt sich aber, daß die Architektur nur eine Fassadenarchitektur ist, die mit den dahinterliegenden Bauorganismen nichts zu tun hat. Um nach Art des Klassizismus eine geschlossene Platzwirkung zu erzielen, hat man die durch den Verkehr bedingte Kreisform auf die Platzwände übertragen, die auch die Straße überbauen, und hat so aus scheinbar architektonischen Gründen die architektonische Gestalt zerstört. Von den vorliegenden Projekten versucht nur der Entwurf Ludwig Mies van der Rohes den Platz allein nach baukünstlerischen Gesichtspunkten, unabhängig von den ihrer Funktion gemäß verlaufenden Verkehrsbahnen, zu gestalten. Er erzielt vor allem durch das Öffnen der Straßenräume eine den anderen Projekten fehlende Weiträumigkeit. Der gegen dieses Projekt erhobene Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit ist nur so lange stichhaltig, als man eine für die Verkehrsgesellschaft günstige wirtschaftliche Lösung mit Wirtschaftlichkeit überhaupt gleichsetzt. Auf jeden Fall aber sind Forderungen der Kommune und der Weltstadt Fragen, die nicht durch eine direkte Rentabilitätsberechnung beantwortet werden können. Außerdem ließe sich auch diese scheinbare Unrentabilität mindern, vielleicht sogar aufheben, wenn man die Freiflächen mit 2geschössigen Bauten für Läden, Cafés, Restaurants bebaute, was den architektonischen Gedanken des Projekts nicht beeinträchtigen würde.

**Totenliste** Am 2. April starb der Berliner Architekt *Bruno Möhring*, im Alter von 60 Jahren. Er wurde in Königsberg geboren und studierte an der Technischen Hochschule Berlin. Bekannt wurde er durch seine Arbeiten für Die Deutsche Abteilung auf der Pariser Weltausstellung von 1900 und 4 Jahre später für die Ausstellung in Saint-Louis. Er hat zahlreiche Brücken, wie die Bonner Rheinbrücke, die Moselbrücke in Traben-Trarbach, die Hansa- und die Swinemünder Brücke in Berlin, architektonisch gestaltet. Auch Bahnhöfe der Berliner Hochbahn und der Schwebebahn Elberfeld wurden von ihm entworfen. In diesen Bauten ist

Möhring ein Vertreter des "Jugendstils". Möhring hat sich auch als Städtebauer betätigt, und er erhielt bei dem Wettbewerb Groß Berlin zusammen mit Eberstadt einen 2. Preis. Kurz vor dem Krieg begann er mit den ersten Straßenzügen für das auf dem Tempelhofer Feld in Berlin geplante Wohnviertel Neutempelhof, deren Fortsetzung durch den Ausbruch des Krieges unterbrochen wurde.

**Kurze Chronik** In Stuttgart veranstaltet der Deutsche Werkbund eine Internationale Ausstellung Film und Photo. Außer den *Photographieen* selbst wird auch das neue Anwendungsgebiet der Photographie im Werbewesen und in der Graphik gezeigt.  $\diamond$  In Breslau findet in diesem Jahr eine gleichfalls vom Deutschen Werkbund veranstaltete Ausstellung *Wohnung und Werkraum* statt, bei der neben einer Anzahl zu diesem Zweck errichteter Siedlungsbauten eine umfassende Übersicht über das ganze Gebiet des modernen Bauens und neuzeitlichen Wohnens vor Augen geführt werden soll. Auch das Ausland wird sich daran beteiligen.  $\diamond$  In New York tagt ein Internationaler Krankenhauskongreß. Im Zusammenhang damit wird eine *Architekturausstellung* veranstaltet, auf der Krankenhausbauten und Pflegeanstalten nach Entwürfen amerikanischer und europäischer Architekten zu sehen sind.  $\diamond$  Der Unterstaatssekretär für die französische Postverwaltung Germain Martin hat am Fuß des Eiffelturms in Paris eine *Büste Gustave Eiffels* aufstellen lassen.  $\diamond$  Der Frankfurter Goldschmied *Kurt Baer* wurde an die Badische Kunstgewerbeschule Pforzheim als Leiter der Schmuckzeichenklasse berufen.  $\diamond$  Zum Gartenbaudirektor der Stadt Hindenburg in Oberschlesien wurde *Gustav Allinger* /Berlin/ bestellt. Seine Aufgabe ist insbesondere die Gestaltung der neuen großen Grünanlagen.

**Literatur** Das Prinzip des Zweckvollen und Ökonomischen, für die moderne Baukunst wesentlichste Voraussetzung der Gestaltung, fand man am reinsten in den Werken der Ingenieure verkörpert. So ist es zu verstehen, daß man zu einer Überschätzung dieser rein technischen Schöpfungen kam. Beim Wohn- und Industriebau, heute die großen Aufgabengebiete der Architekten, stoßen die gestalterischen Kräfte der Architekten mit den auf Ökonomie und Zweckmäßigkeit bedachten

Absichten des Ingenieurs zusammen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Technik immer nur Mittel der Baukunst ist, niemals Selbstzweck, daß Technik und Kunst in tiefstem Grund verschieden sind. Das Ziel ist: die verschiedenartigen Kräfte zu einer Einheit zu gestalten, die Arbeit des Architekten und des Ingenieurs in der richtigen Weise abzugrenzen. Das von Ernst Völter, unter Mitarbeit Fritz Schupps und Martin Kremmers, herausgegebene Buch *Architekt gegen oder und Ingenieur?* /Berlin, Verlag Die Baugilde/ beschäftigt sich mit diesem Problem und kommt zu dem Resultat, daß allein ein Zusammenwirken von Architekt und Ingenieur zu einer gedeihlichen Entwicklung führen könne. Das Buch handelt ausschließlich von Bauten der Kohlenindustrie, von Zechen und Kokereien, und bringt in zahlreichen Abbildungen Beispiele dafür, wie eine Aufgabe gut gelöst oder "Industriearchitektur" sein kann.  $\diamond$  Als 6. Band der Bücher der Form, die im Auftrag des Deutschen Werkbunds von Walter Riezler herausgegeben werden /Berlin, Hermann Reckendorf/, erschien *Licht und Beleuchtung* von Wilhelm Lotz, unter Mitarbeit Eugen Haberfelds, G. Laues, Ernst Mays, Walter Riezlers und Hans Kurt Roses. Das Buch orientiert ausgezeichnet über die heute sehr aktuellen lichttechnischen Fragen, vor allem unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Architektur. Erst heute geht man von der Güte der Beleuchtung aus, während man bis in die jüngste Zeit hinein eine Beleuchtungsanlage immer nur nach der Stärke der Lichtquelle bewertete. Vor kurzem hat man durch Untersuchungen nachgewiesen, daß bei besserer Beleuchtung die Arbeitsleistung qualitativ und quantitativ steigt. Bei Beherrschung der Mittel der Lichttechnik kann man jeden Innen- und Außenraum in ganz anderm Maß als bisher seinen Bedürfnissen entsprechend beleuchten: Behaglichkeit, Festlichkeit oder nüchterne, rein zweckmäßige Sachlichkeit erzielen. Voraussetzung ist dazu die Kenntnis der heutigen Lichtquellen, der Grundbegriffe und der grundlegenden Gesetze der Lichttechnik. In dem mit vielen Abbildungen versehenen Buch behandelt Laue die Grundlage der Lichttechnik, Lotz Formung der Leuchten, Riezler Licht und Architektur, May Städtebau und Lichtreklame, Haberfeld die Lichtreklame und ihre Technik, endlich der Werbeorganisator Rose allgemein die Werbung durch Licht.